

ZUR REFORM DES VIEHWÄHRSCHAFTSRECHTES

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Robert Strasser
Kirchzarten

1980

ZUR REFORM DES VIEHWÄHRSCHAFTSRECHTES

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
der Rechtswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
zu Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Robert Strasser
Kirchzarten

1980



Tag der mündlichen Prüfung:

2. Juli 1980

Dekan

:

Prof.Dr. Detlef LIEBS

1. Berichterstatter

:

Prof.Dr. Albrecht DIECKMANN

2. Berichterstatter

:

Prof.Dr. Peter ARENS

MEINER MUTTER

I. Mein Leben und meine Mutter

1. Meine Kindheit und meine Mutter

2. Meine Jugend und meine Mutter

3. Meine Ehe und meine Mutter

4. Mein Beruf und meine Mutter

II. Meine Mutter und ihre Lebensgeschichte

A. Die Kindheit meiner Mutter
 1. Die Kindheit meiner Mutter
 2. Die Jugend meiner Mutter
 3. Die Ehe meiner Mutter
 4. Der Beruf meiner Mutter

B. Die Jugend meiner Mutter

1. Die Jugend meiner Mutter

2. Die Jugend meiner Mutter

3. Die Jugend meiner Mutter

4. Die Jugend meiner Mutter

5. Die Jugend meiner Mutter

6. Die Jugend meiner Mutter

7. Die Jugend meiner Mutter

8. Die Jugend meiner Mutter

GLIEDERUNG

VORWORT	Seite 1
EINLEITUNG	2
I. ABSCHNITT: DIE GESCHICHTE DES VIEH- WÄHRSCHAFTSRECHTS IN DEUTSCHLAND BIS ZUR SCHAFFUNG DES BGB	5
A. Germanisches Recht	5
B. Spiegel, Stadt- und Landrechte	7
C. Rezeption	7
D. Das 18. und 19. Jahrhundert	8
E. Der Entwurf des BGB	10
II. ABSCHNITT: DAS GELTENDE VIEHWÄHRSCHAFTS- RECHT (SYSTEMATISCHE DARSTELLUNG)	12
A. Der Anwendungsbereich der Sondervor- schriften über den Viehkauf (§§ 481 - 496 BGB) und ihr Verhältnis zum all- gemeinen Sachgewährleistungsrecht (Gesetzliche und vertragliche Gewährl.)	13
I. Die Haftung für Hauptmängel	14
1. Allgemeines	14
2. Die einzelnen Hauptmängel und ihre Gewährsfristen	15
3. Die Rechtsvermutung für da Vor- handensein eines Hauptmangels	17
4. Beginn und Ende der Gewährsfristen einschl. des Gefahrüberganges	19
5. Die Mängelanzeige	21
6. Gesetzl. Ausschluß der Gewähr- leistung	22
7. Vertragl. Ausschluß der Gewähr- leistung	23
8. Rechtsfolgen der gesetzl. Haupt- mängelhaftung	24

II.

a) Spezieskauf	24
aa) Wandlung	24
bb) Versteigerung des Tieres	30
cc) Schadenersatzanspruch wegen Hauptmängeln	31
b) Rechtsfolgen beim Gattungs- kauf und beim Kauf mehrerer Tiere	32
9. Die Verjährung	32
10. Einreden des Käufers wegen eines Hauptmangels	33
II. Die Haftung für Vertragsmängel	34
1. Die Vereinbarung der Gewähr- leistung wegen eines nicht zu den Hauptmängeln gehörenden Fehlers u. die Zusicherung einer Eigenschaft	34
a) allgemein	34
b) im einzelnen	37
2. Beweislast, Mängelrüge, Verjährung	45
3. Rechtsfolgen	47
4. Einreden	49
III. Allgemeine Vorschriften	50
B. Der Einfluß von Gesetzen außerhalb des BGB	52
I. ZPO	52
II. HGB	52
III. Öffentliches Recht	53
IV. Handelsbräuche, Marktregeln u. Gewohnheitsrecht	54
C. Besondere Vertragsformen u. Abschluß- Arten	56

III.

III. ABSCHNITT: KRITIK DES GELTENDEN VIEHKAUF-RECHTS	58
A. Kritik am Prinzip	59
B. Kritik an der Hauptmängelliste	74
I. Kritik der in der Liste genannten Krankheiten und Gewährsfristen	74
1. Hauptmängel bei Pferden, Eseln Mauleseln und Maultieren	74
a) Rotz	74
b) Dummkoller	75
c) Dämpfigkeit	76
d) Kehlkopf Pfeifen	77
e) periodische Augenentzündung	79
f) Koppen	81
2. Hauptmängel bei Rindern	82
a) Tuberkulose	82
b) Lungenseuche	84
3. Hauptmängel bei Schafen	85
a) Räude	85
b) Wassersucht	85
4. Hauptmängel bei Schweinen	86
a) Rotlauf	86
b) Schweineseuche	86
c) Tuberkulose	88
d) Trichinen	88
e) Finnen	88
II. Neue Krankheiten	89
1. Pferde	89
2. Rinder und Schweine	93
3. Schlachtvieh	95

IV.

IV. ABSCHNITT: MÖGLICHKEITEN EINER REFORM	103
A. Der Referentenentwurf 1978	103
B. Literatur	110
I. Materiellrechtliche Vorschläge	110
II. Prozeßrechtliche Vorschläge	115
C. Ausländisches Viehkaufrecht	122
I. DDR	122
II. Frankreich	123
III. Österreich	126
IV. Schweiz	130
V. ABSCHNITT: EIGENE STELLUNGNAHME	135
A. Notwendigkeit eines bes. Tierkaufrechts	135
I. Tier als Sache ?	135
II. Notwendigkeit einer Sonderregelung des Viehkaufrechts ?	137
B. Ungerechtigkeit d. deutsch. Prinzips ?	138
C. Rechtssicherheit und Prozeßverminderung	142
D. Käufer- oder Verkäuferschutz ?	142
I. Käufer u. Verkäufer i. Viehhandel	143
II. Absatzwege im Schlachtviehhandel	145
III. Pferdehandel	151
IV. Psychologie des Viehhandels	154
E. Der tierärztliche Sachverständige	162
I. Neutralität des tierärztlichen Sachverständigen	162
II. Beschneidung der Position des tier- ärztlichen Sachverständigen	164
III. Haftungsrisiken	167
IV. Mangel an Sachverständigen	169
V. Probleme bei der Untersuchung	170

V.

F. Geeignetes Prinzip ?	180
G. Zusammenfassung	195
LITERATURVERZEICHNIS	198
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	219

V O R W O R T

Die Thematik der Arbeit machte es nötig, juristische und veterinärmedizinische Literatur in gleicher Weise zu verarbeiten: für den Juristen ein gewagtes Unterfangen !

Mit diesem Vorbehalt wendet sich die Dissertation auch an den forensisch tätigen Veterinärmediziner, der dem Fachfremden die läßlichen Sünden bitte nachsehen möge. Todsünden wider den veterinärmedizinischen Geist wurden, so hoffe ich, vermieden. Was auf den folgenden Seiten als Kritik am tierärztlichen Sachverständigen aufgefaßt werden könnte, ist als solche nicht gemeint sondern soll nur, wie die gesamte Arbeit, ein Diskussionsbeitrag im Rahmen der anstehenden Reform des Viehwährschaftsrechts sein.

Wenn das Viehwährschaftsrecht zukünftig auch bei Juristen wieder mehr Interesse fände, so wäre dies für die Reform des Viehkaufrechts ein Vorteil. Allerdings wird der praktische Jurist kaum soviel Nutzen aus genaueren Kenntnissen dieser Vorschriften ziehen, wie offenbar manche Pferdehändler aus gewissen Kunstfertigkeiten der Juristerei:

"Der Pferdehändler muß..., ohne die Beredsamkeit auf einer hohen Schule studiert zu haben, wie unsere Advokaten, so gut wie diese aus Unrecht Recht und aus Recht Unrecht zu machen wissen, wenn er, so wie diese, fortkommen und noch oben-drein belobt werden soll."¹

¹ Mortgens, a.a.O.

E I N L E I T U N G

"Viehwähnschaftsrecht" und "Kaiserliche Verordnung von 1899" - horribile dictu ! - sind dem Juristen mehr historische Anekdote als Rechtswirklichkeit im 20. Jahrhundert.

Und dennoch, der Eindruck ändert sich, sowie man diese Rechtsvorschriften an ihrem Adressaten mißt: dem Vieh-, Fleisch- und Pferdehandel.

Allein die jährliche Rinderproduktion Deutschlands hat einen Gesamtwert von über 20 Milliarden DM¹. Bei einem Tierbestand von 23,2 Millionen im Jahre 1978² dürfte der Wert der Schweineproduktion etliche weitere Milliarden DM ausmachen. Welche gesamtwirtschaftliche Bedeutung gerade dem Schlachtviehhandel zukommt, läßt sich schon daraus ersehen, daß 1977 von den Verkaufserlösen der deutschen Landwirtschaft in Höhe von 50 Milliarden DM 21 Milliarden DM, das sind 42 %, auf den Schlachtviehsektor entfielen³.

Auch der Handel mit Pferden gewinnt ständig an Bedeutung: Nachdem der Pferdebestand in der Nachkriegszeit vorübergehend bis auf 210'000 Pferde abgesunken war⁴, gibt es heute wieder ca. 500'000 Pferde in Westdeutschland⁵. Immer mehr Pferdesportbegeisterte werden diese Zahl noch ansteigen lassen: Während es nämlich 1970 nur 200'000 organisierte Reiter gab, waren es 1978 schon fast 500'000, bei einem jährlichen Nettozuwachs von 40'000 Mitgliedern⁶. Einschließlich der nicht organisierten Reiter sollen es heute in der Bundesrepublik sogar rund 2,5 Millionen sein⁷.

¹ Nach A.Mayr, BMTW 1978, 181 ff

² BMELF-Information Nr. 27/1978

³ VfZ Nr.11/1978

⁴ Vgl. Löhr, Colleg. vet. 1975, 66 ff

⁵ Der Spiegel, Nr. 47/1978, 231

⁶ RR Nr. 10/1978, 215

⁷ BZ v. 3./4.9.1977

Wieviel die Reiter jährlich für Pferdekäufe ausgeben¹, läßt sich schwer schätzen. Wenig kann es aber sicherlich nicht sein, da heutzutage auch "billige" Pferde ihren Preis haben:

So kosteten schon 1971 "Jedermannspferde" auf der 6. Weser-Ems-Auktion in Vechta durchschnittlich 6'763.-- DM (ohne MWSt.)². Heute liegen die Preise noch höher.:

Auf der 8. Elite-Auktion in Oldenburg zahlte man für Reitpferde aus dem Weser-Ems-Gebiet durchschnittlich 10'983.-- DM zzgl. MWSt. und auf der 27. Auktion von Westfalen-Pferden in Münster sogar 15'443.-- DM³.

Nach oben scheinen ohnehin kaum Grenzen gesetzt. Ein zugerittenes Sprung- oder Dressurpferd, ebenso ein durchschnittliches Rennpferd, kostet bereits 20'000.-- bis 50'000.-- DM, Profireiter zahlen für gut ausgebildete Warmblut-Spitzenpferde Preise von 50'000.-- bis 300'000.-- DM, für erfolgreiche Rennpferde kann sich dieser Preis leicht verdoppeln, und für Deckhengste sind auch in der Bundesrepublik schon Verkaufspreise von 800'000.-- DM gemeldet worden⁴.

Obwohl also der Handel mehr denn je auf funktionierende Vorschriften angewiesen ist, bestimmt auch heute noch die seit 1899 unveränderte "Kaiserliche Verordnung"⁴ den Umfang der gesetzlichen Gewährleistung des Viehverkäufers. Ihre Reformierung ist inzwischen überfällig. Die am Viehhandel beteiligten Kreise sind sich schon lange darüber einig, daß die "Kaiserliche Verordnung" den heutigen veterinärmedizinischen Kenntnissen nicht mehr entspricht und völlig veraltet ist.

¹ Allein die sonstigen Ausgaben für ihr Hobby machen schon 3 Mrd. DM/ Jahr aus: Der Spiegel, Nr. 47/1978, 217

² RR 1971, 469

³ RR 1978, 556

⁴ Capital Nr. 5/1979, 174

⁵ RGBl. S. 219

Seit Anfang der 60er Jahre arbeiten deshalb, von der Öffentlichkeit wenig beachtet, Veterinärmediziner und das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten gemeinsam an einer Novellierung des Viehwährschaftsrechtes.

Nach verschiedenen, inhaltlich abweichenden Vorentwürfen hat schließlich das Bundesjustizministerium 1978 einen "Referentenentwurf eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über den Tierkauf" verfaßt, der die nahezu vollständige Eingliederung des Viehwährschaftsrechts in das Gewährleistungsrecht für andere Sachen (§§ 459 ff BGB) vorsieht.

Da der Entwurf in der Praxis teilweise auf Ablehnung gestoßen ist, versucht die Dissertation, die Vor- und Nachteile der verschiedenen Gewährleistungsprinzipien darzustellen sowie materiell und prozessual mögliche Alternativen für eine künftige Reform aufzuzeigen.

I. ABSCHNITT

DIE GESCHICHTE DES VIEHWÄHRSCHAFTSRECHTS IN DEUTSCHLAND BIS ZUR SCHAFFUNG DES BGB¹

A. Germanisches Recht:

Das älteste² deutsche Recht war Gewohnheitsrecht. Man kann annehmen, daß es ebenso wie das älteste römische Recht, das Zwölftafel-Gesetz, den Verkäufer für Mängel der verkauften Sache nur haften ließ, wenn er dies ausdrücklich zugesichert oder einen Mangel arglistig verschwiegen hatte.³

Erst lange Zeit nach der Völkerwanderung wurde das ungeschriebene Gewohnheitsrecht der Südgermanen in den "leges barbarorum", dem ältesten kodifizierten germanischen Recht, niedergeschrieben.⁴ Auch dieses Recht ging von der Unwandelbarkeit eines einmal abgeschlossenen Geschäftes aus:

"nemo firmitatem venditionis inrumpit. Sed postquam factum est negotium, non sit mutatum"⁵, was der Volksmund mit "Augen auf, Kauf ist Kauf" oder "Augen auf oder Beutel" übersetzte.

Bereits in dieser Zeit begann man jedoch, gewisse Ausnahmen für den Handel mit Tieren, vor allem Pferden, anzuerkennen.⁶

¹ Zur Geschichte des Viehwährschaftsrechts: Averdunk, S. 2 ff; Dieckerhoff, Lehrbuch, S. 1 ff; Hachenburg, S. 17 ff; Heise u. Cropp, S. 165 ff; Huber, S. 727 ff; v. Kübel, S. 1 ff; Kraut, S. 303; Sachsenhausen, S. 5 ff; Ueltschi, S. 11 ff

² d.h. vor 500 n. Chr.

³ Vgl. Averdunk S. 12

⁴ Averdunk, passim

⁵ lex baiuv. XVI. 9.

⁶ z.B. lex baiuv. XVI. 9.: "in animalibus autem sunt vitia, quae aliquoties celare potest venditor"; ähnlich lex ripuar. XXXVI. 11

Dies hatte folgenden Grund:

Für leblose Sachen mochte der alte Grundsatz ausreichen, daß beim Kauf keine Gewähr geschuldet werde, denn hier konnte jeder Käufer den Wert und die Fehler der Ware schon beim Vertragsschluß abschätzen. Bei Tieren aber, deren Fehler nicht so schnell und leicht zu beurteilen waren, mußte sich der Käufer innerhalb einer Probezeit von der Güte und Gesundheit des Tieres überzeugen können.

Zunächst wohl nur gewohnheitsrechtlich, über Jahrhunderte hinweg, aber auch in den kodifizierten Rechten¹, stellte man deshalb einen Katalog bestimmter Mängel auf, die es dem Käufer erlaubten, den Kauf rückgängig zu machen.² Bei dem damaligen Stand der Veterinärwissenschaft, wenn es sie überhaupt schon gab, waren dies allerdings wohl so gut wie alle Mängel, die man kannte und für die Brauchbarkeit eines Tieres als erheblich erachtete.

Krankte das Tier an einem Hauptmangel, der bei Vertragsschluß verborgen gewesen war und sich erst innerhalb der Gewährfrist³ gezeigt hatte, so konnte der Käufer des Tieres stets Wandlung verlangen.

Die Käufer anderer Sachen hatten dagegen ein solches Recht nicht.

¹ z.B. lex baiuv. XVI. 9.: "in mancipio aut in caballo sunt...caeco, hernioso, caduco, leproso"

² Weitere Nachweise bei Averdunk S. 13 ff; Falke S. 6 ff; Heise u. Cropp S. 165 ff; Lubberrink S. 4 f

³ Die lex. baiuv. nennt eine Gewährfrist von drei Tagen (XVI. 9.)

B. Spiegel, Stadt- und Landrechte:

Jahrhunderte hindurch pflanzten sich diese alten Rechts-sätze meist ungeschrieben fort.¹ Erst im 12. und 13. Jahrhundert wurden sie in den Spiegeln, Stadt- und Land-rechten der einzelnen Länder und Städte niedergeschrie-ben.² Auch jetzt war stets nur die Wandlung zugelassen und oft beschränkten sich die Bestimmungen auf den Pferdehandel, während sie es im übrigen, was den Kauf anderer Tiere und sonstiger Sachen betraf, bei den ungeschriebenen, hergebrachten Gewohnheiten beließen.³

C. Rezeption:

Dies änderte sich erst, als ganz allmählich, über Jahr-hunderte hinweg, das Römische Recht die alten germani-schen Grundsätze zu verdrängen begann.

Während nun die römisch-äditischen Edikte über die Mängelhaftung nahezu vollständig übernommen wurden, be-haupteten sich andererseits gerade auch manche überlie-ferten, deutschen Viehwährschaftsbestimmungen⁴. Vor al-lem die Vorschriften über den Pferdehandel, die in den Stadt- und Landrechten des Mittelalters schriftlich festgehalten worden waren⁵ und sich deswegen am rein-sten erhalten hatten, aber auch andere Viehwährschafts-bestimmungen fanden jetzt als Ausnahmen in den sonst

¹ Vgl. Averdunk S. 15 f

² Z.B.: Sachsenspiegel, IV, 13, 19; Sächsisches oder Magdeburger Weichbild Art. 97; Hamburger Statut v. 1292, G. 22; Nürnberger Stat-Reformation v. 1564

³ Vgl. Averdunk S. 16

⁴ Vgl. Averdunk S. 19; Hachenburg S. 20

⁵ Z.B.: Im Münchner Stadtrecht v. 1347, Art. 163 u. im Freisinger Stadtrecht v. 1359, wo nur der "Rotz" bei Pferden genannt ist

ausschließlich römischrechtlichen Gesetzbüchern des 16. und 17. Jahrhunderts Aufnahme.

Durch das Eindringen des römischen Rechtes hatte sich die Rechtslage zu Ungunsten des Viehkäufers merkwürdig geändert:¹

Die allgemeinen Grundsätze über den Sachkauf, die man in die Rechtsbücher und Statuten nicht aufgenommen hatte, weil man darin nicht das Gewöhnliche und häufig Vorkommende aufnahm, vergaß man allmählich und übernahm dafür die Vorschriften des Römischen Rechtes. Die besonderen Normen dagegen, denen man beim Pferde- und Viehhandel folgte und die man auch schon früher ihrer Besonderheit wegen aufgezeichnet hatte, wurden beibehalten. Anders als nach altem Recht, das den Käufer eines Pferdes vor dem Käufer anderer Gegenstände begünstigte, waren die Rechte des Viehkäufers aber jetzt in doppelter Hinsicht, nämlich wegen der Zahl der Mängel und wegen der Gewährfrist, viel eingeschränkter.

D. Das 18. und 19. Jahrhundert:

Das 18. und 19. Jahrhundert kehrte wieder mehr zum deutschen Recht zurück.² Die deutschrechtlichen Bestimmungen³ über den Viehhandel wurden nun auch auf die übrigen Hauttiere ausgedehnt, soweit sie in nennenswertem Umfang gehandelt wurden.³ Außerdem korrigierten die einzelnen Landesgesetze das rezipierte römische Recht dadurch, daß sie wieder verschiedene Bestimmungen zugunsten des Viehkäufers einführten. Bis dahin hatte man ja beim Viehkauf an den alten, deutschen Bestimmungen festgehalten, während der Verkäufer einer anderen Sache nach gemeinem Recht wegen aller erheblicher und verborgener Mängel bis zu sechs, teilweise sogar zwölf Monate

¹ Vgl. Heise u. Cropp, S. 168

² Nachweise d. einzelnen Landesgesetze vor allem bei v. Kübel, S. 78 ff (Gesetzestexte) u. Hachenburg S. 21 f

³ Vgl. Hachenburg, S. 21 f

nach dem Kaufabschluß haftete. Diese Benachteiligung des Viehkäufers wurde nun geändert. Die Zahl der Hauptmängel wurde erweitert. Vor allem wurde dem Käufer die Beweislast erheblich erleichtert:

Zeigte sich ein Mangel innerhalb der Gewährfrist und setzte der Käufer den Verkäufer hiervon in Kenntnis, so sollte vermutet werden, daß der Fehler schon zur Zeit des Kaufabschlusses bestanden habe. Der Gegenbeweis war allerdings zugelassen. Ferner wurden die Gewährfristen für die einzelnen Krankheiten entsprechend den Forderungen der inzwischen fortgeschrittenen Tierheilkunde verlängert und differenziert bestimmt.

In manchen Partikulargesetzen¹ haftete der Verkäufer sogar über die Gewährfrist hinaus, wobei sich dann allerdings wieder die Beweislast änderte. Wie schon früher, so war auch jetzt meist nur die Wandlungsklage zugelassen. Nur wenige Gesetze² sahen daneben auch die Minderungsklage vor, und wenn, dann nur für den Fall, daß das Tier geschlachtet war.³ Auch war fast allen Rechten gemeinsam, daß der Käufer den Fehler sofort oder doch binnen kurzer Frist anzeigen mußte.⁴

Diese Bestimmungen waren es, die im ganzen das deutschrechtliche Prinzip verkörperten.

Aus der Verschmelzung deutschrechtlicher und römischrechtlicher Prinzipien entstand in manchen Ländern ein drittes, das sog. "gemischte Prinzip", bei dem die gemeinrechtlich-ädititischen Vorschriften über die Mängelhaftung im Grundsatz auch bei Viehkäufen galten.

¹ Z.B. Hildesheim'sche VO. v. 10.12.1784

² Z.B. das Preuß. Landrecht v. 1794 u. das österreichische BGB

³ Vgl. v. Kübel, S. 59 f

⁴ Nachweise bei v. Kübel, S. 52 ff

⁵ Z.B. in Österreich und im Geltungsgebiet des preuß. ALR

Zugunsten des Viehkäufers machte man jedoch hinsichtlich der Beweislast eine Ausnahme nach dem Vorbild der deutschrechtlichen Bestimmungen: Bei den sog. "Nachtkrankheiten", d.h. Krankheiten, die sich bei den verkauften Tieren innerhalb 24 Stunden nach der Übergabe zeigten, wurde zugunsten des Käufers vermutet, daß die Krankheit schon zur Zeit des Kaufabschlusses bestanden habe. Gleiches galt bei einigen, bestimmten Krankheiten und manchen Tieren, wenn sich die Krankheit innerhalb einer Frist von zumeist vier Wochen zeigte. Andererseits verlangten fast alle Gesetze vom Käufer, daß er den Mangel unverzüglich nach der Entdeckung dem Verkäufer anzeigte.

Das gemischte System wurde von den beiden großen deutschen, allgemeinen Gesetzgebungen, der preußischen und der österreichischen, angenommen, außerdem vom sächsischen BGB.¹

E. Entwurf des BGB:

So also war die Rechtslage in Deutschland, wie sie die Kommission zum Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuchs vorfand: ein buntes Durcheinander geltender Währschaftsrechte. Die Unzahl von Partikulargesetzen, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts in Deutschland galten, alle aufzuzählen, würde zu weit führen; ohnehin sind sie heute nur noch von rechtsgeschichtlichem Interesse.²

Als es nun um die Schaffung eines gemeinsamen BGB und damit um ein gemeinsames Währschaftssystem ging, stritten sich die interessierten Kreise vor allem darum, welches Prinzip dem künftigen, gemeinsamen Gesetz-

¹ Preußisches Allgemeines Landrecht v. 1794, Österreichisches Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch u. K.-Sächsisches BGB v. 2.1.1863

² Nachweise: Mot. II, S. 248 ff; v. Kübel, Anhang S. 76 ff

buch beim Viehkauf als Grundlage dienen solle, das römische, das deutsche oder das gemischte Prinzip.

Nach vielen Gutachten und erbitterten Disputen¹ entschlossen sich schließlich die Kommission und der Reichstag für das deutschrechtliche Prinzip der Mängelhaftung beim Viehkauf.

¹ Vgl. z.B.: Mot. II, S. 248 ff; Zusammenstellung gutachtl. Äußerungen II, S. 149 ff; Prot. I, S. 686 ff; v. Kübel, S. 1 ff

DAS GELTENDE VIEHWÄHRSCHAFTSRECHT

'Systematische Darstellung

II. ABSCHNITT
DAS GELTENDE VIEHWÄHRSCHAFTSRECHT
(Systematische Darstellung)

Spricht man von Viehkaufrecht, so denkt man zuerst an die "Kaiserliche Verordnung von 1899", an den Katalog von Mängeln also, die nach dem Gesetz allein als Gewährleistungsgrund beim Viehkauf in Frage kommen sollen.

Seine Rechtfertigung findet der Mängelkatalog in den §§ 481 - 493 BGB, die das eigentliche Sonderrecht des Viehkaufs bilden.

Diese Vorschriften an sich wären schon für den Juristen ungewohnt und fremd genug. Erschwert wird ihr Verständnis aber noch dadurch, daß teils daneben, teils stattdessen, je nach Parteivereinbarung, auch die allgemeinen Vorschriften der §§ 459 ff BGB Anwendung finden können.

Dies hat immer wieder Anlaß zu mancherlei Streit in der Theorie und Verwechslungen in der Praxis gegeben.

Hinzu kommt, daß das Ausmaß der zivilrechtlichen Haftpflicht beim Viehkauf indirekt in hohem Maße auch von Gesetzen außerhalb des BGB abhängt.

¹ Paragraphen ohne nähere Angaben sind solche des BGB

A. DER ANWENDUNGSBEREICH DER SONDERVORSCHRIFTEN ÜBER DEN VIEHKAUF (§§ 481 - 496) UND IHR VERHÄLTNIS ZUM ALLGEMEINEN SACHGEWÄHRLEISTUNGSRECHT (GESETZLICHE UND VERTRAGLICHE GEWÄHRLEISTUNG)

Wenn auch die Praxis manchmal andere Wege geht, so gilt doch nach dem Gesetz zunächst der Grundsatz, daß der Viehverkäufer für Viehmängel nur in einem sehr engen Rahmen haftet.

Die gesetzliche Viehmängelhaftung hat folgende Besonderheiten:

- Sie gilt nur für bestimmte Tiergattungen (§ 481).
- Sie erstreckt sich nur auf bestimmte Fehler, die sog. "Hauptmängel" (§ 482), und zwar
 - nur während besonders kurzer sog. "Gewährfristen" und
 - nur, wenn der Käufer den Fehler spätestens zwei Tage nach Ablauf der Gewährfrist dem Verkäufer angezeigt hat (§ 485).
- Sind diese Voraussetzungen gegeben, so trifft den Verkäufer die Beweislast dafür, daß der Fehler erst nach Gefahrübergang entstanden ist ("Vermutung" des § 484).
- Der Viehkäufer hat jedoch keinen Minderungs- sondern nur einen Wandlungsanspruch (§ 487 I), der obendrein
 - schon nach sechs Wochen verjährt (§ 490).

I. DIE HAFTUNG FÜR SOG. HAUPTMÄNGEL

1. Allgemeines

Die viehkaufrechtlichen Sonderregelungen hat der Gesetzgeber deshalb für notwendig erachtet, weil das lebendige Tier nicht, jedenfalls nicht so einfach und zweifelsfrei wie andere Waren, auf seinen wahren, inneren Zustand geprüft werden könne. Es sei plötzlich eintretenden, oft rasch verlaufenden Krankheiten ausgesetzt und schließlich könne es in den Händen eines neuen Erwerbers schnell verdorben werden, wenn nicht zugrunde gehen. Der Verkäufer habe meistens Beweisschwierigkeiten, die Käuferseite dagegen mißbrauche ihre günstige Position häufig zu unberechtigten Rückgriffen gegen den Veräußerer, auch wenn sie den Mangel selbst verschuldet habe.¹

Die §§ 481 - 493 gelten nicht nur beim Kauf und Verkauf sondern bei allen entgeltlichen Geschäften, also auch beim Tausch, bei der Hingabe an Erfüllung statt, beim Vergleich usw.²

Andererseits fallen nur die in § 481 I genannten Tiere, also Pferde, Esel, Maulesel, Maultiere, Rinder, Schafe und Schweine unter die Sonderregelung und auch nur dann, wenn sie zur Zeit des Vertragsschlusses noch leben.³ Für alle anderen Tiere richtet sich die Gewährleistung nach den allgemeinen Bestimmungen der §§ 459 ff, außer die Parteien hätten im Einzelfall vereinbart, daß die §§ 459 ff auch für eine der dort nicht genannten Tierarten gelten sollen.⁴

¹ Schneider, S.8

² Tielker, S.10; nicht jedoch, wenn als Grundstückszubehör verkauft (str.)

³ Rein, S.7; Schneider, S.21; Wrede-Oehmke, S. 3

⁴ Motive II., S. 252; Tielker, S. 10

Nicht unter die §§ 481 ff fällt z.B. die Gewährleistung für Ziegen (im Gegensatz zur Gewährleistung für Schafe), ebensowenig wie für "Federvieh" oder für Hunde und Katzen.

2. Die einzelnen Hauptmängel und ihre Gewährfristen

Der Grundsatz, daß der Viehverkäufer nur für bestimmte Mängel, die sog. Hauptmängel, einzustehen habe, und auch für diese nur dann, wenn sie sich während der sog. "Gewährfristen" zeigen, findet sich in § 482. Die Hauptmängel und ihre Fristen werden gem. § 482 Abs. II durch "Kaiserliche Verordnung" bestimmt, die "auf demselben Wege ergänzt oder abgeändert werden kann".

Erste und trotz aller Kritik unverändert letzte, noch heute gültige Verordnung in diesem Sinne ist die "Kaiserliche Verordnung vom 27. März 1899".³ Sie unterscheidet zwischen Nutz- und Zuchttieren einerseits und Schlachttieren andererseits und nennt dafür folgende Hauptmängel und Fristen:⁴

Für den Verkauf von Nutz- und Zuchttieren (10 VO):

- (1) Bei Pferden, Eseln, Mauleseln und Maultieren:⁵
 Rotz (14), Dummkoller (14), Dämpfigkeit (14), Kehlkopfpfeifen (14), periodische Augenentzündung (14), Koppen (14)
- (2) Bei Rindern:
 Tuberkulose, sofern infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung des Ernährungszustandes des Tieres herbeigeführt wird (14), Lungenentzündung (28)
- (3) Schafe: Räude (14)
- (4) Schweine:
 Rotlauf (3), Schweineseuche einschließlich Schweinepest (10)

¹ Anders in Österreich: vgl. 472. VO d. österr. Bundesjustizmin. v. 28.11.1972, BGBl. S. 3893

² Zu den Motiven der Hauptmängelliste vgl. Dtsch. Reichsanzeiger v. 5. Juli 1899, S.1

³ Dort teilweise auch Legaldefinition d. Hauptmängel

⁴ In Klammern: Gewährfrist in Tagen

Für den Verkauf von Schlachttieren (§ 2 VO):

- (1) Bei Pferden, Eseln, Mauleseln und Maultieren:
Rotz (14)
- (2) Rinder:
Tuberkulose¹, aber nur sofern infolge dieser Erkrankung mehr als die Hälfte des Schlachtgewichts nicht oder nur unter Beschränkung für den menschlichen Genuß geeignet ist (14)
- (3) Schafe:
Allgemeine Wassersucht (14)
- (4) Schweine:
Tuberkulose, unter denselben Voraussetzungen wie beim Rind (14), Trichinen (14), Finnen (14)

Diese Hauptmängel sind per definitionem, nicht allerdings in Wirklichkeit², immer erheblich, verborgen und außerdem allgemein verbreitet.

Was die Unterscheidung innerhalb der einzelnen Tiergattungen betrifft, so sind Nutztiere Tiere, welche ihres wirtschaftlichen Nutzens wegen gehalten werden, um als Zug oder Lasttiere oder wegen ihrer Milchproduktion verwendet zu werden.³ Schlachttiere sind nach der Legaldefinition in § 2 der Verordnung Tiere, welche alsbald geschlachtet werden sollen und bestimmt sind, als Nahrungsmittel für Menschen zu dienen.

Praktische Konsequenz dieser Unterscheidung: Ist z.B. eine Kuh nicht ausdrücklich zur alsbaldigen Schlachtung gekauft und ergibt sich dies auch nicht aus den Umständen, so ist anzunehmen, daß sie zu Nutz- und Zuchtzwecken gekauft wurde. Stellt sich nun aber nach

¹ Zu den Rechtsfolgen je nach dem Grad d. Tuberkulose vgl. bes. Schumacher, a.a.O.

² Dazu weiter unten im III. Abschnitt

³ Vgl. Lanseman, S. 10 m.w.V.; Hirsch u. Nagel, S. 30

dem Kauf heraus, daß das Tier tuberkulosekrank ist und deswegen notgeschlachtet werden muß, ohne daß deswegen eine allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes vorliegt, so hat der Käufer keinen Gewährleistungsanspruch, weil die Kuh nicht als Schlachttier verkauft war. Da die Gewährleistung für Schlachttiere nicht so weit geht wie für Nutz- und Zuchttiere, wird der Verkäufer andererseits gut daran tun, sich dem Käufer gegenüber deutlich zu erklären, wenn er das Tier nur zu Schlachtzwecken verkaufen will.

Vom Regelungsbereich der §§ 481 ff werden solche Tiere nicht erfaßt, die aus wissenschaftlichen Gründen, z.B. zu Tierexperimenten oder zur Vivisektion, gehalten werden. Da diese Tiere, soweit es sich um Vieh im Sinne des Viehwährschaftsrechts handelt, auch nicht unter die §§ 459 ff fallen, haftet der Verkäufer für sie überhaupt nicht.¹

3. Die Rechtsvermutung für das Vorhandensein eines Hauptmangels:

Gemäß § 484 wird vermutet, daß ein Hauptmangel, der sich innerhalb seiner in der Verordnung genannten jeweiligen Gewährfrist gezeigt hat, schon vor Gefahrübergang bestanden habe. Die Gewährfristen sind so berechnet, daß sich der Fehler während dieser Zeit in der Regel nicht entwickeln können soll², andererseits die Zeit noch ausreichen soll, den Mangel, sobald er sich gezeigt hat, rechtzeitig zu rügen.

¹ Ebenso: Kuh für Abdeckerei; vgl. Hirsch u. Nagel, S. 31

² Vgl. aber Kritik im III. Abschnitt

Tierärzte und Juristen streiten sich darüber, was das Gesetz mit "sich zeigen" meint.

Die Mehrzahl der Tierärzte¹ versteht darunter, der Mangel müsse durch bestimmte Symptome konkretisiert einem Sachverständigen gegenüber in Erscheinung getreten sein. Die Juristen² meinen, es sei nicht nötig, daß der Mangel innerhalb der Frist durch einen Sachverständigen festgestellt worden sei.

Die Wahrheit dürfte wohl in der Mitte liegen:

Während der Frist muß der Mangel zwar durch seine wesentlichen Symptome in Erscheinung getreten sein, er kann sich jedoch jedem, nicht nur einem Sachverständigen, gezeigt haben. So verstanden es auch die süddeutschen Gesetze, denen der Begriff des "sich zeigens" nachgebildet wurde.

Stellt der Sachverständige jedoch erst nach Ablauf der Gewährfrist fest, daß der Mangel schon während der Gewährfrist hätte erkannt werden können, so ist dies in jedem Fall zu spät.⁴

Hat sich dagegen der Mangel innerhalb der Gewährfrist gezeigt, so kann der Verkäufer immer noch den Beweis versuchen, daß der Mangel auch erst innerhalb der Frist entstanden sei. Die Präsumption des Gesetzes ist widerlegbar und steht dem nicht entgegen. Allerdings wird dem Verkäufer der Gegenbeweis der sehr kurzen Fristen wegen nur sehr selten gelingen.

Der Nachweis, daß das Tier unmittelbar vor der Übergabe von einem Sachverständigen untersucht und für fehlerfrei befunden worden sei, würde ihm hierbei selbstverständlich nicht helfen.

¹ Nachweise b. Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S. 12 m.w.V.; vgl.a. Schmidt, BMTW 1909, 947

² Junkermann, S. 27; Meisner, S. 14; Stelmachowski, S. 13; Stölzle, Viehkauf, S. 100 ff

³ Vgl. Hirsch u. Nagel, S. 22

⁴ Vgl. Scherer, S. 574; Wrede-O., S. 15

Andererseits bleibt dem Käufer der sehr kurzen Fristen wegen meist nur wenig Zeit, den Mangel rechtzeitig geltend zu machen. Ist die Gewährfrist, die ja mit einer Ausnahme nur 14 Tage oder weniger dauert, einmal abgelaufen, so bleiben ihm nur noch ganze zwei Tage, um den Mangel anzuzeigen und sich so seine Gewährleistungsansprüche zu wahren (§ 485).

Beginn und Ende der Gewährfrist sind für ihn deshalb von größtem Interesse:

4. Beginn und Ende der Gewährfrist¹ einschließlich des Gefahrüberganges

Gemäß §§ 483, 187 beginnt die Gewährfrist mit dem Ablauf des Tages, an welchem die Gefahr auf den Käufer übergeht. Dieser Zeitpunkt bestimmt sich nach allgemeinen Grundsätzen und ist in den §§ 446, 447 geregelt. Die Parteien können jedoch auch etwas anderes vereinbaren.

Als ein nur dem Viehkauf eigentümlicher Zeitpunkt des Gefahrüberganges kommt je nach den Handelsgepflogenheiten auch das Einschneiden einer Marke in das Fell des Tieres², das Verwiegen oder, auf den Märkten bei Platzgeschäften, der Zuschlag (Zuruf, Handschlag)³ in Betracht.

Der Gefahrübergang und damit der Beginn der Gewährfrist kann, wie bei anderen Kaufsachen auch, durch Annahmeverzug (§§ 393, 396, 300, 324 I) oder eine Bedingung beeinflusst werden. Die Gewährfrist endet stets mit Ablauf des letzten Tages der Frist und verlängert sich auch an Sonn- und Feiertagen nicht: § 193 ist nicht anwendbar, da er voraussetzt, daß die Nichtabgabe einer Willenserklärung oder das Nichtbewirken einer Leistung innerhalb einer bestimmten Frist einen Rechtsverlust

¹ Speziell dazu: Weinreich, a.a.O.

² Einschränkend OLG Hamburg, OLGE 45, 141

³ Vgl. AG Berlin, BTW 1911, 867

nach sich zieht. Dies ist bei der Gewährfrist nicht der Fall, da sich an sie die zweitägige Anzeigefrist des § 485 anschließt, innerhalb der der Käufer immer noch seiner Anzeigepflicht genügen kann.

Die Parteien können die Gewährfrist vertraglich abändern, verlängern oder verkürzen (§ 486).¹ Wenn die Gewährfristen, die ja etwas anderes sind als Verjährungsfristen, nicht ihren Sinn verlieren sollen, hat eine Verlängerung jedoch stets ihre Grenzen: Auch die durch Parteivereinbarung verlängerte Gewährfrist gründet ja auf der Vermutung des § 484, daß der Hauptmangel sich schon vor Gefahrübergang entwickelt habe. Will der

Will der Verkäufer diese Vermutung ausräumen, so muß er mit Tatsachen nachweisen, daß der Mangel erst während der Frist entstanden ist. Das wird ihm aber bei einer mehrere Monate dauernden Gewährfrist kaum mehr gelingen.

Die gesetzliche Definition der Hauptmängel und ihrer Gewährfristen hilft ihm dabei jedenfalls nichts. Die Gewährfristen gehen nämlich lediglich von der (häufig falschen) Hypothese aus, daß ein Hauptmangel, der sich innerhalb der Gewährfrist zeige, in aller Regel schon vor Gefahrübergang angelegt gewesen sei. Die Gewährfristen besagen jedoch überhaupt nichts darüber, welche Entwicklungszeit ein Hauptmangel im äußersten Fall bereits durchlaufen haben kann, bis er sich erstmalig gezeigt hat.

Die gesetzlich definierte Minimalentwicklungszeit also mit einer regelmäßigen Entwicklungszeit gleichzusetzen, wäre nicht nur wissenschaftlich unsinnig, weil unmöglich, sondern auch mit der Definition der Gewährfristen völlig unvereinbar.

¹ Vgl. Hirsch u. Nagel, S. 44; Malkmus 1906, S. 185; vgl. a. § 476; ob die gesetzl. Bestimmungen über die Gewährfrist durch Gewohnheitsrecht usw. abgeändert werden können, ist str.: vgl. Stölzle, Viehkauf, S. 176; Wrede-Oehmke, S. 16; vgl. aber auch § 138, wonach jedenfalls der totale Ausschluß der Gewährfrist gegenüber einem völlig unerfahrenen Käufer sittenwidrig und nichtig wäre

Wenn also die Parteien z.B. die Gewährfrist für "periodische Augenentzündung" über den gesetzlichen Rahmen hinaus auf 6 Wochen ausdehnen, so wird der Verkäufer, wenn sich der Mangel nach fünf Wochen gezeigt hat, nicht argumentieren dürfen, es sei wegen der gesetzlichen Gewährfrist von 14 Tagen zu vermuten oder zumindest wahrscheinlicher, daß die Entwicklung des Mangels erst nach Ablauf der ersten beiden Wochen, also nach Gefahrübergang, eingesetzt habe.

5. Die Mängelanzeige:

Neben Hauptmangel und Gewährfrist hängt der Anspruch des Viehverkäufers aus der gesetzlichen Gewährleistung auch davon ab, daß er spätestens zwei Tage nach Ablauf der Gewährfrist, beim Tod des Tieres sogar unmittelbar danach, den Mangel dem Verkäufer in irgendeiner Form anzeigt (§ 485).

Den Käufer trifft also eine Anzeigepflicht, der er spätestens bis zum Ablauf der Anzeigefrist nachkommen muß, wenn er nicht seinen Gewährleistungsanspruch verlieren will.

Die Anzeigefrist schließt als weitere Frist an die Gewährfrist an und verlängert sich, anders als die Gewährfrist, in den Fällen des § 193, d.h. wenn der letzte Tag ein Sonntag oder ein staatlich anerkannter Feiertag ist, um einen Tag.

Wie weit diese Anzeigepflicht des Käufers gehen soll, ist jedoch unklar. Genügt es, wenn der Käufer das Tier ohne nähere Konkretisierung rügt bzw. einen wirklich vorhandenen Mangel falsch bezeichnet¹ oder muß er den Fehler genau, also mit der in der "Kaiserlichen Verordnung" gebrauchten Bezeichnung rügen?

¹ Z.B.: das Pferd sei ein Kehlkopfpeifer, während es in Wirklichkeit dämpfig ist

Richtig dürfte sein¹, vom Käufer zwar mehr als nur die bloße Anzeige zu verlangen, das Tier sei mangelhaft, andererseits aber an die Bezeichnung des Mangels keine höheren Anforderungen zu stellen, als es das berechtigete Interesse des Verkäufes erfordert, der sich sachgerecht verteidigen können muß. Der Käufer muß also bei der Anzeige des Mangels eine wenigstens grobe Schilderung des Krankheitsbildes geben. Das genügt.

Ohnehin wird oft nicht einmal der Sachverständige in der Lage sein, ein abschließendes Urteil zu geben und den Mangel mit dem nach der Verordnung einschlägigen Mangel zu bezeichnen. Es schadet dem Käufer also nicht, wenn er aufgrund eigener oder tierärztlich falscher Diagnose einen Hauptmangel nicht richtig bezeichnet, solange nur der Verkäufer aus der Schilderung der Symptome erkennen kann, welche Krankheit (klinisch-pathologische Symptome, Ätiologie) gemeint ist.

Der Anzeige an den Verkäufer stehen Klagerhebung, Streitverkündung und Antrag auf gerichtliche Beweisaufnahme im Rahmen des gerichtlichen Beweissicherungsverfahrens gleich (§ 485). Die Streitverkündung wird vor allem dann in Frage kommen, wenn ein Viehgroßhändler, der ein mangelhaftes Tier weiterveräußert hat, von dem Erwerber innerhalb der Gewährsfrist in Anspruch genommen wird und er nun seinerseits den Erstverkäufer haftbar machen und zum Rechtsstreit zuziehen will.

Angesichts der kurzen Gewährsfristen, die ja in den meisten Fällen nur 14 Tage dauern, wird der Verkäufer die Anzeige allerdings selten rechtzeitig genug erhalten, um seinem Vordermann den Streit fristgerecht verkünden zu können.

¹ Nachweise bei Stölzle, Viehkauf, S. 161 ff; ders., Slg. I, S. 78 ff; Wrede-Oehmke, S. 28; a.A. Dieckhoff, Lehrbuch, S. 96; Meisner, S. 31; Stölzle, passim

Am ehesten wird dies noch beim Schlachtviehhandel im Verhältnis Züchter bzw. Mäster - Großhändler - Endabnehmer möglich sein, da dort die Tiere innerhalb kürzester Zeit gehandelt werden. Andererseits besteht aber bei den Massenumsätzen des Schlachtviehhandels wieder das Problem des Nämlichkeitsnachweises, weil der Zwischenhändler in vielen Fällen nicht mehr feststellen kann, von wem er das einzelne mangelhafte Tier gekauft hat.

Über die Anzeigepflicht hinaus treffen den Käufer keine weiteren Pflichten. Er ist also auch als Kaufmann nicht etwa verpflichtet, das Tier unverzüglich zu untersuchen und zu rügen, wie er dies bei anderen Waren tun müßte (§ 377 HGB). In der Praxis wird dies häufig übersehen. Nach allgemeiner Ansicht in der Viehwirtschaftsliteratur, die durch die Motive zum BGB gestützt wird, gelten zwar grundsätzlich auch die Vorschriften des HGB, aber gerade mit Ausnahme des § 377 HGB.¹

6. Gesetzlicher Ausschluß der Gewährleistung:

Nach § 460 hat der Verkäufer den Mangel des Tieres dann nicht zu vertreten, wenn ihn der Käufer schon beim Abschluß des Kaufes positiv kannte. Es kommen somit nur solche Mängel in Betracht, die bereits bei Vertragschluß, nicht erst bei der Übergabe, vorhanden waren.² Ausgeschlossen ist die Gewährleistungspflicht auch, wenn dem Käufer der Mangel nur wegen grober Fahrlässigkeit unbekannt geblieben ist, sofern nicht der Verkäufer den Mangel arglistig verschwiegen oder dessen Abwesenheit zugesichert hat (§ 460). Im Gegensatz zu § 460, der auf den Zeitpunkt des Vertragsschlusses abstellt, ist nach § 464 der Zeitpunkt der Annahme entscheidend:

¹ Lerche, S.182; Schneider, S.175; Stölzle, Viehkauf, S.26 ff; OLG Hamm, OLGE 12, 268; KG u. OLG Kiel, zit. b. Stölzle, Slg. II, S.79; vgl.a. OLG Hamm, Seuffa 61, 269

² Anders, wenn dem Käufer infolge grober Fahrlässigkeit das Fehlen einer zugesicherten Eigenschaft unbekannt geblieben ist; hier haftet der Verkäufer !

Nimmt der Käufer in diesem Zeitpunkt ein mangelhaftes Tier an, obwohl er den Mangel positiv kennt, so sollen ihm Ansprüche nur dann zustehen, wenn er sie sich gegenüber seinem Vertragspartner ausdrücklich vorbehält.

§ 461 bestimmt, daß der Verkäufer einen Mangel des Tieres dann nicht zu vertreten hat, wenn es aufgrund eines Pfandrechts in öffentlicher Versteigerung unter der Bezeichnung als Pfand verkauft wird (§ 1228).¹

Die gleiche Bestimmung trifft § 806 ZPO für den Verkauf gepfändeter Tiere im Wege der Zwangsvollstreckung, sowie die §§ 806 ZPO i.V.m. 1234 Abs.2, wonach ebenfalls jeder Gewährleistungsanspruch gegen Pfandgläubiger, Schuldner, Eigentümer oder Gerichtsvollzieher ausgeschlossen ist², für den Verkauf aufgrund eines vollstreckbaren Titels. Die Gewährleistung fällt in diesem Fall allerdings nur dann weg, wenn sämtliche Voraussetzungen für den Pfandverkauf gegeben sind.³ Die Haftung ist auch ausgeschlossen bei der öffentlichen Versteigerung aufgrund einstweiliger Verfügung gem. § 489 BGB und gegenüber dem Verkäufer eines Tieres, das zu einer Erbschaft gehörte (§ 2376 Abs.2 BGB).

7. Vertraglicher Ausschluß der Haftung:

Die Parteien können die gesetzliche Gewährleistung für Hauptmängel auch vertraglich abändern. Sie können sie hinsichtlich aller oder einzelner, bestimmt bezeichneter Hauptmängel oder Rechtsfolgen beschränken oder ganz ausschließen. Die Vereinbarung ist formfrei. Deshalb kann unter Umständen auch aus einem besonders niedrigen Preis für ein Tier und je nach dem, an wen es verkauft wird (z.B. an den Abdecker), ein vertraglicher Haftungsausschluß gefolgert werden.

¹ = Privatverkauf, nicht Zwangsverkauf ! : § 1233 III

² Sogar bei Arglist des Veräußerers

³ Gültiges Pfandrecht, Versteigerung entspr. § 383 III BGB

Auch heute noch in vielen Gegenden gebräuchliche Redewendungen, die einen solchen Haftungsausschluß kennzeichnen, sind Ausdrücke wie:

"für nichts gut sein", "wie es geht und steht", "im gegenwärtigen Zustand", "schlecht für gerecht", "wie die Kette fällt", "wenn das Tier aus dem Stall ist, geht es mich nichts mehr an", "Hagel auf Wind", "Haar auf Haar", "tot und ab", "hin und weg", "schlecht für recht", "krumm für gerade" u.s.w.

Wenn der Verkäufer aber einen Hauptmangel arglistig verschwiegen hat, so brauchen solche Vereinbarungen nicht, wie bei § 123, angefochten zu werden, sie sind vielmehr ohne weiteres nichtig (§ 476).

Als weitere Fälle eines vertraglichen Haftungsausschlusses kommen Verzicht und Erlaß in Betracht.

8. Rechtsfolgen der gesetzlichen Hauptmängelhaftung

a) Spezieskauf:

Wie schon das alte germanische Recht und anders als manche neueren Partikulargesetze vor Schaffung des BGB oder die allgemeinen Vorschriften der §§ 459ff sieht § 487 Abs. 1 für Hauptmängel keine Minderung vor; der Käufer kann nach dem Gesetz, wenn er es nicht anders vereinbart hat³, nur Wandlung des Kaufvertrages verlangen.

aa) Wandlung:

Wegen der rechtlichen Natur der Wandlung beim Viehkauf gelten gegenüber den allgemeinen Vorschriften keine Besonderheiten.⁴ Die Wandlung ist beim Viehkauf aber unter weniger strengen Voraussetzungen möglich:

¹ Vgl. Hirsch u. Nagel, S.26; Fröhner-Neumann-Kleinpaul, S.15

² Wie § 123

³ Vgl.: Löffler, S.30 m.w.V.

⁴ Es herrscht auch hier der Streit zwischen Herstellungs- und Vertragstheorie

Der Käufer kann sie anders als sonst (§§ 467, 351-353) selbst in den Fällen verlangen, in denen er oder eine Person, für die er einzustehen hat, eine wesentliche Verschlechterung, den Untergang oder die anderweitige Unmöglichkeit der Herausgabe des Tieres verschuldet hat (§§ 487 Abs.2, 351). Der Verkäufer kann dann noch nicht einmal Schadensersatzansprüche stellen, wozu er bei der Wandlung anderer Sachen ja berechtigt wäre.

Beispiel:

Die Wandlung ist auch dann statthaft, wenn Pferde, wie es häufig vorkommt, durch falsches Reiten oder durch falsche Pflege schwer oder unheilbar lahm oder dämpfig werden. Hat nun der Käufer durch unsachgemäße Behandlung des Tieres einen solchen Schaden verursacht, so kann er dennoch die Wandlung verlangen, wenn er nur den Hauptmangel fristgerecht angezeigt hat.

Das Recht des Käufers, Wandlung selbst in den Fällen verlangen zu können, in denen das Tier eine wesentliche Verschlechterung erlitten hat, bedeutet allerdings nicht, daß der Verkäufer das Tier dann auch zurücknehmen müßte.

Bei einer wesentlichen Verschlechterung kann er die Zurücknahme, nicht allerdings die Wandlung des Tieres, ablehnen und Wertersatz verlangen, während er bei einer unwesentlichen Verschlechterung das Tier zurücknehmen müßte, wenn auch gegen Wertersatz (§ 487 III).

Die Wandlung ist sogar noch nicht einmal dann ausgeschlossen, wenn der Käufer das Tier bereits durch Verarbeitung in eine Sache anderer Art umgestaltet hat (§§ 487 Abs.2, 467, 352).¹

Ebenso: Läßt der Käufer oder sein Tierarzt das Tier während der Gewährsfrist zu diagnostischen Zwecken schlachten, um überhaupt erst sicher bestimmen zu können, daß das Tier mit einem Hauptmangel behaftet ist, so ändert auch dies nichts an dem Wandlungsrecht des Käufers. Auch wenn der Käufer das Tier weiterverkauft hat

¹ Z.B.: Schlachten o. Kastrieren eines zur Zucht bestimmten Hengstes. - Die Veräußerung eines erheblichen Teils des Gegenstandes, die § 353 I ausdrückl. hervorhebt, ist dagegen b. Viehkauf, der auf lebende Tiere abstellt, nicht denkbar.

oder aus einem anderen, von ihm zu vertretenden Grund das Tier nicht zurückgeben kann, er also bei einer anderen Sache nicht wandeln dürfte (§§ 351 - 353), so ist dies gem. § 487 Abs.2 S.2 immer noch möglich. Der Käufer soll nach einer Ansicht in der Literatur selbst dann noch zur Wandlung berechtigt sein, wenn er das Tier erst weiterveräußert, nachdem er den Mangel entdeckt und vielleicht sogar schon Wandlungsklage erhoben hat.¹ Man wird diese Ansicht allerdings insofern einschränken müssen, als mit der Weiterveräußerung des mangelhaften Tieres nach Erhebung der Wandlungsklage der Wandlungsanspruch jedenfalls dann erlischt, wenn seine Geltendmachung gegen Treu und Glauben verstieße.² Besser noch, man sieht im nachträglichen Verkauf einen Verzicht auf den Wandlungsanspruch.³

Etwas anderes gilt beim Schadensersatzanspruch: Hier ist die Veräußerung unschädlich. Die Rechtslage ändert sich erst, wenn der Käufer bei der Durchführung der Wandlung mit der Rückgabe des Tieres oder der Auszahlung der Wertvergütung in Verzug kommt (§ 487 Abs.2 u.3). Dann kann ihm der Verkäufer eine angemessene Frist setzen und erklären, daß er die Annahme nach Ablauf der Frist ablehne (§§ 481, 467, 354). Nach Frist-Ablauf wird die Wandlung unwirksam.

Ist die Wandlung dagegen vollzogen und verschuldet der Käufer dann noch eine Verschlechterung des Tieres, gleichgültig ob wesentlich oder unwesentlich, oder sogar den völligen Untergang, so ist er zu Schadenersatz verpflichtet (§§ 347, 989 ff).

Wenn der Viehkäufer die Unmöglichkeit der Herausgabe überhaupt nicht zu vertreten hat, bleibt es bei den allgemeinen Vorschriften: Der Verkäufer hat die Gefahr des zufälligen Untergangs zu tragen und der Käufer wird

¹ Str.!; dafür Meisner, S.65; Zeller, a.a.O.; a.A. Hachenburg, S.179 ff; Scherer, S.133 ff; Stölzle, Viehkauf, S.190 f; weitere Nachweise b. Wrede-Oehmke, S.47

² Vgl. Löffler, S.35 m.w.V.

³ Scherer, Hachenburg u. Stölzle, passim

völlig¹ frei (§§ 467, 350, 275).

Muß der Käufer deswegen Wertersatz leisten, weil er aus eigener Schuld das Tier nicht zurückgeben kann (§ 487 Abs. 2 S. 2), so braucht er nur den objektiven Wert des Tieres, nicht etwa auch den subjektiven Schaden zu ersetzen.

Der objektive Wert des Tieres kann von einem Zeitpunkt zum anderen sehr unterschiedlich sein:

Während im allgemeinen Gewährleistungsrecht nach der Vertragstheorie gewöhnlich auf den Zeitpunkt abgestellt wird, in dem die Wandlung vollzogen ist, vertritt die Literatur im Viehwährschaftsrecht häufig einen anderen Standpunkt.² Teils wird angenommen, als Wert sei das zurückzugeben, was sich nach Eintritt des vom Käufer zu vertretenden Umstandes noch in seinem Vermögen befindet (das Tier oder was von ihm noch übrig ist)³, teils, es sei der Wert zu vergüten, den das Tier im Zeitpunkt des Gefahrüberganges hatte.⁴

Andere⁵ meinen, man müsse den Wert feststellen, den das mangelhafte Tier für die gewöhnliche oder vertraglich vereinbarte Nutzung unmittelbar vor dem Zeitpunkt gehabt habe, in welchem es verschlechtert wurde oder unterging. Man begründet dies damit, daß der Käufer den Betrag nicht verlangen dürfe, um welchen sich der Wert des Tieres durch die vom Käufer zu vertretende Handlung verringert habe. Diese Ansicht führt allerdings zu schwierigen Schätzungen, die fast unmöglich werden, wenn das Tier noch vor dieser vom Käufer zu vertretenden Handlung durch eine zufällige und deshalb vom Verkäufer zu

¹ Vgl. aber § 281

² Nachweise bei Löffler, S. 37; Staudinger, Bem. II 3a zu § 487; Lanseman, S. 41; Krückmann, S. 74; Schneider, S. 149ff; Stelmachowski, S. 49

³ Schneider, S. 149

⁴ Stölzle, Viehkauf, S. 201; ders., Slg. I, S. 94ff; Slg. II, S. 103

⁵ Dieckerhoff, Lehrbuch, S. 95; Rein, S. 24

vertretende Handlung verschlechtert wurde.

Den Vorzug verdient deswegen die Ansicht¹, es sei der objektive Wert zur Zeit des Gefahrüberganges zu ersetzen und es sei von diesem Zeitpunkt nur dann abzuweichen, wenn das Tier nach vollzogener Wandlung, noch bevor ein nach den allgemeinen Vorschriften das Rücktrittsrecht ausschließender Umstand eingetreten sei, durch Zufall verschlechtert wurde.² Nach dieser Theorie ist der Verkäufer vor allem der Gefahr enthoben, daß zwischen dem Zeitpunkt der Übergabe des Tieres an den Käufer und der von diesem zu vertretenden Unmöglichkeit der Rückgabe das Tier verschlechtert wird, ohne daß dem Verkäufer der Nachweis gelingt, daß diese Verschlechterung durch ein Verschulden des Käufers herbeigeführt worden ist. Außerdem läßt sich der Wert des Tieres im Zeitpunkt des Gefahrüberganges noch am ehesten feststellen.

Bei vom Käufer verschuldeter, unwesentlicher Verschlechterung des Tieres kann er es ebenfalls zurückgeben, muß jedoch dann den Minderwert vergüten (§ 487 Abs.3).

Derartige Fälle kommen im Viehhandel öfter vor: Händler lassen z.B. oft bei den angekauften Tieren das Deckhaar scheren oder Mähne und Schweif abschneiden, bevor der Mangel gerügt ist. Auch kann das Tier durch falsche Fütterung oder falsches Reiten eine bald wieder zu behebende und deshalb unwesentliche³ Verschlechterung erleiden. Der in diesen Fällen geschuldete Geldbetrag errechnet sich entsprechend § 472.

Anders als im französischen Recht kann Wandlung immer nur wegen des bemängelten Tieres verlangt werden, selbst wenn die Gefahr besteht, daß andere mitverkaufte Tiere ebenfalls erkrankt sein könnten.⁴ Ausnahme: Die Tiere

¹ Averdunk, S.49; Löffler, S.37; Stelmachowski, S.49; Stölzle, Viehkauf, S.201; Tielker, S.46; Wrede-Oehmke, S.49

² Zufall hat der Verkäufer bei der Wandlung stets zu vertreten: §§ 467,350 einerseits, § 275 andererseits

³ Zu dem Streit, ob bei den durch Zufall entstandenen Verschlechterungen zwischen wesentl. u. unwesentl. unterschieden w. muß: Stölzle, Viehkauf, passim; ders., JW 1925, 1156 (dafür); Löffler, S.37 ff (dagegen)

⁴ Vgl. Motive II, S.258

sind als zusammengehörig, z.B. als Gespann, verkauft worden (§§ 469, 470).

Verpflichtungen des Verkäufers:

Der Verkäufer hat dem Käufer neben der Rückzahlung des Kaufpreises und der Verzinsung von 4 bzw. 5 % (§§ 346 S.1, 347 S.3, 246 BGB; 352 HGB) auch die oft ganz beträchtlichen Futterkosten zu erstatten (§ 488) und dies ohne Rücksicht, ob er mit der Rücknahme des Tieres im Verzug ist, vom Tag der Übergabe an.¹ Voraussetzung ist allerdings, daß die Futterkosten angemessen waren.² Der Verkäufer muß außerdem ersetzen:

Angemessene Tierarztkosten, andere notwendige Verwendungen, wie Beschlagen des Pferdes, Kosten der notwendig gewordenen Tötung und Wegschaffung des Tieres, Kosten der Vertragsausführung, insbesondere Vertragskosten, Kosten eines Vorprozesses, Vertragskosten gem. § 467 S.2, Kosten der Rücknahme des Tieres, Kosten eines Beweissicherungsverfahrens, Provisionen, nicht jedoch Halftergeld.

Nicht zu ersetzen, jedenfalls nicht bei der Wandlung, sind Schäden, die das Tier angerichtet hat oder Kosten, die der Käufer zur Abwehr einer Seuchengefahr hatte.⁴

Verpflichtungen des Käufers:

Der Käufer ist zunächst zur Rückgabe des Tieres in natura verpflichtet. Wo dies nicht möglich ist, schuldet er möglicherweise Wertersatz.⁵ Nutzungen⁶ hat er gem. § 487 Abs.4, einer dem Viehkauf eigentümlichen Sondervorschrift, nur insoweit zu ersetzen, als er sie tatsächlich gezogen hat, nicht jedoch die Nutzungen, die er

¹ Motive II, S.260

² Dieckerhoff, Lehrbuch, S.109; a.A. Wrede-Oehmke, S.59: alle, außer bei Schikane

³ Zu den Nebenkosten bei Wandlung vgl.a. Fellmer, SG 1975,40; Freyberg, RR 1971, 578

⁴ Wrede-Oehmke, S.61; Stölzle, Viehkauf, S.264 ff

⁵ Z.B. Herausgabe d. Schlachterlöses

⁶ Tierjungen, Dünger, Milch

nach den Regeln einer ordnungsgemäßen Wirtschaft hätte ziehen können, dies aber schuldhafterweise nicht getan hat (so die allgemeinen Vorschriften: §§ 467, 347, 987 Abs.2). Insofern kommt allenfalls ein Schadensersatzanspruch gem. § 826 in Betracht.

bb) Versteigerung des Tieres:

Sobald während des Rechtsstreits die Besichtigung nicht mehr nötig ist, muß das Gericht auf Antrag einer Partei die öffentliche Versteigerung des Tieres und die Hinterlegung des Erlöses anordnen (§ 489). Dies soll verhindern, daß die Futterkosten während des oft lange dauernden Viehprozesses in schwindelnde Höhe steigen.¹ So nützlich die Bestimmung des § 489 auch ist, so wird das Gericht die Versteigerung dennoch oft nicht anordnen können, nämlich dann nicht, wenn die Klage davon abhängt, daß zunächst der Hauptmangel völlig zweifelsfrei festgestellt worden ist.

Ein schwerer Nachteil der Versteigerung ist es außerdem, daß gerade bei öffentlich meistbietendem Verkauf in seltenen Fällen Preise erzielt werden, die dem wahren Wert des Tieres entsprechen.

Statt öffentlicher Versteigerung sind auch andere gerichtliche Verfügungen denkbar: z.B. die Ermächtigung des Käufers, das Tier im Stall eines Dritten unterzubringen oder ein Pferd jeden Tag eine bestimmte Zeit lang zu reiten.²

¹ Vgl. Stölzle, Viehkauf, S.273

² Im einzelnen str.: vgl. Stölzle, Viehkauf, S.279; Wrede-Oehmke, S.76

cc) Der Schadensersatzanspruch wegen Hauptmängeln

Der Käufer kann statt der Wandlung auch Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung geltend machen,

- wenn der Verkäufer den Hauptmangel absichtlich verschwiegen hat (§§ 481, 463 S.2) oder
- besondere Eigenschaften des Tieres (§§ 481, 492, 463 S.1) oder
- das Nichtvorhandensein eines Hauptmangels zusicherte (§§ 481, 490 Abs.1 S.1)

Als Zusicherung gilt es aber nicht schon dann, wenn der Verkäufer erklärt, das Tier leide nicht an dem fraglichen Mangel. Dies würde nur die gesetzliche Haftung begründen. Nötig ist vielmehr die vertragliche Abrede, der Verkäufer solle für das Nichtvorhandensein des Mangels garantieren;¹ nur dann hat der Käufer gem. §§ 481, 463 das Wahlrecht zwischen Wandlung und Schadensersatz wegen Nichterfüllung.

Die Minderung des Kaufvertrages kann er, wenn er sie sich nicht bei Vertragsschluß ausdrücklich ausbedungen hat, dagegen nicht verlangen, da sie im Viehhandel allgemein, also auch beim Garantieverprechen, ausgeschlossen ist.²

Wegen der Art und Höhe des Schadens gelten die allgemeinen Grundsätze des Schadensrechts. Angemerkt sei nur noch, daß der Käufer das Angebot des Verkäufers, den Fehler auf seine Kosten beheben zu lassen, nicht anzunehmen braucht.

¹ Hirsch u. Nagel, S.67

² Motive II, S.257; Hirsch u. Nagel, S.68

b) Rechtsfolgen beim Gattungskauf und beim
Kauf mehrerer Tiere

Der Käufer eines nur der Gattung nach bestimmten Tieres kann statt der Wandlung (§ 487) auch Lieferung eines mangelfreien Tieres (§ 491) verlangen. Der einzige Unterschied gegenüber der allgemeinen Regelung des § 480 ist der, daß das Minderungsrecht entfällt. Die Praxis im Viehhandel verfährt zwar meist umgekehrt, doch steht dieses Wahlrecht nur dem Käufer zu. Der Verkäufer hat nicht die Möglichkeit, durch das Angebot, ein anderes Tier zu liefern, der Wandlung zu entgehen.

9. Die Verjährung

Statt der sonst im Gewährleistungsrecht üblichen Frist von 6 Monaten betragen die normalen gesetzlichen Verjährungsfristen im Viehwährschaftsrecht nur 6 Wochen. In dieser Zeit verjährt der Wandlungsanspruch und der Schadensersatzanspruch wegen zugesicherter Freiheit von Hauptmängeln (§ 490). Im Gegensatz dazu verjährt jedoch der Anspruch wegen Arglist - anders als der aus Garantieverprechen - weder nach Ablauf der Gewährsfrist, noch nach der zweitägigen Anzeigefrist, noch nach der kurzen sechsmonatigen Verjährungsfrist der §§ 484, 490, 477 sondern erst nach 30 Jahren (§ 124).¹

Die Verjährungsfrist beginnt stets bereits nach Ablauf der Gewährsfrist, nicht erst nach Ablauf der Anzeigefrist. Gewährsfrist² und Verjährungsfrist zusammengekommen haftet der Verkäufer somit durchschnittlich 8 Wochen, wenn nicht die Verjährungsfrist ausnahmsweise durch Vertrag verlängert worden ist (§ 477). Eine Verlängerung kann z.B. in der Vereinbarung liegen, daß der Verkäufer für 6 Monate garantiert,³ das Tier leide nicht

¹ a.A. wohl Hirsch u. Nagel, S.72, die auf § 852 verweisen

² die meist 2 Wochen dauert

³ bedenklich wegen des Sinns d. Gewährfristen

an Dummkoller. Wie sich Gewährfrist und Verjährungsfrist im einzelnen zueinander verhalten sollen, ist der individuellen Abrede überlassen.¹ Die Abgrenzung kann deshalb manchmal schwierig sein.

Die Verjährung kann durch Klage und Streitverkündung unterbrochen werden, außerdem durch den im Viehprozeß besonders wichtigen Antrag auf gerichtliche Beweissicherung (§§ 485, 477).

10. Einreden des Käufers wegen eines Hauptmangels

Der Käufer kann den Mangel auch nach der Verjährung des Wandlungsanspruches einredeweise geltend machen (§ 490 Abs. 3). Er muß aber zumindest die Anzeigefrist nach § 485 eingehalten haben. Auch ist es sehr streitig, ob er dann noch im Verrechnungswege den Ersatz seiner Futterkosten oder sonstigen Nebenkosten (§§ 488, 490 Abs. 3 S. 2) verlangen kann.

Der in § 490 Abs. 1 genannte Schadensersatzanspruch wegen eines Hauptmangels, dessen Nichtvorhandensein der Verkäufer zugesichert hat, kann ebenfalls unter den Voraussetzungen des § 485³ noch nach der Verjährung des Wandlungsanspruches zur Aufrechnung gestellt werden.

¹ Vgl. Mot. II, S. 241; Prot. I, S. 706 ff

² Vgl. z.B. Hirsch u. Nagel, S. 71 m.w.V.

³ Vgl. § 490 Abs. 3 S. 2

II. DIE HAFTUNG FÜR VERTRAGSMÄNGEL

Das Viehmängelrecht wäre weniger verworren, wenn der Gesetzgeber nicht neben oder anstelle der gesetzlichen Haftung auch die vertragliche Haftung zugelassen hätte. Er hat dies aber getan und eine reiche Quelle praktischer Verwicklungen eröffnet.

1. Die Vereinbarung der Gewährleistung wegen eines nicht zu den Hauptmängeln gehörenden Fehlers und die Zusicherung einer Eigenschaft

§ 492 erlaubt den Vertragsparteien, den gesetzlichen Haftungsumfang auf weitere Fehler auszudehnen (vertragliche Mängel, Vertragsmängel, Nebenmängel).¹ Auch können die Parteien für die Hauptmängel oder für weitere Mängel die Geltung der allgemeinen Vorschriften (§§ 459 ff) vereinbaren. Eine besondere Form ist nicht vorgeschrieben.²

a) Vertragsmängel im einzelnen

Die Schwierigkeiten beginnen schon beim Fehlerbegriff. Fehler im Sinne von § 492 sind, wie sonst auch, alle Abweichungen von der normalen oder der nach dem Inhalt des Vertrages vorausgesetzten Beschaffenheit der Kaufsache, soweit sie deren Wert oder Tauglichkeit erheblich mindern. Dies ist bei Tieren meist nur sehr schwer zu entscheiden.

Der Vieldeutigkeit des Fehlerbegriffes und der Schwierigkeiten seiner Abgrenzung im Einzelfall wegen ist es deshalb für den Verkäufer gefährlich, wenn er, was zulässig ist und nicht selten vorkommt, die vertragliche "Haftung für alle Fehler" oder für "Fehlerfreiheit" übernimmt. Sie ist die umfassendste und gefährlichste Zusage überhaupt, die der Verkäufer geben kann:

¹ Vgl. z.B. Fröhner-Neumann-Kleinpaul, S.16 ff

² Muster e. schriftl. Pferdekaufvertrages bei Fellmer, SG 1972, 42 f; Ende, RR 1971, 463

Er läßt sich darauf ein, die Gewähr nicht nur für alle erheblichen und verborgenen Krankheiten sondern darüber hinaus auch für sonstige Mängel und Untugenden zu übernehmen.

Eine Reihe von Partikulargesetzen und der 1. Entwurf des BGB hatten deshalb die Bestimmung enthalten, daß das Versprechen, "Haftung für alle Fehler" zu übernehmen, sich in dieser Allgemeinheit nur auf die gesetzlichen Hauptmängel beziehen solle und eine erweiterte Haftung nur für einzelne, bestimmt zu bezeichnende Mängel übernommen werden könne.¹ Diese Regelung wurde jedoch nicht ins BGB übernommen, weil man der Vertragsfreiheit und dem Parteiwillen den Vorrang geben wollte. Somit ist gem. §§ 157, 133 im Einzelfall zu entscheiden, was die Parteien wollten: eine unverbindliche Anpreisung, Haftung für alle erheblichen Fehler oder nur für Hauptmängel oder Garantie-Übernahme.

Da kein Tier wirklich fehlerfrei sein kann, wird man im Zweifel eine Gewährleistungsübernahme nur für erhebliche und verborgene Fehler annehmen können, auch wenn "Haftung für alle Fehler" übernommen wurde.

Nicht verwechselt werden darf diese Vereinbarung genereller Fehlerfreiheit mit der Abrede, "für alle gesetzlichen Fehler" haften zu wollen. Diese bedeutet, obwohl sie in den Ohren eines unkundigen Käufers wie eine umfassende Haftungsübernahme klingt, nicht mehr und nicht weniger als das überflüssige Versprechen, für alle gesetzlichen Hauptmängel eintreten zu wollen.

Nicht ganz so umfassend wie die Gewähr für Fehlerfreiheit aber doch weitreichend ist die Gewährleistung oder "Garantie für Gesundheit", die das Freisein von sämtlichen Krankheiten, nicht aber Untugenden, umfaßt.

¹ Nachweise b. Hirsch u. Nagel, S. 71

b) Vertragsmängel im einzelnen

Bei Rindern wird regelmäßige "Seuchenfreiheit" vereinbart. Die nach dem Gesetz beschränkte Hauptmängelhaftung des Verkäufers würde sonst dazu führen, daß der Käufer auch ein todkrankes und mit einer ansteckenden Krankheit behaftetes Tier abnehmen müßte, solange nur die Ursache des Leidens kein Hauptmangel ist.¹

Schließlich findet sich im Viehhandel seit jeher eine unübersehbare Zahl feststehender Redewendungen, die eine inhaltlich beschränkte, konkrete Gewährleistungsübernahme oder Zusicherung enthalten, z.B. im Hinblick auf die Fehlerfreiheit einzelner Organe oder Körperteile oder hinsichtlich innerer und äußerer Krankheiten und Untugenden. Sie werden in der forensischen Tiermedizin gewöhnlich unter dem Sammelbegriff "innere und äußere Vertragsmängel" zusammengefaßt.

Die häufigsten Vertragsmängel sind:

beim Pferd:²

Innerlich: Stätigkeit und andere Untugenden (Beißen und Schlagen, Durchgehen, Scheuen, Weben, Zungenstrecken etc.), sich nicht legen, nicht aufstehen, chronische Kolik, div. Infektionskrankheiten (Dru-se, infektiöse Anämie, Tetanus usw.)

Äußere (chirurgische) Vertragsmängel:

chronische Huflahmheiten und Huffehler, Spat, Schale, chronische Schulterlahmheit, chronische Kniegelenkentzündung, chronische Sehnenentzündung, Kreuzschwäche, Hahnentritt, intermittierendes Hinken, Kryptorchismus, Samenstrangfistel, Geschwülste, Augenfehler, Zahnfehler, usw.

beim Rind:³

Traumatische Gastritis, chronische Euterentzündung⁴, infektiöser Abort, Zurückbleiben der Nachgeburt, puerperale Gebärmutterentzündungen, bestimmte

¹ vgl. aber §§ 242, 826

² Vgl. Fröhner-N.-K.Dobberstein, S. 176; zu den Untugenden speziell a. Heizmann, a.a.O.

³ Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S. 176

⁴ Vgl. Baier u. Walser, BMTW 1964, 80 ff

Untugenden der Milchkühe (Widersetzlichkeit beim Melken, Selbstaussaugen der Milch, Zurückhalten der Milch)¹, Zuchttauglichkeit, Rinderfinne, Maul- und Klauenseuche,² Aktinomykose, Rinderleukose und Zuchttauglichkeit²

beim Schaf:³

Lungenwurmkrankheit, Magenwurmkrankheit, Drehkrankheit

beim Schwein:⁴

Ansteckende Schweinelähmung (Teschener Krankheit), Trächtigkeit bei Schlachtschweinen, Magenüberfüllung, Fischgeruch, "Binneneber" und andere, unter dem Begriff "Metzgerschäden" zusammengefaßte Mängel, sowie, bei Zuchtschweinen, Zeugungsunfähigkeit⁵

Die Zusicherung, die bei Rindern mit am häufigsten vorkommt, sicherlich aber die umstrittenste, ist die Zusicherung für "Trächtigkeit" oder für "Nichtträchtigkeit".⁶ Die juristischen und tiermedizinisch-forensischen Literaturbeiträge - vor allem zu den Fragen der Zusicherung der Trächtigkeit als solcher, der Zusicherung des Trächtigkeitstermins und der Zusicherung des Kalbens innerhalb eines bestimmten Zeitraums, sind kaum noch zu überblicken.

Formulierungen, die sich mehr auf den Charakter und die Anlagen des Tieres beziehen, daneben aber auch den Verwendungszweck des Tieres berücksichtigen, sind z.B.:

¹ Vgl. Gawischnig, WTM 1969, 171

² Vgl. Hoog, a.a.O.

³ Fröhner-Neumann-Kleinpaul, S.236

⁴ Fröhner-Neumann-Kleinpaul, S.255

⁵ Vgl. Schulze, Prakt. Tierarzt 1972, 181 f

⁶ Baer, BTW 1929, 85 ff; Leonhardt, BMTW 1950, 49; Mehrle, DTW 1958, 10 f; Schefold, JW 1906, 2 ff; Stölzle, JW 1902, 117 ff; 1906, 374 ff; bes.a. Baier u. Walser, Monographie, a.a.O.

beim Pferd:

"auf den Beinen gesund", "der Hengst deckt und vererbt", "sprungfähig", "fromm" (stallfromm, schmiedefromm, fromm im Geschirr, fromm unter dem Reiter, automobilfromm usw.), "guter Fresser", "gut zu jedem Gebrauch"

beim Rind:

"fromm beim Melken", "gute Milchkuh"¹, "gute Augen"

- b) Unterschied zwischen Übernahme der Gewährleistung, Zusicherung einer Eigenschaft und allgemeiner Anpreisung

Mit der Feststellung, daß der Verkäufer die Haftung für einen bestimmten Nebenmangel übernehmen wollte, ist noch nichts über den Umfang der Haftung gesagt.

Die Parteien können zweierlei gewollt haben: einfache (allgemeine) Gewährleistung oder eine bestimmte Zusicherung (Garantie). § 492 nennt wiederum zwei Varianten der Zusicherung: die Zusicherung der Abwesenheit eines Hauptmangels und die Zusicherung des Vorhandenseins einer Eigenschaft des Tieres.

Es ist bei den besonderen vertraglichen Abmachungen regelmäßig sehr schwierig, festzustellen, was die Parteien vereinbaren wollten:

- die Abänderung nur einzelner Rechtsfolgen der gesetzlichen Hauptmängelgewährleistung
- die einfache vertragliche Gewährleistung für einzelne oder alle Hauptmängel
- die einfache, vertragliche Gewährleistung für Nebenmängel, anstelle der Hauptmängel oder zusätzlich zu diesen
- die Zusicherung einer Eigenschaft²

Auch in der Theorie machen es die Besonderheiten des Viehwährschaftsrechts schwer, eine brauchbare Abgrenzung zu treffen.

¹ Zur Zusage der Milchergiebigkeit vgl. RG JW 1929, 1972 m.Anm. Stölzle

² d.h. das Vorhandensein gewisser Eigenschaften oder das Nichtvorhandensein gewisser Fehler; vgl. Glasemann, S.20

Nicht zu verwundern, daß deshalb in der Viehwährschaftsliteratur zusätzlich zu den bekannten Abgrenzungsproblemen bei §§ 459 ff ein heftiger Theorienstreit herrscht.

Die praktischen Schwierigkeiten beginnen damit, daß im Viehhandel viel und gern geredet wird. Vor allem im Pferdehandel singt der Verkäufer oft die größten Lobeshymnen, wenn er das Pferd verkaufen will, und geht dabei leider häufig allzusehr ins Detail.

Wenn man ihn aber darauf ansprache, ob er denn die wundersamen Fähigkeiten seines Pferdes auch alle garantieren wolle, so würde er meist entsetzt verneinen. Da aber nur die rechtsgeschäftliche Vereinbarung des Entstehenswollens für das Zugesicherte bindende Wirkungen erzeugt, kann die Behauptung, daß diese oder jene Eigenschaft vorliege, allein noch nicht maßgeblich sein. Die Angabe (Anpreisung) als solche, z.B. das Pferd sei lammfromm, ist also unverbindlich¹, außer sie wäre arglistig.² Mangels zweiseitiger, vertraglicher Festsetzung kann sie weder als Übernahme der einfachen Gewährleistung für Vertragsmängel noch als Garantie gewertet werden.

Hatten die Vertragsparteien tatsächlich den Willen, eine erweiterte Haftung zu vereinbaren, so ist damit noch immer nicht beantwortet, ob der Verkäufer nur einfache Gewähr oder sogar Garantie leisten wollte. Das Problem liegt darin, daß anders als beim Kauf sonstiger Sachen der Verkäufer sich ja - immer - erst vertraglich bereit erklären muß, die Haftung für einen Mangel, der nicht Hauptmangel ist (Nebenmangel oder Eigenschaft), zu übernehmen.

¹ Hirsch u. Nagel, S.76; Kuhlenbeck, JW 1901,112; Wrede-Oehmke, S.38; zu Anpreisungen i. Pferdehandel vgl.a. Berger, RR 1976,1266; Ulrich, RR 1977,38ff m.Erw.v. Berger

² Vgl.a. LG Aachen, Urteil v. 6.4.78 - 6 S 10/77 - zit. in RR 1978, 983 (z. arglist. Verschweigen v. Untugenden d. Pferdes)

Es handelt sich sowohl bei der einfachen Gewährleistung wie bei der Zusicherung um eine gewollte Haftungserweiterung, die lediglich in verschiedene Richtungen zielt, so daß folgende Unterscheidung naheliegt:

Bei der einfachen Gewährleistungsübernahme steht primär der Wille zur Haftung für andere als in der "Kaiserlichen Verordnung" genannte Mängel im Vordergrund, bei der Garantie dagegen primär der Wille zu einer Haftung - sei es für Hauptmängel oder für sonstige Fehler¹ - mit anderen Rechtsfolgen. Dernburg² bemerkt jedoch nicht zu Unrecht, daß eine derart subtile Unterscheidung völlig außerhalb des Horizontes eines gewöhnlichen Viehverkäufers liegen dürfte.

Andere³ vertreten die Ansicht, daß man den Unterschied rein äußerlich sehen müsse. Das Gesetz meine mit der Übernahme der Gewährleistung die Garantie für etwas Negatives, nicht Vorhandenes, mit der Zusicherung einer Eigenschaft dagegen die Garantie für etwas positiv Vorhandenes. Konsequenz dieser Ansicht:

Verkauft einer ein Pferd, von dem er verspricht, daß es nicht schlage, so hätte er die (einfache) Gewährleistung im Sinne von § 492 übernommen; verspricht er dagegen, das Pferd sei ein vorzüglicher Springer, so wäre dies eine Zusicherung. Da man also zu unsinnigen Ergebnissen käme, außerdem weder die Protokolle noch die Entstehungsgeschichte etwas für diese Ansicht hergeben, sollte sie abgelehnt werden.⁴

¹ Horn, S.27 m.w.V.

² § 192 XI 2

³ Gärtner, S.28 Anm.2; Hirsch u. Nagel, S.76

⁴ Horn, S.29 ff

Die Mehrheit in der Viehwährschaftsliteratur vertritt deshalb folgende Meinung:¹

Bei der Übernahme der Gewährleistung für einen Fehler lasse der Verkäufer die Frage, ob der Fehler vorhanden sei, zwar offen, erkläre aber, er wolle für den Fall eintreten, daß der Fehler vorhanden sei. Dagegen sichere er dann eine Eigenschaft zu, wenn er das Vorhandensein eines Vorzuges oder die Abwesenheit eines Fehlers ausdrücklich behaupte und seinem Vertragspartner versichere, daß sich seine Behauptung auch als richtig erweisen werde.

In dem eben genannten Beispiel könnte man also unterscheiden: Sollte die Gewährleistung für den Fehler, daß das Pferd schlägt, übernommen werden, so müßte man die Willenserklärungen der Parteien so auslegen können, daß sie es offen ließen, ob das Pferd ein Schläger sei, daß aber der Verkäufer, wenn sich dieser Fehler herausstellen sollte, die Gewähr dafür übernehmen wolle. Sollte dagegen als Eigenschaft des Pferdes zugesichert werden, daß es kein Schläger sei, so dürften die Parteien diese Frage nicht offen lassen, sondern der Verkäufer müßte es ausdrücklich behauptet und dem Käufer gegenüber zugesichert haben.

Diese Ansicht überzeugt deswegen, weil es sonst den Parteien fast unmöglich gemacht würde, neben der normal geschuldeten Gewährleistung, die als Rechtsfolge nur die Wandlung des Vertrages kennt, besonderes für oder gegen eine Schadensersatzpflicht zu vereinbaren. Dem Nachteil, daß es bei dieser Auslegung in Einzelfällen einmal schwierig sein könnte, festzustellen, ob der Verkäufer für einen nicht zu den Hauptmängeln gehörenden Fehler haften wolle, läßt sich abhelfen.

¹ Vgl. Dernburg, § 192 XI; Hanke, S.122; Horn, S.31; Krückmann, S.92; Oertmann, Anm.2 zu § 492; Reuter-Sauer, S.189; Stölzle, Viehkauf, S.214 ff; ders., Slg.I, S.126 ff; Slg.II, S.160 ff m.zahlr.Nachw.;

Falls die Auslegung der Parteierklärungen nicht weiterhilft, kann man im Zweifelsfall zugunsten des Verkäufers annehmen, daß er nicht die Abwesenheit eines Fehlers zusichern wollte, sondern für den Fehler nur die Gewähr übernommen habe.¹

Diese Zweifelsregelung ist interessengerecht, denn anders als bei der Gewährleistung für sonstige Sachen besteht die Haftung für Nebenmängel ja nur deswegen, weil der Verkäufer sich ausdrücklich dazu verpflichtete.

Die gleichen Argumente gelten für die Frage, ob die Zusicherung nach § 493 stillschweigend gegeben werden könne.² Die Antwort lautet nein, weil das Gesetz ja gerade im Gegensatz zum übrigen Kaufrecht beim Viehkaufrecht die Haftung auf einige wenige, bestimmte Fehler beschränken will. Deswegen darf nicht schon das bloße Schweigen des Verkäufers genügen, um seine Haftung über die einfache Gewährleistung für andere Fehler hinaus in einem so großen Umfang auszudehnen.³

Ebenso beantwortet sich auch die heute sehr umstrittene Frage, ob ein Verkäufer, der ein Pferd als "Reitpferd" verkauft, damit auch die Gewähr übernimmt, daß es für diesen Zweck geeignet⁴ und frei von Fehlern, z.B. Lahmheiten, ist, die diesem Vertragszweck entgegenstehen. Der Streit kreist hier wieder hauptsächlich um zwei Punkte:

- Um die Frage, ob mit der ausdrücklichen Erwähnung des Vertragszweckes die Gewährleistung auch für alle diesem Vertragszweck entgegenstehenden, erheblichen und verborgenen Fehler übernommen werde; dies mag man für den Regelfall noch bejahen können,

¹ Horn S. 33

² Dagegen: Horn, S.34; Krückmann, S.93; Lansemann, S.52; Meisner, S.74; Planck, II 2 Anm.1a zu § 492; a.A. Stölzle (dafür), Viehkauf, wie soeben; Stelmachowski, S.27

³ Ebenso, falls stillschweigend ein bestimmter Gebrauchszweck vereinbart sein soll

⁴ Also z.B. Reitausbildung hat oder Anlagen als Reitpferd, schon einmal gesprungen ist usw.; dazu a. Ulrich m.Erw. Berger, RR 1977, 38 ff; vgl.a. Dieckhoff, Lehrbuch, S. 117 ff

- und um die Frage, ob, wenn man die Haftung grundsätzlich bejaht, die Abrede eine einfache Gewährleistungsübernahme oder eine Zusicherung¹ darstellt.

Hier sollte gelten:

Falls tatsächlich (ausdrückliche) ein bestimmter Gebrauchszweck vereinbart worden ist und somit die Haftung des Verkäufers für die Abwesenheit von diesem Gebrauchszweck entgegenstehenden Fehlern übernommen wurde, darf man den Vertrag, wenn nicht weitere Umstände hinzutreten, in der Regel nur so auslegen, daß der Verkäufer überhaupt eine Haftung für die Abwesenheit dieser Fehler übernehmen wollte. Man kann also nicht annehmen, daß er eine auch in den Rechtsfolgen über die normale Hauptmängelhaftung hinausgehende Verpflichtung habe übernehmen wollen.

Die Richtigkeit dieser Ansicht folgt im übrigen aus § 459, der zwischen Haftung für die Eignung nach dem vertraglich vorausgesetzten Gebrauch und zugesicherter Eigenschaft unterscheidet. Der Verkäufer übernimmt also bei dem Verkauf eines Tieres zu einem bestimmten Gebrauchszweck allenfalls stillschweigend die Gewährleistung für die Eignung zu diesem Gebrauch.²

2. Beweislast, Mängelrüge, Verjährung

Ob der Käufer neben der behaupteten vertraglichen Vereinbarung und dem Mangel als solchem auch beweisen muß, daß der Mangel schon vor Gefahrübergang bestanden hat, hängt davon ab, ob eine Gewährfrist vereinbart wurde. Dies ist auch bei der Gewährleistung wegen "Vertragsmängeln" möglich. Es gelten dann die speziellen

¹ für Gewährleistungsübernahme Schneider, S.161; für Zusicherung Scherer, S.593; wohl a. Dieckerhoff, Lehrbuch, S.125; vgl.a. Cremerius u. Thesing, prakt.Tierarzt 1954, 257 ff

² Graeser, S.74 ff; Horn, S.35; Krückmann, S.93; Lanse-mann, S.52; Schneider, S.166; Wrede-Oehmke, S.36; vgl.-a. Meisner, S.68; Stölzle, Viehkauf, S.357; a.A. Oertmann, Anm.5 zu § 492; Scherer, Anm.5 zu § 459; Stelma-chowski, S.27

Vorschriften des Viehkaufs (§§ 483 - 485, 487 - 491) über die kurze Verjährung entsprechend (§ 492 S.1). Wie bei der gesetzlichen Hauptmängelhaftung braucht in diesem Fall der Käufer, um sich die Vermutung des § 484 zu wahren, nur nachzuweisen, daß sich der betreffende Fehler innerhalb der Gewährsfrist gezeigt hat (§ 492).¹ Er ist dann aber ebenfalls an die Anzeigefrist des § 485 gebunden.

Hat sich der Mangel nicht während der Gewährsfrist gezeigt oder hält der Käufer die Anzeigefrist nicht ein, so verliert er deswegen, anders als bei der Haftung wegen Hauptmängeln, seine Ansprüche jedoch noch nicht. Dies geht aus § 492 hervor, der nur die §§ 483-485 und 487-491 für entsprechend anwendbar erklärt, nicht aber den § 482. Die Folge des Fristablaufs ist nur, daß der Käufer den Vorteil der Vermutung verliert und er nun den vollen Beweis dafür erbringen muß, daß sich der Mangel gezeigt hat und daß er auch schon vor Gefahrübergang vorhanden war.²

Wenn keine Gewährsfrist vereinbart ist, so finden über § 492 nur die Vorschriften der §§ 487-492 Anwendung. Es gilt zwar auch in diesem Fall für die Gewährleistung und Garantiehafteung die kurze Verjährungsfrist von 6 Wochen (§ 490). Sie beginnt aber statt im Anschluß an die Gewährsfrist sofort zu laufen (§ 492 S.2). Hier hat der Käufer also dieselbe Stellung wie jeder andere Käufer, mit Ausnahme der kurzen Verjährungsfrist. Die gesetzliche Vermutung des § 484 steht ihm nicht zur Seite. Dafür ist er aber auch nicht an die Mängelanzeige gebunden, da diese eine Gewährsfrist voraussetzt.³

¹ Stelmachowski, S.26 (str.)

² Im einzelnen sehr str.! Vgl.z.B. Hirsch u. Nagel, S.82 u. 98; Meisner, S.194; Schefold, JW 1906,2 ff

³ Zur Verjährung vgl. a. Hoffmann, Arch.f.prakt.Rwi. 1857, 177 ff

3. Rechtsfolgen:

§§ 487, 492 sehen auch bei vertraglicher Haftung keine Minderungsklage vor.

Besonderheiten gegenüber der allgemeinen vertraglichen Gewährleistung gelten daneben, wie ausgeführt, bei der Wandlung. Was die Pflicht zum Ersatz der Nebenkosten und die Möglichkeit betrifft, während des Prozesses die öffentliche Versteigerung zu beantragen, so gilt das zu §§ 480 Abs.2, 487-489, 491 Gesagte. Alle diese Vorschriften sind dispositiver Natur. Einer anderen Vereinbarung steht nichts im Wege. Die Parteien können also z.B. statt Wandlung Minderung oder Umtausch vereinbaren; sie müssen es aber ausdrücklich tun.

Es läßt sich bezweifeln, ob der Käufer daneben auch Schadensersatzansprüche wegen arglistigen Verschweigens eines Nichthauptmangels oder arglistigen Vorspiegelns einer Eigenschaft haben kann¹, was von dem Schadensersatz wegen Zusicherung von Nichthauptmängeln und für nicht vorhandene Eigenschaften (§§ 492, 490) unterschieden werden muß. Zweifelhaft deswegen, weil beim Viehkauf der Grundsatz gilt, daß der Verkäufer gesetzlich nur bestimmte Fehler, die Hauptmängel, zu vertreten hat. Auch muß er, wenn eine besondere Garantie vereinbart wurde, nur für diejenigen Fehler eintreten, für die er die Gewähr übernommen hat. Da nach dem Gesetz andere Fehler als die Hauptmängel nicht wesentlich sind, trifft den Verkäufer an sich keine Rechtspflicht, den Käufer darauf aufmerksam zu machen. Er darf nur nichts verbergen (aktiv).

¹ Dagegen: LG Gießen, zit.b. Stölzle, Slg.II, S.114; LG Kassel, JW 1925,2282; OLG Stuttgart, zit.b. Stölzle, Viehkauf, S.240; OLG Stuttgart, SeuffBl. 1912, 150; Gaertner, S.22; Tielker, S.18; zur Arglistproblematik vor allem a. Mielke, S.43 ff

Die Viehwährschaftsliteratur verneint deswegen überwiegend die Möglichkeit eines Schadensersatzanspruches wegen Arglist bei Nebenmängeln.¹

Mit Rücksicht auf die besonderen Gründe, die den Gesetzgeber veranlaßten, den Viehkauf abweichend von den sonstigen Vorschriften zu regeln, spricht deswegen tatsächlich vieles dafür, die Anwendbarkeit des § 463 zu verneinen. Man hat zwar dagegen eingewendet², der Gesetzgeber habe den arglistigen Viehverkäufer nicht besser stellen wollen als den arglistigen Buchhändler, aber so plausibel dieses Argument auch klingt, es ist doch eine *petitio principii*:

Falls es trotz der §§ 823, 123, 826 etc. wegen der Unanwendbarkeit des § 463 einmal zu Härten kommt, so hat sie der Gesetzgeber im Interesse anderer, vorrangiger Rechtsgüter, wie der Rechtssicherheit, des Interesses der Vermeidung langwieriger Prozesse usw. vielleicht bewußt in Kauf genommen. Aus den Motiven läßt sich jedenfalls nicht entnehmen, daß der Gesetzgeber Käufer und Verkäuferschutz in jedem Fall höher bewerten wollte als diese anderen Interessen, mag man die gesetzgeberische Entscheidung nun für richtig halten oder nicht.

Anders gelagert ist der Fall, daß sich die Arglist des Verkäufers auf andere als sachliche Mängel des Tieres bezieht:

¹ Vgl. Gierke, Bd. 3, S. 483, Anm. 85; Krückmann, Zschr. f. Rpfl. i. Bayern 1907, 29; Lerche, S. 35; Löffler, S. 8; Meisner, S. 146; Oertmann, Anm. 2 zu § 482; Planck, Anm. 2 zu § 482; Stölzle, Viehkauf, S. 240 ff; Wrede-Oehmke, S. 38 ff; vgl. a. RG JW 06, 329 Nr. 10; RGZ 102, 308; a. A. Horn, S. 54 ff; Engelmann, S. 332

² Horn, S. 54 ff

Der Verkäufer überfüttert¹ das Tier kurz vor dem Verkauf, um den Käufer über das wirkliche Gewicht zu täuschen und um so, beim Vertrag auf Lebendgewichtsbasis, einen höheren Preis zu erzielen. Hier hat der Käufer die Arglisteinrede hinsichtlich des so erreichten Mehrpreises (§§ 133, 157, 242). Außerdem hat er Ansprüche aus §§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 263 StGB und § 826.²

4. Einreden:

Der Käufer kann auch noch nach Ablauf der nur sechswöchigen Verjährungsfrist die Zahlung des Kaufpreises verweigern oder mit einem Schadenersatzanspruch aufrechnen (§ 490 Abs. 3, 492).³

Es macht jedoch einen Unterschied, ob die Ansprüche des Käufers aus einem Hauptmangel oder einem sonstigen Mangel herrühren und ob auch wegen des Nebenmangels eine Gewährsfrist vereinbart wurde.

Bei einem Hauptmangel muß in jedem Fall die zweitägige Anzeigefrist nach Ablauf der Gewährfrist eingehalten worden sein, auch wenn der Mangel nur einredeweise geltend gemacht werden soll (§ 485).⁴

Nichts anderes gilt bei Ansprüchen wegen eines Nebenmangels, wenn eine Gewährfrist vereinbart wurde. Dies ergibt sich aus § 492, der ausdrücklich auf die §§ 483 - 484 verweist.

Bei Ansprüchen wegen eines Nebenmangels, bei dem keine Gewährfrist vereinbart worden ist, finden dagegen nach dem Gesetzeswortlaut nur die §§ 487 - 491 Anwendung. Eine rein wörtliche Auslegung des § 492 kann jedoch in der Praxis zu großen Härten führen und das Hauptmangelprinzip geradezu auf den Kopf stellen: der Verkäufer,

¹ Dazu bes.a. Huesmann, S.26

² Vgl. Horn, S.73; Meisner, S.34 ff; Reutter-Sauer, S.137ff; Wrede-Oehmke, S.41;

³ Nicht aber Futterkosten zur Verrechnung stellen; vgl. Hirsch u. Nagel, S.71f; allg. zu einredeweiser Geltendmachung. v. Gewährl. Ansprüch. i. Viehkauf Stölzle, JW 1929, 1942 ff

⁴ Vgl. Wrede-Oehmke, S.93; Schneider, DJZ 03,100; Herter JW 06,731; v. Bittersdorf, Bad.Rspr. 68,184

der auch nach Ablauf der Gewährsfrist nichts von dem angeblichen Mangel erfahren hat, wird später oft nichts mehr in den Händen haben, womit er die Behauptungen des Käufers entkräften könnte. Aus diesem Grund hat die Rechtsprechung, aus Billigkeitsgründen, meist vertreten, daß auch hier eine Mängelanzeige erforderlich sei.¹

III. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN

Es ist die Folge des deutschrechtlichen Prinzips, daß der Viehverkäufer - abgesehen von ausnahmsweise übernommener vertraglicher Gewähr - nur für Hauptmängel einzustehen hat. Für andere Mängel, und seien sie noch so erheblich, haftet er dagegen nicht. Der Verkäufer braucht die ihm bekannten Nichthauptmängel deshalb nicht aus freien Stücken anzugeben. Der Viehkäufer kann sich nur darauf verlassen, daß der Verkäufer ihm für die Hauptmängel und solche Mängel haftet, für die besondere Gewähr verlangt und gegeben worden ist. Im übrigen ist es Sache des Käufers, den Verkäufer danach zu fragen, ob kein Mangel vorliegt, der den Wert oder die Gebrauchsmöglichkeit des Tieres mindert. Hirsch und Nagel² meinen, dem entspreche auch die Verkehrsanschauung im Viehhandel, wonach es kein Verstoß gegen Treu und Glauben oder gegen die guten Sitten sei, wenn der Verkäufer, solange man ihn nicht frage, einen ihm bekannten Mangel nicht angebe. Erfüllt das Verhalten des Verkäufers jedoch gleichzeitig den Tatbestand des Betrugs (§ 263 StGB), so kann sich der Käufer nach den allgemeine Vorschriften wehren: Anfechtung des gesamten Vertrages oder bestimmter Neben-

¹ Nachweise b. Stölzle, Viehkauf, S.308 ff; vgl.a. Wrede-Oehmke, S.93; Schneider DJZ 03, 100; Neumann-Cottbus DJZ 03, 53

² S. 86

abreden gem. § 123, Schadensersatz gem. § 826 und §§ 823 Abs.2 i.V.m. 263 StGB.¹

Für die Irrtumsanfechtung gelten dieselben Unterscheidungen wie im allgemeinen Gewährleistungsrecht: Die Anfechtung kommt zwar nicht in Frage wegen Irrtums über eine wesentliche Eigenschaft, wohl aber als Irrtum über die Identität.²

Beispiel: Der Käufer glaubt, er habe das berühmte Rennpferd vor sich, statt dessen handelt es sich um ein unbedeutendes aber dennoch sehr teures Pferd gleichen Namens.³

Eine Haftung aus Verschulden bei Vertragsschluß (culpa in contrahendo) wegen unrichtiger Angaben über die Beschaffenheit der Kaufsache kommt wegen der Besonderheiten des Viehkaufs nicht in Frage.⁴ Auch die Grundsätze der positiven Forderungsverletzung kommen nur bei Hauptmängeln, also dann in Betracht, wenn sich das Verschulden nicht auf andere, nicht vereinbarte Vertragsmängel bezieht.⁵

¹ Vgl. Mielke, S.61 ff; nicht aber b. vorbehaltloser Annahme i. Kenntnis d. Mangels: BGH NJW 54, 154; a. RGZ 116, 196

² Vgl. Kuhlenbeck, JW 01, 112; vgl.a. Goebel, Jung, a.a.O; Hirsch, Jhrb.Württ.Rpfl., Bd.1, 135 ff; a.A. Germann, a.a.O.

³ Vgl.a.Dieckerhoff, Lehrbuch, S.49; Planck Anm.2a zu § 459; Stölzle, Viehkauf, S.251f m.vielen Nachw.

⁴ RGZ 135, 339; 161, 196; LG Kassel, JW 1925, 2282; OLG Celle MDR 1953, 432; denkbar dagegen wg. and. Pflichtverletzungen

⁵ Stölzle, Viehkauf, S.233

B. DER EINFLUSS VON GESETZEN AUSSERHALB DES BGB

I. ZPO

Unabhängig von dem Wert des Streitgegenstandes sind für alle Gewährleistungsklagen wegen Viehmängeln, nicht aber z.B. wegen Klagen des Verkäufers auf Zahlung des Kaufpreises, die Amtsgerichte zuständig (§ 23 S.2 GVG). Aus diesem Grund gibt es auch wenig höchstrichterliche Entscheidungen zum Viehwährschaftsrecht.

II. HGB

Viehhändler sind zwar Kaufleute gem. § 1 Abs.1 HGB, bei den Landwirten, die Käufer oder Verkäufer sein können, ist aber das dem landwirtschaftlichen Betrieb gewährte Sonderrecht des § 3 HGB zu beachten. Deswegen sind die im landwirtschaftlichen Betrieb abgeschlossenen Rechtsgeschäfte auf Seiten des Inhabers nie Handelsgeschäfte, außer sein Betrieb ist ausnahmsweise ins Handelsregister eingetragen. Im übrigen gelten die Bestimmungen des HGB beim Viehhandelskauf nur insoweit, als sie nicht mit den §§ 481 - 492 in Widerspruch stehen (§ 382 BGB).

Im Widerspruch dazu stehen vor allem die §§ 377, 378 HGB (Pflicht zur sofortigen Untersuchung und Anzeige), da der Käufer nach § 485 Hauptmängel und, falls eine Gewährleistung vereinbart wurde, auch andere Mängel erst nach Ablauf der Gewährsfrist anzeigen muß.¹ Im Widerspruch zu den Sonderbestimmungen des BGB steht außerdem § 379 Abs.2 HGB, wonach der Käufer unter gewissen Voraussetzungen zum Notverkauf der Ware berechtigt ist, während § 489 BGB nur die öffentliche Versteigerung des Tieres vorsieht. Diese Bestimmungen finden jedoch auf andere als die in § 482 BGB genannten Tiere wiederum Anwendung.

¹ Vgl. Meisner, S.12; Lerche, S.50 f

Alle übrigen Vorschriften des HGB über den Handelskauf, vor allem § 373ff (Annahmeverzug), § 376 (Fixgeschäft) und § 379 (Aufbewahrungspflicht des Käufers bei Beanstandung der Kaufsache) gelten auch für den Viehkauf, sofern er Handelskauf ist.

III. ÖFFENTLICHES RECHT

Unter den vielen öffentlichrechtlichen Vorschriften, die den Handel mit Tieren beeinflussen, seien als besonders wichtige genannt:

Viehseuchengesetz:¹

Es regelt die Bekämpfung von z.Zt. 20 verschiedenen Seuchen, die beim Vieh oder anderen Tieren (Hunde, Katzen, Geflügel, Bienen) auftreten. Nach ihm besteht eine Anzeigepflicht nicht nur, wenn eine Seuche konstatiert wird, sondern bereits beim Verdacht einer Seuche (§ 10). Anders als im Zivilrecht, wo der Verkäufer nur bei Konstatierung eines Mangels haftet, muß der Käufer nach dem Viehseuchengesetz das Tier schon beim bloßen Verdacht töten lassen und erhält auch nur eine Entschädigung und keinen Wertersatz dafür. Seuchenverdächtige Tiere können außerdem zwar Gegenstand eines Kaufvertrages sein, dürfen aber u.U. aus seuchenpolizeilichen Gründen nicht geliefert werden.

Fleischbeschauengesetz:²

Nach ihm kann Fleisch wegen vielerlei Mängeln³ für minderwertig, bedingt tauglich oder untauglich erklärt werden, was dann den Käufer belastet, der ja nach §§ 482ff nur wegen weniger Mängel beim Verkäufer Regreß nehmen kann.

¹ v. 26.6.1909, 519 i.d.F. v. 23.2.77, BGBl.I, 313, 437

² v. 3.6.1900 i.d.F. v. 29.10.1940, RGBl.I, 1463 u. d. Änderungsg v. 15.9.1960, BGBl.I, 186

³ Wässrigkeit, Abszesse, Fischgeruch, "Binneneber, Rinderfinne usw.

Eine zusätzliche Gefahrenquelle bildet neuerdings für den Käufer die sog. "Verordnung zur Änderung der Ausführungsbestimmungen "A" über die Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung der Schlachttiere und des Fleisches bei der Schlachtung im Inland - AB.A - vom 18.12.1973,¹ die sich mit den (chemischen) Rückständen im Fleisch befaßt. Nach ihr hat der zivilrechtlich nicht geschützte Käufer nicht nur die u.U. ganz erheblichen Kosten für die aufwendigen Rückstandsuntersuchungen zu tragen, er riskiert auch die entschädigungslose Untauglichkeitserklärung des Tierkörpers², obwohl er im Gegensatz zum Verkäufer vor der Schlachtung nicht wissen kann, ob das Fleisch Rückstände aufweisen wird.

IV. HANDELSBRÄUCHE, MARKTREGELN UND GEWOHNHEITSRECHT

Ein eigentliches Gewohnheitsrecht hat sich im Viehhandel bis heute nicht gebildet.³

Handelsbräuche oder Usancen gelten bei Nichtkaufleuten nur in Ausnahmefällen,⁴ bei Kaufleuten nur innerhalb der Grenzen des § 346 HGB⁵. Auch echte Handelsbräuche haben sich im Viehhandel wohl kaum gebildet.⁶

¹

BGBI. I 1974, S. 18, 1193

²

Was einem Substanzverlust von mind. 300. beim Schwein bzw. ca. 2'500. beim Rind entspricht

³

Vgl. RGZ 60, 234; Lerche, S.51; Meisner, S.13; Slg.II 51 ff; zum folgenden a. Graeser, S.13 ff

⁴

Stölzle, JW 1925, 2189 f

⁵

Dazu Gallois, NJW 54, 293; BGH MDR 52, 155, 739; BHH NJW 54, 105

⁶

Stölzle, JW 1925, 2189 f

Die Verkehrssitte¹, wenn es sich wirklich um eine solche handelt, also um eine im Verkehr der beteiligten Kreise herrschende, tatsächliche Übung², gilt über allgemeine Vorschriften wie §§ 133, 242, 157 auch für Nichtkaufleute.

Von Verkehrssitte und Handelsbräuchen zu unterscheiden sind die Marktregeln, die für den Verkehr mit Vieh auf einem bestimmten Markt gelten. Sie sind einseitige, privat- oder öffentlichrechtliche Bestimmungen, die die gesetzlichen Vorschriften über Viehwährschaft nicht nur ergänzen, sondern oft auch abändern oder ganz ausschalten.³

Spezielle Regelungen der Viehwährschaft finden sich daneben in den allgemeinen Verkaufsbedingungen der einzelnen Viehzuchtverbände.⁴ Sehr viele Zuchtverbände haben z.B. von vornherein den Rechtsweg ausgeschlossen und dafür eine Schiedsgerichtsvereinbarung getroffen, die der Käufer mit dem Zuschlag anerkennt. Andere Zuchtverbände lassen speziell in Fragen des Nichtdeckens oder Nichtbefruchtens des Ebers das zuständige Köramt letzter Instanz entscheiden.⁵

¹ Z.B.: daß mit dem Ausdruck "eine Kuh hustet" allgemein verstanden wird, daß die Kuh an Tuberkulose erkrankt sei; vgl. dazu AG Markt-Oberdorf zit.b. Stölzle, Slg.II S.185; oder daß die Erklärung "die Kühe müssen alle bis zum Mai gekalbt haben" eine ausdrückliche Verpflichtungserklärung für denjenigen darstellt, der sich dieser Ausdrücke bedient: so LG Kempten zit.b. Stölzle Slg.II., S.198;

² RGZ 135, 345

³ Stölzle, JW 1925, 2189f; vgl.a. Geschäftsbedingungen f. d. Verkehr m. Schlachtvieh auf Märkten, BundesAnz. Nr.198 v. 15.10.1957

⁴ Vgl. Wirth u. Hoffmann, S.351 ff m.w.V.; Thesing, prakt. Tierarzt 1955, 196 ff

⁵ Alle Verbände schließen a. Transportversicherungen gegen Tod durch Erkrankung oder Unfall etc. ab

C. BESONDERE VERTRAGSFORMEN UND ABSCHLUSSARTEN

Während der Viehhandelskauf auf den Märkten durch einen sog. "Schlußschein" bestätigt wird, schließen außerhalb der Märkte auch heute noch Landwirte und Viehhändler den Handel per Handschlag und als Bargeschäft ab.

Schriftliche Vereinbarungen finden sich dagegen in zunehmendem Maße im Pferdehandel. Ein Grund dafür ist, daß der Wert des einzelnen Objekts bis zu 100'000.-- DM und mehr betragen kann. Außerdem verlangen der individuelle Verwendungszweck, die mannigfaltigen in Frage kommenden Mängel und der Umstand, daß der Käufer hier weniger oft sachverständig ist, eher besondere, genau fixierte Abmachungen als beim sonstigen Vieh. Gerade im Pferdehandel kommen dieser besonderen Schwierigkeiten wegen häufig auch Sonderformen des Kaufs vor: der von den Händlern nicht sehr geschätzte Kauf auf Probe oder Besicht, mit einer Probezeit von meist 10 - 14 Tagen, und der Kauf auf Probe mit Umtauschvereinbarung, der wiederum dem Käufer nachteilig sein kann.¹ Innerhalb der vereinbarten Frist kann der Käufer bei diesen Kaufarten das Pferd in aller Ruhe auf Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Charakter prüfen, auch einen Tierarzt zuziehen und dann, wenn es ihm nicht paßt, das Tier kommentarlos zurückgeben.

Eine weitere Besonderheit gerade des Handels mit Pferden und Zuchtvieh ist der Auktionskauf.² Bei den Auktionen, deren Ablauf öffentlichrechtlichen Vorschriften unterliegt,³ sind die privatrechtlichen Beziehungen

¹ Vgl. Eikmeier, Tierärztl.Praxis 1974, 53

² Vgl. Bornhövd, RR 1978, S.556

³ Vgl. § 34 b GewO i.V.m. der VO über gewerbsmäßige Versteigerungen - Versteigerungsvorschriften (VerstV)-i.d.F. v. 22.3.1968, BGBl. I, S.235

zwischen Verkäufer¹, Versteigerer und Käufer (Ersteher) im wesentlichen durch die Allgemeinen Versteigerungsbedingungen oder Auktionsbedingungen geregelt, die einseitig vom Versteigerer für alle Auktionskäufe aufgestellt werden. Sofern sie die besonderen Bestimmungen des Viehkaufrechts abändern oder die Haftung des Verkäufers ausschließen, unterliegen die Versteigerungsbedingungen den §§ 242, 315 BGB und den Vorschriften des AGB-Gesetzes v. 9.12.1976.²

¹ Auch: Beschicker, Besitzer, Aussteller

² BGBl. I, S.3317

III. ABSCHNITT

KRITIK DES GELTENDEN VIEHKAUFRECHTS¹

Es gibt heute nicht mehr viele Befürworter des geltenden Viehkaufrechts. Vor allem die Veterinärmediziner fordern, man solle das anachronistische und ihren Berufsstand beleidigende Hauptmängelprinzip abschaffen.² Nach ihrer Meinung ist die "Kaiserliche Verordnung von 1899" ein Fossil, das längst nicht mehr den wissenschaftlichen Erkenntnissen entspricht: die dort genannten Krankheiten seien entweder ausgestorben, unerheblich oder sie hätten Inkubationszeiten, die medizinisch mit den Gewährsfristen nicht vereinbart werden könnten.

Diese Kritik ist aber alles andere als neu.

Plouquet³ kritisierte schon 1790 die Hauptmängel, ebenso, immer noch 90 Jahre vor Schaffung des BGB, Ammon⁴, und 1899 legte Dieckerhoff in seinem Lehrbuch der Gerichtsmedizin dar, weshalb die Hauptmängel nach dem damaligen Stand der Wissenschaft nicht mehr haltbar seien.⁵

Die Kritik geht in zweierlei Richtung:

Sie richtet sich zunächst gegen die Mängelliste der "Kaiserlichen Verordnung" und dann gegen das deutschrechtliche Prinzip überhaupt.

¹ Zur Kritik d. Tierärzteschaft vor 1900 ausführlich u. grundlegend: Amtl. Bericht ü. d. 2. Versammlg. d. Dtsch. Veterinärrates v. 22., 23., 24. 4. 1875 in Berlin, S. 5-28, 82-109

² Vgl. Nachweise im folgenden

³ a.a.O.

⁴ a.a.O.

⁵ a.a.O.; ders., Lehrbuch, S. 76 ff; ders., Korreferat, a.a.O.; ders. Zschr. f. Veterinärkunde 1903, 1 ff; Lehrbuch, S. 73 ff

A. KRITIK AM PRINZIP

Daß das deutschrechtliche Prinzip trotz der "Einheitsfront"¹ der Tiermediziner den Sieg davon trug, verdankt es wahrscheinlich dem schwäbischen Obervizetribunalspräsidenten von Kübel, der Ende des vergangenen Jahrhunderts mit der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs über die Gewährleistung beim Viehhandel beauftragt worden war. Weshalb er sich für das deutschrechtliche und gegen das römischrechtliche Prinzip entschied, erläutert von Kübel sehr ausführlich im "Württembergischen Archiv für Rechtspflege"² und später in den Motiven zum BGB:³

Alle deutschrechtlichen Gewährleistungsbestimmungen dienten dem Ziel, die Rechtsunsicherheit, die dem Viehhandel wegen der römischrechtlichen Beweislastregelung drohe, zu beseitigen. Daß gerade der Viehhandel dadurch bedroht werde, liege daran, daß nur er es mit lebenden Organismen zu tun habe. Es sei schon schwierig, einen Mangel zu erkennen und zu beurteilen, ob er erheblich und verborgen sei. Nicht genug damit, verändere sich der Organismus ständig, weswegen man selten genau sagen könne, ob sich der Mangel im entscheidenden Zeitpunkt gezeigt habe. Man sei also immer auf das Gutachten eines tierärztlichen Sachverständigen angewiesen. Es liege in der Natur der Sache, daß auch dessen Feststellungen unsicher seien und daran werde sich auch in Zukunft nichts ändern, trotz aller Fortschritte der Veterinärmedizin. Gerade das Verkehrsbedürfnis habe deswegen dem römischen Recht bei der Regelung der Viehgewährleistung entgegengestanden.

¹ Schmaltz, BTW 1896, 153

² a.a.O.

³ Motive II, S.249 f

Entgegen der Behauptung der Tierärzte hätten umfangreiche Erhebungen ergeben, daß in allen Ländern, in denen das deutschrechtliche Prinzip gelte, nur günstige Erfahrungen gemacht worden seien. Wenn es auch ein gewichtiges Argument gegen das deutschrechtliche Prinzip sei, daß die Tierheilkunde nur schwer sichere Gewährsmängel und Fristen aufstellen könne, so handle es sich andererseits doch nur um die Konstatierung einer auf Erfahrung gebauten Regel, der gegenüber der Gegenbeweis ja offen bleibe. Man könne deswegen auch hinnehmen, daß sich vom streng wissenschaftlichen Standpunkt aus jede Feststellung von Gewährsmängeln und -Fristen mehr oder weniger anfechten lasse, zumal ja die Wissenschaft auf diesem Gebiet doch noch nicht zu einem endgültigen Ergebnis gekommen sei und vielleicht auch nie kommen werde. Dies dürfe aber nicht dazu führen, von den Hauptmängeln, die doch das Verkehrsbedürfnis fordere, ganz abzusehen. Man müsse dann eben, wie in vielen anderen Fällen, darauf verzichten, ein absolut vollkommenes Gesetz schaffen zu wollen und sich, unter Berücksichtigung des jeweils neuesten Standes der Veterinärwissenschaft, damit zufrieden geben, dem Verkehrsbedürfnis so weit wie möglich gerecht zu werden. Ähnliche Erwägungen finden sich auch in den Motiven:

"Die Sache des Gesetzgebers ist es aber in erster Linie, das praktische Bedürfnis ins Auge zu fassen, welchem das Gesetz zu dienen bestimmt ist und die Rücksicht hierauf im vorliegenden Falle, also die Rücksicht auf die Bedürfnisse und die Förderung des Viehhandels und damit zugleich der Viehzucht muß bei den zutreffenden Bestimmungen den Ausschlag geben, wenn auch die strenge Rechtskonsequenz zu einem anderen Resultate führen würde. Daß dabei dem heutigen Stande der Veterinärwissenschaft die gebührende Rechnung zu tragen ist, versteht sich von selbst.

Man kann zugeben, daß die Gründe, welche im allgemeinen dafür sprechen, dem Veräußerer die Haftpflicht für verborgene und nicht erhebliche Mängel der veräußerten Sache aufzuerlegen; an sich auch bei dem Viehhandel zutreffen, die Rechtslogik daher dazu führen würde, auch die Gewährleistung

beim Viehhandel unter das römischrechtliche Prinzip zu stellen, welches bei leblosen Gegenständen den Anforderungen des Verkehrs gerecht wird. Allein es sind gewichtige praktische Bedenken, welche dagegen sprechen, indem der Umstand, daß der Viehhandel es mit lebendigen Organismen zu tun hat, im konkreten Fall die Entstehung der Fragen, ob ein Fehler der bezeichneten Art vorliege und noch mehr, ob der Fehler schon zur entscheidenden Zeit vorhanden gewesen, in hohem Grade erschwert und bei der Abhängigkeit der Entscheidung nach allen diesen Richtungen in jedem einzelnen Falle von dem schwierigen Gutachten Sachverständiger eines Teils für den Erwerber ein günstiger Erfolg sehr unsicher und fraglich gemacht, anderenteils für den Veräußerer ein unleidlicher Zustand der Ungewißheit ist, zum Ablaufe der Verjährungsfrist herbeigeführt wird, während solche Rechtsunsicherheit und Rechtungewißheit den Viehhandel in empfindlicher Weise zu schädigen geeignet sind. Gerade um diesen Nachteilen im Interesse der Landwirtschaft und des Handelsverkehrs zu begegnen, hat die Gesetzgebung zu der Aufstellung von Gewährsmängeln, Gewährsfristen und Präsumtionen gegriffen."¹

Während also die Juristen wohl überwiegend für das deutschrechtliche Prinzip stimmten², hatten sich aus der Tierärzteschaft schon vor Schaffung des BGB nur wenige dafür ausgesprochen.

Diejenigen, die es befürworteten, meinten:

Mit fortschreitender wissenschaftlicher Erkenntnis könne eine flexible Verordnung die Gewährsmängelliste ja immer wieder ändern. Außerdem beruhe der Vorwurf, daß es nicht möglich sei, sichere Gewährsfristen für die einzelnen Gewährsmängel aufzustellen, auf einer falschen Auffassung der Gewährsfristen. Die Gewährsfrist sei nämlich praktisch nichts anderes als eine Probezeit, die es dem Käufer ermöglichen solle, die Hauptmängel zu erkennen. Wenn man die Gewährsfristen so kurz bemesse, daß der Käufer den Fehler feststellen könne, so füge man dem Verkäufer mit der Gewährsfrist kein Unrecht zu.³

¹ Motive II, S.249f

² Vgl.Nachweise b. v.Kübel, a.a.O.; Motive I, 246 ff; Verhandlungen d. 19. Dtsch. Juristentages z. Stettin, Bd.III, S. 170ff, 317ff; Zusammenstellg. gutachtl. Äusserungen, S.150 ff

³ Siedamgrotzki, Roloff, Engel, Müller zit.in: Zusammenstellg. gutachtl. Äußerungen, S.158 ff

Die meisten Tierärzte waren aber anderer Ansicht: Die deutschrechtlichen Bestimmungen seien eine "Mausefalle für den redlichen und gutgläubigen Erwerber".¹ Seine Folgen seien Ungerechtigkeit, Verletzung des Rechtsbewußtseins und Schädigung der Moral.

Mit der Beweiserleichterung sei dem Käufer nicht gedient, zumal der Gesetzentwurf im übrigen den Verkäufer, also vor allem die Händler, bevorzuge, die ohnehin sachkundiger seien. Die Dummen seien die sachunkundigen kleinen Landwirte und Gewerbetreibenden, die nicht in der Lage seien, sich eine besondere Haftung für Nebenmängel auszubedingen, umso weniger als es die Händler ja auch verstünden, ihnen das Verkaufsobjekt schmackhaft zu machen und Nebenmängel zu verbergen. Selbst die Motive hätten deswegen einräumen müssen, daß die Rechtslogik an sich die Geltung des römischen Prinzips auch für den Viehhandel fordere.²

Da die Zahl der Gewährsmängel der Natur der Sache nach immer beschränkt bleiben müsse, sei der Erwerber auch deswegen häufig schutzlos. Schließlich gebe es wenige Krankheiten, die in allen Fällen und in jedem Entwicklungsstadium den Charakter eines Hauptmangels hätten, so daß ein Tier einen Mangel haben könne, ohne daß das Gesetz dem Erwerber helfe. Dies sei eine Rechtsverweigerung, die umso schwerer wiege, als der Veräußerer für Nebenmängel selbst dann nicht haften solle, wenn er die ihm bekannten Mängel wissentlich verschwiegen habe. Gerade diese von den Motiven als notwendige Konsequenz des deutschrechtlichen Prinzips bezeichnete Bestimmung öffne dem Betrug Tür und Tor und zeige die ganze Unhaltbarkeit des Prinzips.³

¹ Zusammenstellg. gutachtl. Äußerungen, S.159

² Zusammenstellg. gutachtl. Äußerungen, S.166; vgl.a. v.Kübel, S.47

³ Zusammenstellg. gutachtl. Äußerungen, S.163

Andererseits seien viele Mängel für die Zwecke des Landwirts, jedenfalls solange sie noch nicht stark ausgebildet seien, ohne Bedeutung. Wolle man hier wiederum nicht eine betrügerische Übervorteilung des Verkäufers riskieren, so dürfe das Gesetz die Erheblichkeit nicht definieren.

Die Hauptmängel und Gewährsfristen seien nur Anlaß, den Vertragspartner einzuschüchtern und zu schikanieren. Der Käufer werde dazu verleitet, Krankheiten als Hauptmängel auszugeben, die gar keine seien.

Es stimme nicht, daß das römischrechtliche Prinzip sinnlose Prozesse begünstige und der Rechtssicherheit entgegenstehe. Dies sei durch die Erfahrung widerlegt. Ganz im Gegenteil sei es das deutsche Prinzip, das den Erwerber in Versuchung bringe, unbegründete Rechtshändel anzuzetteln. Es könne im Prozeß zu Schwierigkeiten bei der namentlichen Bezeichnung der Krankheit kommen, und oft seien sehr verwickelte Interpretationen nötig, um die gesetzlichen Bestimmungen mit den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen in Einklang zu bringen.

Unter den vielen Krankheiten, die Haustiere befallen könnten, gebe es auch nur wenige, die eine ganz bestimmte Entwicklungszeit hätten und bei denen man die Zeit für die vollständige Ausbildung der Krankheit befriedigend angeben könne. Noch weniger lasse sich für die Gewährsmängel, für die man keinen einheitlichen Begriff sondern nur einen Krankheitenkomplex angeben könne, eine Zeit nennen, während der sie sich möglicherweise entwickelt habe.

Durch die wissenschaftliche Forschung könnten außerdem zukünftig Krankheiten und Fehler nachgewiesen werden, die zur Zeit der Währschaftsbestimmungen noch nicht bekannt gewesen seien. Bis hier mit einer Ergänzung des Gesetzes geholfen werde, bleibe der Käufer ungerechtfertigterweise schutzlos.

Ein entscheidender Nachteil des deutschrechtlichen Prinzips sei vor allem, daß durch die Präsumtionsfristen immer nur der Zeitraum angegeben werden könne, der als die kürzeste Entwicklungszeit festgestellt worden sei. Hier brauche man aber keine Präsumtion, weil dann jeder Sachverständige sagen könne, ob die Krankheit im entscheidenden Zeitpunkt vorhanden gewesen sei. Selbstverständlich sei die Veterinärmedizin ebensowenig wie die Jurisprudenz im Stande, in allen Fällen ein absolut sicheres Urteil zu geben. Dies sei jedoch selten. Auch sonst sei der Richter ja oft auf das Gutachten Sachverständiger angewiesen, und die dadurch möglichen Schwierigkeiten und Prozeßunsicherheiten seien nicht weniger groß. Jedenfalls bereite es der Veterinärwissenschaft keine Schwierigkeiten, festzustellen, ob ein Fehler erheblich sei. Schon eine deskriptive Darstellung der Krankheitssymptome erbringe diesen Nachweis meist mit Sicherheit. Ein Sachverständiger könne leicht angeben, ob der Mangel verborgen sei oder ob er mit einiger Aufmerksamkeit hätte erkannt werden könne. Wann sich der Fehler erstmalig gezeigt habe, beantworte sich ohne besondere Schwierigkeiten aus der Erfahrung, sobald nur erst einmal festgestellt sei, daß der Fehler überhaupt vorliege. Um diesen Beweis, der allein Schwierigkeiten machen könne, komme der Erwerber auch beim deutschrechtlichen Prinzip nicht herum. Deshalb sei der Vorwurf unbegründet, daß es die Rechtsfindung erschwere, wenn der Erwerber nachweisen müsse, daß der Fehler im Zeitpunkt des Gefahrüberganges vorgelegen habe. Der Käufer habe dazu ja Zeugenaussagen und Sachverständigengutachten. Wenn diese Beweismittel versagten, so liege es meist nur an der zu späten Klage, weshalb man eben die Klagefrist abkürzen müsse.

Die Verweisung auf besondere Abreden habe wenig Wert. Auch das gemischte Prinzip habe keinen Sinn, denn wenn man die Präsumtionsfrist über die kürzeste Entwicklungszeit hinaus verlängere, so werde der Veräußerer benach-

teilt, gehe man aber von der kürzesten Entwicklungszeit aus, so sei dies für den Erwerber von wenig Nutzen, weil dann nämlich jeder Sachverständige ohne Präsumtionsfristen zum gleichen Ergebnis kommen müsse.¹

Als dann das deutschrechtliche Prinzip in das BGB übernommen worden war, vergingen nur zwei Jahre, bis neue Kritik einsetzte. Wieder waren es meistens Tierärzte, die das deutschrechtliche Prinzip ablehnten.² Dafür, und sei es auch nur mit Einschränkungen, waren nur wenige.³

Aber auch fast alle unter den wenigen Juristen, die sich überhaupt mit dem Viehwährschaftsrecht beschäftigten, lehnten das deutschrechtliche Prinzip ab.⁴

Zunächst spalteten sich die Tierärzte unter den Kritikern noch in zwei Lager. Die einen hielten die "Kaiserliche Verordnung" zwar ebenfalls für völlig unzulänglich, gaben aber zu bedenken, man dürfe deswegen nicht gleich das Prinzip als solches abschaffen wollen, sondern müsse, jedenfalls zunächst, die Mängelliste auf den neuesten wissenschaftlichen Stand bringen.⁵

¹ Nachweise bei v.Kübel, S.24

² Dieckerhoff (1902/3); Fröhner (1905); Klett (1911); Sahner (1911); Malkmus (1911 u. 1913); Meier u. Pirl (1913); Glässer (1924, 1952); Karsten u. Knauer (1926) Neumann-Kleinpaul (1932); Schürmann (1934); Oppermann (1935); Jakob (1936); Huesmann (1949); Wachtarz (1949) Maier (1950); Bartels (1951); Dobberstein (1938, 1953, 1955, 1956, 1957, 1960); Mehrle (1960); Jänz (1961); Jerichow (1964)

³ Dittmar (1924); jedenfalls zunächst auch noch Dehner (1955, 1956); Czwalina u. Schützler (1960); Scharmann (1966); vgl.a. Nachw. b. Völker, Tierärztl. Rdsch. 1924, 253 ff;

⁴ Baum (1911); Stölzle, Viehkauf (1909 u. ff.); Lerche (1955); Ostler (1956, 1957); Fellmer (1977)

⁵ Malkmus, Handbuch (1906), Revision d. Hauptmängelliste (1911, 1913); Dehner (1955, 1960); Scharmann (1966); vgl.a. Bothe (1949)

Der größere Teil wünschte jedoch eine radikale Neugestaltung:

Bereits 1902/3 schrieb Dieckerhoff, die drei Jahre nach Inkrafttreten des BGB hätten genügt, um die nachteiligen Auswirkungen des deutschrechtlichen Prinzips auf den Viehhandelsverkehr beobachten zu können. Wenn die Verfasser des BGB etwas mehr auf die Gutachten der Tiermediziner eingegangen wären, so hätten sie nie dieses System befürworten können, das der Tierheilkunde eine unlösbare Aufgabe stelle.¹

Andere kritisierten in den folgenden Jahren: Mit den Behauptungen von Kübels und der Einführung des deutschrechtlichen Prinzips sei der Tiermedizin ein großes Unrecht geschehen.² Die gerichtliche Tierheilkunde habe in Wahrheit schon bei Schaffung des BGB eine wissenschaftliche Grundlage gehabt, da alle inneren und äußeren Krankheitsbilder herausgearbeitet und lehrbuchmäßig festgelegt gewesen seien. Das wissenschaftliche Schrifttum auf dem Gebiet der Tierheilkunde sei allenfalls deswegen so dürftig, weil das geltende Recht den Fortschritt hindere. Die damaligen Zweifel an der Zuverlässigkeit tierärztlicher Gutachten seien auf die Überheblichkeit gewisser Kreise zurückzuführen.

Die Beschränkung der tierärztlichen Gutachtertätigkeit sei, wenn auch sehr bequem, der tierärztlichen Wissenschaft unwürdig und beschämend. Einen neutralen Standpunkt könnten eigentlich nur die Tierärzte einnehmen, da sie davon, ob das Gewährmängelrecht nun so oder so geregelt werde, wirtschaftlich nicht betroffen seien und sich deswegen ausschließlich von sachlichen Erwägungen leiten lassen könnten.

¹ Zschr. f. Veterinärkunde 1903, S.1 ff

² Weyers u. Mayer, BMTW 1950, 21 f
(auch für das folgende)

Die Kritiker räumten zwar auch jetzt ein, daß der Käufer beim römischen Rechtsprinzip seine Ansprüche de facto oft nicht durchsetzen könne, weil er immer erst beweisen müsse, daß der gerügte Mangel erheblich, verborgen und im Keim vorhanden gewesen sei, hielten jedoch entgegen, daß dieser Nachweis den Sachverständigen, auf die der Richter unzweifelhaft angewiesen sei, heute keine besonderen Probleme bereite. Das deutschrechtliche Prinzip habe dagegen mit zu vielen sachlichen Schwierigkeiten zu kämpfen; vor allem deswegen, weil nur solche Mängel in die Gewährsmängelliste aufgenommen werden könnten, die häufig Gegenstand eines Rechtsstreits, weit verbreitet und gleichzeitig verborgen und erheblich seien. Es sei unmöglich, schematische Gewährsfristen aufzustellen, innerhalb derer sich der Mangel zeigen müsse. Man habe dies trotzdem getan.

Innerhalb der ersten Tage der Gewährsfrist kämen nun die Käufer selten zum Sachverständigen: Sie prüften das gekaufte Tier erst selbst. Wenn sie dann langsam immer mehr argwöhnten, das Tier könne einen Hauptmangel haben, dann werde erst noch einmal der Nachbar um Rat gefragt und bei alldem verstreiche der größte Teil der Gewährsfrist. Nicht selten gelinge es dem Verkäufer auch, den Käufer mit allerlei Einwendungen von einer rechtzeitigen Sicherstellung der Diagnose abzuhalten. Die Vertrauensseligkeit der Käufer sei ja erfahrungsgemäß recht groß.

Wenn dann endlich der Sachverständige hinzugezogen werde, so sei es häufig schon zu spät. Es komme zum Prozeß, der gewöhnlich jahrelang dauere. Weil es dann häufig nicht mehr möglich sei, den beanstandeten Mangel einwandfrei zu diagnostizieren, verliere der Käufer den Prozeß und bezahle häufig doppelt und dreifach so viel, wie das Tier überhaupt wert sei.

Um den Käufer nicht allzu sehr in seinen Rechten zu beschränken, dürfe man die Zahl der Mängel auch nicht so sehr einschränken, wie dies zur Zeit der Fall sei.

Obwohl es aber in Deutschland nicht an Versuchen gefehlt habe, den jetzigen Hauptmängeln noch weitere hinzuzufügen, hätten sich die tierärztlichen Obergutachterbehörden und die Vertreter der gerichtlichen Tierheilkunde stets gewehrt, weil nur eine kardinale Änderung der §§ 481-492 die Mißstände beim Viehhandel beseitigen könnten. Im übrigen würden die §§ 481ff beim Verkauf von Rindern ohnehin meist abbedungen.

Sehr selten seien auch Hauptmängelprozesse bei Schlachttieren. Beim Großhandel, bei dem die Tiere bis zur Schlachtung häufig durch viele Hände gingen, lasse sich nämlich der ursprüngliche Besitzer meist gar nicht mehr ermitteln, und außerdem sei das Fleischergewerbe häufig durch Versicherungen abgedeckt. Man könne daher bei Schlachttieren ohne wesentliche Nachteile für den Käufer auf eine Hauptmängelliste ganz verzichten. Auch die für Nutz- und Zuchttiere genannten Krankheiten seien mindestens zum Teil überholt und entsprächen nicht mehr den Erkenntnissen der Wissenschaft.

Im übrigen stehe die Zahl der in der "Kaiserlichen Verordnung" für die einzelnen Tierarten aufgeführten Hauptmängel in keinem Verhältnis zu der Größe und volkswirtschaftlichen Bedeutung der heutigen Tierbestände. Während es z.B. 1938 sechs mal soviel Rinder wie Pferde gegeben habe, gebe es für Pferde sechs für Rinder dagegen nur zwei Hauptmängel, die außerdem so gut wie bedeutungslos seien. Diese Benachteiligung des Käufers von Rindern werde noch fühlbarer, wenn, wie vorauszusehen sei, die Bedeutung des Rindes in volkswirtschaftlicher Hinsicht noch weiter steige, die Bedeutung des Pferdes dagegen abnehme.

Das Hauptmängelprinzip sei auch nicht aus Gründen der Prozeßverminderung zu rechtfertigen. Zwar habe seit Einführung des deutschrechtlichen Währschaftsprinzips die Zahl der Rechtsstreitigkeiten im Viehhandel tatsächlich gegenüber der Zeit vor 1900 abgenommen, aber nur deswegen, weil zwischen den weitaus meisten deutschen Pferdehändlern und auf den Tiermärkten nur noch Schiedsgerichte vereinbart würden und außerdem die Leute im Krieg und in der Inflation der Nachkriegszeit weniger Tierhandelsprozesse angestrengt hätten.

Es habe sich damals nicht gelohnt zu klagen. Der Verkäufer habe es sich leisten können, das Tier zurückzunehmen und dann zum gleichen oder noch höheren Preis wieder zu verkaufen. Er brauchte deswegen nicht zu prozessieren.

Bei sinkender Konjunktur dagegen steige regelmäßig auch wieder die Zahl der Viehwährschaftsprozesse.¹

Die Unkenntnis der Sonderbestimmungen bei der bauerlichen Bevölkerung zeige im übrigen, daß das Gesetz selbst heute noch nicht populär geworden sei. Nur wer sich berufsmäßig mit dem Viehhandel beschäftige, kenne die Bestimmungen des BGB. Dagegen habe die große Masse der Tierbesitzer auch heute noch keine Ahnung davon. Das werde von den Viehhändlern ausgenutzt.

Wenn auch gewisse Ausnahmestimmungen, z.B. eine besonders kurze Verjährungsfrist, gegenüber anderen Sachen stets notwendig seien, weil Tiere nicht Sachen schlechthin sondern lebend oder, beim Schlachtvieh, zumindest leicht verderblich seien, so dürfe dies nicht auf der Grundlage des deutschrechtlichen Prinzips geschehen.

Als die enorme Wertsteigerung des Pferdes in der Nachkriegszeit und die Zunahme des Pferdehandels eine erhebliche Ausweitung prozessualer Streitigkeiten brachte, hörte man in den letzten Jahren immer häufiger auch Kritik aus den am Pferdehandel beteiligten Kreisen.

¹ Dobberstein, Betrachtungen zur Währschaftsgesetzgebung, S.11

Vor allem Eikmeier¹, wies im Zusammenhang mit den dabei gemachten forensischen Erfahrungen wiederholt auf die Schwierigkeiten bei der Anwendung des geltenden Viehwährschaftsrechts sowie auf die Notwendigkeit einer grundlegenden Reform hin:

Der Pferdekäufer sei völlig unzureichend gegen Übervorteilungen durch unseriöse Pferdeverkäufer geschützt, da den wenigen, häufig bedeutungslosen Hauptmängeln eine Vielzahl nicht erfaßter Erkrankungen von hoher Aktualität gegenüberstünden und weil neu entwickelte Medikamente es dem Verkäufer ermöglichten, chronisch lahme oder unheilbar dämpfige Pferde als scheinbar gesund zu verkaufen, obwohl diese Medikamente in Wirklichkeit nur eine vorübergehende Besserung bewirkten.

Aber auch die Juristen fanden in neuerer Zeit kein gutes Wort mehr für das jetzige Viehwährschaftsrecht:² Es helfe nichts, daß die Gewährsmängelliste wieder abgeändert werden könne. Die Verordnung lasse sich zwar sehr schnell ändern, wenn man über den Hauptmangel einig sei. Das aber sei der springende Punkt.

Strenges Erfordernis der Gewährsmängel sei nämlich, daß sich ein Mangel nach langjähriger Erfahrung innerhalb einer gewissen Frist nicht entwickle, andererseits aber der Mangel innerhalb derselben Frist in der Regel vom Käufer erkannt und vom Sachverständigen konstatiert werden könne. Erst wenn man sich über diese Punkte einig sei, lasse sich die Mängelliste rasch ändern.

Am deutlichsten zeige sich die Unzulänglichkeit der Hauptmängelliste bei einer neuen, bis dahin unbekannten Viehseuche: Hier hafte der Verkäufer nicht, auch wenn das Tier beim Kauf bereits rettungslos an der Seuche

¹ Tierärztl. Praxis 1974, S. 51 ff; vgl. a. Eckardt, RR 1977, S. 252

² Baum, DTW 1911, S. 113 ff; Ostler, JZ 1956, S. 471 = BMTW 1957, 86 ff (gekürzt)

erkrankt gewesen und nachweislich den Krankheitskeim in sich getragen habe. Selbst wenn der Katalog schleunigst ergänzt würde, helfe dies nur für die Zukunft, nicht mit rückwirkender Kraft. Es sei eben der notwendige Nachteil jeder schablonenhaften Regelung, daß sie sich nie den Verkehrserfordernissen anpassen könne.

Die drei Kardinalfehler des Prinzips seien:¹

- die Hauptmängelschablone
- der Ausschluß der Verkäuferhaftung für arglistiges Verschweigen von Nichthauptmängeln und
- der unbedingte Wandlungsanspruch des Käufers

Die an den bisherigen Vorschriften orientierten Reformvorschläge seien unzulänglich, weil sie nur einzelne, herausgegriffene Streitfragen gesetzlich bereinigt wissen wollten, während es aber auf eine grundsätzliche Erörterung des Systems ankomme. Leitmotiv einer Währungsgesetzgebung dürfe nicht einseitig nur eine möglichst weitgehende Rechtssicherheit sein. Dies lasse sich nämlich mit der Negierung jeder Haftung des Verkäufers am reinsten erreichen. Wenn es aber vor allem um den "Zweck im Recht" gehe, um die Frage also, welches gesetzte Recht am besten in der Lage sei, wirkliches Recht zu vermitteln, so spreche gegen das deutsche Prinzip, daß es erkennbar zu stark den Verkäufer begünstige. Die zweifellos beachtenswerten Motive der Erhöhung der Rechtssicherheit; der Abschneidung von Prozessen und der Interessen der viehverkaufenden Landwirtschaft könnten allein die Wahl des deutschrechtlichen Prinzips nicht rechtfertigen. Der einzige wesentliche Unterschied zwischen dem Tierkauf und dem Kauf anderer Sachen bestehe darin, daß die Altersbestimmung des Mangels im Tierkauf wegen der Natur der Sache ungleich schwieriger sei als beim sonstigen Sachkauf, und zwar selbst bei Zuziehung

¹ Baum, DTW 1911, 117

von Sachverständigen. Auch wenn man sich nicht dem römischen Rechtsprinzip anschließen wolle, so müsse jedenfalls die Gewährleistungspflicht des Verkäufers auf alle erheblichen Fehler erweitert werden. Eine bloße Ausweitung der "Kaiserlichen Verordnung" genüge hierfür aber nicht. Auch im Tierkauf müsse die Gewährleistung für alle erheblichen Mängel gegeben sein. Demgegenüber bedeute die Angst vor vielleicht etwas zahlreicheren Prozessen sachlich überhaupt nichts, wenn im Prozeß das wirkliche Recht vermittelt werden könne.

Speziell für den Pferdehandel führt Fellmer¹ aus: Die Zeiten, in denen der Nahverkehr zu Pferde abgewickelt wurde, das Pferd wichtigstes Nutztier der Landwirtschaft war und auch erhebliche militärische Bedeutung besessen habe, lägen nun mehr als ein halbes Jahrhundert zurück. Trotzdem wende man die antiquierten Vorschriften der "Kaiserlichen Verordnung" an, was in der Rechtsprechung zu teilweise untragbaren Ergebnissen führe.

Vorschriften, die für den Verkauf von Nutztieren ihre Berechtigung gehabt hätten, würden heutzutage fast ausschließlich auf den Verkauf hochwertiger Reitpferde angewendet, was ein Freibrief für unredliche Händler sei. Da es gerade beim Pferdekauf noch häufig üblich sei, den Handel durch Handschlag abzuschließen, werde so mancher Käufer wegen der Unbeweisbarkeit der Nebenabreden um sein vertragliches Recht gebracht. Ihm bleibe dann nur die Berufung auf das gesetzliche Viehkaufrecht, das für den Käufer in vielen Fällen extrem ungünstig gestaltet sei. Wegen der Kompliziertheit des geltenden Rechts seien die Gerichte in vielen Fällen unsicher, und zweitinstanzliche Entscheidungen wichen zu einem ungewöhnlich hohen Prozentsatz von der Entscheidung der ersten Instanz ab.

¹ Agrarrecht 1977, 226

Die Gewährsfristen würden in dem Moment zur Farce, wo man, was heutzutage jeder interessierte Laie wisse und was immer häufiger im Gebrauchspferdehandel vorkomme, durch die gezielte Anwendung moderner Medikamente auch das lahmste und dämpfigste Pferd, wenn auch nur für die Dauer der Gewährfrist, in ein feuriges Rennpferd verwandeln könne. Die in der Verordnung genannten Fristen seien wegen der Langzeitwirkung moderner Medikamente also allgemein zu kurz und außerdem kämen heute, wo das Pferd fast nur noch zu Sportzwecken verwendet werde, zunehmend andere Krankheiten auf als zu Zeiten, wo das Pferd überwiegend als Nutz- und Gebrauchstier verwendet worden sei.

Fellmer resumiert deswegen ebenfalls :

"Eine Reform ist nicht nur notwendig, sie ist überfällig."

B. KRITIK DER HAUPTMÄNGELLISTE

Die Kritik an der Hauptmängelliste richtet sich gegen die einzelnen darin genannten Krankheiten und Gewährsfristen, außerdem dagegen¹, daß andere, wichtigere Krankheiten nicht berücksichtigt worden seien.

I. KRITIK DER IN DER LISTE GENANNTEN KRANKHEITEN UND IHRER GEWÄHRSFRISTEN

1. Hauptmängel bei Pferden, Eseln, Mauleseln und Maultieren

a) Rotz

Schon um 1900 war die seuchenhaft auftretende Krankheit Rotz nicht mehr verbreitet. Sie hatte nur in der Nachkriegszeit nach 1914 noch einmal kurze praktische Bedeutung und kommt heute in Deutschland kaum mehr vor.² Ihre Erheblichkeit ist außerdem mit der Begründung verneint worden, daß ohnehin 80% des Wertes nach den veterinärrechtlichen Bestimmungen des Vieuseuchengesetzes ersetzt würden.³

Auch die Gewährsfrist ist nach allgemeiner Ansicht wissenschaftlich schon lange nicht mehr haltbar, weil die Inkubationsfrist in den meisten Fällen nur drei bis fünf Tage betrage und es daher möglich sei, daß sich ein Pferd in den 14 Tagen der Gewährsfrist infiziere, dann an Rotz erkrankte und noch innerhalb der Gewährsfrist sterbe.⁴

¹ Hierzu vor allem Jänz, a.a.O

² Zur mangelnden Verbreitung: Baum, S.113; Dobberstein, BMTW 1938, 653 ff; Jacob, DTW 1936, 449; Malkmus, Beilage zu BTW 1913, 5 ff; Glässer (1952), S.201; Schmidt u. Zwick, S.43 ff; z. Rotz allg.: Fröhner-Neumann-Kleinpaul, S.36 ff

³ Jerichow, S.82; Malkmus, Beilage zu BTW 1913, S.5 ff; Schmidt u. Zwick, passim

⁴ Jacob, passim, S.499; Fröhner, Mhefte prakt. Tierheilkunde 1916, 234; a.A. Schmidt u. Zwick, passim

b) Dummkoller:

Der Dummkoller scheint in Deutschland ebenfalls nicht mehr vorzukommen.¹

Die forensische Definition, wie sie die "Kaiserliche Verordnung" gibt, unterscheidet sich deutlich von der klinischen, was zu erheblichen praktischen Schwierigkeiten für den untersuchenden Tierarzt führen kann. Während nämlich der Forensiker jede unheilbare Krankheit mit Bewußtseinsherabsetzung als Dummkoller anzusehen hat, versteht der Kliniker hierunter nur den genau umrissenen, chronischen Hydrocephalus.² Nach Jerichow³ kann die Diagnose des Dummkollers nur auf klinischem Wege, nicht also im Wege einer Sektion, gestellt werden und ist abhängig von einer Bewußtseinsherabsetzung.

Andere Autoren wenden ein, mangels hinreichend konkreter Begriffsabgrenzung dessen, was beim Tier als Bewußtsein angenommen werden könne, eigne sich das Begriffsmerkmal "Bewußtseinsherabsetzung" nicht.⁴

Schwierigkeiten bereitet der Dummkoller auch deswegen, weil er sich in einem ganzen Komplex von Symptomen äußert. Dieser Symptomenkomplex darf wiederum nicht, was aber leicht geschehen kann, mit heilbaren Krankheiten, aber auch nicht mit akut unheilbaren Gehirnleiden oder unheilbaren Krankheitszuständen in anderen Organen⁵,

¹ Zeller, prakt. Tierarzt 1972, 491

² Fröhner-Neumann-Kleinpaul, S.41 ff; Jerichow, S.87; vgl.a. Hoffmann, prakt. Tierarzt 1961, 85 f

³ S.88

⁴ Nachweise bei Hoffmann, passim

⁵ Z.B.: Akute Gehirn- und Hirnhautentzündung, akute fieberhafte Infektionskrankheiten, Magen- u. Darmkatarrhe, Leberkrankheiten, Zahnkrankheiten, Augenkrankheiten, Empyeme d. Kopfhöhlen, Dämpfigkeit, Taubheit, Rossigkeit, Vergiftungen, Wurmbefall u. Überanstrengungen

falls sie zu einer Bewußtseinsherabsetzung in der Lage sind, verwechselt werden, ebensowenig mit der sog. "Stätigkeit"¹, einer bloßen Widersetzlichkeit eines ansonsten gesunden Pferdes.

An der Definition wurde weiter kritisiert, daß sie die Unheilbarkeit des Dummkollers voraussetze, obwohl nur chronische, also mindestens 4 Wochen alte Gehirnerkrankungen als unheilbar bezeichnet werden könnten.² Wenn sich die Krankheit aber bereits in einem solchen Stadium befinde, sei sie entgegen der Hauptmängeldefinition nicht mehr verborgen.³

Viele Autoren verneinen auch seine Erheblichkeit⁴, da der Dummkoller nicht immer die Arbeitsleistung des Pferdes herabsetze und häufig ein unerhebliches Leiden sei.

c) Dämpfigkeit⁵

Auch die sog. Dämpfigkeit kann leicht mit anderen Krankheiten verwechselt werden, vor allem mit ihren vielfältigen Ursachen.⁶

Selbst wenn man alle akuten, heilbaren, vorübergehenden Atembeschwerden bei Lungen- und Herzkrankheiten ausschließt, bleiben noch viele, differentialdiagnostisch sehr ähnliche Krankheiten:

¹ Häufig als Vertragsmangel vereinbart

² Vgl. Malkmus, DTW 1911, 150

³ Im einzelnen sehr str.: vgl. Nachweise b. Jerichow, S.81 ff; teilw. a.A. Malkmus, BTW 1911, 149 ff

⁴ Vgl. Dieckerhoff, Zschr.f. Veterinärkunde 1903, 1 ff; Fröhner-Neumann-Kleinpaul-Dobberstein, S.41f; Glässer, a.a.O.; Jänz, a.a.O.; Jerichow, S.87 ff

⁵ Generell: Fröhner-Neumann-Kleinpaul-Dobberstein, S.49 ff; Ruppenthal, a.a.O.; vgl.a. Herbert RR 1971, 318

⁶ Z.B.: chronisches Lungenemphysem, chronischer Bronchialkatarrh, chronische Lungenentzündung, Neubildungen an der Lunge, Fehler am Herzen und chronische, unheilbare Herzkrankheiten; vgl. Jerichow, S.93; vgl.a. McPherson u.a., Equ.Vet.J. 1978, 47 ff.

Akute Katarrhe der Respirationsorgane, akutes intersti-
zielles Lungenemphysem, fieberhafte Erkrankungen
der Atmungsorgane, akute Herzerweiterungen, kompen-
sierte Klappenfehler, Lahmheiten und Kehlkopfpfei-
fen bzw. Verengungen (Stenosen) der oberen Luftwege
sowie Allergische Erkrankungen

Viele Tierärzte halten deswegen die jetzige Definition
der Dämpfigkeit für schlecht.² Die Erheblichkeit der
Krankheit wird teilweise damit bestritten, daß es ganz
auf die Intensität des Leidens ankomme.³ Andere fügen
hinzu, spätestens in dem Moment, wo die Dämpfigkeit
wirklich erheblich sei, sei sie nicht mehr verborgen.⁴
Schwerer Dampf sei immer sichtbar und somit kein Grund
für Rechtsstreitigkeiten, leichte Dämpfigkeit dagegen
sei unbedeutend und manchmal sogar heilbar.⁵ Die Ge-
währsfrist sei zu knapp bemessen, als daß man in dieser
Zeit die Unheilbarkeit feststellen könne.⁶

d) Kehlkopfpfeifen⁷

Der Gesetzgeber meint mit dem sog. Kehlkopfpfeifen
keine einzelne Krankheit sondern wieder einen Sammelbe-
griff, unter den viele verschiedenen Stimmband- und Luft-
röhrenkrankheiten fallen, z.B.:

¹ Nach Jerichow, S.93; vgl.a. Fröhner-Neumann-Kleinpaul-
Dobberstein, S.56

² Jacob, MTW 1936, 1; Rüssmann, a.a.O.; Burger, a.a.O.

³ Jacob, MTW 1936, 1 ff; ders. DTW 1936, 499; Glässer, a.a.O.

⁴ Jacob, DTW 1936, 499

⁵ Unglert, a.a.O.

⁶ Burger, a.a.O.; a.A. Jacob, MTW 1936, 1 ff

⁷ allg.Fröhner-Neumann-Kleinpaul-Dobberstein, S.59 ff;
Bilgendorf, Zschr.f.Veterinärkunde 1927, 224; Rauf, a.a.O.

Recurrenslähmung, Neu- und Mißbildungen am Kehlkopf, chronische Laryngitis, Perilaryngitis und Stenosen der Luftröhre¹

Die Diagnose kann nur zu Lebzeiten des Tieres gestellt werden. Mehr oder weniger leicht verwechseln kann man Kehlkopfpfeifen mit:

akuten laryngealen und pararyngealen Stenosengeräuschen, chronischen, heilbaren Stenosengeräuschen gleicher Ausdehnung, Lähmung des Gaumensegels, Spielgeräuschen² in- oder expiratorischer Art und Nasalgeräuschen

Die gesamte Tierärzteschaft lehnt deswegen die derzeitige Definition ab, ist sich aber über die richtige Fassung uneins.³

Nach einigen Autoren ist Kehlkopfpfeifen auch nicht erheblich, da es operiert werden könne und das Pferd nicht in seiner Verwendungsfähigkeit beeinträchtigt sei.⁴ Sei das Kehlkopfpfeifen so ausgeprägt, daß es erheblich sei - dies gelte vor allem für gewöhnliche Arbeitspferde, deren Dienstauglichkeit dann gemindert sei - so sei es nicht mehr verborgen.⁵

Alle übrigen Formen stellten bei gewöhnlichen Zugpferde kein erhebliches Leiden dar.

Außerdem könne man unmöglich feste Fristen für die Entwicklung der Chronizität und Unheilbarkeit aufstellen.⁶ Leichtere, verborgene Fälle des Kehlkopfpfeifens seien nur bei wertvollen Pferden ein erheblicher

¹ Vgl. Eikmeier, BMTW 1976, 174 ff; Jerichow, S.99

² Jerichow, S.99

³ Bilgendorf, passim; Jacob, DTW 1936, 499; Jerichow, S.99 ff m.w.V.; Malkmus, DTW 1911, 149 ff; ders. BTW 1913, 5 ff; Mehrle, TU 1959, 299; Schmidt u. Zwick, Beilage zu BTW 1924, 43 ff

⁴ Nachweise b. Malkmus, BTW 1913, 5 ff u. Schmidt u. Zwick, passim; a.A. Dietz u.a., Mhefte Vet.Med. 1969, 587

⁵ Jerichow, S.99 ff m.w.V.

⁶ Bilgendorf, Zschr.f.Veterinärkunde 1927, 224; Rüssmann a.a.O.; Fröhner-Neumann-Kleinpaul-Dobberstein, S.70 ff m.w.V.

Mangel, wobei es sich dann wiederum um eine Variante handle, die nur bei stärkerer Inanspruchnahme der Tiere wahrnehmbar sei, also oft erst zu spät entdeckt werde.

e) Periodische Augenentzündung¹

Während der klinische Begriff der sog. "Mondblindheit" eine ganz spezifische Krankheit bezeichnet, ist darunter im forensischen Sinne jede Veränderung an den inneren Organen des Auges als Hauptmangel anzusehen, wenn sie nur auf inneren Einwirkungen beruht und entzündlich ist. Es kann sich dabei um akute oder chronische, heilbare oder unheilbare Krankheiten handeln.² Auch hier wieder gibt es eine ganze Reihe anderer Krankheiten, die man irrtümlicherweise für "periodische Augenentzündung" halten könnte. Dazu gehören:

alle traumatischen und äußeren Entzündungen, außerdem Veränderungen an den inneren Organen des Auges durch Neubildungen, Glaskörpertrübungen ohne entzündlichen Ursprung und nichtentzündliche, angeborene Veränderungen an den inneren Organen des Auges (grauer Star)

Die Erheblichkeit der periodischen Augenentzündung als notwendiger Bedingung eines Hauptmangels ist nach Ansicht der veterinärmedizinischen Literatur bei der jetzigen Fassung ebenfalls nicht erfüllt.³ Es sei nicht möglich, alle erheblichen Grade der Mondblindheit unter eine Definition zu bringen.⁴ Man müsse dann nämlich akute und chronische Zustände erfassen, obwohl sich akute schnell entwickeln könnten und chronische teilweise unerheblich seien. Dann dürfe man den Mangel aber nicht als Hauptmangel mit einer bestimmten Gewährungsfrist in die

¹ Vgl. allg. Fröhner-N.-K.-D., passim; Bothe, a.a.O.

² Mondblindheit im klinischen Sinne, alle nichttraumatischen Entzündungsprozesse und Entzündungsprodukte an der Iris, Linse, Koroidea, Retina, am Ziliarkörper, Glaskörper und an der Korneainnenhaut; nach Jerichow, S.108

³ Nach Jerichow, passim; einschränkend Bothe, a.a.O.

⁴ Malkmus, DTW 1911, 261

Liste aufnehmen. Wenn man sich auf entzündliche Zustände beschränke, so seien in vielen Fällen erhebliche Zustände ausgeschlossen. Umgekehrt könne man bei erheblichen Zuständen nicht immer die entzündliche Natur nachweisen. Weiter sei oft beobachtet worden, daß der Mangel nach der Gewährsfrist ausgeheilt sei;¹ es habe sich also nachträglich herausgestellt, daß er weder chronisch noch unheilbar gewesen sei.

Während Malkmus noch rügte, die "Kaiserliche Verordnung" habe die Mondblindheit erst zu einem erheblichen Mangel gemacht, da die Dienstbrauchbarkeit eines Pferdes durch sie nicht wesentlich gestört werde², meint Jänz³: Ob der Mangel erheblich sei, hänge wesentlich vom Preis und Verwendungszweck des Pferdes ab. Bei Reit-, Renn- und Turnierpferden sei der Mangel immer erheblich, im übrigen stets dann, wenn Sehstörungen auf beiden Augen bestünden. Da das Pferd aber heute zum weitaus überwiegenden Teil als Freizeit- und Sportpferd verwendet wird, sind danach fast ausnahmslos auch die geringeren Grade der Mondblindheit erheblich.

Die allgemeine Verbreitung der Mondblindheit, die vor allem bei Rennpferden sehr häufig zu sein scheint⁴, wird nicht bezweifelt.⁵

Die Genese dieser Krankheit ist wohl noch immer unerforscht, weswegen sich nach überwiegender Ansicht keine wissenschaftlich begründete Gewährsfrist festsetzen läßt.⁶

¹ Malkmus passim

² Malkmus, passim; ebenso Dieckerhoff, Zschr.f.Veterinärkunde 1903, 1 ff; Glässer, BMTW 1952, 201

³ .a.a.O., S.35 ff

⁴ Vgl. Tegge, S.24

⁵ Vgl.z.B. Zeller, prakt. Tierarzt 1972, 490

⁶ Jacob, DTW 1936, 499; Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.75; Jerichow, S.116

Malkmus u.a. befürworten deswegen, die periodische Augenentzündung ersatzlos zu streichen.¹

f) Koppen:

Der Gesetzgeber definiert den Begriff "Koppen" nicht sondern nennt nur seine verschiedenen Erscheinungsformen und die gebräuchlichsten synonymen Bezeichnungen.

Die Tierärzte kritisieren:

Um den Begriff des Koppens in einer Liste verwenden zu können, müsse man ihn definieren. Dem stehe jedoch entgegen, daß eine wissenschaftlich einwandfreie Definition nicht möglich sei, weil sich die Wissenschaft über das eigentliche Wesen des Koppens noch nicht habe einigen können.² Früher sei der Mangel bei Warmblutpferden ziemlich verbreitet gewesen. Mit der Abnahme des Warmblutpferdebestandes könne aber heutzutage eine allgemeine Verbreitung nicht mehr bejaht werden.³

Außerdem seien erhebliche Fälle, wenn es solche überhaupt gebe⁴, sichtbar und nicht mehr verborgen. Es lasse sich auch keine wissenschaftlich haltbare Gewährungsfrist geben, da sich das Koppen schon innerhalb weniger Tage entwickeln könne.⁵

¹ Malkmus, DTW 1911, 765; vgl.a. Malkmus in Beilage zu BTW 1913, 5 ff; teilweise anderer Meinung Schmidt und Zwick auf der 18. Vollversammlung des Dtsch. Veterinärarates 1924, Beilage zu BTW 1924, 43 ff, die zwar ebenfalls für eine neue Definition sind, sich aber gegen eine völlige Streichung mit der Begründung wenden, daß viele Augenfehler erheblich seien; ähnl.a. Bothe, a.a.O.

² Vgl. Harms, S.10ff; vgl.a. Habersang, Mhefte f. prakt. Tierheilkunde 1920, 477

³ Harms, passim; Diese Ansicht dürfte inzwischen überholt sein, da, wie eingangs bemerkt wurde, gerade der Warmblutpferdebestand in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen ist !

⁴ Vgl. Fischer, a.a.O.; Jacob, MTW 1936, 87; ders., DTW 1936, 499; vgl.a. Bothe, a.a.O.; einschränkend Fischer a.a.O.; Fröhlich, a.a.O.; Glässer, BMTW 1952, 201; Harms, a.a.O.; A.A. Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.77: stets erheblich

⁵ Vgl. Fischer, a.a.O., m.w.V.; Harms, a.a.O.; Jacob, DTW 1936, S.499

2. Hauptmängel bei Rindern¹:

a) Tuberkulose

Nach der "Kaiserlichen Verordnung" ist die Tuberkulose bei Nutz- und Zuchtrindern, anders als bei Schlachtrindern², dann ein Hauptmangel, wenn "infolge dieser Erkrankung eine allgemeine Beeinträchtigung des Nährzustandes des Tieres herbeigeführt wird".³

Diese Definition bereitet in der Praxis Schwierigkeiten, da ein schlechter Nährzustand häufig von anderen Krankheiten oder von schlechter Fütterung herrühren kann.⁴ Der begutachtende Tierarzt beobachtet die Fütterung des Tieres aber selten über längere Zeit, so daß der Käufer sein Tier auch absichtlich abmagern lassen könnte.⁵ Allenfalls eine Obduktion brächte dann noch Gewißheit über den Grund der Abmagerung und selbst dann wäre es noch möglich, daß eine tuberkulöse Veränderung festgestellt wird, die, obwohl sie nicht die eigentliche Ursache ist, zusammen mit der Abmagerung zur Wandlung berechtigt.⁶ Dem Käufer eines Nutz- und Zuchtrindes ist aber mit einer Obduktion nicht gedient.

¹ Zu den Hauptmängel b. Rindern allg. Habersang, BTW 1923, 267; zur Tuberkulose b. Rindern: Ruth, a.a.O.; Sauer, Wschr.f. Tierhk. 1907, 781 ff; Wild, a.a.O.

² Vgl.a. Fröhner, prakt. Tierarzt 1959, 161 ff; Queisser prakt. Tierarzt 1957, 132; Rosenberger, a.a.O.

³ Vgl. Legaldefinition d. "Kaiserl. VO"; vgl.allg.: Dobberstein, Mhefte prakt. Tierhk. 1957, 211 ff; Dobberstein, Monographie (1956); Fröhner-N.-K.Dobberstein, S.170 ff

⁴ Malkmus, DTW 1911, 149 ff; ebenso Malkmus auf d. 13.Plenarversammlg. d. Dtsch.Veterinärates 1913, Beilage zu BTW 1913, 5 ff

⁵ Unglert, a.a.O.

⁶ Alterauge, TU 1953, 327;Unglert, a.a.O.; Habersang, BTW 1923, 267; Sauer, Wschr.Tierhk. 1907, 781 ff

Gerügt wird weiter:

auch zu Prozeßzwecken, damit der Käufer sein ungerechtfertigtes Wandlungsverlangen durchsetzen könne, würden oft leichtfertig Atteste ausgeschrieben, und letzten Endes erbringe dann im Verlaufe des Prozesses wieder nur die Sektion den endgültigen Beweis. Konsequenz: so bestimme zwar die Hauptmängelliste Gewährsfehler für lebende Tiere, zwingt aber den gewissenhaften Sachverständigen zur Tötung.¹

Über die generelle Verborgenheit des Mangels bestehen keine Zweifel.²

Strittig ist jedoch, ob es sich bei der Tuberkulose stets um einen erheblichen Mangel handelt. Vor allem früher ist dies für die leichteren Fälle von Tuberkulose bei Nutz- und Zuchtrindern mitunter verneint worden.³ Glässer⁴ und Dehner⁵ weisen jedoch darauf hin, daß sich im Laufe der Zeit die wissenschaftlichen Auffassungen über die verschiedenen Tuberkuloseformen und ihre Erheblichkeit gewandelt hätten und daß man heute ganz andere Anforderungen an eine Gewährleistung für Tuberkulose stellen und auch leichtere Fälle als erheblich betrachten müsse. Man müsse nämlich heute, bei nahezu tuberkulosefreien Beständen, der Auffassung des Bauern vom tuberkulosefreien Rind Rechnung tragen.⁶

¹ Dobberstein, DTW 1955, 457; ders., Mhefte Vet.Med. 1956, 321

² Dobberstein, Mhefte Vet.Med. 1956, 321; dto. Jänz, a.a.O.

³ Nachweise b. Dobberstein, DTW 1955, 457; Dobberstein selbst differenziert, vgl. Mhefte Vet.Med. 1956, 321

⁴ BMTW 1952, 201x

⁵ Tierärztl. Umschau 1955, 1 ff

⁶ Girndt, Mhefte Tierhk. 1957, 37 ff; Glässer, passim

Im übrigen sei jede Tuberkulose ohne Rücksicht auf ihren Grad, ihre Ausbreitung und Form eine Gefahr für den Menschen und schon deswegen erheblich.¹

Uneinigkeit besteht in der veterinärmedizinischen Literatur darüber, welche Gewährungsfrist für Tuberkulose angemessen sei.² Die Angaben schwanken im allgemeinen zwischen 8 Tagen und 4 Wochen, wobei vor allem Jänz³ darauf hingewiesen hat, daß die Entwicklung der Erkrankung gewöhnlich schleichend verlaufe und sich auf Monate und Jahre ausdehnen könne. Akute Prozesse könnten auch in einer Reinfektionsperiode auftreten, ihre Ursache also in einer weiter zurückliegenden Infektion haben.

b) Lungenseuche:

Die tiermedizinische Literatur war sich schon kurz nach Schaffung der Kaiserlichen Verordnung darüber einig, daß die Lungenseuche wieder gestrichen werden müsse, da sie in Deutschland, vor allem seit Einführung des Viehseuchengesetzes, keine Bedeutung mehr habe.⁴ Dieser Vorschlag wurde nur deswegen abgelehnt, weil man den Käufer von Importtieren nicht schutzlos lassen wollte. Neben anderen Seuchen ist auch bei der Lungenseuche für eine Diagnosestellung die Schlachtung des Tieres notwendig.⁵ Jacob⁶ fordert deshalb, überhaupt keine Seuchen in die Hauptmängelliste aufzunehmen, sondern stattdessen den Handel von Tieren mit seuchenähnlichen Erscheinungen zu verbieten.

¹ Ruth, a.a.O.

² Dobberstein, DTW 1955, 457; Rosenberger, DTW 1954, 485; Girndt, a.a.O.

³ Jänz, a.a.O.

⁴ Malkmus, BTW 1913, 5 ff; ähnlich Dieckherhoff, Zschr. Veterinärkunde 1903, 1 ff; Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.185 ff; Jacob, MTW 1936, 1 ff

⁵ Jacob, passim

⁶ Baum, DTW 1911, 113 ff; Jacob, passim; vgl.a.französisches Recht, wonach in diesen Fällen d. Vertrag nichtig ist

Da die Besitzer nach dem Viehseuchengesetz entschädigt würden, sei die Lungenseuche ohnehin kein erheblicher Mangel und schließlich sei auch die geltende Gewährsfrist wissenschaftlich unhaltbar, weil sich die Lungenseuche schon innerhalb eines kürzeren Zeitraums entwickeln könne.¹

3. Hauptmängel bei Schafen²

a) Räude

Neben gelegentlicher Kritik an der Definition³ weist die wissenschaftliche Literatur⁴ vor allem darauf hin, daß die Räude seit Einführung des Viehseuchengesetzes ihre Erheblichkeit verloren habe, da nach den veterinär-gesetzlichen Bestimmungen 80 % des Tierwertes ersetzt würden. Außerdem sei die Gewährsfrist viel zu lang.⁵

b) Wassersucht

Die Wassersucht ist nur bei Schlachttieren ein Hauptmangel. Als Ursache kommen innere Erkrankungen oder ungenügende Ernährung in Frage. Am häufigsten wird sie durch die Leberegelkrankheit verursacht; andere Ursachen sind selten.⁶

Der sichere Nachweis der Leberegelkrankheit kann in der Regel nur durch die Schlachtung des Tieres erbracht werden.⁷ Das latente Stadium (Inkubationszeit) beträgt

¹ Glässer, BMTW 1952, 201

² Allg.: Fröhner-N.K.-Dobberstein, S.230 ff

³ Malkmus, BTW 1911, 149 ff; ders., DTW 1911, 261 ff, 525 Schmidt u. Zwick, Beilage zu BTW 1924, 43 ff

⁴ Baum, DTW 1911, 113 ff

⁵ Dazu Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S. 231 f; Glässer, passim

⁶ Fröhner-N.-K.Dobberstein, S.231

⁷ dieselben, S. 234

zwei bis vier Monate, weshalb es sich um einen verborgenen Mangel handelt, der im übrigen auch erheblich ist.¹

4. Hauptmängel bei Schweinen

a) Rotlauf:

Der Hauptmangel "Rotlauf" ist zwar häufig verborgen² aber nicht immer erheblich.³ Auch scheint die Gewährsfrist von drei Tagen wegen der veränderten Vermarktungsformen zu lang bemessen zu sein⁴, da bei ungünstigen Bedingungen, z.B. Transport bei heißem Wetter, Rotlauf auch schon früher entstehen kann. Der Benachteiligte ist der Verkäufer, der so mit der Transportgefahr belastet wird.

b) Schweineseuche:

Da der Gesetzgeber auf eine Definition der Schweineseuche verzichtet hat, gab es in der Literatur Streit über den Begriffsumfang.

Als inzwischen gesicherte Meinung zum Thema "Schweineseuche" kann angenommen werden: Die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse über diesen Gewährsfehler erlauben eine konkrete Begriffsfestlegung nicht.⁵ Im übrigen ist der Begriff "Schweineseuche" veraltet. Die Auffassungen darüber haben sich längst geändert, und wegen des unzureichenden Begriffes kommt es immer wieder dazu, daß, forensisch unzutreffend, der Name "Schweineseuche" auch für Erkrankungen verwendet werden, die erst in

¹ Fröhner-N.-K.,-Dobberstein, S.234

² Jerichow, S.156

³ ders., S.164 m.w.V.

⁴ Karsten u. Knauer, DTW 1926, 63; Glässer, DTW 1924, 548; ders., BMTW 1952, 201; a.A. wohl Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.244

⁵ Glässer, DTW 1924, 548; Grimm, a.a.O.; Karsten u. Knauer, DTW 1926, 63; Malkmus, BTW 1911, 149ff; ders., DTW 1911, 261 ff; Schmidt u. Zwick, Beilage zu BTW 1924, 43 ff; vgl.a. Dehner, DTW 1961, 17 ff
Kossmag, Tierärztl. Rundschau 1936, 163

letzter Zeit erforscht und von dem bei Schaffung der Verordnung gemeinten Begriff "Schweineseuche" zu trennen seien.¹

Die Schweineseuche sei auch schon lange nicht mehr verbreitet oder erheblich.² Man habe nämlich früher die - erhebliche - Schweinepest mit zur Schweineseuche gerechnet. Nach der endgültigen Trennung beider spuke die Schweineseuche aber nur noch als Phantom unter den Tierärzten herum.

Verborgен sei die Schweineseuche nur bei akuten Fällen im Inkubationsstadium; chronische Fälle seien sichtbar. Da das Inkubationsstadium aber nur sehr kurz sei, könne man kaum gewissenhafte Angaben über das Auftreten der ersten klinisch sichtbaren Symptome machen.³

Wenn überhaupt, so seien nicht nur die akuten Fälle erheblich. Auch bei Tieren, die nicht verendeten, könne nämlich ihrer Lungenveränderungen wegen, die zum Siechtum führten, der Mast- und Zuchterfolg sehr beeinträchtigt werden.⁴

Die Gewährungsfrist sei sowohl bei der Schweinepest als auch bei der Schweineseuche zu lang, weil die Inkubationszeiten kürzer seien.⁵

¹ Vgl. Dobberstein, Monographie (1953); Glässer, DTW 1924 548; Grimm, a.a.O.; großer Streit besteht weiter hinsichtlich der Frage, ob auch die Ferkelgrippe mit unter den Hauptmangel Schweineseuche einschl. Schweinepest fällt: Dafür Dehner, DTW 1961, 17 ff; Mehrle, DTW 1960, S.76 m.w.V.; ders. Tierärztl. Umschau 1960, S.68; ders. DTW 1960, 499 m.w.V.; Grimm, a.a.O.; dagegen Glässer, DTW 1924, 548

² Karsten u. Knauer, DTW 1926, 63

³ Jerichow, S.165; vgl.a. Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S. 248ff

⁴ Jerichow, S.166

⁵ Malkmus, BTW 1911, 149ff; ders., DTW 1911, 261 ff; ders., Beilage zu BTW 1913, 5 ff; Dobberstein, Monographie (1952)

c) Tuberkulose:¹

Die Schweinetuberkulose, die zwar seltener als die Rindertuberkulose aber dennoch ziemlich verbreitet ist, kann ebenfalls erst nach Schlachtung des Tieres diagnostiziert werden.²

Sie ist nur bei Schlachtschweinen ein Hauptmangel und auch nur, wenn sie eine allgemeine und hochgradige Erkrankung des Tieres bewirkt. Für die Beurteilung gilt somit das gleiche wie für die Rindertuberkulose.³

d) Trichinen:

Trichinen sind nur bei Schlachtschweinen ein Mangel.

Sie werden in Deutschland sehr selten gefunden. Fröhner⁴ gab 1955 an, auf 340 000 Schweine komme ein trichinöses. Bei Importschweinen dürfte dieser Prozentsatz allerdings z.T. wesentlich höher liegen.⁵

Das Alter des - stets erheblichen⁶ - Mangels kann ziemlich genau bestimmt werden.⁶

e) Finnen:

Auch die Schweinefinne, die Jugendform des taenia solium beim Menschen, ist nur bei Schlachtschweinen ein Hauptmangel.

Nach Fröhner⁷ ist die Schweinefinne selten.

Die fleischbeschaugesetzlichen Bestimmungen schreiben vor, das Fleisch stark finniger Tiere untauglich zu

¹ Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.251f

² dieselben, S.252

³ wie soeben

⁴ Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.252; Zahlenangaben außerdem b. Böckenhoff, a.a.O.

⁵ Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.252 f

⁶ dieselben S.253

⁷ dieselben, S.254; vgl.a. Supperer, WTM 1971, 375

erklären; bei schwachfinnigen Tieren ist der ganze Tierkörper bedingt tauglich, d.h. das Fleisch muß vor dem Verkauf gekocht, gepökelt oder gedämpft werden. Der Mangel, dessen Alter sich ohne Schwierigkeiten bestimmen läßt¹, ist somit in beiden Fällen erheblich.²

II. NEUE KRANKHEITEN³

Vielleicht grundlegender noch als die neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über die in der "Kaiserlichen Verordnung" aufgeführten Krankheiten haben sich in den nunmehr fast 80 Jahren ihres Bestehens die allgemeinen Lebensbedingungen der von der Liste erfaßten Tiere sowie Art, Häufigkeit und Bedeutung ihrer Krankheiten geändert.

1. Pferde:

Beim Pferd ist es vor allem der Wandel vom einfachen Zugtier zum Freizeit- und Hochleistungssportpferd, der völlig neue, immer häufiger auftretende Krankheiten von großer wirtschaftlicher Bedeutung mit sich gebracht hat.

Aber auch die Haltung der Pferde hat sich geändert. Standen früher beim Bauern nur ein, zwei Pferde im Stall - eine Ausnahme machten allerdings auch damals schon die größeren Pferdebestände der deutschen Wehrmacht - so stehen jetzt in Ställen von Reitervereinigungen, Reit-schulen, Rennställen, Turnierställen usw. nicht selten 50 und mehr Pferde beieinander.

Ihr Bestand wechselt ständig, da die Tiere ja meist einer Vielzahl von Eigentümer gehören. Bei Importpferden ist dem Käufer oft noch nicht einmal die Herkunft des

¹ Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.254

² a.A. wohl Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.254; vgl.a. Menschig, Zschr.f.Vet.Med. 1975, 617 ff

³ Zu den anderen Krankheiten, soweit sie als Vertrags-o. Nebenmängel in Betracht kommen vgl. Dobberstein, BMTW 1940, 265ff, 537ff; ders., BMTW 1942, 277 ff; vgl.a. Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.78 ff, 186 ff, 236 ff, 259 ff, 267 ff, 273 ff; vgl.a. Schuh, a.a.O.

Tieres bekannt. Ohne daß es zuvor in einer Isolierbox gestanden hätte, wird dann das Pferd mitten in den jeweiligen Bestand hineingestellt, manchmal nach wenigen Tagen wieder weiterverkauft oder zurückgegeben. Es folgt das nächste und auch dieses kommt oft wieder aus einem Handelsstall. So haben auch Ställe von Reitschulen eine außerordentlich hohe Durchgangsfrequenz.

Hinzu kommt, daß die vielen hippologischen Veranstaltungen einen häufigen Standortwechsel der Reitpferde erfordern.

"Es ist bei dieser Sachlage beinahe selbstverständlich, daß alle auf dem Kontinent vorkommenden Viren des Pferdes sich in solchen Sammelställen einfinden."¹

Als die Tiere noch in geringer Zahl und stets am selben Platz gehalten wurden, riß eine Infektionskette regelmäßig rasch ab und erlosch. Selbst wenn sie wieder auftrat, so beschränkte sie sich doch auf ein bestimmtes Gebiet. Heute dagegen kann sich eine Seuche in kurzer Zeit über ein Land oder einen ganzen Kontinent ausbreiten und dort, wo sie auftritt, wegen der Massenbestände einen großen Schaden anrichten.

So erkrankten z.B. 1973 in Kassel mitten in der Turniersaison 34 Pferde plötzlich an sog. "infektiöser Anämie der Einhufer". Es starben 22 Pferde, darunter erfolgreiche und teure Turnierpferde.

Bei einer anderen Gelegenheit verschwanden eines Tages in einem infizierten Kasseler Reitstall, in dem 70 Pferde standen, trotz der amtlich angeordneten Sperre, vier Pferde und tauchten später wieder in Niedersachsen auf.²

¹ Feiling, Tierärztl. Umschau 1974, 528 ff m.w.V.

² Feiling, ebd., S.530; vgl.a. Hall, Equ.Vet.J. 1977, 37 ff; (o.Verf.) RR 1978, 939

Bürki¹ berichtet einen Fall von Großverseuchung an Influenza in der Schweiz im Jahre 1965:

Bei Inkubationszeiten von nur 24 bis 48 Stunden in neuverseuchten Beständen habe sich die Seuche wie eine Explosion mit einer Mortalitätsrate von 100 % ausgebreitet.

Mit der Verbesserung der Untersuchungsmethoden und ihrer breiteren Anwendung wurde auch die Pferdetuberkulose in den letzten Jahren häufiger diagnostiziert. Kertay u.a.² fanden, daß 7 - 33% der Pferde, die in tuberkuloseverseuchter Umgebung gehalten wurden, vor allem zusammen mit Rindern, auf die Tuberkulinprobe positiv reagierten. Bei der geringen Bedeutung, die das Pferd heutzutage in Deutschland als Schlachttier hat, ist die wirtschaftliche Bedeutung der Pferdetuberkulose allerdings gering.

Keine andere Krankheit des Pferdes hat in den letzten Jahren so an Bedeutung gewonnen, ist so verbreitet, richtet solche wirtschaftlichen Schäden an und gibt so oft zu Prozessen Anlaß wie die Erkrankungen, die von Überbeanspruchung und Verschleißerscheinungen herühren.³

Die totale Überforderung des Pferdes, dem zu sportlichen Zwecken immer höhere Leistungen abverlangt werden, hat dazu geführt, daß die Beinschäden von Sport- und Turnierpferden unter den Schadensursachen in der Tierversicherung mit 50% weit an der Spitze liegen.⁴

So kommen z.B. Griffelbeinfrakturen in den letzten Jahren immer häufiger vor.⁵ Der sog. Spat, der früher nur bei älteren Pferden beobachtet wurde, tritt heutzutage

¹ WTM 1969, 225 ff

² Tierärztl. Umschau 1956, 276 ff

³ vgl. Eikmeier, BMTW 1978, 162

⁴ Löhr, Colleg.Vet. 1975, 66 ff; Straeten, prakt. Tierarzt 1977, 280; zur Schadensursachenstatistik bei Pferden vor allem a.: Gutekunst, a.a.O.; vgl.a. Ende, RR 1971, 316 ff; Müller, prakt. Tierarzt 1977, 199 ff; Loudig, RR 1978, 1374

⁵ Müller, prakt. Tierarzt 1972, 477ff

schon bei sehr jungen Pferden auf¹ und ist bei Trabern inzwischen schon eine, leider unheilbare, Berufskrankheit geworden.²

In den Versicherungsstatistiken folgen an nächster Stelle die Erkrankungen der Atemwege mit etwa 20%. Auch hier scheint sich ein Wandel vollzogen zu haben:

Nicht mehr die Dämpfigkeit nimmt hier bei den Sportpferden den ersten Platz ein sondern die Erkrankungen der Luftwege, wie Kehlkopf- und Luftröhrenentzündungen sowie Bronchitis.³

An dritter Stelle liegen mit etwa 12% die Erkrankungen der Verdauungsorgane.⁴ Vor allem die tödlichen Koliken haben, so Löhr⁵, in den letzten Jahren stark zugenommen, was in vielen Fällen am mangelnden "Pferdeverstand" ihrer Besitzer und mangelnder Sorgfalt bei der Fütterung liegen dürfte.

Es folgen Herz- und Kreislaufferkrankungen mit 9 %.⁶

Mayer⁷ berichtet über 300 Ankaufsuntersuchungen bei Pferden an der Medizinischen und Gerichtlichen Veterinärklinik in Gießen.

Die Mehrzahl der Pferde sei ohne Verdacht zur Untersuchung gekommen. Obwohl aber häufig gerade dort, wo ein Verdacht bestanden habe, dieser Verdacht nicht habe bestätigt werden können, seien nur 24,7% der Tiere ohne besonderen Befund gewesen. Bei 72% seien erhebliche Mängel festgestellt worden.

¹ Müller, prakt. Tierarzt 1972, 479

² Dietz, Mill u. Richter, Mhefte Vet.Med. 1969, 579 ff

³ Pick, SG 1974, 48 ff

⁴ Straeten, prakt. Tierarzt 1977, 280; vgl.a. Sudhoff, a.a.O.

⁵ Colleg.Vet. 1975, 66; vgl.a. Staeten u. Sudhoff, passim

⁶ Straeten, passim

⁷ prakt. Tierarzt 1977, 168ff

Am häufigsten habe man folgende Mängel festgestellt:

Kehlkopf Pfeifen	35,3 %
Dämpfigkeit	2,3 %
Koppen	1,3 %
Mondblindheit	2,0 %
Erkrankungen des Atmungsapparates	16,0 %
Herzerkrankungen	10,3 %
Lahmheiten und Ataxie	5,3 %

Nach der Untersuchung Mayers hätten 43 der 194 Käufer wegen der gesetzlichen Gewährleistung und der Art der getroffenen Vereinbarungen trotz erheblicher Mängel des Pferdes keinen Anspruch gehabt.¹ Andererseits bedeutet dies, daß immerhin ca. 80% der Käufer durch das geltende Prinzip keinen Rechtsnachteil erlitten hätten.

2. Rinder und Schweine:

Bei den Rindern und Schweinen sind es die stark veränderten Aufzucht- und Vermarktungsformen, vor allem die Konzentration der Zucht- und Mastbestriebe und die Massentierhaltung², die vielerlei Probleme entstehen ließen und die den Landwirt, wie eine Umfrage 1976/77 ergab, mehr als alle anderen Probleme sozialer, technischer und betrieblicher Art bedrücken.³

Besonders stark ist die Konzentration in der Schweinehaltung.

Wurde die Struktur der Schweineproduktion in der Bundesrepublik bis in die jüngste Zeit noch von Kleinbeständen und Reinzucht bestimmt, so dominieren heute Großbestände immer mehr:⁴

¹ Das entspricht 22,2 % der Fälle

² Vgl. Willinger, WTM 1969, 137 ff

³ Burger u. Müller, Tierärztl. Umschau 1978, 288

⁴ Plonait, prakt. Tierarzt 1975, 205

1978 betrug die Durchschnittsgröße der Schweinehaltungen in der Bundesrepublik bereits 40 Tiere, während es 1960 noch 18 waren.¹

Da die rund 30 Millionen Schweine, die jährlich in der Bundesrepublik geschlachtet werden, nur von ca. 2 Millionen Sauen erzeugt werden² und die Arbeit zwischen Ferkelerzeuger und Mäster stark aufgeteilt ist, müssen die Ferkel im Direktverkehr oder über den Fernhandel oft über große Entfernungen transportiert werden. Dieser Tierverskehr ist heute die Hauptursache der Infektionsausbreitung in der Schweinezucht. Zusätzliche Gefahren liegen außerhalb des Eber- und Ferkelhandels im Zukauf infizierter Sauen, die, vor allem wegen des in der Bundesrepublik vorgeschriebenen Reinzuchtverfahrens, ihre Krankheiten in den Großbeständen an ganze Generationen von Nachkommen weitergeben können.

Auch bei Rindern brachte der nationale und internationale Verkehr viele neue Krankheitsgefahren mit sich. So wurde z.B. 1978 bei britischen Kühen, die in den letzten Jahren aus Kanada importiert worden waren, Blutkrebs entdeckt. Sämtliche in diesem Zeitraum importierten Zuchtkühe mußten deshalb, soweit sie überhaupt noch am Leben waren, untersucht werden. Die Notschlachtungen mit einbezogen ein erheblicher wirtschaftlicher Aufwand.³

Ebenfalls 1978 mußte wegen eines Ausbruchs von Brucellose das gesamte Vieh, 174 Kälber, Rinder, Kühe, Ochsen und ein Zuchtbulle, eines der größten landwirtschaftlichen Betriebe in der Nordeifel notgeschlachtet werden.⁴ Die Tiere hatten einen Wert von rund 200 000. DM.

¹ BMELF-Info Nr.27/1978 in: DT 8/78, 422; Plonait, passim, gibt sogar an, 1971 hätten 40% der Bestände 50-199 Schweine gehabt, 12% 200-399, 6,5% 400 u.mehr; im übrigen sind heute auch Bestände mit über 1000 Schweinen in der BRD keine Seltenheit mehr.

² Plonait, passim

³ Agrargewerbl. Wirtschaft, Info-Dienst Nr.13/1978

⁴ Vieh- u. FleischhandelsZ v. 16.8.1978, S.1

Eine bei Kühen weit verbreitete Krankheit ist die Mastitis, eine Entzündung des Euters, die erst um sich griff, als man moderne Melkmaschinen verwendete und die Kühe zu immer höherer Milchleistung züchtete.¹

Bei den Kälbern sind es bis zu 12% des jährlichen Bestandes, der durch verschiedenste Krankheiten, meist Infektionen, vor allem Viruskrankheiten, verendet.²

3. Schlachtvieh:

Da Rinder und Schweine vor allem der Fleischgewinnung dienen, richten viele in der "Kaiserlichen Verordnung" nicht genannte Krankheiten jährlich hohe wirtschaftliche Schäden an.

Dies gilt vor allem für Schweine.

In der Nachkriegszeit wurden die Schweine wegen der Verbrauchernachfrage nach magerem Fleisch immer mehr nach dem Prinzip eines idealen Fleisch-Fett-Verhältnisses selektiert, was zur Entwicklung äußerst streßempfindlicher Zuchttypen führte. Gleichzeitig wurde durch die Konzentration in größere Einheiten die von den Landwirten betriebene Schweinehaltung in kurzer Zeit durch eine mehr oder weniger industrielle Haltung ersetzt.

Die Tiere werden in kleinen, eintönigen Boxen mit Standardfuttermitteln gefüttert, haben nur wenig Bewegungsfreiheit und keinen Kontakt zu anderen, fremden Tieren. Nach einer ruhigen Mastzeit werden sie abrupt aus ihren Boxen getrieben, müssen, was sie nie gelernt haben, laufen und klettern, zeigen bald die Symptome einer Herzüberlastung und erreichen den Lastwagen im Zustand höchster Erregung und Erschöpfung. Auch auf dem Lastwagen können sie sich nicht erholen, da mangelnder

¹ Knezecic, WTM 1971, 121

² Bayr, BMTW 1978, 181 ff

Platz zum Liegen, ungenügende Lufzufuhr, hohe Temperaturen im Transportwagen und fremde Tiere, mit denen es bald zu Kämpfen kommt, sie daran hindern. Viele Tiere sterben deswegen schon auf dem Transport an Herzüberlastung. Bei einem Gewichtsverlust, der bei ein- bis dreistündigem Transport durchschnittlich 1,5 - 2% ausmacht¹ und sich bei längerer Transportdauer noch steigern kann, wird dann bei der Schlachtung der erschöpften und überhitzten Tiere sehr häufig Fleisch von minderer Qualität festgestellt.

So kommt es, daß Mortalität, Gewichtsverlust und verminderte Fleischqualität als Transportfolge in der Schweinehaltung zu steigenden Verlusten führen und jährlich in der Bundesrepublik ca. 225 Millionen DM Schaden verursachen, was einen verminderten Verkaufserlös von immerhin ca. 7,5% pro Tier für den Verkäufer bedeutet.²

Wenn auch die negativen Auswirkungen der Massentierhaltung erst aus neuerer Zeit stammen, so waren doch viele der Krankheiten, die in der Liste nicht berücksichtigt wurden und heute zu einem drückenden Problem des Landwirts geworden sind, bereits bei Erlaß der "Kaiserlichen Verordnung" bekannt:

Schon 1906 sollen dem deutschen Fleischergewerbe durch Beanstandungen bei der Fleischschau Verluste von rund 40 Millionen Mark jährlich entstanden sein³, weshalb man schon damals die Erweiterung der "Kaiserlichen Verordnung" auf Lungenseuche, Rinderfinne, Rotlauf, Schweineseuche, Geruchs- und Geschmacksabweichungen, Kalkkonkremente sowie eine Ausdehnung der Tuberkulosehaftpflicht forderte.

¹ Symoens, DTW 1977, 144 ff; zu neuen Krankheiten b. Schweinen a. Köhler, WTM 1971, 373

² Zahlen n. Buntkötter, zit.in: "Transportschadensfälle" a.a.O.;vgl.a. Löhr, Colleg.Vet. 1975, 69

³ "Wünsche d. Fleischer", DTW 1906, 494 ff

Es wurde auch schon damals festgestellt, daß die nicht berücksichtigte Rinderfinne eine über fünffach größere Bedeutung als die Schweinefinne besitze und zu viermal so hohen Verlusten führe. Noch größere Unterschiede gebe es bei der Wassersucht, die nur bei Schafen ein Hauptmangel sei, während die Verluste bei Rindern und Schweinen durch sie vierzigmal so groß seien. Auch Blutvergiftungen richteten außerordentliche Schäden an, vor allem deswegen, weil sie stets den ganzen Tierkörper untauglich machten. Hinzu kämen Geschwülste, Entzündungen und blutige Durchtränkungen.

Zu den Mängeln bei Schlachttieren hat vor allem Schürmann¹ Stellung genommen:

Heutzutage habe von den Hauptmängeln nur noch die Tuberkulose Bedeutung, die dem Fleischergewerbe enorme Verluste verursache. Die Kaiserliche Verordnung sei auf halbem Wege stehen geblieben, weil sie die Gewährleistung nur vorsehe, sofern die Hälfte des Schlachtgewichtes minderwertig, bedingt tauglich oder untauglich sei. Wenn nun ein Fleischer auf dem Markt eine Kuh kaufe und sich dann bei der Schlachtung herausstelle, daß Leber, Darm, Lunge, ein Hinter- und ein Vorderviertel wegen Tuberkulose beschlagnahmt werden müßten, praktisch die Hälfte des Schlachtgewichtes, so müsse der Metzger den Schaden allein tragen, da ja nicht mehr als die Hälfte des Schlachtgewichtes beanstandet worden sei.

Mit anderen Worten: der Metzger kaufe ein Schlachttier mit der Absicht, eine taugliche Ware zu erwerben und könne schließlich anstatt eines tauglichen Tieres mit den wertvollen Innereien nur die Hälfte des Tierkörpers verwenden. Das sei ein Zustand, der bei keinem anderen Handelsgeschäft eine Parallele finde. Es gehe auch nicht an, den Metzger auf die Möglichkeit einer Versicherung hinzuweisen, da es nicht einsichtig sei, weshalb ihm auch noch diese Kosten aufgebürdet werden sollten.

¹ Dtsch. SchlachthofZ 1934, 198 ff

Eine erweiterte Haftung des Züchters oder Mästers sei umso mehr gerechtfertigt, als der Tierhalter in der Regel sehr wohl wisse, ob bei dem Tier Tb-Verdacht bestehe und er es bei Anwendung der notwendigen Sorgfalt in der Hand habe, seine Tiere rechtzeitig untersuchen zu lassen.

Bei der bisherigen Bestimmung, daß erst bei Beschlagnahme von mehr als der Hälfte des Schlachtgewichtes der Ursprungsbesitzer für den Hauptmangel Tuberkulose haftbar sei, habe der Tierhalter nicht das notwendige Interesse, schon bei Beginn der Tuberkulose die erkrankten Tiere abzuschaffen. Nicht selten komme es daher vor, daß trotz Vorliegens von Tuberkulose die Kühe noch zur Milchproduktion gehalten würden, solange es nur irgendwie gehe.

Was die Schweine betreffe, so liege ein krasser Widerspruch darin, daß der Rotlauf zwar bei Nutztieren, nicht aber bei Schlachttieren ein Hauptmangel sei. Ein vernünftiges Motiv für eine derartige Regelung gebe es nicht. Wenn man sich vor Augen halte, daß eine Erkrankung des Schweines bei Rotlauf den ganzen Tierkörper zumindest bedingt tauglich, wenn nicht untauglich mache, so sei ohne weiteres einzusehen, daß die Verluste eines an Rotlauf erkrankten Schlachtschweines für den Metzger mindestens ebenso groß seien, wie die, welche dem Tierhalter durch Erkrankung oder Tod eines Rotlaufschweines entstünden.

Bei den Rindern seien es außerdem die durch Finnen¹ entstehenden Schlachtschäden. Das Fleischergewerbe erleide hier hohe finanzielle Verluste dadurch, daß das Tier wegen der fleischbeschaurechtlichen Vorschriften 21 Tage lang tiefgekühlt hängengelassen werden müsse, wodurch der Tierkörper beträchtlich an Gewicht verliere.

¹ = *cysticercus inermis*, die ungeschlechtliche Vorstufe des Menschenbandwurms (*taenia saginata*)

Verluste entstünden hier auch dadurch, daß wegen der dreiwöchigen Lagerung die Bindefähigkeit des Fleisches leide und deswegen in der Wurstfabrikation schlecht verarbeitet werden könne, daß außerdem auch trotz guter Kühlung das Fleisch schmierig werden könne.

Das Auffinden einer Finne hänge vom Zufall ab. Trotz tierärztlicher Untersuchung gelange eine große Anzahl finziger Tiere in den freien Verkehr. Wegen des Infektionskreislaufs Mensch-Rind-Mensch sei eine wirksame Bekämpfung der Rinderfinne nur dann zu erreichen, wenn der Tierhalter für ein finziges Schlacht tier volle Haftung übernehmen müsse und so der Landwirt, da er nun finanziell an der Bekämpfung der Finnen interessiert sei, für hygienische Verhältnisse auf seinem Hof Sorge trage.

Neben der Rinderfinne führen seit jeher auch die sog. "Binneneber"¹ zu großen Schäden im Schlachtviehhandel.

Das häufige Vorkommen von Binnenebern ist durch die Fleischbeschaustatistiken schon lange erwiesen.² Da das Fleisch eines Binnenebers in den meisten Fällen seines unangenehmen Geruchs wegen als minderwertig auf die Freibank verkauft werden muß oder sogar als genußuntauglich erklärt wird, steht die Erheblichkeit des Mangels außer Frage.

Es ließe sich auch eine Gewährungsfrist aufstellen, da der Mangel ja schon von Geburt des Tieres an besteht. Er ist außerdem verborgen, da der Metzger auf dem Markt bei der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit selten in der Lage sein wird, die Schweine so lange wie erforderlich zu beobachten. Es ist deswegen wenig verständlich, daß

¹ = Spitzheber (Kryptorchide) haben einen o. beide Hoden i.d. Bauchhöhle, sind deswegen kaum zu kastrieren u. bleiben meist bis zur Schlachtung unentdeckt; das Fleisch hat, ebenso wie bei Spätkastraten o. Zwittern, einen ausgeprägten Geschlechtsgeruch; Binneneber können außerdem bei Eintritt d. Geschlechtsreife die übrigen Tiere im Stall ständig beunruhigen u. so den Masterfolg stören; vgl. Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.258

² Schürmann, Dtsch. SchlachthofZ 1934, 213; vgl.a. Mehrle, Tierärztl. Umschau 1961, 258 ff

dieser Mangel, der alle Voraussetzungen eines Hauptmangels aufweist, nicht schon längst in die Liste aufgenommen worden ist. Gerade hier wäre auch eine Haftung des Verkäufers umso mehr gerechtfertigt, als ja allein der Züchter oder Mäster, der die jungen Schweine schon zur Zeit der Kastration in seinem Besitz gehabt hat, mit Sicherheit wissen kann, ob einem Schwein beide Hoden entfernt worden sind oder nicht.

Neben den soeben genannten, nicht in der Liste erfaßten, wichtigen Mängeln, die man, absonderlich genug, unter dem Sammelbegriff "Metzgerschäden" zusammenzufassen pflegt, drohen dem Metzger seit einigen Jahren neue, existenzielle Gefahren:

Zum einen aus der vermehrten Feststellung von chemischen Rückständen im Fleisch geschlachteter Tiere, die von der Verwendung von Antibiotika, Hormonen und anderen Wirkstoffen bei der Mast von Schlachttieren herrühren; zum anderen aus der gesetzlichen Begrenzung des Pestizidgehaltes im Fleisch und anderen Lebensmitteln durch die Verordnung über Höchstmengen von DDT und anderen Pestiziden.¹

Nach Löhr² kommen Rückstände im Fleisch bei Kälbern relativ häufig vor, bei Schweinen und Großvieh weniger, wobei jedoch auch bei diesen Tieren die Beanstandungen einzelner Organe bis zu 30 % ausmachten.

Ein weiteres Problem bildet die von der "Kaiserlichen Verordnung" nicht erfaßte Salmonellenerkrankung der Schlachttiere.

Wegen ihrer besonderen Gefahr für die menschliche Gesundheit (Salmonellen-Kreislauf) kam es 1972 zu einer neuen "Verordnung zum Schutz gegen die Salmonellose der Rinder".³ Die wirtschaftliche Bedeutung der Erkrankung

¹ v. 15.11.1973, BGBl. I, 1710

² Colleg.Vet. 1975, 68

³ v. 6.1.1972, BGBl. I, 7

wird daraus deutlich, daß allein die Niedersächsische Tierseuchenkasse 1975 Gesamtaufwendungen in Höhe von 750'000.-- DM für Entschädigungen und Beihilfen wegen Salmonellenerkrankungen bei Rindern zahlen mußte.¹ Da der tierische Salmonellenbefall meist in latenter Form auftritt, bilden die betroffenen Tiere als "Daueraus-scheider" eine ständige Gefahr für ihre Umgebung.² So berichten Stolle und Reuter³ von 37 Rindern und 6 Kälbern, die lebend ohne besonderen Befund waren, während bei der bakteriellen Fleischuntersuchung Erreger an 34 Tieren ermittelt werden konnten.

Neben den soeben genannten Erkrankungen können noch zahlreiche andere Mängel zu einer Beanstandung des Schlachttieres führen und damit zu seiner teilweise oder vollständigen Unbrauchbarkeit:

- Brucellose: Sie ist auf den Menschen übertragbar und kann zu Organschäden, im äußersten Fall sogar zum Tod des Tieres führen.
- Backsteinblattern und Rotlauf: Sie machen den Tierkörper in der Fleischschau bedingttauglich.
- Rinderfinne: Die Untersuchung auf Finnen ist seit dem 25.3.1961 verschärft worden. Bei Erlaß der "Kaiserlichen Verordnung" war die Schweinefinne häufiger als die Rinderfinne. Heute ist die Schweinefinne fast völlig ausgerottet, während die Rinderfinne immer häufiger vorkommt.
- Leberegel: Sie machen die Leber untauglich.
- Binneneber
- Zwitter: Diese Abweichung ist von Geburt an gegeben und häufig erkennbar. Die Ware ist nicht marktfähig sondern muß, sofern Geruchs- und Geschmacksabweichungen vorliegen, auf die Freibank.
- Wässrigkeit: Sie kann verschiedene Ursachen haben, z.B. Krankheiten, Fremdkörper oder Fütterung. Das Fleisch ist minderwertig oder untauglich.

¹ Stolle u. Reuter, prakt. Tierarzt 1978, 188

² Vgl. Stolle u. Reuter,

³ dieselben, S.189

- **Fischigkeit:** Sie ist ausschließlich durch Fütterung mit Fischen, Fischmehl, Tran oder ähnlichem bis kurz vor der Schlachtung verursacht. Das Fleisch ist meist unverwendbar, zumindest minderwertig, und darf nur über die Freibank verkauft werden. Häufig wird der Schaden zu spät erkannt. Wenn dann das Fleisch schon in die Verarbeitung gekommen ist, kann die Ware nicht mehr verkauft werden, weil das mangelhafte Tier auch das andere, mitverarbeitete Fleisch minderwertig macht.
- **Hühnerfleischigkeit:** Sie entsteht durch unsachgemäße Fütterung oder unsachgemäße Verladung und macht bei Farbabweichungen das Fleisch minderwertig.
- **Nieren- oder Darmentzündung:** Sie kann ihre Ursachen in bakterieller Infektion, Fütterung, einer Erkältung oder in einer anderen Erkrankung haben. Je nach der fleischbeschaulichen Feststellung ist das Fleisch minderwertig oder muß vernichtet werden.
- **Leukose (Leukämie):** Falls sie festgestellt wird, muß der Tierkörper untauglich erklärt werden.
- **Geruchs- und Geschmacksabweichungen durch medikamentöse Behandlung:** Das Fleisch wird als minderwertig oder untauglich erklärt. Obwohl den Tierhalter die Schuld trifft, geht der Schaden zu Lasten des Käufers.
- **Verfärbungen:** Sie rühren meist von Gelbsucht her, können aber auch von anderen Infektionen oder der Fütterung stammen. Das Fleisch ist minderwertig und untauglich. Den Schaden trägt auch hier meist der Käufer.
- **Trächtigkeit:** Soweit sie beim Kauf eines Schlachtieres festgestellt werden kann, werden sich die Parteien im Regelfall über den Abzug des Trachtgewichts vom Verkaufsgewicht einigen. In der Mehrzahl der Fälle wird aber die Trächtigkeit beim Tierverkauf nicht festgestellt, so daß auch keine Vereinbarungen über Gewichtsabzüge möglich sind und der Metzger mangels Gewährleistungsanspruchs mit dem Schaden heimgeht.
- **Weitere krankhafte Erscheinungen, die je nach Befund zu Bedingttauglichkeit oder Untauglichkeit des Tierkörpers führen können, sind:** Bauchfellentzündung, Herzbeutelentzündung, Gebärmutterentzündung, Lungenentzündung und Euterentzündung

IV. ABSCHNITT MÖGLICHKEITEN EINER REFORM

A. GESETZESENTWÜRFE BIS 1978

Die unablässige Kritik vor allem von Seiten der am Schlachtviehhandel beteiligten Kreise führte schließlich 1959 dazu, daß das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten einen Sachverständigenausschuß¹ mit Reformarbeiten beauftragte.

1964 befaßte sich auch der Unterausschuß "Tierkaufrecht" des Veterinärausschusses² mit diesem Thema. Er empfahl zunächst eine Änderung der "Kaiserlichen Verordnung" zu versuchen und das Viehwährschaftsrecht erst zu einem späteren Zeitpunkt völlig neu zu gestalten, da eine weitere Verzögerung der Reform nicht mehr vertreten werden könne.

Auch die Teilnehmer eines 1966 von der Deutschen Veterinärmedizinischen Gesellschaft in Gießen veranstalteten Symposions kamen zu der Überzeugung, daß die "Kaiserliche Verordnung" überholt sei.

All diese Ausschüsse versuchten zunächst, die "Kaiserliche Verordnung" den heutigen Bedürfnissen anzupassen. Es gelang dem Sachverständigenausschuß auch tatsächlich, konkrete Vorschläge für eine Änderung auszuarbeiten.

¹ Den sog. "Dreierausschuß"; vgl. dazu Dehner, BMTW 1966, 210 f; vgl. a. ders., Tierärztl. Umschau 1955, 1

² Vgl. Dehner, BMTW 1966, 210 f

Für die Aufnahme in die Liste schlug man vor:

Für Pferde, Esel, Maulesel und Maultiere:

Dämpfigkeit, Kehlkopfpeifen, Dummkoller, Störungen des Sehvermögens, Zahnfehler, Hufrollenentzündung, außerdem als sog. "gesetzl. Zusicherungen": Stätigkeit, Zugfestigkeit und Frömmigkeit; Gewährsfrist: einheitlich 14 Tage

Rinder:

Tuberkulose (sofern klinisch nachgewiesen oder bei positiver Reaktion von 2 intrakutanen Tuberkulinproben), Brucellose, Leukose, ungenügendes Deckvermögen, jeweils mit 6 Wochen Gewährsfrist; ungenügendes Befruchtungsvermögen mit vier Monaten Gewährsfrist, Euterfehler

Schweine:

Rotlauf mit einer Gewährsfrist von 3 Tagen, chronischer Husten (14), Brucellose, Tuberkulose, Räude mit jeweils 14 Tagen, ungenügendes Deck- oder Befruchtungsvermögen des Ebers mit Gewährsfrist wie beim Bullen, Brucellose und Tuberkulose mit Gewährsfrist wie beim Rind

Schafe:

Räude (14), Brucellose mit Gewährsfrist wie beim Rind

Ziege:

Tuberkulose und Brucellose

Alle drei Gremien kamen aber schließlich bei ihren Beratungen zu der Überzeugung, daß die auftretenden Probleme nicht durch eine Anpassung der Mängelliste zu lösen seien.

Der Unterausschuß "Tierkaufrecht" empfahl deswegen in Anlehnung an die vom Sachverständigenausschuß und den Teilnehmern des Symposions in Gießen am 14./15.1.1966 gemachten Vorschläge, die grundsätzliche Einführung des römischrechtlichen Prinzips für alle Tiere.¹ Gleichzeitig empfahl er, eine Rechtsverordnung zu erlassen, in der bestimmte Mängel aufgezählt werden sollten, die sich

¹ Vgl. Dehner, BMTW 1966, 210 f

aus verschiedenen Gründen für eine befriedigende Regelung nach den römischrechtlichen Grundsätzen nicht eigneten.

Die neue Mängelliste sollte Mängel unterscheiden, bei denen sich Mindestentstehungszeiten festlegen ließen¹ und Mängel, für die sich solche Zeiten zwar nicht festlegen ließen, die aber in ihren Krankheitssymptomen bestimmt werden könnten. Diese Verordnung sollte möglichst wenige Krankheitsbegriffe nennen, sondern in erster Linie von der Beeinträchtigung oder Aufhebung des Wertes oder der Tauglichkeit des Tieres für den gewöhnlichen oder nach dem Vertrag vorausgesetzten Zweck ausgehen und unter diesem Gesichtspunkt nur leicht verständliche Sammelbegriffe nennen², nicht mehr aber Begriffe wie Dämpfigkeit, Dummkoller usw., bei denen eine einheitliche Auffassung nicht bestehe. Gesetzliche Mängel für Schlachttiere sollten nicht mehr aufgestellt werden.

Auf der Grundlage dieser Empfehlungen verfaßte das Landwirtschaftsministerium 1967 einen "Entwurf für ein Gesetz zur Änderung des BGB über den Viehkauf"³, nach dem sich der Handel mit Tieren zwar grundsätzlich nach den §§ 459 ff regeln, für Nutztiere aber das derzeitige Hauptmängelprinzip weitergelten sollte.

Die neue Hauptmängelliste sollte durch Verordnung des Justizministeriums im Einvernehmen mit dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und ohne Zustimmung des Bundesrates erlassen werden können (§ 482 d.Entw.). Der Justizminister sollte ermächtigt werden, eine Verordnung zu erlassen, wonach der Verkäufer für bestimmte der in der neu zu erlassenden Hauptmängelliste genannten Krankheiten auch nach Ablauf der Gewährfrist nach den allgemeinen Grundsätzen weiterhaften sollte (§ 484 d.Entw.).

¹ Wie bei den Hauptmängeln der "Kaiserlichen Verordnung"

² z.B. Koppen o. Stätigkeit

³ Stand 26.4.1967 (Az. II C 42843185/65)

Die Verjährungsfrist sollte anders als nach § 477 nur 6 Wochen betragen (§ 485 Entw.).

Neu war auch eine dem § 377 HGB entsprechende Untersuchungs- und Rügepflicht des Käufers (§ 486 Entw.). Außerdem sollte anders als bisher der Käufer nicht mehr nur Wandlung sondern auch Minderung verlangen können.

Dieser Entwurf wurde den am Viehhandel beteiligten Berufsverbänden zur Stellungnahme zugesandt.

Bei einer weiteren Beratung des Unterausschusses "Tierkaufrecht" des Veterinärausschusses am 25. Juli 1967 sprachen sich dann der Deutsche Bauernverband, der Deutsche Vieh- und Fleischhandelsbund, der Deutsche Raiffeisenverband, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Tierzüchter und der Bundesverband Deutscher Versandschlächtereien gegen die Abkehr vom deutschrechtlichen Prinzip aus. Sie bezweifelten, ob es wirklich notwendig sei, das nunmehr fast 70 Jahre geltende Viehgewährschaftsrecht auf eine so radikale Weise zu ändern.

Ein Bedürfnis dazu sei aus ihrer Sicht nicht erkennbar. Es genüge vielmehr, die Kaiserliche Verordnung an die modernen, wissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen und im übrigen das bekannte und bewährte deutschrechtliche Prinzip beizubehalten.¹

Die Vertreter des Deutschen Fleischerverbandes, des Fachverbandes der Deutschen Großschlächter und Fleischgroßhändler, des Bundesverbandes der Deutschen Fleischwaren- und Feinkostindustrie sowie des Verbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels mit Vieh und Fleisch sprachen sich für den Diskussionsentwurf aus.

¹ Zitiert nach e. Niederschrift über eine Besprechung zu Fragen d. Reformierung des Tierkaufrechts am 25. Juli 1967 im Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (Az. IIC 4284388/67)

Sie begründeten dies vor allem damit, daß die allgemeinen Haftungsgrundsätze der §§ 459ff gerade auf dem Schlachtviehsektor für das schlachtende Gewerbe den notwendigen Käuferschutz gewähre.

Die anwesenden tierärztlichen Forensiker spachen sich ebenfalls für den Gesetzesentwurf aus.

Im Verlauf der Diskussion kam man dann übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß die Hauptschwierigkeiten des geltenden Währschaftsrechts bei der Gewährleistung für den Schlachtviehkauf lägen. Man vertrat die Auffassung, daß die Neugestaltung weniger problematisch wäre, wenn auf diesem Gebiet eine die gesamten Vertragsparteien befriedigende Regelung gefunden werden könne.

Nach verschiedenen Änderungen dieses Entwurfs, die zunächst ebenfalls noch von einer sechswöchigen Verjährungsfrist ausgingen und nur schriftliche Parteivereinbarung zuließen¹, kam es schließlich im April 1978 zu einem Referentenentwurf des Justizministeriums.

Dieser Entwurf² schlägt vor:

1. Eingliederung des Tierkaufrechts in das allgemeine Gewährleistungsrecht der §§ 459 ff, also Haftung für alle Fehler mit sechsmonatiger Verjährungsfrist ab Gefahrübergang und Möglichkeit der Wandlung, Minderung und ggf. des Nachlieferungsbegehrens (Art.I §§ 481,491 RefE).
2. Untersuchungs- und Rügepflicht des Käufers von Tieren auf äußerlich erkennbare Mängel ähnlich § 377 HGB (Art.I, § 485 RefE)
3. Streichung des § 23 Nr.c GVG (betr. ausschließliche Zuständigkeit der Amtsgerichte für Viehwährschaftsstreitigkeiten; Art.II RefE)
4. Aufhebung des § 382 HGB

¹ Z.B. Entwurf v. 3.5.1971 (Az. II B-1-29997/71)

² Az. 3430/9-1-11027/78

Die Begründung zum Referentenentwurf führt aus, das Hauptmängelprinzip habe zu einem fast völligen Verschwinden der Hauptmängel geführt. Andererseits hätten Nicht-hauptmängel erheblich an Bedeutung gewonnen. Bei diesen Mängeln habe sich die Verkäuferseite anders als bei den Hauptmängeln nicht immer um Abhilfe bemüht.

Den daraus resultierenden Mißständen könne auch durch eine ständige Anpassung der Verordnung an die gewandelten Umstände nicht zufriedenstellend abgeholfen werden, da besonders bei den Infektionskrankheiten ständig neue Probleme entstünden.

Es fehle nach dem heutigen Stand der Tiermedizin auch an einer wissenschaftlich gesicherten Grundlage für die Zuordnung bestimmter Gewährsfristen zu den Hauptmängeln, umso mehr als sich auch die Lebens- und Wirtschaftsverhältnisse ständig geändert hätten und heute gerade das Pferd fast nur noch als Liebhabertier gehalten werde. Es gebe aber keinen Grund, innerhalb der Gruppe "Liebhabertiere" die Gewährleistung unterschiedlich zu regeln. Ohnehin würden auch bei einem großen Teil des Viehhandels die gesetzlichen Gewährleistungsvorschriften und Auktionsbedingungen abbedungen, womit die gesetzliche Sonderregelung für den Viehkauf ihre praktische Bedeutung weitgehend verloren habe.

Als Ersatz für die bisherige Sonderregelung, soweit sie größere Rechtssicherheit beim Tierkauf bezweckt habe, solle der Tierkäufer ähnlich wie der Kaufmann beim zweiseitigen Handelskauf das gekaufte Tier unverzüglich untersuchen und äußerlich erkennbare Mängel ebenso unverzüglich dem Verkäufer mitteilen müssen. Tiere hätten als lebendige, ständig pflegebedürftige und ständiger Entwicklung unterworfenen Lebewesen gegenüber sonstigen Waren eine Sonderstellung. Da dieser Sonderstellung Rechnung getragen werden müsse, seien Sondervorschriften grundsätzlich gerechtfertigt. Voraussetzung für ein diese Sonderstellung berücksichtigendes, effektives Gewähr-

leistungsrecht sei die schnelle Abwicklung des Geschäftes. Man könne vom Käufer eines Tieres erwarten, daß er in zumutbarer Weise das Tier unverzüglich untersuche, damit es später nicht zu Beweisschwierigkeiten über das Vorliegen eines Mangels und den Zeitpunkt der Entstehung komme.

Um diese Anforderungen auf ein zumutbares Maß zu beschränken, habe der Käufer jedoch nur die Obliegenheit, das Tier auf äußerlich erkennbare Mängel, nicht aber auf innere Erkrankungen zu untersuchen.

Im übrigen gelte nunmehr uneingeschränkt § 377 HGB.

Die Aufgabe der bisherigen kurzen Verjährungsfrist zu Gunsten der allgemeinen sechsmonatigen Verjährungsfrist werde dadurch gerechtfertigt, daß die heutige Veterinärwissenschaft typische und wirtschaftlich bedeutsame Mängel eindeutig auf den Zeitpunkt der Übergabe zurückdatieren könne und daß die bisherige kürzere Frist aus tiermedizinischer Sicht ohnehin auch keine Grenze bilde, nach deren Überschreitung sich die Beweisschwierigkeiten typischerweise vergrößerten.

B. LITERATUR

I. VORSCHLÄGE ZUM MATERIELLEN RECHT

Dehner¹ lehnt das reine römische Rechtsprinzip ab, weil es nur mit Mindestfristen arbeiten könne und den Nachteil habe, daß wegen der sechsmonatigen Verjährungsfrist Fehlurteile zwangsläufig häufiger seien. Man solle daher zunächst eine gründliche Überholung der "Kaiserlichen Verordnung" versuchen.

"Die Gewährleistung im Tierhandel nach dem deutschrechtlichen Währschaftssystem ist sicherlich keine ideale Regelung. Bevor man aber von dem bisherigen System abgeht, ist unvoreingenommen zu prüfen, ob seine Beibehaltung nicht möglich ist und ob man durch ein Abgehen nicht vom Regen in die Traufe kommt."²

Auch die so häufig geforderte Kombination beider Prinzipien spreche nicht gerade für die eindeutige Überlegenheit des einen oder anderen Prinzips. Man müsse sich fragen, mit welcher sachlicher Begründung für einen Hauptmangel eine allgemeine Verbreitung gefordert werde. Dies sei nicht einsichtig. Schließlich würden im Tierhandel überwiegend Einzeltiere gekauft, und auch anderswo im Zivilrecht lege man ja keine gleichen oder ähnlichen Maßstäbe an.

Den Käufer könne man mit einer Erweiterung der Hauptmangelliste noch besser schützen. Jedenfalls bringe das deutschrechtliche Prinzip dem Tierhandel mehr Garantien für eine Rechtssicherheit als das römische Prinzip.

¹ Tierärztliche Umschau 1955, 1 ff; vgl.a. ders. BMTW 1966, 210 ff; vgl. a. Pade, RR 1977, 560

² BMTW 1966, 210ff

Die Praxis wolle gar keine Gewährleistungserweiterung. Dies könne man auch daraus ersehen, daß die Masse der Käufer auch heute schon keinen Gebrauch von entsprechenden Vereinbarungen mache.

Vor allem sei von den veterinärmedizinischen Kritikern, die die kritisierten Definitionen ja selbst "verbrochen"¹ hätten, der Zweck der Verordnung, nämlich der Käuferschutz, mißverstanden worden. Man müsse bei der Definition von der Beeinträchtigung eines Gebrauchszweckes ausgehen und nicht von Krankheitsbegriffen.

Man habe völlig übersehen, daß den Käufer jeder Sache nur deren Gebrauchsfähigkeit zu dem von ihm gewünschten Zweck interessiere und nicht die Ursache der Einschränkung dieser Gebrauchsmöglichkeit.

Welches Prinzip besser sei, lasse sich aber auch heute kaum sagen:

"Wäre die Beantwortung dieser Frage so einfach und klar, wie es nach einer Reihe von Veröffentlichungen im tierärztlichen Schrifttum den Anschein hat, so wäre nur schwer verständlich, aus welchen Gründen die Auseinandersetzung über das Für und Wider in den einzelnen Ländern, nicht nur in Deutschland, allmählich über ein halbes Jahrhundert und länger geht, und warum noch heute in diesen einzelnen Ländern nach den verschiedenen Prinzipien Recht gesprochen wird."²

¹ so ausdrücklich Dehner, BMTW 1966, 210 f

² Dehner passim

Plagge¹ meint, die Rechtssicherheit habe in den Jahren seit Bestehen der "Kaiserlichen Verordnung" das wesentliche Motiv gebildet, weshalb viele Praktiker das bisherige Rechtsprinzip bejaht hätten. Es sei unter der Herrschaft des geltenden Rechtsprinzips zwar teilweise zu Ungerechtigkeiten für den Käufer gekommen und deswegen sei auch niemand gegen eine Reform, nur müsse man damit nicht gleich die gesamte Rechtssicherheit des derzeitigen Prinzips über Bord werfen. Dies tue man aber, wenn man das römischrechtliche Prinzip mit all seinen Konsequenzen einführe.

Die Veterinärmediziner argumentierten widersprüchlich, wenn sie einerseits einwendeten, man könne die Hauptmängel nicht abschließend definieren, andererseits aber behaupteten, noch nach 5 1/2 Monaten mit Sicherheit sagen zu können, ob ein Mangel an einem ganz bestimmten Tag, bei Gefahrübergang, vorhanden gewesen sei oder nicht. Bei etlichen Krankheiten gebe es bekanntlich Inkubationszeiten, die Jahre dauerten, so daß niemand sagen könne, wann das Tier infiziert worden sei.

Es sei sehr fraglich, ob man bei der Verjährungsfrist von 6 Monaten noch nach 5 oder 6 Monaten beweisen könne, daß ein Mangel tatsächlich im entscheidenden Zeitpunkt vorhanden gewesen sei. Die langen Fristen verleiteten aber einen Käufer dazu, bis kurz vor deren Ablauf zu warten. Je länger er dann mit der Anzeige warte, umso schwieriger werde dann für ihn die Beweislast. Es bestehe also die Gefahr, daß bei einer Abkehr vom deutschrechtlichen Prinzip wahrscheinlich auf lange Zeit hinaus die Streitigkeiten vor Gericht erheblich anwachsen würden.

¹ Anlässlich eines zur Veröffentlichung bestimmten Vortrages auf der Generalversammlung des Vieh- und Fleischhandelsverbandes Baden vom 16.11.1978 in Karlsruhe

Auch die Möglichkeit der Minderung sei für den Viehhandel abzulehnen.

Bislang sei es nämlich ganz klar gewesen, daß der Käufer, der ein Tier bemängelt, es entweder zurückgeben oder zu den Bedingungen behalten müsse, zu denen er es gekauft habe. Wenn man dem Käufer in Zukunft eine Minderungsmöglichkeit einräume, so werde dies dem Verkäufer, vor allem dann, wenn das Tier über weite Strecken transportiert werde, immer erhebliche Probleme bereiten.

Der Käufer werde, wenn er glaube, einen schlechten Kauf gemacht zu haben, solange nach Mängeln suchen oder sie vortäuschen, bis es ihm gelinge, den Kaufpreis zu drücken. Der Verkäufer stehe dann vor der Wahl, dem Käufer etwas nachzulassen oder noch mehr Geld aufs Spiel zu setzen, zum Käufer zu fahren und obendrein noch einen Gutachter zu beauftragen, der beurteilen solle, ob das Tier wirklich mangelhaft sei und ob der Verkäufer das Tier anderweitig verkaufen müsse.

Minderung habe also allenfalls dann einen Sinn, wenn sie vom Einverständnis des Verkäufers abhängt.

Schließlich sei auch vor allem wegen der fleischbeschaurechtlichen Behandlung von Rückständen im Fleisch künftig, wenn man das römischrechtliche Prinzip tatsächlich einführe, mit einer Lawine von Schadensersatzansprüchen zu rechnen.

Die weitaus überwiegende Literatur nach Schaffung des BGB spricht sich jedoch für das römischrechtliche Prinzip aus.¹

¹ Baum, DTW 1911, 113ff; Dieckerhoff, Lehrbuch 1899 u. die folgenden Aufl.; ders., Zschr.f.Veterinärkunde 1903, 1 ff; Dobberstein, Monographie (1953) u. DTW 1960, 282; Fellmer, Agrarrecht, 1977, 226; Gärtner, a.a.O., S.17; Löhr, Schlacht- u. ViehhofZ 1974, 414 ff; vgl.a.ders. Schlachten u. Vermarkten 1976, 413 ff; Meyer, Mhefte Vet.Med., Sonderheft (Nov.1960), S.44 ff; Mehrle, DTW 1958, 10 ff; Neumann-Kleinpaul, BTW 1932, 365 ff; Ostler, BMTW 1967, 89 ff; a. Träger, a.a.O., S.8

Sie tut dies aber offensichtlich weniger seiner vermeintlichen Vorzüge wegen als vielmehr, um den bekannten Nachteilen des deutschrechtlichen Prinzips zu entgehen.

Die Argumentation der Befürworter des römischrechtlichen Prinzips läßt sich neben der Kritik an der derzeitigen veralteten Liste und der Behauptung, daß es unmöglich sei, eine neue Liste aufzustellen, im wesentlichen darauf reduzieren, daß auch die Besonderheiten der Ware "Tier" eine gegenüber den anderen Sachen besondere Gewährleistungsregelung nicht rechtfertige, daß es vielmehr ein Postulat der Gerechtigkeit und des Erfordernisses des Käuferschutzes sei, das römische Prinzip auch im Tierhandel gelten zu lassen, daß es keine triftigen Gründe gebe, die Minderung auszuschließen und vor allem, daß es der heutigen Tierheilkunde keine unüberwindlichen Probleme bereite, einen Mangel rechtzeitig zu erkennen und die Frage, ob er schon im entscheidenden Zeitpunkt vorhanden gewesen sei, mit Gewißheit zu beantworten.

Das gemischte Prinzip ist in der neueren Literatur nicht mehr befürwortet worden.¹

Das sog. "amerikanische Prinzip"², bei dem nach dem Grundsatz "caveat emptor" überhaupt keine gesetzliche Gewähr für Mängel geschuldet wird, fand weder bei den Beratungen vor Schaffung des BGB³ noch in neuerer Zeit einen Anhänger.

Dobberstein⁴ wendet sich gegen den gesetzlichen Ausschluß jeder Haftung mit dem Argument: Die Beweisführung werde hier noch mehr als im römischen Recht erschwert.

¹ Gegen das gemischte Prinzip speziell Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, S.20;

² Vgl. Korreferat Danckelmann, a.a.O., S.152 u. Ausführungen b. Dieckerhoff, Kgl.Landw.Koll. 1921, 263

³ Vgl. Gutachtl. Äußerungen, S.149; ähnl. nur v.Opitz, ebd., S.168; vgl.jedoch Schweizer- u. angelsächs. Recht

⁴ Monographie (1953)

Da der Käufer meistens den Abschluß eines besonderen Vertrages anstreben müsse und derartige Verträge in der Regel mündlich und ohne Mitwirkung eines Juristen zustande kämen, habe das Gericht später das Problem, den Willen der Parteien zur Zeit des Vertragsschlusses feststellen zu müssen.

II. PROZESSRECHTLICHE VORSCHLÄGE

Dobberstein¹ war es auch, der die Ansicht vertrat, man dürfe sich nicht nur um die materiellrechtlichen Unzulänglichkeiten bemühen, sondern man müsse darüberhinaus untersuchen, ob nicht ebenso das prozessuale Recht für viele Mängel bei Viehwährschaftsprozessen verantwortlich sei.

Die Existenz von Schiedsgerichten, wie sie verschiedene berufsständische Organisationen eingerichtet hätten, sei ein Beleg für die Unzulänglichkeiten des ordentlichen Verfahrens. Man müsse deshalb versuchen, Elemente des Schiedsgerichtsverfahrens, z.B. den Vorteil der Besetzung mit Fachleuten, auf die ordentliche Gerichtsbarkeit zu übertragen.

Im normalen Prozeßverlauf würden häufig zu viele Zeugen vernommen, weil das Gericht nicht wissen könne, welche Tatsachen für die Entscheidung des Streitfalles wesentlich seien. Nach Abschluß umfangreicher Zeugenvernehmungen müsse das Gericht dann regelmäßig einen Sachverständigen hinzuziehen und später werde gegen das erste Gutachten häufig noch ein Obergutachten nötig. Dies alles komme nur daher, weil die Sachverständigen viel zu spät zugezogen würden.

Man müsse deswegen dem Richter von Anfang an einen oder mehrere sachverständige Beisitzer zur Seite geben, die

¹ Monographie (1953), S.16 ff; ebenso Lubberink, S.74

berechtigt seien, in die Zeugenvernehmung einzugreifen und an die Zeugen Fragen zu stellen.¹ Von zwei Beisitzern solle einer aus den Kreisen des Viehhandels kommen, der andere müsse ein forensisch besonders ausgebildeter Tierarzt sein.

Obergutachten sollten ausschließlich von besonderen, öffentlich bestellten Obergutachterbehörden erstellt werden², die gleichzeitig höchste Gutachterinstanz seien. Diese Obergutachterbehörde müsse endgültig entscheiden, unter welchen Voraussetzungen ein Mangel erheblich oder verborgen sei und innerhalb welcher Mindestfrist er sich nicht entwickeln könne bzw. nach welchen Regeln seine Altersbestimmung allgemein zu erfolgen habe.

Die Zuweisung sämtlicher Viehgewährschaftsprozesse an diese "Viehgewährschaftskammer"³ hätte, so Dobberstein, folgende Vorteile:

Die Mitglieder des Gerichts könnten bald eine besondere Sachkenntnis erwerben. Der Jurist würde tiefer in das Gebiet der gerichtlichen Tierheilkunde eindringen, während die Beisitzer den rein juristischen Fragen mehr Verständnis entgegenbrächten, womit die Rechtsstreitigkeiten schneller und sachgemäßer entschieden werden könnten und die Kosten des Rechtsstreits vermindert würden.

Gutachten, soweit sie überhaupt noch erforderlich seien, könnten schnell und zuverlässig erstattet werden, da die sachverständigen Beisitzer die Notwendigkeit der Zuziehung eines weiteren Sachverständigen früher erkennen würden.

¹ a.A. Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 1 ff; vgl.a. Pieper, ZZP 1971, S.39

² Dobberstein, Monographie (1953), S.19; a.A. Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 32

³ Ebenso Czwaliņa, DTW 1960, 281 f

Die dauernde Anwesenheit sachverständiger Beisitzer während der gesamten Prozeßführung und eine besondere Obergutachterbehörde² könnte die dem deutschen Rechtsprinzip bisher anhaftenden Nachteile weitgehend ausgleichen.

In neuerer Zeit hat Pieper³ darauf hingewiesen, daß allgemein eine so enge Kooperation von Gerichten und Sachverständigen angestrebt werden müsse, wie sie heute schon von verschiedenen Kammern und Senaten deutscher Gerichte, die ständig mit bestimmten Sachverständigen zusammenarbeiteten und sie bereits im Stadium der Terminsvorbereitung zuzögen, praktiziert werde.

Erwägenswert sei auch, zumindest bei den größeren Gerichten oder bei den Industrie- und Handelskammern für öfter wiederkehrende Fragen beratende Gremien einzurichten.⁴

Um die immer wieder beklagten Verständigungsschwierigkeiten zwischen Gerichten und Sachverständigen auszuräumen, sei eine bessere juristische Ausbildung der Sachverständigen erforderlich. Andererseits müßten die Richter, um Sachverständige in geeigneter Weise einschalten zu können, über die allgemeine Lebenserfahrung hinaus in möglichst großem Umfang auch spezielle Kenntnisse haben; die Richter müßten sich gerade auch in außerrechtlicher Hinsicht noch viel mehr spezialisieren.⁵

In der tierärztlichen Literatur hat die Frage, ob man die Entscheidung von Viehwährschaftsprozessen nicht lieber den Schiedsgerichten statt den ordentlichen Gerichten überlasse solle, seit jeher ein auffallendes Interesse gefunden.

¹ Ähnlich Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 32

² a.A. Dehner, passim S.32

³ Pieper, passim S.34

⁴ Pieper, passim; vgl. a. Varrentrapp, DRiZ 1969, 352

⁵ Pieper, passim, S.36; jedoch gegen Sachverständige als Beisitzer (S.39); z. Spezialisierung d. Richter a. DRiZ 1974, 376 (o.Verf.)

So vertritt Altenstein¹ die Ansicht, daß das Schiedsverfahren eine Reihe von Vorzügen gegenüber dem ordentlichen Gerichtsverfahren habe:

Schiedsgerichte könnten schneller verhandeln und urteilen. Die Richter seien meist sachkundiger. Verfahrensverschleppung sei ausgeschlossen und es entstünden auch keine so hohen Verfahrenskosten. Vorsitzender des Schiedsgerichts solle aus Gründen der Zweckmäßigkeit ein Tierarzt sein, weil dieser die überwiegend veterinärmedizinischen Streitfragen unparteiisch und unbefangen überprüfen und beurteilen könne. Die erforderlichen juristischen Kenntnisse könne sich der tierärztliche Sachverständige leicht aneignen.

Daß der mißliche Rechtszustand in Viehwährschaftssachen nicht nur von materiellem sondern vor allem auch vom prozessualen Recht herrühre, meint auch Mayer.² Der veterinärmedizinische Sachverständige nehme in der überwiegenden Zahl der Rechtsstreitigkeiten eine dominierende Stellung ein. Dies bedeute eine Schwerpunktverschiebung des Prozesses vom Richter zum Sachverständigen. Man müsse deshalb die Stellung des Sachverständigen eindeutiger umschreiben, einmal um die Anzahl der Gutachten einzuschränken und zum anderen, um in dem frühesten Stadium des Rechtsstreites eine zuverlässige veterinärmedizinische Basis für das Gericht zu haben.

Es komme vor allem darauf an, im Rahmen des Viehwährschaftsprozesses ein beschleunigtes Verfahren einzuführen.³ Der Käufer, der Wandlung oder Schadensersatz begehre, müsse, wenn er seine Rechte nicht verlieren wolle, verpflichtet werden, innerhalb der Verjährungsfrist bei

¹ zit.nach Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 28 ff; Lubberink, a.a.O., S.74; a.A. Dehner, passim; Mayer, LZ 1930, 499

² LZ 1930, 503

³ ähnlich Münzel, LZ 1931, 482 f

dem Prozeßgericht die Untersuchung des mangelhaften Tieres durch einen beamteten Tierarzt zu beantragen.¹ Mit dieser Untersuchung sei dann für den anhängigen Prozeß eine feste Basis in veterinärmedizinischer Hinsicht gegeben, umso mehr, als das Tier dann noch zu Lebzeiten untersucht werden könne und so in den meisten Fällen eine spätere Untersuchung oder gar ein Obergutachten überflüssig sei. Durch die gleichzeitig bei Klagerhebung vorgenommene Untersuchung seien auch spätere, zeitraubende und umfangreiche Beweisaufnahmen überflüssig gemacht.

Eine ähnliche Ansicht vertritt Münzel², der aufgrund eigener Erfahrungen in der Berufungskammer eines landwirtschaftlichen Bezirks ebenfalls glaubt, daß das Heil des Viehwährschaftsprozesses in der prozessualen Reform liege.

Der Viehgewährschaftsprozeß gehöre zu der Sorte Streitigkeiten, die sich für eine gerichtliche Entscheidung ihrer Natur nach nicht sonderlich eignen. Dies komme daher, daß bei Vertragsschluß häufig über die gesetzliche Gewährleistung hinaus weitere Vereinbarungen geschlossen oder jedenfalls behauptet würden, was später lange und umständliche Beweisaufnahmen mit vielen Zeugen zur Folge habe. Das sei es, was den Prozeß in die Länge ziehe und teuer mache.

Hinzu komme dann die Beweisaufnahme über den Mangel oder die fehlende zugesicherte Eigenschaft des Tieres. Es gehe dabei fast stets um die Frage, ob der Mangel zur Zeit der Übergabe vorhanden gewesen sei. Anders als sonst sei aber im Viehwährschaftsprozeß Gründlichkeit keine Gewähr für die Richtigkeit, weil sich die Zuverlässigkeit der Erkenntnisquelle im Quadrat der zeitlichen Entfernung von der Gewährsfrist an mindere. All die Zeugen und Gutachten trieben die Prozeßkosten lediglich

¹ Mayer, LZ 1930, 503

² Münzel LZ 1929, 535 u. LZ 1931, 476 m. krit. Erw.v. Stölzle, LZ 1929, 997

in eine erschreckende Höhe. Hinzu komme, daß der Käufer während des Prozesses häufig die Versteigerung des Tieres betreibe. Das Tier gehe dann, nachdem es im Prozeß so schlecht wie möglich gemacht worden sei, in der Versteigerung zu einem weit unter seinem Wert liegenden Preis weg.

Die Eigenart einer Viehstreitigkeit liege deshalb in zwei Punkten: Eine sichere Feststellung der Mangelhaftigkeit werde nur durch eine sofortige, unparteiische Untersuchung garantiert, und spätere Gründlichkeit könne am Anfang Versäumtes nicht mehr nachholen. Außerdem sei ein tatsächlich vorhandener Mangel häufig nur für die vom Käufer beabsichtigte Verwendung von Nachteil. In sehr vielen Fällen werde sich dagegen bei sofortiger Regulierung eine geeignete Verwendung finden lassen, ohne daß der Preis des Tieres erheblich gemindert werde. Der Schaden erreiche dann allenfalls einen Bruchteil des Betrages, den er am Ende eines langen Rechtsstreits ausmache.

Der Schwerpunkt eines langen Viehgewährschaftsprozesses gehöre deswegen an den Anfang. Die Entscheidung müsse so nahe wie möglich an den Zeitpunkt der Entdeckung des Mangels herangerückt werden. Erste Voraussetzung hierfür sei, daß von vornherein über den Haftungsumfang kein Zweifel bestehe, weswegen, bei vertraglicher Gewährleistung, die Schriftform unbedingt nötig sei.¹

Für das prozessuale Verfahren selbst lasse sich im ordentlichen Prozeß die erforderliche Konzentration nicht erreichen, da durch die Klagerhebung die mündliche Verhandlung sowie die Art des Beweisverfahrens zu viel Zeit verginge; als daß eine angeordnete ärztliche Untersuchung noch rechtzeitig sein könne. Münzel schlägt deswegen ein Verfahren außerhalb des Zivilprozesses vor.

¹

Münzel, LZ 1929, 538; LZ 1931, 477

Außer der Schriftform fordert er, der Käufer solle verpflichtet werden, sofort, wenn sich ihm der Mangel gezeigt habe, dem Verkäufer und der Gemeinde Anzeige zu erstatten. Diese müsse sich dann von Amts wegen sofort mit dem zuständigen Kreistierarzt oder einem anderen, öffentlich vereidigten, sachverständigen Tierarzt in Verbindung setzen, um im Einvernehmen mit ihm einen möglichst nahen Untersuchungstermin zu bestimmen.

Zu diesem Termin sollten auch die Parteien persönlich zugezogen werden. Notfalls könne man dem Tierarzt, wenn man ihm die Entscheidung nicht allein anvertrauen wolle, noch zwei Schöffen begeben. Dann müsse man allerdings die Gefahr der Sachkunde und Parteilichkeit der Schöffen in Kauf nehmen.

Bei dieser Art des Verfahrens liege die Entscheidung über den Streit der Parteien zwar ganz in der Hand eines Tierarztes; dies sei im Ergebnis aber auch im ordentlichen Verfahren so. Deswegen werde sich mit dem Sachverständigen notwendig auch der Richter irren, und es bestehe keine Gewähr mehr dafür, daß spätere, noch so zahlreiche Untersuchungen zuverlässiger seien. Aus diesem Grund sei von einer Zulassung eines Instanzenzuges im Viehwährschaftsrecht nichts zu erwarten.

Vor allem von Tierärzten ist als Ergänzung zu einem neuen Viehgewährleistungsrecht immer wieder vorgeschlagen worden, man solle die Besitz- und Abstammungspapiere bei Tieren verbessern und Blutproben zur Identifizierung teurer Tiere oder eine allgemeine Kennzeichnungspflicht der Tiere durch Ohrmarken, eingebrannte Nummern usw. einführen.¹

¹ Vgl. z.B. Pade, RR 1977, 560

C. VIEHKAUFRECHT AUSSERHALB DER BRD

I. DDR

In der DDR galten bis vor wenigen Jahren noch die bundesdeutschen Viehwährschaftsbestimmungen, allerdings erweitert und modifiziert durch verschiedene Verordnungen und Anordnungen.¹

Seit Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches der DDR (ZGB) am 1. Januar 1976 gelten jedoch die Bestimmungen des BGB und die "Kaiserliche Verordnung" in der DDR nicht mehr.²

Das ZGB geht vom römischen Prinzip aus. Auch jetzt noch besteht mit gewissen Einschränkungen vertragliche Gestaltungsfreiheit (§ 46 ZGB). Das ZGB regelt jedoch nur den privatrechtlichen Kauf von Tieren, die nicht zu den landwirtschaftlichen Nutz- und Zuchttieren gehören, also von Hunden, Katzen usw. (§§ 133ff ZGB).³

Die Gewährleistung bei der Lieferung landwirtschaftlicher Nutz- und Zuchttiere⁴ ist dagegen durch die Anordnung vom 15.12.1973 geregelt (Privatkauf ausgenommen).⁵

Sowohl ZGB als auch AO 1973 i.V.m. §§ 86 ff Vertragsgesetz v. 25.2.1965 (GBL. I, 107) sehen unter bestimmten Voraussetzungen Nachbesserungs-, Ersatzlieferungs-, Minderungs- oder Rücktrittsansprüche des Käufers vor. Nach § 149 ZGB verjähren diese jedoch erst in 6 Monaten, während die je nach Mangel unterschiedlichen Verjährungsfristen der AO 1973 nach spätestens 8 Wochen ablaufen.

¹Vgl. Meyer, Mh.Vet.Med 1960, 44 ff; ders., Mh.Vet. Med. 1968, 186 ff

²Vgl. Burckardt, Mh. Vet. Med. 1976, 269 ff

³Rinder, Schweine, Schafe, Geflügel, Pferde

⁴GBL. I, 1974, S. 13

⁵Vgl. Burckardt, passim

II. FRANKREICH¹

Das französische Viehwährschaftsrecht, das dem deutschen materiellrechtlich sehr ähnelt, ist noch älter als die deutschen Bestimmungen. Es geht in seinen Grundzügen auf ein Gesetz vom 30.5.1838 zurück, das modifiziert auch heute noch in Kraft ist.

Wie in Deutschland entwickelte sich parallel zu den Zivilgesetzen eine öffentlichrechtliche Gesetzgebung zum Schutz der öffentlichen Gesundheit gegen gewisse ansteckende Tierkrankheiten.²

Diese Dualität in der Gesetzgebung³ und die daraus entspringenden Schwierigkeiten behob man schließlich durch verschiedene Gesetze⁴, die die Unterscheidung zwischen beiden Systemen etwas vereinfacht haben:

Nicht ansteckende Krankheiten beurteilen sich heute nach Gewährleistungsrecht⁵, bei ansteckenden Krankheiten ist der Vertrag dagegen nichtig.⁶

Ebenso wie im deutschen Recht ist es die Grundtendenz des französischen Rechts, die Haftung des Verkäufers dadurch einzuschränken, daß der Käufer nur für gewisse Fehler innerhalb gewisser Fristen und unter Einhaltung strenger Verfahrensvorschriften Gewährleistung verlangen kann.

¹ Vgl. Aumarchand, a.a.O., Bedarride, S.330 ff; Chessé, S.11 ff; Vergé-Ripert, S.729 ff; Hamel, S.462 ff

² loi du 21 juillet 1881 sur la police sanitaire des animaux; vgl. Bedarride, S.337 ff

³ Wie wir sie auch in Deutschland haben

⁴ Vgl. Hamel, S.464

⁵ Art. 1641 ff Code Civil

⁶ Für Tiere, die weder vom Gesetz v. 1884 noch von der Seuchengesetzgebung erfaßt werden, die somit nicht als Haustiere anerkannt werden, gibt es überhaupt keine Garantie: Hamel, S.483; für eine solche Regelung a. in Deutschland Dobberstein, Monographie (1953), S.14 f

Die heutige Liste der französischen "Hauptmängel", die bis in die neueste Zeit immer wieder einmal auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht wurde¹, nennt bei (Art. 285 Code Rural):

Pferden, Eseln und Mauleseln: Dummkoller, Lungenemphysem, Kehlkopfpeifen, Aufsetz- und Freikoppen, intermittierendes Hinken und periodische Augenentzündung.

Schweinen: Finnen

Rindern und Ziegen: Brucellose

Bei Rindern ist außerdem die Tuberkulose je nach Erscheinungsbild ein Gewährsmangel, falls sie nicht nach dem Gesetz gegen ansteckende Tierkrankheiten die Nichtigkeit des Vertrages nach sich zieht.²

Die übliche Gewähnsfrist beträgt heute 10 Tage³, nicht eingeschlossen der Tag der Ablieferung. Für die periodische Augenentzündung und die Brucellose ordnet das Gesetz eine Frist von 30 Tagen an, für die Tuberkulose, soweit sie sich nach den Bestimmungen des Art. 291 CR richtet, eine Frist von 15 Tagen (Art. 289, 291 CR). Beginn dieser Fristen, die sich in gewissen Fällen noch verlängern können (Art. 292 CR), also Gefahrübergang, ist die Ablieferung des Tieres (Art. 289 CR).

Die Rechtsfolgen sind unterschiedlich je nach dem, ob es sich um Tuberkulose⁴ oder um einen anderen Gewährsmangel handelt. Bei den sonstigen Gewährsmängeln hat der Käufer die Wahl zwischen der "action estimatoire" (Minderungsklage) und der "action redhibitoire" (Wandlungsklage).

¹ u.a. durch die Gesetze v. 25.2.1905 u. v. 7 Juli 1933; vgl. Bedarride, S.337 ff

² Dazu a. Brion, Rec.Méd.Vet. 1965, 607 ff

³ Nach einer Änderung d. Art.289 durch das décret Nr.73-498 v. 16.5.1973; Tuberkulose: 15 Tage

⁴ Hamel, S.493

Die Wahlmöglichkeit ist jedoch begrenzt. Der Verkäufer kann nämlich das Wahlrecht dadurch ausschließen, daß er anbietet, das Tier zurückzunehmen und den Kaufpreis nebst Kaufkosten zurückzuerstatten (Art. 287 CR).¹

Art. 286 stellt wegen der besonderen Schwierigkeiten im Schlachtviehhandel besondere Regeln für den Fall auf, daß das Tier als Schlachttier verkauft ist und sich nach der Schlachtung herausstellt, daß es tuberkulosebehaftet ist: Der Käufer muß die Identität des gerügten Tieres beweisen, dessen Fleisch beschlagnahmt worden ist, er muß außerdem ein vom Schlachthoftierarzt ausgestelltes Attest vorlegen, in dem das Signalement des Tieres sowie die Art und das Gewicht des beschlagnahmten Fleisches aufgeführt sind. Der Käufer hat dann ebenfalls einen Anspruch auf Kaufpreistrückzahlung, jedoch nur in Höhe des beschlagnahmten Fleisches, da er ja auch nur in dieser Höhe einen Schaden hat (Art. 210, 86 CR). Wenn das gesamte Fleisch beschlagnahmt wurde, so errechnet sich der geschuldete Betrag nach dem Kaufpreis abzüglich des Wertes der Teile, die dem Käufer verbleiben. Die Verjährungsfrist beträgt 45 Tage.²

Wesentlich anders als in Deutschland ist das prozessuale Verfahren geregelt:

Art. 290 verlangt vom Käufer, der Gewährleistungsrechte geltend macht, daß er ein Gutachten beantragt, wenn er seine Rechte nicht verlieren will. Zuständig für den Antrag ist der "juge du tribunal d'instance"³ des Ortes, wo sich das Tier befindet.⁴ Der Käufer muß allerdings den vermuteten Fehler nicht bezeichnen.⁵

¹ Hamel, S. 471

² Hamel, S. 490

³ Entspricht ungefähr dem deutschen Amtsgericht

⁴ Ausschließliche Zuständigkeit !

⁵ Hamel, S. 474 ff, 478

Ist das Tier inzwischen weiterverkauft worden, so macht dies nichts aus: der Antrag, den der erste Käufer gestellt hat, sichert auch die Rechte der nachfolgenden Käufer. Der juge d'instance erläßt eine Verfügung, in der das Datum der Antragstellung konstatiert wird, und bezeichnet einen oder drei tierärztliche Sachverständige (Art.290, 311 CR). Eine Frist hierfür sieht das Gesetz nicht vor sondern sagt lediglich, es müsse sofort sein.

Auch der Sachverständige ist nicht verpflichtet, eine Frist einzuhalten. Man ist sich aber darüber einig, daß dieses Verfahren Dringlichkeitscharakter besitzt, also auch insofern große Sorgfalt vom Sachverständigen verlangt.¹ Die Schlußfolgerungen des Sachverständigen binden den Richter jedoch nicht.²

III. ÖSTERREICH

In Österreich gilt das gemischte Prinzip.

Schon seit 1916³ kennt das österreichische Recht für eine Reihe von Krankheiten bei Pferden, Eseln, Maul- eseln, Schafen und Schweinen einheitliche Vermutungsfristen von 14 Tagen.

Vor ein paar Jahren begann man dann auch in Österreich mit der Reform des Viehwährschaftsrechts. Nach einer Umfrage bei den interessierten landwirtschaftlichen und veterinärmedizinischen Kreisen, die einen "Wunschatalog" aufstellten, wurde schließlich eine neue Verordnung erlassen, die am 1.1.1973 in Kraft trat.⁴ Sie enthält ebenfalls eine Hauptmängelliste.

¹ Hamel, S.474 ff

² Planiol u. Ripert, Nr. 369; vgl. im übrigen a. Gottwald, Tierärztl. Umschau 1965, 61

³ Vgl. VO v. 10.11.1916, RGBl.Nr.384, i.V.m. § 925 ABGB; vgl. Köhler u. Reindl, WTM 1973, S. 11

⁴ 472.VO d. Bundesjustiz.Min. v. 28. Nov. 1972 ü. die Vermutungsfristen b. Tiermängeln, die aufgrund d. § 925 ABGB, JGSNr.496-1811 i.d.F. d. § 118 d. "Kaiserl. VO ü. d. 3. Teilnovelle z. ABGB", RGBl.69-916, erlassen wurde

Zur Erleichterung der dem Käufer obliegenden Beweisführung stellt sie die Vermutung auf, daß dann, wenn ein Mangel innerhalb bestimmter Frist nach der Übergabe hervorgetreten ist, das Tier schon vor der Übergabe krank gewesen sei. Diese Vermutung ist jedoch widerleglich. Dem Veräußerer steht der Beweis des Gegenteils frei (§ 927 S.2 ABGB).

Der Käufer muß den Mangel sogleich, also ohne schuldhaftes Zögern, dem Veräußerer oder bei dessen Abwesenheit dem Gemeindevorsteher anzeigen oder das Tier durch einen Sachverständigen untersuchen lassen bzw. die gerichtliche Beweissicherung beantragen.

Anders als vom deutschen Entwurf vorgesehen verliert der Käufer bei Verletzung dieser Obliegenheit den Gewährleistungsanspruch jedoch nicht, wie dies sonst auch im österreichischen Recht gem. § 377 HGB¹ der Fall wäre; er trägt nun lediglich die volle Beweislast dafür, daß der Mangel schon bei der Übergabe vorhanden gewesen sei (§ 924 ABGB).² Dies folgt daraus, daß die Hauptmängel-liste keinen Einfluß darauf hat, welche Gewährleistungsansprüche sich aus einem Tiermangel ergeben, ob er beachtlich ist und welche Ansprüche³ der Erwerber hat.

Bei der Aufstellung der Liste ging man in Österreich davon aus, daß nur solche Mängel aufgenommen werden sollten, die

1. wirtschaftlich hinreichend wichtige Tierarten betreffen
2. häufig vorkommen oder häufig zu Meinungsverschiedenheiten führen und
3. mit den normalerweise den Sachverständigen zur Verfügung stehenden Mitteln festgestellt werden können.

¹ = österr. HGB

² Köhler u. Reindl, WTM 1973, 3 m.w.V.

³ Wandlung, Minderung u. ggf. Nachbesserung

Mängel, die nur durch eine Laboruntersuchung festgestellt werden können, schied man schon deswegen aus, weil bei ihnen an Hand der Literatur die Inkubationsfrist oder Präpatenzperiode relativ leicht ermittelt werden könne.¹

Die in der Liste genannten Fristen sollen die weit überwiegende Mehrzahl der Fälle mit einer statistischen Wahrscheinlichkeit von mehr als 80% erfassen.²

Die Gefahr unberechtigter Mängelrügen hat man in Österreich bewußt in Kauf genommen, ihr jedoch durch die Möglichkeit des Gegenbeweises Rechnung getragen.

Die Verordnung nennt folgende Mängel:³

Pferd, Esel, Maulesel:

Dämpfigkeit (14), Dummkoller (14), Aufsetzkoppen (14), Freikoppen (7), Kehlkopfpfeifen (7), innere Augenentzündung (7)

Rind:

Leukose (150), Tuberkulose (21), Finnen (21), Lungewurmseuche (21), Scheidenvorfall (14), Zungenschlagen (14)

Schaf:

durch Parasiten hervorgerufene Wassersucht (21), Räude (7)

Ziege:

Tuberkulose (21)

Schwein:

Leukose (60), Finnen (21), Muskeltrichinen (7), Sarkoptesräude (7)

Kaninchen:

Myxomatose (10), Ohrräude (7)

Huhn:

Marek'sche Krankheit (28), Leukose (21), Zitterkrankheit (10), Geflügelpocken (7), Newcastle-Krankheit (5)

¹ Köhler u. Reindl, WTM 1973, 4

² Köhler u. Reindl, passim

³ In Klammern: Gewährsfrist in Tagen

Anders als in Deutschland und auch in Österreich neu sind Hühner, Ziegen und Kaninchen in die Mängelliste aufgenommen worden. Beim Kaninchen und beim Huhn vor allem wegen ihrer zunehmend wirtschaftlichen Bedeutung, beim Kaninchen außerdem wegen seiner weiten Verbreitung unter Freizeitzüchtern, aber auch deswegen, weil in verschiedenen Ländern die Kaninchenhaltung zur Erzeugung von Fleisch in großem Stil betrieben werde. Beim Huhn ging man ebenso davon aus, daß seine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung in der Intensivhaltung eine Aufnahme in die Liste zwingend erfordere.

Zur Diskussion waren außerdem noch Enten, Gänse, Puten, Brieftauben, Hunde, Pelztiere, Bienen und Fische gestanden.¹ Man hatte sie aber deswegen nicht aufgenommen, weil entweder ihre wirtschaftliche Bedeutung zu gering schien oder weil die bei diesen Tiern normalerweise auftretenden Mängel nicht die geforderten Kriterien erfüllten.²

Rechtsfolgen: Wandlung ist nur bei irreparabilem Mangel möglich. Falls der Mangel behebbar ist oder den ordentlichen bzw. vereinbarten Gebrauch nicht beeinträchtigt kommt nur (wahlweise) Minderung oder Nachbesserung in Betracht. Eine unerhebliche Minderung bleibt ganz unberücksichtigt (§ 932 II ABGB).

Die Verjährungsfrist für Viehwährschaftsmängel beträgt nur 6 Wochen (§ 933 ABGB), gegenüber 6 Monaten bei anderen Sachen.

Ergänzende oder andere Bestimmungen finden sich, wie in Deutschland auch, in den Versteigerungsbedingungen der österreichischen Zuchtverbände.³

¹ Köhler u. Reindl, passim, S. 7

² Wegen anderer wichtiger Krankheiten b. Pferden, Rindern usw. und d. Gründe, weshalb sie nicht in die Liste aufgenommen wurde vgl. Köhler u. Reindl, passim, S. 8 ff

³ Gottwald, Tierärztl. Umschau 1965, 10

IV. SCHWEIZ¹

Die Schweiz hatte es sich bei ihren Vorarbeiten zu einem bundeseinheitlichen Schweizer Viehwährschaftsrecht wahrscheinlich noch schwerer als der deutsche Gesetzgeber gemacht.² Nachdem bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts nahezu jeder Schweizer Kanton seine Erfahrungen mit unterschiedlichen Viehwährschaftsregelungen hatte machen können, kam es zunächst zu einem Konkordat der Schweizer Kantone, in dem ebenfalls noch, wie in Deutschland, gegen den Willen der Tierärzte einige Hauptmängel aufgestellt wurden. Dieses Konkordat löste sich aber bald wieder auf.³

Schon damals, lange vor Schaffung des BGB, glaubte man nämlich in der Schweiz, daß die Fehler, an denen das Konkordat krankte, größtenteils auf veraltete wissenschaftliche Anschauungen zurückzuführen seien und daß die damaligen, dem heutigen deutschen Viehwährschaftsrecht ähnlichen Bestimmungen auf die Viehwährschaftsstreitigkeiten einen unheilvollen Einfluß ausübten.⁴

Bei den Vorarbeiten zu einem bundeseinheitlichen Gesetz kam man schließlich zu der Überzeugung, daß die Währschaftsbestimmungen über den Handel mit Vieh zu Nutz- und Zuchtzwecken auf keinen Fall mit Bestimmungen

¹ Vgl. Gsell, a.a.O.; Gygi, a.a.O.; Hirzel, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde 1899, 105 ff; Moser, a.a.O.; Riedi, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde 1960, 566; Träger, a.a.O.; Ueltschi, a.a.O.; Weber, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde Bd.98, 499 ff

² Vgl. Huber, a.a.O. S.853 ff, der nachweist, daß keine andere Frage des Obligationenrechts so ausführlich bearbeitet worden ist, wie das Viehwährschaftsrecht. Die Schweiz konnte offensichtlich auch auf detailliertere Statistiken zurückgreifen, als sie in Deutschland vorlagenn; sehr ausführlich a. Gsell, a.a.O. S. 83 m.w.V.; vgl.a. Woker, a.a.O.

³ Ein Abdruck des gesamten Aktenmaterials der Verhandlungen im Verein Bernerischer Tierärzte betr. den Rücktritt Berns findet sich im Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde u. Tierzucht, 1879, S.123 ff u. 181 ff

⁴ Woker, S.62

über den Schlachtviehhandel zusammengeschachtelt werden dürften.¹

Nach jahrelangen Diskussionen und einer Volksabstimmung² einigte man sich schließlich auf folgende, noch heute geltende Regelung:

Abweichend vom allgemeinen Sachgewährleistungsrecht, das im wesentlichen dem deutschen entspricht³, wird die Gewährleistung beim Handel mit Pferden, Rindern, Schafen, Ziegen und Schweinen zu Gunsten des Verkäufers, der nur unter engen Voraussetzungen haftet, ganz wesentlich eingeschränkt.

Der Viehverkäufer haftet für zugesicherte Eigenschaften oder Mängel des Tieres nur dann, wenn er dem Käufer die Pflicht zur Gewährleistung schriftlich zugesichert oder ihn absichtlich getäuscht hat (Art. 198 OR i.V.m. Art.1 GewährleistungsVO⁴).

Wechselt das Tier mehrmals den Besitzer, so muß sich jeder neue Tiererwerber von seinem Vormann ein neues, schriftliches Gewährleistungsversprechen geben lassen.

Diese Schriftlichkeit des Währschaftsversprechens scheint den Schweizer Käufern und Verkäufern keine Schwierigkeiten zu bereiten, was teilweise auch damit zusammenhängt, daß z.B. die Metzgerlehrlinge einen dreitägigen Kurs über Viehhandelsrecht besuchen müssen.

Inhalt des schriftlichen Währschaftsversprechens kann entweder die Vereinbarung gewisser, bei Vertragsschluß als vorhanden angenommener Eigenschaften des Tieres (sog. "vorausgesetzte Eigenschaften") oder aber eine ausdrücklich vereinbarte Eigenschaft (sog. "zugesicherte Eigenschaft") sein, wobei man je nachdem von "allgemeiner"

¹ Nachweise b. Woker, S.92; vgl.a. Strebel, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde 1882, 194

² Vgl. Woker, S.114

³ Vgl. Art. 197 ff OR

⁴ VO betr. das Verfahren bei der Gewährleistung im Viehhandel v. 14.November 1911

oder "spezieller Währschaft" spricht. Werden dabei die auch im Schweizerischen Viehhandel üblichen Formeln, wie

"ich garantiere für jedes und alles", "ich leiste volle Garantie", "ich verkaufe das Tier für fehlerfrei", "ich garantiere für gesund und recht"

verwendet, so schuldet der Verkäufer "allgemeine Garantie" im Sinne allgemeiner Gewährleistung.

Die spezielle Währschaft bezieht sich auf die Währschaft für Trächtigkeit¹ und die Währschaft für andere bestimmte Eigenschaften.²

Der Verkäufer muß den Mangel, sobald er ihn entdeckt hat, unverzüglich anzeigen und eine amtliche Untersuchung beantragen.

Die Gewährleistungsfrist beträgt bei der Gewährleistung für Trächtigkeit längstens 1 Jahr. In allen übrigen Fällen haftet der Verkäufer, sofern vertraglich nichts besonderes ausbedungen wurde, nur für solche Mängel, die binnen einer Frist von 9 Tagen von der Übergabe des Tieres an gerechnet entdeckt und angezeigt worden sind und auch nur dann, wenn innerhalb der gleichen Frist die amtliche Untersuchung des Tieres verlangt worden ist (Art. 202 I OR i.V.m. 3 I GewährleistungsVO).

Die Verjährungsfrist beträgt 1 Jahr.³

Ist die Mängelrüge und der Antrag auf amtliche Untersuchung des beanstandeten Tieres rechtzeitig erfolgt und wird der behauptete Mangel bestätigt, so kann der Käufer entweder Wandlung oder Minderung verlangen (Art. 205 OR). Dem ordentlichen Verfahren geht jedoch zunächst ein besonderes Vorverfahren vorgeschaltet (Art. 5 - 14 GewährleistungsVO), das die Feststellung der

¹ Vgl. Heusser, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde 1932, 227 ff; Riedi, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde 1960, 566 ff

² Z.B. Währschaft für Sprung- u. Zuchtfähigkeit, Bankwürdigkeit usw.; dazu Riedi, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde 1966, 566 ff

³ Was jedoch bei den kurzen Fristen des obligatorischen Vorverfahrens von sehr untergeordneter Bedeutung ist

Mängel, die Haftung des Verkäufers und die Feststellung des etwaigen Minderwertes des Tieres zum Gegenstand hat. Man ist sich in der Schweiz allgemein darüber einig, daß durch dieses einfache und meist billige Verfahren den Parteien unnütze und kostspielige Prozesse erspart werden.¹

Der Antrag auf Untersuchung muß innerhalb der Garantieterminfrist entweder mündlich zur Niederschrift bei der Geschäftsstelle des Gerichts oder schriftlich gestellt werden. Sofort nach Eingang des Antrags ordnet das Gericht die Untersuchung des Tieres durch einen oder mehrere Sachverständige an. Als Sachverständiger ist dabei ausgeschlossen, wer das Tier unmittelbar vor oder nach Abschluß des Kaufvertrages tierärztlich behandelt hat (Art. 9 GewährleistungsVO). Im übrigen können die Parteien jederzeit Einspruch gegen die Beauftragung des Sachverständigen erheben, falls ihnen Ausschlußgründe bekannt sind.

Der Sachverständige muß das Tier innerhalb von 48 Stunden nach seiner Beauftragung untersuchen. Glaubt er, sich nur durch eine Sektion des Tieres ein Urteil bilden zu können, so braucht er eine besondere Erlaubnis der das Vorverfahren leitenden Behörde, die ihrerseits immer die Parteien anhören muß (Art. 12 I GewährleistungsVO). Nach Beendigung der Untersuchung sind die Sachverständigen verpflichtet, ein eingehendes Gutachten über die Krankheit, den Minderwert und einen etwaigen anderen Schaden zu erstatten (Art. 13 I GewährleistungsVO). Mit Zustellung des Gutachtens durch die Behörde an die Parteien ist das Vorverfahren abgeschlossen. Die Kosten des Vorverfahrens trägt vorläufig bis zum Abschluß des sich nun - bei entsprechendem Antrag - anschließenden Hauptverfahrens der Antragssteller. In der Regel einigen sich

¹ Nach Ringwald, a.a.O.; z. Verfahren a. Gygi, S.37 ff

die Parteien aufgrund des im Vorverfahren erstatteten Gutachtens des Sachverständigen über die Gewährleistungsfolgen aber schon jetzt.¹ Nur wenn dies nicht möglich ist, schließt sich das Hauptverfahren an, in dem nun im ordentlichen Prozeß über die Gewährleistungsansprüche des Käufers - Wandlung oder Minderung - entschieden wird.

Die Durchführung dieses Verfahrens richtet sich nach den allgemeinen, kantonalen Vorschriften über den Zivilprozeß.²

¹ Nach Ringwald, a.a.O.

² Ringwald, a.a.O.; zu Schweizer Schiedsgerichten Gottwald, Tierärztl. Umschau 1965, 11; dort auch (S.11 u. 57 ff) zu Gewährleistungsbestimmungen weiterer Länder

V. ABSCHNITT

EIGENE STELLUNGNAHME

Aus dem Vorstehenden wird deutlich, daß es eine Reihe immer wiederkehrender Argumente sind, die für oder gegen die einzelnen Rechtsprinzipien angeführt werden. Es soll deshalb auf den folgenden Seiten versucht werden, zu prüfen, ob diese Argumente in sich schlüssig und darüber hinaus, ob sie geeignet sind, die Forderung nach einem bestimmten Prinzip zu begründen.

Danach folgt eine zusammenfassende, kurze Kritik der einzelnen Reformvorschläge und abschließend werden eigene Gedanken über eine geeignete Reform skizziert.

Da die augenblicklich vorherrschende Meinung die Notwendigkeit eines besonderen Tierkaufrechts zu verneinen scheint, soll zunächst dieser Frage nachgegangen werden:

A. NOTWENDIGKEIT EINES BESONDEREN TIERKAUFRECHTS ?

I. Tier als Sache

Daß die besondere Natur des Tieres eine gegenüber den unbelebten Sachen andere Regelung des Gewährleistungsrechts fordert, war seit jeher nicht nur deutsches,¹ sondern, wie die ausländischen Spezialgesetzgebungen zeigen, europäisches Gedankengut.

Diese Auffassung vom Tier als einer Sache besonderer Art hat jedoch keine typisch veterinärmedizinischen Gründe, so daß sich, wenn überhaupt, eine gewandelte Einstellung gegenüber dem Tier jedenfalls nicht mit gewandelten, veterinärwissenschaftlichen Überlegungen rechtfertigen läßt.

¹ Vgl. Zusammenstellungen gutachtl. Äußerungen S.149 ff; Ausführungen b. v.Kübel, S.1 ff; Prot. S.688; Dobberstein (Monographie 1953)

Es verwundert, daß die bisherige Unterscheidung zwischen Tieren und unbelebten Sachen im jetzigen Referentenentwurf nahezu völlig aufgegeben wird, während man im öffentlichen Recht der besonderen Natur des Tieres in einer Vielzahl von Gesetzen, in jüngster Zeit z.B. in dem völlig neu gestalteten Tierschutzrecht, Rechnung getragen hat. Der Entwurf weicht auch von früheren Entwürfen ab, die ausnahmslos und wie selbstverständlich davon ausgingen, daß der besonderen Natur des Tieres durch Spezialregelungen "selbstverständlich"¹ Rechnung getragen werden müsse.

Noch 1967 führten die Erläuterungen zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des BGB über den Viehkauf² aus:

"Der wesentliche Unterschied liegt darin, daß bei lebenden Organismen aus der Natur der Sache die Altersbestimmung eines Mangels, einer Krankheit ungleich schwieriger ist als beim Kauf einer Sache. Selbst Sachverständige sind in diesen Fällen häufig überfordert. Dieser Umstand hat seinerzeit auch den Gesetzgeber zu der geltenden Sonderregelung veranlaßt. Jeder Versuch einer Neugestaltung des Tierkaufrechts wird auch weiterhin diesen Tatsachen Rechnung tragen müssen."

Die Tierärzte haben das deutschrechtliche Prinzip zwar stets abgelehnt, sie haben aber gleichzeitig stets betont, auch zivilrechtliche Regelungen müßten die Besonderheiten des Tieres als Lebewesen berücksichtigen.

So klagt Hoffmann³, während man nun das Tierschutzgesetz nach ebenfalls langem Warten endlich reformiert habe, sei bis heute "die eines Kulturstaaates unwürdige ... Einschätzung des Haustieres als - leblose - Sache!" geblieben.

¹ Zitiert nach e. Niederschrift ü. eine Besprechung zu Fragen d. Reformierung d. Tierkaufrechts am 25. Juli 1967 i. Bundesministerium f. Ernährung, Landwirtschaft u. Forsten (Az. II C-4282388/67),

² Niederschrift, Anlage 3, S.3

³ Prakt. Tierarzt 1961, 85

Andere Tierärzte haben bis in die neueste Zeit hinein ebenfalls immer wieder gefordert, man solle dem Tier einen eigenen, zwischen Mensch und Sache angesiedelten Rechtsstatus einräumen. 1977 verabschiedete sogar der Deutsche Tierärztag eine EntschlieÙung, in der es hieß: "Das Tier ist ein Lebewesen, keine Sache."¹

Wenn also tatsächlich aus Praktikabilitätserwägungen das künftige Tierkaufrecht in das allgemeine Gewährleistungsrecht der §§ 459ff eingegliedert werden sollte, so wird man hoffentlich berücksichtigen, daß sich das Tier, auch vom Standpunkt der Gewährleistung und des mit ihr beabsichtigten Schutzes der vertragschließenden Parteien, von einer Sache wesentlich unterscheidet und daß diese Unterschiede nicht vernachlässigt werden dürfen.²

II. Notwendigkeit einer Sonderregelung des Viehhandels

Nicht nur wegen der besonderen Natur des Tieres, auch wegen der am Viehhandel - nicht Tierhandel - beteiligten Kreise, gibt es gute Gründe, ein besonderes Viehkaufrecht beizubehalten:

Viehzucht und Viehhandel nehmen in der Landwirtschaft, für die ja auch sonst aus guten Gründen Sondergesetze erlassen worden sind, seit jeher eine Sonderstellung ein.

Im Unterschied zum sonstigen Tierkauf ist der Viehhandel, teilweise auch der Pferdehandel, ein Handel unter sachverständigen Professionellen: Metzgern, Züchtern, Landwirten usw.

¹ Cramer, Tierärztl. Umschau 1978, 377; vgl. a. Eberle, Tierärztl. Umschau 1974, 33 ff; Ennulat, Du u.d. Tier 1977, 100 ff; Kotter, Bayer. Ärzteblatt 1966, 55; Löhr, Schlacht u. ViehhofZ 1974, 414; v.Wrangell, RR 1978, 165

² Sehr ausführlich Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 1 ff; vgl.a.ders., BMTW 1966, 210 ff; Münzel, LZ 1929, 535 ff u. LZ 1931, 476 ff; Neumann-Kleinpaul, BTW 1932, 368; ebenfalls Ostler, JZ 1956, 471 f, der grundsätzlich zustimmt, wenn a. mit teilweise anderer Begründung, S.87

Auch die Freizeitreiter wissen in der Regel, wenn schon nicht um die Gesetze im einzelnen, so doch zumindest um die Gefahren des Pferdekaufs allgemein.

Von all diesen Kreisen kann man also weit eher als vom Durchschnittskäufer oder -Verkäufer anderer Sachen erwarten, daß sie sich mit den ihren Berufsstand oder ihr Hobby betreffenden Gesetzen vertraut machen.¹

B. UNGERECHTIGKEIT DES GERMANISCHEN PRINZIPS ?

In der viehwährschaftsrechtlichen Literatur wird häufig behauptet, das deutschrechtliche Prinzip sei mit der Rechtssicherheit unvereinbar. Es sei schuld daran, daß der Viehhandel in der Bevölkerung so berüchtigt sei.²

Man darf aber daran zweifeln, ob es die Schuld irgend eines Rechtssystems sein kann, wenn sich die am Vieh- und Pferdehandel Beteiligten durch eine sprichwörtliche Schlitzohrigkeit auszeichnen.

Der Viehhandel ist nämlich seit jeher auch in anderen Ländern und unter der Geltung anderer Rechtssysteme ebenso berüchtigt gewesen wie in Deutschland: Schon die Gesetze des Hammurabi verlangten, daß jeder Ankauf von Haustieren schriftlich abgefaßt sein müsse.³

Vor allem der Handel mit Pferden, von dem der Volksmund sagt, daß der schlechte Ruf zu ihm gehöre wie der Ruß zum Schornsteinfeger, stand noch in keinem Land in gutem Licht:

¹ Z.B. wird bei den Landwirten ja auch sonst die Kenntnis komplizierter Vorschriften ü. die Verwendung v. Pestiziden, die Kenntnis d. Weingesetzes usw. erwartet. Nachahmenswert ist das Beispiel der Schweiz, wo die Metzger einen Kurs im Viehhandelsrecht besuchen müssen.

² Dieser Vorwurf durchzieht die gesamte tiermedizinische Literatur ! Statt vieler: Neumann-Kleinpaul ("Rechtsverweigerungsvorschriften"), BTW 1932, 367

³ Nach Albrecht, BTW 1903, 824

"Der Pferdehandel ist einer der reichlichsten Quellen von Streitigkeiten, die für den Käufer wie für den Verkäufer höchst unangenehm sind."¹

"Ich behaupte nicht, daß der Pferdehandel nur von Betrug und Gaunerei lebt, aber sicherlich ist bei ihm die Lüge am verbreitetsten, und das Versprechen, sogar das Ehrenwort, wird hier mit solcher Leichtigkeit gegeben,² daß man unmöglich noch darauf vertrauen kann."

Weniger ein bestimmtes Rechtsprinzip und die angeblich dadurch verursachten schlechten Sitten scheinen also den Viehhandel in Verruf gebracht zu haben als vielmehr die schon immer teure und leicht verderbliche Ware "Vieh" selbst.

Man kann vom deutschen Prinzip ebensowenig wie von einem anderen Prinzip sagen, es sei schlechthin ungerrecht. Wenn also vor allem in der nicht-juristischen Literatur immer wieder herausgestrichen wird, man müsse sich für das römische Prinzip entscheiden, weil dies ein Postulat der Gerechtigkeit sei³, so wird verkannt, daß es die schlechthin objektive, allgemein gültige, absolute Gerechtigkeit nur insofern gibt, als schlechthin objektive, allgemein gültige, absolute Normen angenommen werden dürfen.

Was die jeweils eigene Überzeugung des Autors von der Gerechtigkeit betrifft, so ist jedenfalls die große Mehrzahl aller angeblich gerechter Entscheidungen nur subjektiv bedingt: So kategorisch hüben und drüben auch die Urteile klingen, so sehr auch die Urteilenden überzeugt sein mögen, daß nur ihre Auffassung die einzig ware sei, so hindert dies eben nicht, daß auch die vom redlichsten

¹ Aus dem Buch "Das Pferd", hrsg. v.d. Londoner Gesellschaft zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse, Kapitel "Währschaft", 1838, zit. nach Eikmeier, BMTW 1978, 162

² Stiegelmann, a.a.O.

³ Korreferat Danckelmann, a.a.O., S.153, 155; Korreferat Dieckerhoff, a.a.O., S.138; Jerichow, a.a.O. m. zahlr. Verw.; v. Kübel, a.a.O.; Ostler, a.a.O. Neumann-Klein-paul ("Rechtsverweigerungsvorschriften"); oder: Gerechtigkeit habe vor Rechtssicherheit unbedingten Vorrang; so aber Niederschrift ü.e. Besprechung zu Fragen d. Reformierung d. Tierkaufrechts v. 1.8.1967, S.4 (Az. II C 4-2843-88/67)

Willen beseelten Autoren bei der konkreten Frage, welches Prinzip nun das gerechtere sei, zu keiner Einigung finden können.¹

Selbst völlig abwegige Forderungen sind im Laufe der langjährigen Diskussionen um die Novellierung des Viehwährschaftsrechts im Namen der Gerechtigkeit gestellt worden, wenn irrtümlich oder recht willkürlich angenommen Grundsätzen eine bindende Kraft zugesprochen wurde oder rein persönliche Wünsche für allgemein verpflichtende Normen gehalten wurden.

Es ist aber ebenso einfach zu behaupten, daß ein zureichender Grund - sei es für die Bevorzugung der Käuferseite, sei es für die Bevorzugung der Verkäuferseite - vorhanden sei, wie es offensichtlich schwer ist, konkret zu sagen, was hierbei als zureichender Grund zu gelten habe.

Deshalb wird den Kritikern des deutschrechtlichen Prinzips auch kaum der Nachweis gelingen können, daß das favorisierte römische Prinzip das gerechtere sei.

Außerdem: Zu anderen Zeiten dachte man auch in Deutschland anders.

An der langen Geschichte des deutschen Viehkaufrechts wird deutlich, daß das gerechte Verhalten, die gerechte Norm von recht verwickelter Art ist, daß nämlich logische und sachliche Zweckmäßigkeitserwägungen mit Gefühlsappellen Hand in Hand gehen.

Bei Schaffung des BGB schien dem "consensus bonorum" das deutschrechtliche Prinzip das gerechtere zu sein. Heutzutage neigt der Zeitgeist mehr dem römischrechtlichen Prinzip zu. Stets handelt es sich dabei aber im günstigsten Fall nur um eine mehr oder weniger verbreitete Ansicht im Volk, die auch nur in einem bestimmten Kulturkreis und innerhalb einer bestimmten Zeitepoche Geltung

¹ Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 1 ff, weist ebenfalls darauf hin, daß schon alles mögliche vorgeschlagen worden ist !

beanspruchen kann. Die von den verschiedenen Autoren als Maßstab für die Gerechtigkeit instinktiv zugrunde gelegten Normen erweisen sich so als Ausdruck ihrer Lebensanschauung, ihrer Kulturideale, ihrer ethischen, religiösen oder politischen Überzeugungen und nicht zuletzt als Ausdruck der in einem Berufsstand vorherrschenden Gruppenmeinung.

Weshalb sollen Gewährsfristen an sich ungerecht sein, Verjährungsfristen dagegen gerecht ? Ab wann beginnt die "gerechte" Verjährungsfrist ungerecht zu werden ? Mit fünf Monaten, zwei Monaten, sechs Wochen ?

Wie man auch die Grenzen zieht, gelegentliche Unbilligkeiten lassen sich nie ausschließen.

Ähnlich steht es mit dem Vorwurf, die Hauptmängelliste stehe schon an sich der Rechtssicherheit und Gerechtigkeit im Wege, nicht nur, weil sie nicht auf dem neuesten Stand sei, sondern weil es sie gar nicht geben dürfe. Auch hier wird übersehen, daß der Gesetzgeber, anders als der Naturwissenschaftler, in vielen Fällen auf Schemata angewiesen ist:

Wenn er das Volljährigkeitsalter auf das 18. Lebensjahr setzt, so wird es niemandem einfallen, ihn deswegen zu schelten, weil es vom medizinischen Standpunkt aus unwissenschaftlich sei, zu behaupten, daß der Mensch genau mit 18 Jahren reif sei.

Trotzdem, auf welches Alter man sich bei der Bestimmung der Volljährigkeit auch festlegt, immer wird an einer Stelle Willkür und Ungerechtigkeit in Erscheinung treten. Auf sämtlichen Rechtsgebieten muß sich der Gesetzgeber manchmal damit begnügen, nur für die Mehrzahl der Fälle leidlich angemessene Entscheidungen zu treffen, mit Normen als bewußtem Notbehelf.

Derlei "typisierte" Ungerechtigkeiten finden sich im Gesetz an vielen Stellen: Bei der Regelung der Geschäftsfähigkeit, der Volljährigkeit, der Berechnung der Konzeption, im Strafrecht ebenso wie im öffentlichen Recht.

C. RECHTSSICHERHEIT UND PROZESSVERMINDERUNG

Wenig Fundament hat auch die Behauptung, das jeweils kritisierte Prinzip hindere die Rechtssicherheit, wegen das favorisierte Prinzip sie fördere und der Prozeßverminderung diene.¹

Wenn es auch eine verbreitete Meinung ist, daß sich die Zahl der Viehwährschaftsprozesse nach Schaffung des BGB tatsächlich verminderte² - Statistiken gibt es weder für die Zeit vor noch nach 1900 -, so wird doch auch dies wieder dadurch relativiert, daß andere Autoren den Grund dafür nicht in der heilsamen Wirkung des deutschrechtlichen Prinzips sondern in den beiden Weltkriegen und in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen sehen. Man wird also auch insofern kaum mit konkreten Fakten belegen können, welches Prinzip die Rechtssicherheit und Prozeßverminderung tatsächlich mehr fördert.

D. KÄUFER- ODER VERKÄUFERSCHUTZ ?

Während heute häufiger die Ansicht vertreten wird, vorrangig müsse der Käufer geschützt werden - ohne daß dabei allerdings gesagt wird, wer denn im einzelnen der Käufer sei - wurde früher verlangt, der Landwirt, der als Produzent meist Verkäufer sei, müsse geschützt werden.³

Beide Ansichten sind in dieser Allgemeinheit sicherlich falsch. Es gibt im Viehhandel keine auch nur annähernd homogene Käufer- oder Verkäufergruppe, und es hat sie noch nie gegeben.

Bevor beantwortet werden kann, wer wie und auf welche Weise durch ein neues Tierkaufrecht geschützt werden

¹ Malkmus, BTW 1911, 149 ff (Beilage); ders. DTW 1911, 261 ff; ders., BTW 1913, 5 ff (Beilage); Pade, RR 1977, 560; v.Kübel, S.1; Jerichow, a.a.O., m.w.V.

² Z.B. Dobberstein, Monographie (1953); Neumann-Klein-paul, BTW 1932, 367

³ v.Arnim Criewen, a.a.O., S.142

sollte, muß deshalb zunächst geklärt werden, wer beim Viehkauf als Käufer und wer als Verkäufer auftritt, wer welche Einflußmöglichkeiten auf die Vertragsgestaltung hat und sodann, von welchen psychologischen Besonderheiten, wie Sach- und Rechtskenntnissen, Mentalität der Beteiligten usw., der Viehhandel geprägt wird.

I. Käufer und Verkäufer im Viehhandel

Die Situation des Pferdehandels unterscheidet sich wesentlich von der des Viehhandels.

Zum Viehhandel führte schon Dobberstein¹ aus, daß in Hessen der Bauer in der Regel der Käufer, der Händler der Verkäufer sei, während in Ostfriesland, auf den dortigen großen Grünlandwirtschaften, der Bauer meist Verkäufer, der Händler Käufer sei.

Jedenfalls treten auch heute alle am Nutz- und Zucht-tierumschlag Beteiligten einmal als Käufer, das andere Mal als Verkäufer auf;² dies gilt auch für die Landwirte. Zwar kommt es auch heute noch vor, daß der Bauer ein Jungtier selbst züchtet, mästet und dann direkt, ohne Einschaltung des Großhandels, an einen Metzger weiterverkauft. Das ist jedoch selten geworden.

Gerade bei Kälbern verzichtet der Züchter meist darauf, die Jungtiere selbst groß zu ziehen. Er gibt sie lieber zu einem Mäster. Der Mäster verkauft sie vielleicht an einen regionalen Viehhändler. Dieser verkauft die Tiere an den Großhändler, und erst der Großhändler verkauft sie dann an den Endabnehmer: Metzger, Lebensmittelkette, fleischverarbeitende Industrie usw.

Oft tritt vorher noch als weitere Stufe ein Versand-schlachter dazwischen.

¹ Mhefte f. Tierheilkunde 1957, 212

² Vgl.a. Löhr, Schlacht- u. ViehhofZ 1974, 415; ders., Schlachten u. Vermarkten 1976, 413

Stellt sich nun z.B. auf der Großhandelsstufe heraus, daß ein oder mehrere Tiere krank sind, so wird allenfalls noch der Großhändler seinen unmittelbaren Verkäufer, z.B. den Mäster, in die Haftung nehmen können. Liegt aber der Ursprung des Fehlers schon in einer Zeit, als die Tiere noch beim Züchter standen, so wird es für einen Regreß des Mästers auf den Züchter meist zu spät sein. Meist wird sich auch die Identität des einzelnen Tieres und seine Herkunft nicht mehr feststellen lassen.¹

Vor allem Zuchtvieh wird in Deutschland zum größten Teil auf Märkten verkauft.² Ausschließliche Träger der Zuchtvielmärkte sind die Zuchtviehverbände. Es werden nur Tiere aus staatlich anerkannten, tuberkulose- und brucellosefreien Beständen zugelassen, wobei die geforderten Mindestleistungen und auch die Garantiebestimmungen unterschiedlich sind.

Beachtenswert, gerade wegen der bevorstehenden Reform des Viehkaufrechts, ist, daß alle Züchtervereinigungen ihre Garantien grundsätzlich an Gewährsfristen gekoppelt haben³, woraus geschlossen werden kann, daß die Züchtervereinigungen es als notwendig ansehen, daß der Käufer eines hochwertigen Tieres von der Beweisführung für das Vorhandensein des Fehlers vor der Übergabe befreit sein muß.

Diese Verkaufsbestimmungen scheinen sich auch bewährt zu haben; Prozesse sind selten.⁴ Streitigkeiten, die dennoch entstehen, werden von Schiedsgerichten entschieden.⁵

¹ Was dann besonders unbefriedigend ist, wenn es sich, wie beim Binneneber, um einen Mangel handelt, von dem nur der Züchter Kenntnis haben konnte, die Haftung dann aber nicht bei ihm sondern aus Beweislast- und Verjährungsgründen auf einer anderen Handelsstufe durchgreift

² Vgl. Gottwald, Tierärztl. Umschau 1965, 8; vgl. a. Vieh- u. FleischG v. 25.4.1951 (BGBl.I, 272)

³ Thesing, prakt. Tierarzt 1955, 196; zu Schweinezuchtverbänden vgl. Wirth u. Hoffmann, BMZW 1975, 351 ff

⁴ Thesing, passim, S.198

⁵ Gottwald, passim. S.10

II. Absatzwege im Schlachtviehhandel

Für Schlachtvieh gibt es in der Bundesrepublik verschiedene Absatzwege¹, und fast immer ist eine Vielzahl von Berufsgruppen beteiligt:²

Viehagenten, die an den Viehmärkten oder als Landagenten tätig sind und die deswegen beim Viehabsatz eine große Rolle spielen, weil sie allein auf den Großmärkten berechtigt sind, den Verkauf des angelieferten Fleisches durchzuführen (§ 9 Vieh- u. FleischG), selbständige Viehkaufleute, Verwertungsgenossenschaften der Erzeuger, Bauern als Erzeuger, Mäster usw.

Vor allem der Anteil der Verwertungsgenossenschaften - es gibt neben einigen Großunternehmen weit über 300 örtliche Genossenschaften in der Bundesrepublik -³ gewinnen einen immer größeren Einfluß im Viehhandel.

Außerdem gibt es noch eine Vielzahl von Viehhandelsbetrieben⁴, die als Großhändler an Metzger (Weiterveräußerer), Bauern (Weiterverwender oder Wiederverkäufer) und andere Händler (Wiederverkäufer) veräußern.⁵ Viele dieser Betriebe machen allerdings so wenig Umsatz, daß sie vom Viehhandel allein nicht leben könnten.⁶

¹ Vgl. Plate, Mittendorf u. Böckenhoff, Agrarwirtschaft 1957, 197 m. anschaul. Graphik; vgl.a. H.W.Müller, a.a.O., S.77 ff; Traoré, a.a.O.; z. Schweinehandel: Bannenberg, a.a.O.; Dansmann, Schlacht- u. ViehhofZ 1967, 258 ff

² H.W.Müller, a.a.O., S.44 ff m.w.V.; die Bedeutung d. Schlachtviehmärkte geht allerdings ständig zurück: BMELF-Info Nr.13/78; vgl.a. allg. zu d. Märkten Müller, passim, S.69 u. Stölzle, JW 1925, 2189f

³ Müller, S.11 u. 42

⁴ Unterschiedl. Schätzungen u. Statistiken nennen bis zu 16'000, vgl. Müller, S.3

⁵ Müller, passim

⁶ Müller, S.9

Für den Absatz gibt es heute drei Hauptmöglichkeiten:

1. Direktverkauf des Erzeugers an den Verarbeiter
2. Einschaltung des selbständigen Handels
3. Genossenschaftliche Viehverwertung

Die Absatzketten zu 2. und 3. können jeweils aus mehreren Glieder bestehen, je nach Entfernung des Erzeugers vom Endabnehmer, Organisation des Absatzes usw.:

Der Metzger hat die Möglichkeit, was allerdings immer seltener wird, direkt beim Bauern zu kaufen, dann selbst zu schlachten, zu verarbeiten und zu verkaufen. Bei dieser Form des Absatzes müssen die Bauern den Wert des Viehs ebenso gut kalkulieren können wie beim Verkauf an den Händler.

Der Bauer kann stattdessen das Tier auch persönlich auf einen Markt bringen, was sich aber nur dann lohnen wird, wenn er es dort auch persönlich verkaufen will. Das ist wegen des Agenturzwanges an den Schlachtviehmärkten meist nicht möglich. Außerdem ist mit dem Marktbesuch ein hoher Zeitaufwand verbunden, so daß der Bauer sich zumeist der Hilfe eines Dritten, eines Händlers oder einer Viehverwertungsgenossenschaft, bedienen wird.

Die Händler wissen, wo schlachtreifes Vieh steht und wenden sich meist von selbst an den Bauern. Dann wird das Vieh zusammen beurteilt und ausgehandelt. Früher wurde häufig der Preis für das ganze Tier vereinbart, wobei der Bauer dem Händler unterlegen war, weil dieser dank seiner ständigen Vergleichsmöglichkeiten das Schlachtgewicht und die Fleischqualität besser einschätzen konnte. Heute wird deshalb der Preis überwiegend nach dem Lebendgewicht berechnet, was die Bauern in die Lage versetzt, den Preis, den sie fordern können, besser zu bestimmen, vorausgesetzt, über die Qualität des Fleisches bestehen keine Zweifel. Die Qualitätsbestimmung bereitet allerdings meist noch beträchtliche Schwierigkeiten.

¹ Vgl. zu 1.-3. Müller, S.78; vgl.a. Niehaus u. Böckenhoff, a.a.O

Wenn der Händler fest kauft, trägt er das volle Preisrisiko.

Statt eines Festkaufs kann der Bauer sein Vieh dem Händler oder einer Genossenschaft in Kommission geben. Diese verkaufen dann auf dem Markt und rechnen später mit dem Bauern ab.

Will der Händler das Tier nicht über einen Markt leiten, so kann er es auch vom Erzeuger übernehmen und dann direkt an einen Verarbeiter liefern. Je größer dabei die Entfernung ist, über die das Vieh abgesetzt werden muß, umso eher wird auch hier eine Aufgabenteilung nach Einkauf und Verteilung notwendig.

So werden z.B. in Schleswig-Holstein sog. Landagenten von einem oder mehreren Mästern beauftragt, ihre Schweine zu verkaufen. Der Landagent wird sich dann mit Agenten aus den Absatzgebieten in Verbindung setzen, die ihm mitteilen, wieviele Abnehmer sie haben. Umgekehrt werden auch von einem oder mehreren Einkäufern Agenten beauftragt.

Die als Aufkäufer tätigen Viehhändler stellen aus den bei den einzelnen Bauern aufgekauften Tieren größere Transporte zusammen.¹ An den Märkten werden diese Transporte dann meist von den Marktagenten zum Verkauf im Namen und auf Rechnung des einsendenden Händlers übernommen, da die am Markt ansässigen Agenten, die in der Regel auch das Marktdelcredere, also die Haftung für die Erfüllung sämtlicher Verbindlichkeiten der Käufer gegenüber dem Verkäufer übernehmen, ihre Kunden viel besser beurteilen können.²

¹ Bereits hier geht dann möglicherweise die Identität des Tieres verloren, womit ein späterer Rückgriff auf den Bauern unmöglich wird

² Vgl. H.W.Müller, a.a.O., S.83

Viele Erzeuger schließen sich lieber einer Genossenschaft an, als mit Händlern zusammenzuarbeiten. Die Genossenschaften arbeiten mit Vertrauensleuten oder auf der Basis örtlicher Genossenschaften.¹

Die Vertrauensleute werden von den genossenschaftlichen Zentralen oder von den örtlichen Verwertungsgenossenschaften eingesetzt. Sie erfassen das Vieh auf dem Lande und senden es ein, wofür sie in der Regel eine Stückprovision erhalten. Die Vertrauensleute stehen mit den Händlern dann in Konkurrenz, wenn auch die Händler das Tier nur kommissionsweise übernehmen.

Es kommt auch vor, daß sich eine größere Zahl von Bauern zur gemeinsamen Vermarktung ihres Viehs zusammenschließt und das hierfür erforderliche Betriebskapital durch Geschäftsanteile aufbringt (spezielle Viehverwertungsgenossenschaften).

Neben den Vertrauensleuten und den speziellen Viehverwertungsgenossenschaften gibt es noch eine große Anzahl sonstiger Bezugs- und Absatzgenossenschaften, sowie Spar- und Darlehenskassen, die sich ebenfalls mit dem Schlachtviehabsatz befassen.²

Die Genossenschaften übernehmen das Vieh ihrer Genossen in der Regel jedoch nur in Kommission. Der Bauer erhält dann den am Markt erzielten Preis nach Abzug der entstandenen Unkosten.

Der Bauer, der Schlachtvieh verkauft, muß andererseits, wenn er nicht selbst nachzchtet, neues Nutzvieh von anderen Betrieben beziehen, die sich besonders der Aufzucht der Tiere widmen. Der Nutzvieheinkauf ist viel schwieriger als der Schlachtvieheinkauf, weil sich die Nutz- und Zuchttiere noch weniger als Schlachttiere standardisieren lassen und auch wertvoller sind. Beim Nutzviehhandel ist deswegen in größerem Maße als beim Schlachtviehhandel derjenige im Vorteil, der über die

¹ Vgl. H.W.Müller, S.83

² ders., S.86

besseren Tierkenntnisse verfügt; das ist im allgemeinen, wegen der ständigen Vergleichsmöglichkeiten, der Händler.¹ Soweit der Absatz also ab Stall erfolgt, kann der kleinere Züchter eher benachteiligt werden.

Der Bauer kann aber auch über Nutztvielmärkte verkaufen. Eine weitere Möglichkeit sind die Zuchtviehauktionen, die von den Zuchtviehverbänden veranstaltet werden. Hierbei treten die Landwirte, neben den Leitern von Züchterverbänden, Besamungsstationen, größeren Landwirten und Händlern, oft selbst als Käufer für den eigenen Bedarf auf. Der Bauer hat auf der Auktion den Vorteil, daß nur im Herdbuch eingetragene oder vorgemerkte Tiere zur Versteigerung zugelassen sind, womit ausgeschlossen ist, daß sie krank oder nicht geeignet sind. Die Veranstaltungen werden außerdem tierärztlich überwacht. Sämtliche weiblichen Tiere sind obligatorisch einer Tbc-, "abortus-bang-", Abkalbe- und Transportversicherung unterworfen, sämtliche Vatertiere sind amtlich gekört.²

Weitere mögliche Handelsstufen beim Schlachtviehhandel sind neben der Kollektion und Zentralgrossierung der Tiere durch Viehhandel, Viehverwertungsgenossenschaften, Agenturen, landwirtschaftliche Verkaufsstellen, der Zwischenhandel³ und schließlich auf der Endstufe die be- und verarbeitenden Unternehmen.⁴

¹ H.W.Müller, S.86

² ders., S.91

³ Fleischgroßhandel u. landwirtsch. Fleischverkaufsstellen

⁴ Also Fleischer, Fleischwarenfabriken, Großschlächter, Versandschlachtereien und Genossenschaftsschlachtereien, wobei vor allem der Marktanteil der Versandschlächter immer mehr zunimmt: 1977 wurden 37,1% d. Rinder u. 54,1% d. Schweine in Versandschlachtereien geschlachtet (Agrargewerbl. Wirtschaft, Info-Dienst 12/78); vgl.a. Willers, S.278

Daneben gibt es Vermarktungsträger, die sich über mehrere Vermarktungsstufen erstrecken¹, z.B. Viehverwertungsgenossenschaften, vertikale Händlerkoalitionen und Verbrauchervereinigungen. Andererseits können mehrere Unternehmen ein oder mehrere Funktionen übernehmen. Vor allem Genossenschaften, Futtermittelfirmen, Fleisch- und Verarbeitungsbetriebe sowie Lebensmittel-Groß- und -Einzelhandel lassen derartige Bestrebungen erkennen.²

Aus alldem kann man unschwer erkennen, daß sich im Zucht-, Nutz- und Schlachtviehhandel eine Vorrangigkeit des Käuferschutzes kaum deswegen bejahen läßt, weil die Käuferseite gegenüber der Verkäuferseite grundsätzlich in einer schwächeren Position wäre.

Stehen sich Versandschlachtereien als Käufer und einzelne Bauern als Verkäufer gegenüber, ein sehr häufiger Fall, so ließe sich im Gegenteil eher die Vorrangigkeit des Verkäuferschutzes bejahen.

Wenn aber sowohl die Forderungen nach Vorrangigkeit des Käuferschutzes wie des Verkäuferschutzes notwendig pauschal und unbegründet sein müssen und nur die Forderung nach einer ausgeglichenen Berücksichtigung beider Interessen angemessen erscheint, so reduziert sich das Problem wiederum auf den wohlfeilen Ruf nach dem gerechten Gesetz.

¹ Sog. vertikale Integration

² Vgl. Niehaus, S.26 ff

III. Pferdehandel

Im Pferdehandel ist die Situation deswegen etwas anders, weil es hier nicht diese Vielfalt verschiedener Vermarktungsstufen gibt. Die Absatzwege sind kürzer, weil die Züchter die Pferde meist über Auktionen oder Händler, ohne weitere Zwischenstufen, direkt an den Endkäufer absetzen.

Aber auch hier stimmt das alte Bild vom Bauern, der sich alle paar Jahre einmal ein Pferd kauft und dann prompt betrogen wird, nicht mehr, da der Anteil an Arbeitspferden gegenüber dem Anteil an Sport- und Freizeitpferden verschwindend gering geworden ist.

Beim Pferdehandel stehen sich somit im wesentlichen Züchter und Händler auf der einen Seite sowie Käufer aus Kreisen des Renn-, Turnier- und Freizeitsports auf der anderen Seite gegenüber.

Allerdings ist auch bei den Pferdehändlern nicht Händler gleich Händler: die Skala reicht von der einfachen Roßmetzgerei und Roßhandlung bis zum Pferdekaufmann mit Reithalle und großem Bestand an Luxuspferden aller Art. Manche Verkäufer haben einen kleineren oder größeren Bestand an eigenen Pferden, andere betreiben ihr Geschäft als Agentur ohne eigenen Verkaufsstall und verkaufen Pferde kommissionsweise so, daß sie mit den Kaufinteressenten zu den jeweiligen Besitzern fahren.

Beim Pferdehandel liegt der Vergleich zum Gebrauchtwagenhandel nahe, umso mehr als auch dort häufig mangelhafte Ware verkauft und überhöhte Preise verlangt werden, weil auch dort die Käufer oft mehr Ware für ihr Geld wollen als ihnen zustünde und weil auch im Gebrauchtwagenhandel beide Vertragspartner ständig Gefahr laufen, übertölpelt zu werden.

Leider übersieht die Käuferseite zumeist, daß es, wenn man den Vergleich zum Autohandel schon ziehen will, eigentlich keinen "Neupferde-" sondern nur einen "Gebrauchtpferdehandel" geben kann. Zum einen, weil die Pferde im Laufe ihres Lebens mehrmals den Besitzer zu wechseln pflegen, zum anderen, weil es kein Pferd gibt, das dem Käufer vom Züchter "ab Werk" völlig mangelfrei übergeben werden kann.

Während aber ein hinlänglich funktionstüchtiger Gebrauchtwagen trotz des technisch unverständigsten Fahrers wenigstens ein paar Monate noch fahren wird, kann es beim Pferd leicht vorkommen, daß es sich schon Tage oder Stunden nach der Übergabe schwerwiegende Mängel zuzieht: Koliken oder "Verschlag"¹ durch unsachgemäße Fütterung, Koppen aus Langeweile mangels Bewegung oder weil das Tier zu einem anderen "Kopper" gestellt wurde, von dem es das Koppen schon nach zwei, drei Tagen gelernt haben kann, Lahmheiten und Dämpfigkeit wegen unvernünftiger Überbeanspruchung, Atemwegserkrankungen wegen zugiger Ställe usw.

Vor allem Erkrankungen wegen Überbeanspruchung des Pferdes, kaum daß es völlig untrainiert den Händlerstall verlassen hat, kommen heutzutage immer häufiger vor. Der Grund: Die Pferdebesitzer, die sich nur noch am Wochenende um ihr Pferd kümmern können, wollen gleich nach dem Kauf probieren, was in dem Pferd nun wirklich "drin steckt", ohne sich in ihrem mechanistischen Denken klar zu machen, daß sie ein untrainiertes, äußerst leicht verletzliches Pferd und keinen Sportwagen gekauft haben.

¹ auch: "Kreuzverschlag", "Schwarze Harnwinde" u.a.
(Lumbago)

Während früher die meisten Pferde über Roßmärkte gehandelt wurden, sind solche Veranstaltungen heute selten geworden.¹ Auf den Roßmärkten fand sich eher einmal ein Verkäufer, der sein zuhause schlecht eingekauftes Pferd auf dem Markt wieder günstig losschlagen wollte. Heutzutage ist jedoch auch auf den Pferdemarkten der Großteil der Händler, wahrscheinlich 80 %², Stammkunde, der Wert darauf legt, auch künftig wieder auf dem Markt verkaufen zu können.

Besonders im Frühjahr und Herbst wird das große Pferdeangebot der Züchter auf Auktionen verkauft. Weil Massenangebote das Aushandeln individueller Verträge ausschließt, werden die Tiere von den Züchtern und Händlern aufgrund von allgemeinen Geschäftsbedingungen verkauft oder von Auktionatoren aufgrund der Auktionsbedingungen versteigert.³

Die auf den Auktionen erzielten Durchschnittspreise sind auch für einfache Pferde in den letzten Jahren stark gestiegen. So lag z.B. bei der 8.Eliteauktion in Oldenburg am 18.3.78 der Durchschnittspreis von 41 verkauften Reitpferden bei DM 10'983.-- ohne MWSt.⁴

Bei der 27. Auktion von Westfalenpferden 1978 schwankten die Preise zwischen 7'000.-- und 52'000.-- DM, wobei ein Durchschnittspreis von DM 15'443.-- erzielt wurde.⁵ Der Pferdehandel unterscheidet sich also auch wegen des Wertes des Verkaufsobjekts stark vom sonstigen Viehhandel.

¹ Große Roßmärkte gibt es heute nur noch in Hamm und München; vgl. Blank, RR 1977, 554

² Blank, S.558

³ Vgl. VO ü.d. wertmäßige Versteigerung u. Versteigerungsvorschriften v. 12.1.1961 i.d.F. v. 31.3.1968, BGBl.I, 235

⁴ RR 1978, 558

⁵ RR 1978, 556

Die meisten Auktionen bieten dem Käufer zwar die Möglichkeit, die Tiere vorher durch einen Tierarzt untersuchen zu lassen. Nach den Auktionsbedingungen wird jedoch regelmäßig nur für die Hauptmängel der "Kaiserlichen Verordnung" Gewähr geleistet.¹

Daß aber eine Reform des Tierkaufrechts in Richtung auf das römischrechtliche Prinzip die Auktionsveranstalter dazu bringen könnte, ihre allgemeinen Auktionsbedingungen abzuändern, ist wenig wahrscheinlich.

IV. Psychologie des Viehhandels

Was die psychologische Komponente beim Viehhandel betrifft, so gibt es zwischen Schlacht- und Nutztviehhandel auf der einen und dem Pferdehandel auf der anderen Seite ebenfalls große Unterschiede.

Beim Schlacht-, Zucht- und Nutztviehhandel spielen auch heute noch das persönliche, manchmal freundschaftliche Verhältnis zum Handelspartner sowie langjährige Geschäftsbeziehungen für beide Teile eine entscheidende Rolle.²

Anders im Pferdehandel. Hier bestehen längere vertragliche oder freundschaftliche Beziehungen, wenn überhaupt, zumeist nur zwischen Händlern und Züchtern eine Rolle. Hier hat auch, wenn überhaupt, die Forderung nach Käuferschutz am ehesten seine Berechtigung, da die Künste der "Roßkämme" oder "Roßtäuscher"³ schon so manchem arglosen Käufer zum Verhängnis wurden:⁴

¹ Viele Auktionen geben ihren Pferden aber auch Gesundheitszertifikate mit, in denen z.B. versichert wird: "frei von Fehlern und Unarten"

² Vgl. Niehaus, S. 122 ff

³ aus dem erst später das deminutive "Roßtäuscher" wurde

⁴ Vgl. a. Pade, RR 1977, 252

"Bekanntlich finden bei keiner Art von Handel so häufig Betrügereien statt, als beim Viehhandel und besonders beim Pferdehandel....Es übersteigt fast allen Glauben, mit welcher niedriger Feinheit und betrügerischer Arglist manche Menschen hier zur Werke gehen. Es ist bereits so weit gekommen, daß eine eigene Wissenschaft dazu gehört, die Ränke betrügerischer Roßkämme zu enthüllen."

Wes Geistes Kind manche aus der Zunft der Roßhändler tatsächlich waren und es, wenn auch sicherlich seltener, auch heute noch sind, mögen folgende "Ratschläge" eines ihrer Kollegen verdeutlichen:

"Hat nun der Händler ein Pferd, das, so häßlich, faul, fehlerhaft, kraftlos etc. als es auch ist, unter dem Geräusch, unter den Spornen, der Peitsche, dem Pfeffer, etc. all diese Eigenschaften aber verleugnete, sich ganz anders producierte und sich dadurch vorteilhaft verkaufte, an den Mann gebracht, der all dieses nicht zu würdigen und das Erkünstelte von dem natürlichen Zustand nicht zu unterscheiden wußte und den exaltierten Zustand für den Natürlichsten nahm, so heißt es: "Da seht den Händler NN, der hat den Herrn NN doch ganz außerordentlich betrogen und mit einem Pferd angeführt, das nicht die Hälfte des Kaufpreises wert ist." Allein ich frage: Wer hat denn eigentlich betrogen, der Käufer sich selbst, daß er sich Kenntnis und Erfahrung genug in einem Geschäfte dem Pferdehandel zutraute, das er gar nicht kennt und versteht; oder der Händler, der nichts tat, als daß er zufällig dem Käufer, mitten in einem Geräusch usw. seine Pferde zeigte und diese äussern, oft gar nicht einmal von ihm abhängigen Dinge bloß nur zu seinem Vortheil zu nutzen verstand?...genug, es gilt beiden Produzierungen der Grundsatz: Suche ernstlich die Eigenthümlichkeiten, die fehlerhaften und guten Partien des Pferdes genau kennen zu lernen und sie dann durch eine geschickte Führung und Anwendung aller der zu Gebote stehenden Hülfen und Strafen zu verstecken und die guten Eigenschaften ins rechte Licht zu stellen...

¹ Ammon; vgl. a. Andersen, RR 1978, 840

² Mortgens, S.31

...zu jeder Zeit muß ein Koppelknecht im Stall und zwar mit einer Peitsche versehen sein, um bei dem Eintritt eines Fremdlings die Pferde aufzumuntern und sie lebhafter, kräftiger und durch ihre hierdurch bewirkte, erhabene Stellung größer erscheinen zu machen. So wie sie dadurch ferner vom Koppen, Weifen, Schildern, dem Krippenbeißen usw. abgehalten werden, die Trägen und Faulen feurig, die Dummen bewußtvoll gemacht, die Lahmen nicht mehr hinken und die schmerzhaften Schenkel nicht mehr geschont werden, die ganze Aufstellung ein anderes Wesen, ein anderes Leben bekommt und die Tiere aus Furcht vor der Peitsche ihre ganze Natur verleugnen.....die Peitsche ist daher ein Wunderstab in den Händen des Pferdehändlers, der Extract aller Handelsvorteile und die Elle, über die er und mit der er seine Ware mißt und verkauft. Wer sie gut und geschickt zu führen versteht, hat die Vortheile gelernt, mit Gewicht, Elle und Maß nach seinem Vortheil zu messen und den Käufer bei aller Prüfung der Ware doch damit zu täuschen."¹

Andererseits kommt es, da das Pferd im Laufe seines Lebens meist mehrmals den Besitzer wechselt, daß nicht eine Front professioneller Nur-Verkäufer einer Front nichtprofessionellen Nur-Käufern gegenübersteht, sondern daß dieselben Käufer irgendwann einmal auch wieder zu Verkäufern werden.

Nicht nur der Händler also - der ja, wenn er ständig Geschäfte machen will, auf seinen guten Ruf bedacht sein muß - ist es, vor dessen besseren Kenntnissen und unlauteren Machenschaften geschützt werden muß. Mindestens ebenso oft sind es auch die Gelegenheitsverkäufer, die sich gerne dann zum Verkauf ihres Pferdes entschließen, wenn das Pferd, nachdem es schon wochenlang gehustet hat, zwischendurch etwas weniger hustet, wenn die chronische Lahmheit einmal etwas weniger sichtbar oder die Sommerräude abgeklungen ist.²

¹ Mortgens, S.23; interessant in diesem Zusammenhang a. die Ausführungen b. G.Bär, a.a.O.

² So Eikmeier, Tierärztl. Praxis 1974, 56; Dieckerhoff, Korreferat, a.a.O., S.135; Meyer, Mhefte Vet.Med. 1960 47 (Sonderh. Nov.)

Tatsächlich kann man von einem Händler kaum verlangen, daß er bei jedem Pferd für die Fehlerlosigkeit garantiert: er selbst erhält zum einen nur selten diese Garantie, zum anderen wäre er sonst endlosen Schikanen der Käufer wegen aller möglicher Kleinigkeiten ausgesetzt.

Gerade in neuester Zeit scheint dabei eine neue Variante nachträglicher Preisdrückerei Methode zu werden: Immer häufiger kommt es vor, daß Käufer ihre Pferde nach der Abnahme in einer Pferdeklinik untersuchen und röntgen lassen.¹ Wenn dann, wie meist, irgend etwas gefunden wird, das vom normalen Zustand abweicht, so wird das Untersuchungsergebnis dem verblüfften Verkäufer mit dem Ersuchen zugeschickt, einen Preisnachlaß zu gewähren. Dabei ist es dann recht nebensächlich, ob der festgestellte Befund überhaupt etwas mit der Leistungsfähigkeit des Tieres zu tun hat.

Wenn der Verkäufer gegenüber dem Käufer nicht den kürzeren ziehen will, wird er deshalb äußerste Vorsicht bei der Vertragsgestaltung und eventuellen Zusicherungen walten lassen müssen, umso mehr, als ja schon auf dem Transport oder durch falsche Behandlung am neuen Standort des Pferdes sich ein Schaden zeigen kann, der im heimatlichen Stall nie aufgetreten ist.

Nicht nur die Schlitzohrigkeit der Händler, die im Einzelfall bis zum Betrug gehen kann, ist es also, die schuld ist am schlechten Ruf des Pferdehandels; ebenso häufig ist es auch die Unverfrorenheit der Käufer, wenn es darum geht, ein an und für sich ordentliches, wenn auch vielleicht dem Käufer aufgeschwatztes Pferd, wieder los zu werden, weil der Käufer, aus welchen Gründen auch immer, und vielleicht erst nach längerem Ausprobieren, nun plötzlich kein Interesse mehr daran hat.²

¹ Dazu Schielke, RR 1971, 649

² Schielke, passim; Meyer, passim; Andersen, RR 78,840; vgl.a. Eikmeier, BMZW 1978,161

Seit die Reiterei ein Breitensport ist, sind die Pferde viel gefährdeter: es reiten immer mehr Leute, die von den Pferden nichts verstehen.¹ Diese mangelnde Kenntnis wird auch mit dazu beigetragen haben, daß im Vordergrund der Schadensursachen bei Reitpferden mit etwa 50% Erkrankungen des Bewegungsapparates stehen, wobei der Anteil der sog. Beinschäden bereits im ersten Versicherungsjahr außerordentlich hoch ist.²

Wenn an nächster Stelle die Erkrankungen der Atemwege mit etwa 20 %, die der Verdauungsorgane, insbesondere Koliken, mit etwa 12 %, sowie Erkrankungen von Herz- und Kreislauf mit etwa 9 % folgen, so sind dies alles Krankheiten, die ebenfalls leicht durch fehlerhafte Behandlung des Pferdes verursacht werden können.³ Die Gefahr, daß dem Pferd schon bald nach dem Kauf etwas zustößt, ist also sehr hoch. Hinzu kommt, daß die Pferde heute wahrscheinlich noch krankheitsanfälliger, temperamentvoller und schwieriger zu reiten sind als früher. Wenn der Käufer aber ein Pferd für 10'000.-- oder häufig noch viel mehr Mark im Stall stehen hat, das schon wenige Tage nach dem Kauf hustet oder lahmt, so wird er die Schuld immer erst einmal beim Verkäufer suchen. Bis zu einem Prozeß ist es dann nicht mehr weit.

Es gibt also genügend Gründe, anzunehmen, daß gerade beim Pferdehandel nicht so sehr die mangelhaften Tiere Anlaß zu späteren Viehstreitigkeiten geben, als vielmehr die scheinbar oder tatsächlich schlechten Geschäfte, die die Käufer abgeschlossen haben.

¹ Vgl. a. Straeten, prakt. Tierarzt 1977, 280

² Straeten, passim

³ Häufig kommen Patienten auch erst viel zu spät, manchmal nach Monaten, zur Untersuchung; vgl. Deegen u. Zichner, DTW 1977, 619

Die Gefahr eines schlechten Kaufes ist aber beim Pferdehandel, wo sich die Käufer häufig nur von einer augenblicklichen Laune hinreißen lassen, sehr groß:

"...denn der Stall eines Händlers ist für den Pferdeliebhaber so verführerisch wie für den Spieler die Karten und für den Antiquitätensammler altes Hausgerät der Römer; er spart nicht den letzten Groschen, um sich in den Besitz zu setzen. So besticht auch hier die schöne Farbe des Rotschimmels, die freie kräftige Bewegung des Braunen..."¹,

was aber trotz allem noch nicht heißt, daß der Käufer nicht relativ gute Ware für sein Geld erhalten haben kann.

Es ist also vor allem die besondere Mentalität des Pferdehandels schlechthin, die Käufer und Verkäufer, seien sie auch sonst die honorigsten Ehrenmänner, zu Praktiken dubiosester Art verleitet.²

Ob vertrauenswürdig oder nicht, eines haben alle am Vieh- und Pferdehandel Beteiligten in der Regel stets gemeinsam: Beide Seiten reden viel über die Güte und Eigenschaften des Tieres hin- und her, meinen wenigstens aber ernst;³

"denn welcher Vernünftige kann eine bloße Versicherung eigentlich für mehr als ein bloßes "pour-parler", ein bloßes Geschwätz halten, aus dem im ganzen nichts hervorgeht. Wer kann wissen, hier auf das verkaufte Pferd angewandt, welche Verpflegung, welche Nahrung, welche Abwartung, welchen Dienst es bei seinem neuen Besitzer erhalten wird, welche Kenntnis der Mann vom Reiten, vom Fahren, von der Abwartung und Verpflegung eines Pferdes überhaupt hat, in wessen Hände es nun gekommen ist ? Wie sein Stall, wie sein Geschirr, wie sein Hufbeschlag und tausend andere Dinge, die mehr oder weniger auf die Gesundheit, das Temperament und den Charakter des Pferdes einwirken, beschaffen sei, um im voraus mit Bestimmtheit sagen zu können, daß das Pferd ob all dieser Einflüsse morgen noch dasselbe bleiben werde, was es heute ist ?

¹ Mortgens, S.68 ff

² Vgl.Eikmeier, passim; sehr drastisch a. schon Plouquet, a.a.O.

³ Vgl. Münzel, LZ 1931, 478; a. Eikmeier, Tierärztl. Praxis 1974, 54

Wenn es nicht durch innere oder äussere Ursachen krank und mehr oder weniger unbrauchbar für den Dienst des Käufers werden wird, als es in dem Zeitpunkt ist, in welchem er es kauft ? Und wer kann endlich von alledem unterrichtet sein, was in dem Innern des Käufers selbst, in seinem Geschmack, seinen Launen, seinen Ansichten des Pferdes morgen vorgehen wird, von dem er heute vielleicht bei dem Kaufe desselben das Gegenteil zu erkennen gibt ? Es gibt ja so der Gesetze genug, die aus Unkenntnis ihrer Geber in dem Pferdehandel auf eine oft höchst ungerechte Weise den Händler anhalten, das verkaufte Pferd zurückzunehmen, wenn es in dem Stalle des Besitzers krank oder sonst fehlerhaft geworden ist...Nie drücke sich daher der Händler über den zukünftigen Zustand des Pferdes bestimmt aus und noch weniger gebe er ein Pferd, ohne vorher den Handel bestimmt abgeschlossen und wonicht die ganze, so doch einen Teil der Kaufsumme darauf erhalten zu haben, aus seinem Stall, wenn er sich nicht den größten Nachteil, Verdruss und Unannehmlichkeiten aussetzen will."¹

Aus dieser besonderen Mentalität des Vieh- und vor allem Pferdehandels aber, lieber Nebensächliches zu bereden, stammen dann auch viele, zu späterem Streit führende Mißverständnisse. Immer wiederkehrende Fehler sind:²

- Der Käufer verzichtet auf eine - möglichst schriftliche - Abmachung, da er es z.B. für selbstverständlich hält, daß die gekaufte Milchkuh auch gesund sei.
- Der Käufer meint, die Zusage des Verkäufers, für alle gesetzlichen Fehler zu haften, sei ein besonderes Garantieverprechen.
- Der Käufer verlangt vom Verkäufer mehr, als dieser mit gutem Gewissen leisten kann, was den Verkäufer wiederum dazu bewegt, statt Garantien zu geben, viel Unverbindliches zu reden.
- Der Käufer tadelt zwar offenkundige Fehler, läßt sich aber durch allgemeine Beschwichtigungen trösten; der Verkäufer wiederum faßt dies dann als Einverständnis mit dem Mangel auf.

¹ Mortgens, S.81; zur Käufer- u. Verkäufermentalität sehr informativ a. das Gedicht v. Trautvetter, RR 1973, 38 ff

² Vgl. Wrede-Oehmke, S.123

- Der Käufer läßt sich durch alle möglichen Anpreisungen über die Gesundheit und ähnliches über die wirklichen, verborgenen Fehler hinwegtäuschen.
- Der Käufer läßt einen verborgenen Mangel deswegen unbeachtet, weil der Verkäufer ihn durch euphemistische Bezeichnungen umschreibt: z.B. "ein kleiner Ton", "ein Tönchen" oder "er zittert mit den Flanken", während das Pferd tatsächlich ein Kehlkopfpfeifer ist oder an Dämpfigkeit leidet.
- Der Verkäufer macht Zusagen über das Alter innerhalb eines zu großen Spielraums
- Käufer, die einmal wegen eines bestimmten Fehlers schlechte Erfahrungen gemacht haben, achten nur noch auf diesen Fehler und sind zufrieden, wenn sie für ihn eine besondere Zusage erhalten.
- Die Verkäufer gehen in ihren Versprechungen oft zu weit und verwickeln sich, vor allem, wenn sie Zusagen in Gegenwart von Zeugen gemacht haben, in ungewollte und üble Konsequenzen.
- Viele, besonders sachverständige Pferdekäufer, stellen dem Verkäufer zu hartherzige Forderungen. Der Händler, der sich nicht lange besinnen darf, wenn er Dutzende Pferde kauft, soll möglichst für jede Kleinigkeit und alles, was die Phantasie des Einzelkäufers daraus entstehen sieht, ein halbes Jahr und länger haften.

E. DER TIERÄRZTLICHE SACHVERSTÄNDIGE

Beim Stichwort "tierärztlicher Sachverständiger und Viehwährschaftsrecht" sind es vor allem drei Problemkreise, die in der Diskussion immer wieder zur Sprache kommen und die es näher zu betrachten lohnt:

- die Behauptung, die Tierärzteschaft habe an der Entscheidung für oder wider ein bestimmtes Prinzip kein persönliches Interesse; sie allein sei also neutral und ihre Entscheidung müsse umso mehr Gewicht haben.
- die Behauptung, das deutschrechtliche Prinzip beschneide in ungerechtfertigter Weise die Position des tierärztlichen Sachverständigen und außerdem:
- es sei bei dem heutigen Stand der Veterinärmedizin überhaupt kein Problem mehr, Tierkrankheiten differentialdiagnostisch zu erkennen und ihren Entstehungszeitpunkt auch noch nach längerer Zeit auf zumindest wenige Tage genau zu bestimmen.

I. Neutralität des tierärztlichen Sachverständigen

Es wird häufig argumentiert, man müsse sich deswegen für das römischrechtliche Prinzip entscheiden, weil die Veterinärmediziner es forderten, die allein sich, anders als Verkäufer- und Käuferseite, unbeeinflusst und neutral nur von den objektiven Vorzügen des jeweiligen Systems leiten lassen könnten.

Richtig ist, daß der Tierarzt bei der einzelnen Untersuchung und der Erstellung des Gutachtens zur Objektivität und Neutralität verpflichtet ist. Aus dieser standesrechtlichen Verpflichtung zur Objektivität bei der täglichen Arbeit kann jedoch noch nicht zwingend gefolgert werden, daß die Tierärzteschaft in ihrer Gesamtheit auch bei der mehr oder weniger politisch motivierten Entscheidung für oder gegen das Rechtsprinzip als solches eine objektive Haltung einnehmen müßte.

Die Tierärzteschaft ist seit mehr als 100 Jahren viel zu engagiert mit der Frage des richtigen Systems befaßt, als daß sie eine gegenüber Käufer- und Verkäuferseite objektivere Haltung einnehmen könnte. Ohnehin ist sie ja selbst, wenn auch nicht als Partei, am Viehwährschaftsprozeß beteiligt und hat deshalb jedenfalls ein berufliches Interesse daran. Dieses subjektive Interesse wird auch in den häufigen Äußerungen deutlich, daß der Veterinärmedizin durch die Einführung des deutschrechtlichen Prinzips ein großes Unrecht geschehen und daß die Beschränkung der tierärztlichen Gutachtertätigkeit unwürdig, ja sogar beschämend sei.¹

Dehner² hat ebenfalls auf die früher teilweise geäußerten Zweifel, ob die tierärztliche Wissenschaft in der Lage sei, die Feststellung der Dauer des Bestehens eines Mangels eindeutig zu treffen, hingewiesen und meint: dies sei von manchen Tierärzten als Kritik aufgefaßt worden, habe sie verärgert und Ressentiments aufkommen lassen, die offensichtlich bis heute nicht überwunden seien.

"Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß manche tierärztliche Sachverständige in ihrer Stellungnahme zu dieser Frage die erforderliche Objektivität vermissen lassen."³

Was nun die Objektivität des einzelnen Tierarztes bei der Erstellung seiner Gutachten betrifft, so müßten vor allem bei Einführung des römischen Prinzips ganz besonders strenge Anforderungen deswegen gestellt werden, weil bereits ein Gesundheitszertifikat im Rahmen einer Ankaufsuntersuchung wesentliche Präjudizwirkung auf einen späteren Prozeß hätte: vor allem wegen der römischrechtlichen Beweislastregelung und deswegen, weil kurz

¹ So Weyers u. Mayer, BMTW 1950, 21 f; zahlreiche weitere Nachweise b. Jerichow

² Dehner, TU 1955, 1 ff

³ Dehner, passim

vor Verjährungseintritt sich der gerichtliche Sachverständige in vielen, wenn nicht den meisten Fällen, auf das Gutachten des außergerichtlichen Sachverständigen stützen wird.

Diese notwendige Neutralität ist aber in der Praxis häufig bedroht. Beim Pferdehandel ist es der praktische Tierarzt, der bei der Ankaufsuntersuchung leicht in Versuchung geraten kann, seinem Klienten ein Gefälligkeitsgutachten aufzustellen. Beim Schlachtviehhandel wiederum ist es der Schlachthoftierarzt, dessen Neutralität und Objektivität mit steigender Konzentration, auch Machtkonzentration, im Viehhandel leicht in Gefahr geraten kann.¹

II. Beschneidung der tierärztlichen Position ?

Etwas anderes ist die Frage, ob es denn - de lege ferenda - wünschenswert und erforderlich wäre, auch bei Viehwährschaftsstreitigkeiten die Gutachteraufgaben des Sachverständigen erheblich auszudehnen. Dies wird von der Tierärzteschaft seit jeher mit der Begründung gefordert, daß das deutschrechtliche Prinzip die Position des tierärztlichen Sachverständigen in ungerechtfertigter Weise beschneide.

Was bei dieser Argumentation verwechselt wird, ist das Recht des Sachverständigen, im Rahmen der geltenden zivilprozessualen Vorschriften seine Tätigkeit ungehindert ausüben zu dürfen und ein das Beweisthema ausschöpfendes lückenloses Gutachten erstellen zu können mit der Frage, inwieweit der Gesetzgeber verpflichtet sein könnte, z.B. aus Gründen der Gleichbehandlung mit anderen Sachverständigen, auf gesetzliche Präsumtionen zu verzichten und den tierärztlichen Sachverständigen auch insofern zur Erstellung eines umfassenden Gutachtens heranzuziehen.

¹ Vgl. die instruktiven Ausführungen b. Brandes, Dtsch. Tierärzteblatt 1979, 5 ff

Die Förderung der forensischen Tiermedizin und der Position tierärztlicher Sachverständiger ist aber, so sehr sie auch dem öffentlichen Interesse entsprechen mag, nicht Aufgabe zivilrechtlicher Gewährleistungsvorschriften.

Da es im Rahmen des Viehwährschaftsrechts nur um die Rechte der betroffenen Parteien und die aus der Sicht der Parteien optimale Beendigung des Rechtsstreits geht, sind gesetzliche Regelungen, die den Sachverständigen nur innerhalb eines Teilbereichs der von ihm wahrnehmbaren Tätigkeiten heranziehen, möglich und keine ungerechtfertigte Beschneidung seiner Position.

Eine andere Frage ist es, ob es im Interesse der Parteien eines Viehwährschaftsprozesses läge, wenn ein reformiertes Viehwährschaftsrecht die Zuziehung tierärztlicher Sachverständiger in weit größerem Umfang als bisher vorsähe. Insofern dürfte aber wie sonst auch für die Tätigkeit von Sachverständigen im Prozeß gelten: so viel als unbedingt nötig so wenig wie irgend wie vertretbar.

Wenn man es als gefestigte Ansicht betrachten darf, daß der Viehwährschaftsprozeß in gesteigertem Maße eines kurzen, konzentrierten Verfahrens bedarf, so kann man es, die Frage der Notwendigkeit einmal beiseite gelassen, sicherlich als Nachteil einer Reform bezeichnen, wenn sie in weit größerem Umfang als bisher die Zuziehung von Sachverständigen vorsieht.

Die vermehrte Zuziehung von Sachverständigen und die Erstellung umfangreicher Gutachten erst im Laufe des Prozesses werden diesen notwendig verzögern. In neuerer Zeit hat deswegen z.B. Kühl¹ auf die zunehmende

¹ BB 1970, 323 f (Kühl ist Senatspräsident in Celle); m. ähnl. Begründung wendet sich a. schon Dobberstein, Monographie (1953), S. 13 geg. d. röm. Prinzip

Gefahr der Prozeßverzögerung durch Parteianträge auf Vernehmung eines Sachverständigen in der mündlichen Verhandlung hingewiesen, und darauf, daß eine Abhilfe dringend notwendig sei.

Probleme aus einer vermehrten Zuziehung von Sachverständigen können auch entstehen, weil sich einerseits in den zivilprozessualen Vorschriften, was aber nötig wäre, noch keine Vorschriften über die Grenzen tatsächlicher Feststellungen durch den Sachverständigen, über die Beteiligung von Hilfskräften und über das gemeinschaftliche Gutachten sowie die hierbei auftretenden Probleme der Erstattung, Verantwortung¹ und Ablehnbarkeit finden², andererseits, was gerade bei verschiedenen, voneinander abweichenden Gutachtenbedeutsam sein kann, Schulstreite in der Medizin nicht selten sind und dies umso schwerere Folgen haben kann, als schon heute die richterliche Freiheit bei der Beweiswürdigung dadurch nicht mehr uneingeschränkt ist und sich die Entscheidungsgewalt und damit die Verantwortung für den Richterspruch im entsprechenden Maße auf den Sachverständigen verlagert hat, jedenfalls faktisch.³

Wenn aber der Sachverständige, worauf Blomeyer⁴ hinweist, zunehmend der richterlichen Kontrolle entwächst, so muß dies, auch wenn sich die Verlagerung der Entscheidungsverantwortung nur faktisch vollzogen hat, erheblichen Bedenken begegnen, da ja nach geltendem Recht die Verantwortung für den Richterspruch allein der Richter trägt.

¹ Zur zivilrechtl. Haftung gerichtl. Sachverständiger z.B. Blomeyer, ZZP 1974, 214 ff

² Pieper, ZRP 1971, 37 ff

³ Pieper, S.32 m.w.V.; dazu schon v.Arnim-Criewen, a.a.O., S.143

⁴ ZZP 1970, 153 ff

Sicher¹ ist auch, daß eine Reform des Viehwährschaftsrechts in Richtung auf das römische Prinzip einen plötzlichen zusätzlichen Bedarf an besonders geschulten Forensikern¹ mit sich brächte, vor allem bei dann, was angenommen werden kann, erheblichem Ansteigen der Zahl der Prozesse.²

III. Haftungsrisiken

Daß eine wesentliche Zunahme von Viehwährschaftsprozessen nicht zu unterschätzende Gefahren auch für den tierärztlichen Sachverständigen im Gefolge hätte, geht daraus hervor, daß schon heute, trotz der "Bremswirkung" des geltenden Rechts, eine zunehmende Prozessierfreudigkeit der Käufer, vor allem im Pferdehandel, beobachtet werden kann.³

Die wachsende Prozessierfreudigkeit der Käufer kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Tierärzte heute für ihre Haftpflichtversicherung teilweise schon höhere Prämien als die Humanmediziner aufbringen müssen. Dies kommt wahrscheinlich nicht nur von den meist hohen Streitwerten bei Pferdekaufstreitigkeiten, sondern auch von der niedrigen Hemmschwelle der Pferdekäufer, tatsächliche oder vermeintliche Ansprüche gegen den Verkäufer oder, wenn bei diesem ein Anspruch nicht durchsetzbar ist, gegen den Tierarzt einzuklagen.

Dabei ist die Haftpflichtversicherung des Tierarztes manchmal noch nicht einmal ein Schutz: Wenn bei einer Ankaufsuntersuchung ein Vertragsmangel übersehen wird,

¹ Darauf weist vor allem Dobberstein, Monographie (1953), S. 16 hin

² Vgl.a. Löhr, Schlacht- u. ViehhofZ 1974, 415

³ Zur Haftpflicht d. Tierarztes z.B. Dobberstein, BMTW 1939, 213 ff; Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.276 ff; Eikmeier, prakt. Tierarzt 1978, 310 ff

so kann dem Käufer eines Pferdes ein erheblicher Vermögensschaden daraus entstehen. Vermögensschäden werden aber durch die übliche Berufshaftpflichtversicherung der Tierärzte überhaupt nicht oder nur in ganz beschränktem Umfang, nämlich im allgemeinen nur mit DM 5'000.-- abgedeckt. Eine Deckungssumme von DM 100'000.--, die nur für Sachschäden gilt, nützt in diesem Fall also nichts.¹

Dieselben Probleme haben in Großbritannien dazu geführt, daß wegen der ständig steigenden Zahl von Haftungsprozessen das Royal College of Veterinary Surgeons und die British Veterinary Association die Tierärzte aufforderten, nur noch Gutachten für die Käuferseite zu erstellen und wenn überhaupt, dann nur noch unter Verwendung der von diesen Standesvereinigungen entworfenen Gutachtenformulare. Außerdem beschloß der Council of the Defense Society, die Rechtsvertretung britischer Tierärzte, daß er keine Mitglieder mehr verteidigen werde, die Atteste für Pferdeverkäufer ausstellen. Als Begründung gab er an, daß ein Drittel der von der Gesellschaft wegen Haftpflichtprozessen aufgewendeten Beträge aus Pferdekaufstreitigkeiten herrührten.²

Wegen des hohen Haftungsrisikos werden sich die Tierärzte also auch bei uns, vor allem wenn das römisch-rechtliche Prinzip für den Viehkauf eingeführt werden sollte, davor hüten müssen, Gefälligkeitsatteste für Stammklienten auszustellen. Dies gilt vor allem für den Pferdehandel, wo solche Gefälligkeitsatteste nicht selten zu sein scheinen.³

¹ Eikmeier, prakt. Tierarzt 1977, 166

² Chandler, Equ.Vet.J. 1978, 75 ff

³ Vgl.a. Eikmeier, tierärztl. Praxis 1974, 51

IV. Mangel an Sachverständigen

Der forensischen Wissenschaft würde bei Einführung des römischrechtlichen Prinzips ziemlich überraschend eine Vielzahl neuer Aufgaben und Verpflichtungen in qualitativer wie in quantitativer Hinsicht erwachsen¹, bei deren Bewältigung es zumindest in den Anfangsjahren erhebliche Probleme geben dürfte.

Gerade bei Pferden hat es nun aber der in der Nachkriegszeit vorübergehend sehr stark zurückgegangene Pferdebestand möglicherweise mit sich gebracht, daß es zur Zeit noch einen Mangel an fachlich ausgebildeten Sachverständigen mit den notwendigen praktischen Erfahrungen gibt.

Zwar findet man an jeder deutschen tierärztlichen Hochschule hervorragende Forensiker, diese allein würden aber die Masse der bevorstehenden Arbeit in Zukunft kaum bewältigen können. Andererseits besteht die Gefahr, daß auch zukünftig die Ausbildung von Nachwuchs hinter dem zu erwartenden Mehrbedarf zurückbliebe:

Obwohl es ohnehin nur fünf Hochschulen für Tiermedizin in der Bundesrepublik gibt, ist z.B. an der Universität Hannover 1966 die praktische klinische Ausbildung in Pferdeheilkunde um 75 % gekürzt worden.²

Außerhalb der Universitäten sind die Möglichkeiten der praktischen Erfahrung mit Pferden für den jungen Tierarzt noch sehr viel geringer, wobei allerdings in neuester Zeit mit der zunehmenden Popularität des Reitsports das Angebot an Fortbildungsveranstaltungen zugenommen hat.

¹ Daß dem tierärztlichen Sachverständigen b. Einführung d. röm. Prinzips eine ganz entscheid. Bedeutung zukommen würde u. damit eine gesteigerte Verantwortung, betont a. Löhr, Schlacht- u. ViehhofZ 1974, 415

² Darenius u.a., Svensk. Veterinär. Tidn. 1977, 329 ff

V. Probleme bei der Untersuchung des Tieres

Neben den sehr hohen Anforderungen an die persönliche Qualifikation des tierärztlichen Sachverständigen¹ darf aber nicht verkannt werden, daß auch seine Arbeit, sei es im Rahmen einer Ankaufsuntersuchung oder später im Prozeß, schwieriger als die anderer Sachverständiger sein kann.

Gegenüber technischen Sachverständigen ist der Tierarzt insofern im Nachteil, als er ein Lebewesen zu untersuchen hat, das, ohne nach DIN-Normen ausgerichtet zu sein, eine ausgeprägte Individualität besitzt und ständigem, organischem Wandel unterliegt.

Gegenüber den Humanmediziniern kann er sich in geringerem Maße auf genaue ärztliche Voruntersuchungen, Routineuntersuchungen, Krankenberichte und Befunddokumentationen stützen. Auch erschwert es seine Arbeit im Vergleich zu einem menschlichen Patienten ungemein, daß Tiere weder vor dem Prozeß noch während seiner Dauer über ihre Krankengeschichte Auskunft geben können, ob und welche Beschwerden sie noch haben.

Man darf wohl annehmen, daß das Problem der grundsätzlichen Erkennbarkeit einer Erkrankung, aber auch der Feststellung ihrer Erheblichkeit und ihres Alters² in der Praxis, vor allem für den praktischen Tierarzt, schwieriger ist als gemeinhin angenommen wird, auch wenn in der Literatur manchmal das Gegenteil behauptet wird. Die Tierärzte selbst haben wiederholt darauf hingewiesen.³

¹ Eikmeier, Tierärztl. Praxis 1974, 52

² Dazu z.B. Dobberstein, Monographie (1953) S.7; vgl.a. Ausführungen b. Dehner, a.a.O.; H. Willinger WTM 1971, 379 (f. Schlachtvieh); Pick, SG 1974, 48 ff

³ Vor allem Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 7 ff; vgl.a. die Ausführungen Eikmeiers über die Probleme d. Ankaufsuntersuchung, BMTW 1978, 161 ff sowie Kraft, prakt. Tierarzt 1977, 206 ff; Zeller, prakt. Tierarzt 1972, 488 ff

Diesen Problemen begegnet der Tierarzt aber nicht erst im Prozeß, sondern schon bei der heute, vor allem bei Pferden, immer häufigeren Ankaufsuntersuchung.

Im Gegensatz zum scharf umrissenen Beweisthema, zu dem der Sachverständige im Prozeß gutachtliche Stellung nehmen muß, hat der Tierarzt hier oft nicht über tatsächlich in Erscheinung getretene Fehler zu urteilen, sondern häufiger über nur vermutete oder befürchtete Fehler, wenn er nicht sogar ohne nähere Anhaltspunkte das Tier generell daraufhin zu untersuchen hat, ob es gesund sei. Dies zu attestieren, scheint aber gerade mit fortschreitender Verbesserung des tierärztlichen Instrumentariums, das entsprechend tiefere Einblicke in den Organismus erlaubt, immer unmöglicher.¹

Wie problematisch gerade solche Untersuchungen auf Gesundheit schlechthin sind, wurde schon erwähnt.

Ein anderes Beispiel:

Bei 300 Ankaufsuntersuchungen an der Medizinischen und Gerichtlichen Veterinärklinik in Gießen I wurden bei 75,3% der Pferde Beanstandungen festgestellt, obwohl die Mehrzahl der Pferde ohne irgendeinen Verdacht zur Untersuchung gekommen war und obwohl von 14 auf einer Auktion gekauften Pferden, die obendrein ein Attest des Haustierarztes über das Freisein von gesetzlichen Mängeln hatten und in der Regel vom Auktionstierarzt noch einmal² untersucht worden waren, immerhin bei 9 Pferden³ Kehlkopfpeifen diagnostiziert wurde.

Wenn man bedenkt, daß z.B. zur Feststellung von Herzfehlern Untersuchungen über mehrere Tage hinweg notwendig sind und daß für Urin- und Blutuntersuchungen, Kehlkopfspiegelungen, EKG-Aufzeichnungen usw. aufwendiges Instrumentarium gebraucht wird, so ist wenig wahrscheinlich,

¹ Vgl.a. Eikmeier, BMTW 1978, 163; Zeller, prakt. Tierarzt 1972, 488 ff

² also 64, 29 % dieser Auktionspferde

³ Mayer, prakt. Tierarzt 1977, 172

daß mit zunehmendem Risiko und wirtschaftlichem Aufwand bei der Ankaufsuntersuchung diese Aufgaben vom normalen Tierarzt noch bewältigt werden können.

Gerade dann also, wenn bei Einführung des römischen Prinzips sich die Verkäufer gegen die weitere Haftung aus den §§ 459ff absichern wollen¹, müßten sich die Tierärzte überlegen, ob sie es zukünftig überhaupt noch riskieren wollen, Ankaufsuntersuchungen durchzuführen und Gesundheitszertifikate - ohne Haftungsbegrenzung - auszustellen.

Schon die Ankaufsuntersuchung, soweit sie sich nach geltendem Recht nur auf Hauptmängel bezieht, bereitet den Tierärzte ja manches Problem.²

Zum einen liegt dies daran, daß in der Praxis manchmal der forensische Begriff des Hauptmangels mit einem synonymen klinischen Krankheitsbegriff verwechselt wird, zum anderen daran, daß auch die Definitionen der Hauptmängelliste Schulenstreit nicht verhindern konnten.³

Nicht nur die theoretische Abgrenzung, auch die praktische Diagnose ist schon bei den Hauptmängeln schwierig. So ist es beim derzeitigen Hauptmangel Kehlkopf Pfeifen auch nach gewissenhafter tierärztlicher Untersuchung oft nicht möglich, exakt den Hauptmangel Kehlkopf Pfeifen zu

¹ Bei billigeren Pferden wird allerdings e. gründl. Ankaufsuntersuchung oft zu teuer kommen.

² Zu den forensischen Problemen d. Ankaufsuntersuchung i.a. vgl. vor allem Dobberstein, Der Zerlegungsbefund i.d. gerichtl. Tierheilkunde, a.a.O.

³ Z.B., ob die bei Erlaß der "Kaiserlichen VO." in ihrem ganzen Umfang noch gar nicht bekannte Ferkelgrippe unter den Begriff d. Hauptmangels Schweineeseuche fällt; vgl. dazu Mehrle, DTW 1960, 76 ff; ders. DTW 1960, 499; Glässer, DTW 1960, 269ff; Dehner, DTW 1961; z. Theorienstreit allg. schon Malkmus, Revision d. Hauptmängelliste, a.a.O., S. 154; zu den Unterscheidungsproblemen auch: Eikmeier, prakt. Tierarzt 1977, 188ff; ders. BMTW 1976, 174 ff; ders., Tierärztl. Praxis 1974, 51 ff; ders., prakt. Tierarzt 1977, 165 ff; vgl. a. Andersen, RR 1978, 840; Pick, SG 1974, 48 ff; zu unterschiedl. Ansichten b. Trächtigkeitsprognosen Tillmann, prakt. Tierarzt 1977, 184

diagnostizieren. Mehrere Untersuchungen¹, eventuell noch nach Wochen, sind unter Umständen erforderlich, um eine heilbare Kehlkopfentzündung als Ursache des Atemgeräusches auszuschließen.²

Dieses Problem wird sich bei einer Einführung des römischen Prinzips zwar in gewandelter Form, dafür aber noch häufiger und schwieriger lösbar wieder stellen: bei der Frage der Chronizität und Heilbarkeit, somit der Erheblichkeit des Mangels.

Es gibt auch trotz der heute gebräuchlichen, scharf zeichnenden Röntgengeräte immer noch genügend Grenzfälle - z.B. bei Veränderungen, die auf eine Hufrollenentzündung schließen lassen - die als solche nicht erkannt werden, vor allem dann nicht, wenn andere Untersuchungen³ wegen der verschleiernenden Anwendung von Kortisonpräparaten usw.⁴ keinen Befund ergeben.

Bei einem gedopten Pferd kann auch ein erfahrener Tierarzt die Krankheitszeichen häufig nicht erkennen⁵.

Selbst wenn Röntgenaufnahmen anlässlich einer Kaufuntersuchung bestehende Veränderungen erkennbar machen⁶, so wird diesen häufig keine besondere Bedeutung beigemessen, wenn andere Diagnostika, vor allem die üblichen Gliedmaßenbeuge- und Streckproben, keinen Verdacht ergeben.

¹ Vor allem: Zeller, prakt. Tierarzt 1972, 488; Vgl. a. Zeller, prakt. Tierarzt 1977, 186 (zu Herzkrankheiten)

² Ende, RR 1971, 650; hierzu u. allg. zu Hauptmängeln a. ders., RR 1975, 1278

³ Z.B. Beugeproben d. Gliedmaßen

⁴ Dazu z.B. Cronau, RR 1977, 636; o. Verf., RR 1978, 917; RR 1978, 20; Ende, RR 1975, 694; Eikmeier, prakt. Tierarzt 1977, 188; Jeffcott u.a., Equ. Vet. J. 1977, 105 ff; Evans, Equ. Vet. J. 1977, 76; Clarke u. Moss, Equ. Vet. J. 1977, 27 ff; dieselben ebd., S.53 ff m.w.V.; Zeller, prakt. Tierarzt 1972, 491

⁵ Ende, RR 1975, 694

⁶ Vgl. a. Keller, prakt. Tierarzt 1972, 492 ff; interessant a. Fischerleitner, WTM 1976, 268

Nicht umsonst haben deswegen gerade in neuerer Zeit viele Autoren auf die besonderen Schwierigkeiten hingewiesen, denen vor allem der Praktiker im Rahmen der Ankaufsuntersuchung auf Hauptmängel begegnet.¹

Bei einer Einführung des römischen Prinzips würde über die Hauptmängel hinaus die Gewährleistungspflicht des Verkäufers eine Unzahl anderer Erkrankungen und sonstiger Mängel umfassen. Viele von ihnen sind nur schwer zu diagnostizieren, bedürfen umfangreicher Erfahrung und vielleicht mehrerer Untersuchungsgänge.²

Es ist deswegen wahrscheinlich, daß, wenn schon jetzt über den Umfang der Ankaufsuntersuchungen sehr unterschiedliche Auffassungen bestehen, die Probleme für den Tierarzt wie für die Vertragsparteien, die sich vor dem Kauf absichern wollen, noch erheblich größer würden, umso mehr, als es anerkannte Regeln der Ankaufsuntersuchung bislang allenfalls für die Hauptmängel gibt.³

Auch im Prozeß stellen sich dem Forensiker schon heute genug Probleme, die, wenn sie nicht eindeutig geklärt werden können, immer zu Lasten der betroffenen Parteien, beim römischen Prinzip vor allem zu Lasten des Käufers gehen.

¹ Generell Dobberstein, Der Zerlegungsbefund, a.a.O.; vor allem a. Zeller, prakt. Tierarzt 1972, 488; Kraft, prakt. Tierarzt 1977, 206 ff sowie die oben, S. , Fußn. Genannten

² z.B. bei der Späterkrankung; vgl. Dietz, Mill u. Richter, Mhefte Tierheilk. 1969/70, 579 ff; b. Herzerkrankungen d. Pferdes: Zeller, prakt. Tierarzt 1977, 187; neue u. schwer diagnostizierbare Krankheiten v. Rindern u. Schweinen aus fleischbeschaul. Sicht d. Pathologen hat Köhler, a.a.O., besprochen; parasitolog. Probleme Supperer, a.a.O.; bakteriolog. Probleme Willinger, a.a.O.; vgl.a. Oeppert, RR 1987, 559 (Kehlkopf-pfeifen)

³ So Eikmeier, prakt. Tierarzt 1977, 165

Problematisch wird es hier schon bei der Konstatierung des Fehlers. Vor allem bei inneren Krankheiten, z.B. der Tuberkulose, wird häufig eine sichere Diagnosestellung, wenn überhaupt, erst durch die Sektion des Tieres möglich.¹ Eine Sektion wird aber möglicherweise durch das Tierschutzgesetz verboten sein, wenn es sich nur um einen für den Vertragszweck nicht aber für die allgemeine Arbeitstüchtigkeit und Verwendungsfähigkeit des Tieres erheblichen Mangel handelt.

Hinzu kommt, daß an die Sicherheit der Diagnose in der forensischen Tiermedizin wesentlich höhere Anforderungen als an die der klinischen Veterinärmedizin gestellt werden müssen. Eine klinische Fehldiagnose wird bei weiterer Beobachtung des Tieres meist als solche erkannt und führt zu einer Abänderung der Therapie, wogegen sich die Folgen einer forensischen Fehldiagnose, wenn das Urteil erst einmal verkündet ist, kaum noch korrigieren lassen.

Neben der Frage, wie zuverlässig heutzutage überhaupt Krankheiten mit der Sicherheit diagnostiziert werden können, wie sie nicht nur die klinische Praxis, sondern vor allem auch der Richter benötigt, macht es beim römischen Prinzip auch heute noch große Schwierigkeiten, die Erheblichkeit und vor allem das Alter eines Mangels zu bestimmen. Darauf kann aber wegen des Nachweises, daß der gerügte Mangel bereits im Zeitpunkt der Übergabe vorhanden gewesen sei, nicht verzichtet werden.

¹ Dobberstein, BMW 1938, 653ff; zu d. grundsätzl. Schwierigkeiten bei d. Erkennung v. Tiermängeln vgl.a. Köhler, WTM 1971, 118 ff

Schon die Erheblichkeit sicher zu bejahen, wird manchmal nicht möglich sein. So gibt es z.B. Lahmheiten beim Pferd, die nach mehrtägiger Ruhigstellung des Pferdes mit oder ohne Behandlung völlig verschwinden und als geheilt erscheinen, dann aber wieder auftreten und sich so über Monate und Jahre hinwegziehen.¹

Auch wird gerade beim Pferdehandel die Frage, ob eines restitutio ad integrum möglich sei, wegen der gewandelten Haltung des Pferdes als Luxuspferd eine immer größere Bedeutung erhalten, weil, was bei einem Arbeitspferd noch als ein befriedigender und ausreichender therapeutischer Erfolg angesehen werden kann, bei einem Sportpferd unter Umständen völlige Unbrauchbarkeit bedeutet.²

Gerade dann, wenn man den beabsichtigten Gebrauchszweck berücksichtigt, wird es sehr häufig Schwierigkeiten bei der Beurteilung der Erheblichkeit geben.³ Vor allem die Frage, ob Anlage oder Disposition als Keim der Krankheit bezeichnet werden dürfen, ist dabei äußerst problematisch.⁴

Fehler im Sinne von § 492 sind zwar, wie sonst auch, alle Abweichungen von der normalen oder der nach dem Inhalt des Vertrages vorausgesetzten Beschaffenheit der Kaufsache, soweit sie deren Wert oder Tauglichkeit erheblich mindern. Anders aber als bei standardisierten und technisierten Produkten muß dieser Fehlerbegriff beim Tier naturgemäß sehr relativ bleiben:

Was ist die normale Beschaffenheit eines Tieres ? Abgesehen von einer normalen Bandbreite physiologischer Daten⁵ können Mängel oder Krankheiten vorübergehend sein

¹ Müller, prakt. Tierarzt 1972, 478

² ders., S. 478 u. 482; vgl.a. dessen Ausführungen zu d. bes. Schwierigkeiten bei d. Diagnostizierung anderer orthopäd. Krankheiten

³ Leppert, prakt. Tierarzt 1977, 197

⁴ Leppert, a.a.O.

⁵ Bestimmte Herzarrythmien können, obwohl an sich nicht normal, bei trainierten Sportpferden durchaus harmlos, verbreitet und insofern normal sein; vgl.a. Ende, RR 1979, 150

und, anders als etwa beim Auto, durch die "vis geriatrica naturae" auch wieder von selbst verschwinden. Hat ein Pferd das hustet, einen erheblichen Fehler? Wohl kaum, wenn man davon ausgeht, daß diese Erkrankung in der Regel binnen kurzer Zeit geheilt werden kann. Was aber, wenn sich daraus nach Wochen oder Monaten eine chronische Bronchitis oder unheilbare Dämpfigkeit entwickelt?

Bei der Frage, ob ein bestimmtes Reitpferd fehlerhaft ist, muß man berücksichtigen, daß zwei an und für sich völlig fehlerfreie Pferde trotz gleicher Größe, gleichem Alter und gleicher Abstammung einen ganz verschiedenen Marktwert haben können. Hinzu kommen nämlich noch weitere, mehr oder weniger schwer meßbare Faktoren wie Körperbau, Konstitution¹, Stärke und Stellung der Beine, Größe des Hufs und Dicke der Hufwandung, Form des Rückens, Ausbildung der Rippenpartie und der Flanken, Verteilung der Muskulatur, Verhältnis der einzelnen Gliedmaßenabschnitte, Gangart, Temperament usw.

Wenn solche Unterschiede des Körperbaus auch noch so sehr den Wert beeinflussen, so gelten in diesem Sinne unvollkommene Pferde deswegen doch noch nicht als fehlerhaft. Es hängen bei Pferden Wert und Leistungsfähigkeit auch davon ab, in welchem Grad die Gliedmaßen abgenutzt, die Gelenke, vielleicht sogar röntgenologisch nachweisbar, verdickt sind oder die Bewegung steif ist. Aber auch solche Tiere gelten erst dann als fehlerhaft, wenn sich neben der Abnutzung als solcher eine zumindest nicht leicht heilbare Lahmheit herausgebildet hat.²

Manche Krankheiten, Abnormitäten und Untugenden schließlich gelten im Handel nur dann als Fehler, wenn sie relativ weit entwickelt sind, sich nur schwer heilen lassen oder erhebliche Komplikationen verursachen.³

¹ "Blut"

² Dieckerhoff, Lehrbuch, S. 418ff; vgl.a. Fröhner-N.-K.-Dobberstein, S.119 ff

³ Ganz unterschiedlich zu bewerten sind also z.B. Bronchitis, Kararrh, Gastritis, Kolik, Hahnenstritt, Streifen, Koppen, Zungenschleppen etc.

Es hängt somit vieles von einer nicht zu objektivierenden Ermessensfrage ab¹, was weder den Vertragsparteien sonderlich hilft, noch dem untersuchenden Sachverständigen angenehm sein kann.

Andere Krankheiten, wie z.B. Husten, Herzarhythmien usw. brauchen zwar zum Zeitpunkt der Untersuchung die Leistungsfähigkeit in keiner Weise zu beeinträchtigen, möglicherweise tun sie es aber später.² Die Konstatierung einer bloß möglicherweise zu erwartenden Leistungsminderung hilft jedoch wenig, wenn der Käufer auf eine sichere Prognose noch vor Ablauf der Verjährungsfrist angewiesen ist und der Richter später im Prozeß ebenfalls nur eine sichere Prognose als Urteilsgrundlage verwerten kann.

Mit der Alterbestimmung ist es ähnlich. Mit einiger Sicherheit kann wohl nur behauptet werden, daß die Veterinärmedizin heute in der Lage sei, für einzelne Krankheiten, vor allem für infektiöse und parasitäre Krankheiten, Mindestfristen - aber kaum mehr als dies - anzugeben, innerhalb derer sie nicht entstehen können.³

Die wichtigsten und am häufigsten zu Streitigkeiten Anlaß gebenden Mängel der Pferde, die chronischen Erkrankungen des Bewegungs- und Atmungsapparates, machen schon jetzt bei einer Verjährungsfrist von nur 6 Wochen eine sichere Altersbestimmung sehr schwer. Eine Verlängerung der Frist auf 6 Monate würde diese Schwierigkeiten schier unlösbar machen.⁴

Auch in diesem Falle müßte wieder gelten, daß eine Sektion, selbst wenn sie weiteren Aufschluß bringen könnte, nicht ultima ratio sein darf; schon allein deswegen

¹ Vgl. a. Andersen, RR 1978, 840

² Dobberstein, Monographie (1953) S.7; vgl. a. Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 8 f

³ Dehner, passim

⁴ Dehner, passim, S.12

nicht, weil zwei Vertragspartner einen Vertrag über ein lebendes Tier geschlossen haben, also auch nur ein lebendes Tier den Vertragszweck erfüllen kann. Es steht weder dem Sachverständigen noch dem Richter zu, nur um Schwierigkeiten aus dem Wege zu gehen, faktisch dadurch die Aufhebung des Vertrages herbeizuführen, daß der Vertragsgegenstand vernichtet oder umgewandelt wird.¹ So betrachtet, wird ein verantwortungsbewußter Sachverständiger möglicherweise zu dem Urteil kommen, daß selbst bei einer kurzen Verjährungsfrist und bei wenigen Hauptmängeln nach 4 - 6 Wochen nur noch selten festgestellt werden könne, ob der Mangel bereits zur Zeit des Gefahrüberganges vorhanden war.²

Die Angabe von Mindestzeiten der Entwicklung hilft nichts, da ja bewiesen werden soll, daß der betreffende Fehler zu einem ganz bestimmten Zeitpunkt vorhanden war. Ob es sich nun aber um Tuberkulose, Räude, Schweineseuche, organische Erkrankungen des Herzens, der Lunge, der Nieren, um Infektionskrankheiten oder um Lahmheiten handelt, stets läßt sich dies wohl schon nach 4 - 6 Wochen kaum noch forensisch sicher feststellen.

Bei vielen chirurgischen Leiden gilt das gleiche. Selbst wenn man in diesen Fällen das Streitobjekt töten und untersuchen ließe, so könnte auch der Pathologe oder Histologe im Einzelfall oft nicht mehr mit letzter Sicherheit feststellen, wie alt eine Veränderung ist. Er kann wie der Kliniker häufig nur Mindestfristen angeben. Es kommt hinzu, daß der pathologisch-anatomische Befund nicht immer dem Grad der Funktionsstörung zu Lebzeiten des Tieres entspricht. Dies gilt vor allem für den wohl häufigsten Anlaß zu Pferdekaufstreitigkeiten, die Lahmheiten.

¹ Dehner, passim, S. 8

² Dehner, passim, S. 12

Aus solchen Unsicherheiten folgt zwangsläufig eine entsprechend hohe Gefahr von Fehlurteilen¹, die umso größer wird, je länger der Zeitraum zwischen Gefahrübergang und Untersuchung durch den Sachverständigen im Prozeß ist. Daraus folgt auch, daß eine lange Verjährungsfrist sich wegen der dem Käufer obliegenden Beweislast eher käuferfeindlich auswirkt.

F. GEEIGNETES PRINZIP ?

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich, daß Leitgedanke aller Reformbestrebungen nicht so sehr die Überlegung sein sollte, ob man sich nun für das germanische oder für das römische, das gemischte, das amerikanische oder für ein anderes Prinzip entscheidet, daß innerhalb eines Prinzips der Gesetzgeber auch nicht gezwungen ist, alte Grundsätze unverändert beizubehalten, sondern daß es über allem Prinzipienstreit vor allem um eine den Interessen der Beteiligten gerechte, also um eine praktikable Regelung gehen muß.

Eine Reform sollte berücksichtigen:

- die meist lange Dauer und die hohen Kosten eines Viehwährschafftsprozesses
- die Interessen der Landwirtschaft und des Viehhandels bei der Preisbildung für die zu verkaufenden Tiere und an der schnellen Regulierung etwaiger Störungen.
- die ebenso hohe Schutzbedürftigkeit der verkaufenden Landwirtschaft wie die Schutzwürdigkeit der kaufenden Schlacht- und fleischverarbeitenden Betriebe.

¹ Dehner, passim, S. 12; vgl. a. Neumann-Kleinpaul, BTW 1932, 370

- speziell für den Pferdehandel: die nicht seltene Übervorteilung des Pferdekäufers ebenso wie den Schutz des Verkäufers vor Überziehung mit unberechtigten Mängelrügen des von Kaufreue befallenen Erwerbers
- die Erfahrung, daß bei Viehprozessen eine betrügerische Handlung auf der Käufer- oder Verkäuferseite in den meisten Fällen nicht nachweisbar sein wird

Der Vieh- und Pferdehandel ist eine Materie von solcher Eigenart und Vielfältigkeit, daß ernsthafte Zweifel berechtigt sind, ob es wirklich sinnvoll wäre, das Viehwährschaftsrecht in das allgemeine Gewährleistungsrecht hineinzuziehen.

Forderungen nach Käufer- oder Verkäuferschutz müssen, wie gezeigt wurde, notwendig pauschal bleiben. Daher erscheint es für die Reform des Tierkaufrechts wichtiger, Konflikte, wenn schon ihre Entstehung nicht verhindert werden kann, im Interesse der Sicherheit und Leichtigkeit des Viehhandels möglichst schnell beizulegen. Viehhandelsprozesse sind für das Funktionieren des Viehhandels lästig, ihre Häufung sollte deshalb nicht vom Gesetz begünstigt werden.

Geringe Beschränkungen ihrer Klagebefugnis können den Parteien umso mehr zugemutet werden, als jedem Vertragspartei schon bei Vertragsschluß klar sein muß, daß er ein von der Natur der Sache her besonders risikobehaftetes Geschäft abschließt.

All diese Forderungen zu erfüllen, ist das System der gesetzlichen Hauptmängelhaftung wohl wirklich ungeeignet. Zwar hätte es in der Vergangenheit sicherlich besser funktioniert, wenn der Gesetzgeber so flexibel reagiert hätte, wie es bei Schaffung des Gesetzes geplant war.

Unser Nachbar Frankreich handelte jedenfalls in der

Vergangenheit, vielleicht lag es am gallischen Esprit, schneller, als man es hierzulande verantworten zu können glaubte.¹

In Deutschland war wegen der politisch verschiedenen Länderinteressen allerdings auch ein Bremsklotz, daß eine Änderung der Liste nur durch Bundesratsverordnung und nicht durch Verordnung des Bundesjustizministeriums² möglich ist.

Andererseits haben die langjährigen Reformversuche der Tiermediziner in Zusammenarbeit mit dem Bundesernährungsministerium wohl gezeigt, daß auch nach Überarbeitung der Kaiserlichen Verordnung eine Gesetzgebung nach deutschrechtlichem Prinzip immer von solch nachteiligen Kompromissen behaftet wäre, daß es eigentlich möglich sein müßte, noch etwas besseres zu finden.

Vor allem für Schlachtvieh scheint das deutsche Prinzip deswegen ungeeignet, weil das geschlachtete Tier sich, von seiner leichten Verderblichkeit vielleicht abgesehen, nicht mehr von anderen Sachen unterscheidet. Von lebenden Tieren unterscheidet sich Schlachtvieh auch dadurch, daß es meist bald nach Gefahrübergang geschlachtet wird, wodurch kaum noch die Gefahr von plötzlichen Veränderungen besteht. Außerdem unterliegt das Fleisch ausnahmslos einer Beurteilung und Untersuchung nach den Bestimmungen des Fleischbeschaugesetzes, so daß sich eindeutig ergibt, ob im Einzelfall das Untersuchungsobjekt mit einem erheblichen und bisher verborgenen Fehler behaftet ist.²

¹ In Frankreich wurde die Liste ja schon wiederholt geändert.

² u.U. im Einvernehmen mit dem BMELF

³ Vgl. Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 33

Lehnt man das deutschrechtliche Prinzip auch für andere Tiere ab – es gibt nach wie vor genug Gründe dafür wie dagegen ! – so liegt der Vorschlag nahe, eine Verbindung des römischen mit dem germanischen Prinzip zu versuchen. Dies ist eine scheinbar salomonische Entscheidung und wurde deshalb in der Vergangenheit auch von den Reformkommissionen erwogen. Man müßte allerdings auch hier wieder mit der Liste leben.

Der Gesetzgeber würde sich jedoch schon allein deswegen nicht für das gemischte Prinzip entscheiden können, weil ihm, nachdem die Wissenschaft auch die von Dehner als Diskussionsgrundlage erarbeitete Liste nicht akzeptieren konnte, die deutschen Tierärzte eine solche Liste auch in Zukunft nicht ausarbeiten würden.

Es kann deshalb letztlich dahinstehen, ob eine Reformierung der Liste nicht vielleicht doch möglich gewesen wäre. Immerhin war eine gewisse Unlust der deutschen Tierärzte, die sich als Naturwissenschaftler nicht mit einer bloßen Durchschnittsrichtigkeit begnügen wollten, denen das System subjektiv nicht gefiel und die sich außerdem vernachlässigt fühlten, nicht zu übersehen:

"Die "Kaiserliche Verordnung von 1899" kann man nicht mehr flicken. Werft das Scheusal in die Wolfsschlucht !" ¹

Einige Zweifel werden bleiben. Immerhin war es Dehner gelungen, wenigstens für das Modell eines gemischten Prinzips eine reformierte Liste zu erarbeiten.

Der Tierärzteschaft Österreichs, wo die Liste erst 1972 geändert wurde, ist es ebenfalls gelungen, eine neue Liste aufzustellen, deren Trefferquote mit größer als 80 % angegeben wird. ² Das ist angesichts dessen, was man an Einfachheit und Praktikabilität des Gesetzes erhält, sicherlich nicht wenig.

¹ Fröhner, zit. nach Mehrle, TU 1961, 259

² Köhler, WTM 1973, 1 ff

Was am römischrechtlichen Prinzip nicht gefällt, ist folgendes:

Gemäß § 459 BGB wäre dann Maßstab auch für die Fehlerhaftigkeit eines Tieres der Wert oder die Tauglichkeit nach dem gewöhnlichen oder dem im Vertrag vorausgesetzten Gebrauch. Diese Definition ist aber nicht nur für die Forensiker problematisch sondern auch deswegen, weil die Vertragsparteien gerade beim Viehkauf oft unterschiedliche Wertvorstellungen haben und weil durch diese Mängeldefinition jetzt möglicherweise Eigenschaften des verkauften Tieres relevant werden könnten, die bisher vernünftigerweise nur im Rahmen einer ausdrücklichen, vertraglichen Zusicherung bedeutsam waren.¹

Was aber ist der gewöhnliche Wert eines Pferdes ? Welche Anforderungen können an seine gewöhnliche Tauglichkeit gestellt werden ?

Bei anderen Waren würde eine Antwort darauf kaum diesselben Schwierigkeiten machen. Im Vieh- und Pferdehandel dagegen hängt die Beantwortung letztlich immer von dem vertraglich vereinbarten Gebrauchszweck ab. Entscheidend ist also, ob das Tier als Arbeitspferd oder als Reitpferd gekauft ist; im letzteren Fall, ob der Käufer es nur für gelegentliche Ausritte verwenden will, ob das Pferd vielleicht sogar auf Turniere gehen soll, ob es dort als Spring- oder Dressurpferd oder zu beiden Verwendungsarten eingesetzt werden soll, welche nähere Ausbildung vorausgesetzt wird (z.B.: A-, L-, M-, S- oder SB-Kategorie), welche besonderen charakterlichen Eigenschaften als selbstverständlich vorausgesetzt werden oder vertraglich zugesichert sein sollen.

Bei einer schriftlichen Fixierung des Vertrages würde diese Frage weniger Schwierigkeiten bereiten. Deswegen gingen frühere Entwürfe auch von der Schriftformerfordernis aus. Da jedoch die geringe Neigung zu schriftlichen

¹ Leppert, prakt. Tierarzt 1977, 194 ff

Vertragsabschlüssen im Viehhandel sich auch in Zukunft ohne gesetzlichen Zwang schwerlich ändern dürfte, wird die Frage der Fehlerhaftigkeit überwiegend von einer Interpretation der mündlichen Vertragsverhandlungen abhängen.

Die Erforschung des mündlich geäußerten Parteiwillens wird aber dadurch besonders erschwert, daß die Vertragsparteien im Viehhandel mündliche Vereinbarungen nicht so sehr deswegen bevorzugen, weil es ihnen weniger Umstände machte - immerhin nehmen Käufer und Verkäufer ja auch Mühen und Zeit auf sich, über oft weite Strecken bis zum Vertragspartner zu fahren - sondern weil sie es vorziehen, sich nicht konkret auszudrücken, wohl wissend, daß nicht alles, was beim Kaufabschluß so hin und her geredet wird, ernst gemeint sei.

Gerade diese Mentalität aber, die dazu neigt, bei Vertragsverhandlungen wenig konkret zu bleiben, wäre bei einer generellen, ausnahmslosen Haftung nach den §§ 459 ff eine reiche Quelle langwieriger Prozesse mit unsicherem Ausgang. Läßt sich nämlich nicht sicher bestimmen, was vertraglich vereinbart worden ist, dann wird später im Prozeß auch der tierärztliche Sachverständige nicht helfen können.

Beim Schlachtviehhandel kommt hinzu, daß das Tier in der Regel bereits geschlachtet sein wird und die besonders leichte Verderblichkeit der Ware Fleisch eine rasche Beilegung entstandener Streitigkeiten dringend erfordert.

Für den Schlachtviehhandel, dessen Handelsobjekt sich weder dem sonstigen Tierkaufrecht noch dem Recht der Gewährleistung zuordnen läßt, sollte man ohnehin überlegen, ob der Gesetzgeber, falls er das Viehwährschaftsrecht tatsächlich im Sinne des Referentenentwurfs abändert, nicht wenigstens hier die Gewährleistung völlig von der vertraglichen Vereinbarung abhängen lassen sollte.

Trennt man nicht zwischen Schlachtvieh und anderem Vieh, so besteht die Gefahr von ständigen Konflikten zwischen den Interessen der Landwirte und denen der Metzger, weil die Schäden am Schlachtvieh in der Regel anders bewertet werden als die bei Nutz- und Zuchtvieh.

Zumindest sollte man vom Gesetzgeber, will er es bei der Regelung des Entwurfs belassen, für den Schlachtviehhandel ergänzende Vorschriften insofern fordern, als dann wohl wirklich eine obligatorische Versicherungspflicht¹, wie sie heute schon in Bayern besteht², im ganzen Bundesgebiet eingeführt werden müßte.

Nur so wäre die für den Handel fast unerträgliche Belastung mit den Risiken der erweiterten Haftung, die durch die neu gefaßten "AB.A" und die hierdurch drohenden Rückstandsschäden noch vergrößert wurden, über die Verteilung der Prämienbelastung auf alle beteiligten Wirtschaftskreise umlegbar.

¹ Zur Tierversicherung allg. Löhr, Colleg. vet. 1975, 66 ff; ders., DTW 1974, 494 ff; ders., Schlachten u. Vermarkten 1976, 413 ff; Pohlchristoph, SVZ 1973, 205 ff u. 251 ff; Straeten, prakt. Tierarzt 1977, 274 ff; ders., RR 1978, 550

² Durch die Bayerische Versicherungskammer, einer öffentlich-rechtl. Anstalt

³ Sog. Ausführungsbestimmungen "A" z. FleischschauG

Das Schriftformerfordernis wäre aus folgendem gerechtfertigt:

Beim Kauf sonstiger Sachen steht der Umfang der Mängelhaftung im allgemeinen fest. Der Verkäufer steht für die im Verkehr üblichen Eigenschaften ein, die - jedenfalls wesentlich häufiger - objektiv bestimmbar sind, so daß sich die gesetzliche Regelung hier eher mit der Verkehrsanschauung über die Brauchbarkeit der Sache deckt. Soll abweichend davon eine über die normale Beschaffenheit hinausgehende Eigenschaft vereinbart oder eine solche Eigenschaft ausgeschlossen sein, so wird auch dies in der Regel deutlich erklärt.

Ganz anders beim Viehkauf. Hier stellt der Verkehr an ein und dasselbe Tier je nach dem beabsichtigten Verwendungszweck bei dem einen oder anderen Käufer ganz unterschiedliche Ansprüche. Gerade aus diesem Grund besteht hier ja auch die bekannte Gewohnheit, so vieles über Güte und Eigenschaften des Tieres hin und her zu reden.

Dem Schriftformerfordernis wird man kaum entgegenhalten können, daß es dem Rechtsbewußtsein des Bürgers fremd sei. Dieses Argument hinderte den Gesetzgeber auch auf anderen Gebieten nicht, einen schriftlichen Vertrag vorzuschreiben, wenn es der Rechtssicherheit diene.

Außerdem glaubt gerade der Rechtsunkundige häufig, daß nur das Schwarz auf Weiß Geschriebene Gültigkeit beanspruchen könne.

Zumindest im Pferdehandel kann es selbst dann, wenn der Gebrauchszweck feststeht, noch zu Schwierigkeiten kommen.¹ Ein nur zum Spazierenreiten gekauftes, billiges Pferd muß in mancher Hinsicht vielleicht höheren Ansprüchen genügen als ein Turnierpferd, das von einem jungen, sportlich versierten Reiter geritten wird.

¹ Vgl. Leppert, prakt. Tierarzt 1977, 194 ff

Wenn es von einem älteren Reiter im Gelände geritten werden soll, muß es optimal gesund sein und darf, damit die Sicherheit dieses älteren Reiters nicht gefährdet ist, keine Unarten oder Gangunsicherheiten, wie falsche Lahmheiten oder kurzen Tritt o.ä. haben. Auch Reitvereine, die nur 3'000,- DM für ein Pferd ausgeben können, fordern langjährig einsetzbare, vielseitig verwendbare Reitpferde, und einem "billigen" Voltigierpferd sollen später, nach einer langen und kostspieligen Ausbildung, kleine Kinder anvertraut werden.¹

Was die Anzeigepflicht nach § 485 des Referentenentwurfs betrifft, so lag es vordergründig nahe, diese als Korrektiv für das den Verkäufer nach den §§ 459ff treffende, große Haftungsrisiko zu statuieren. Es ist tatsächlich sinnvoll, daß der Verkäufer wenigstens dazu verpflichtet sein soll, das Tier unverzüglich nach der Ablieferung auf äußerlich erkennbare Mängel zu untersuchen. Das Problem liegt aber darin, daß die Statuierung einer solchen Pflicht ohne entsprechende Sanktionierung im Falle ihrer Verletzung keinen Sinn hätte.

Da der Käufer nach dem römischrechtlichen Prinzip aber keine zu seinen Gunsten getroffene, die Beweislast regelnde Rechtsvermutung für sich hat, die man ihm entziehen könnte, kommt als Sanktion für die Verletzung der Anzeigepflicht² nur der totale Verlust des Gewährleistungsanspruchs in Frage (§ 485 RefE). Eine solche Rechtsfolge ist drakonisch. In der Praxis würde sich die Anzeigepflicht wahrscheinlich mindestens ebenso sehr wie die jetzt so kritisierten deutschrechtlichen Bestimmungen als "Rechtsverweigerungsvorschrift"³ auswirken, da sie dem Rechtsbewußtsein des Handels, vor allem dem des Durchschnittsbürgers, um nichts weniger fremd wäre.

¹ Vgl. Leppert, passim

² anders als im österreichischen Recht

³ ...cum grano salis

Zwar besteht auch nach geltendem Recht eine Anzeigepflicht des Verkäufers (§ 485). Hier ist aber die Anzeige noch rechtzeitig, wenn sie bis zum Ablauf der Gewährsfrist, in der Regel also innerhalb von 14 Tagen, an den Verkäufer abgesendet worden ist. Die dem § 377 HGB nachgebildete Pflicht des § 485 des Entwurfs bestand ja bisher auch für den Kaufmann gerade nicht. Im übrigen werden die schon jetzt absehbaren Unsicherheiten - auch wegen des Erfordernisses der Unverzüglichkeit und der Frage, was sich für den Käufer als äußerlich erkennbarer Mangel darstelle und ab wann der Mangel äußerlich erkennbar gewesen sei¹ - viele Anreize für prozessuale Schikane bieten.²

So sehr auch eine sofortige Anzeige- und Rügepflicht im sonstigen kaufmännischen Geschäftsverkehr angezeigt sein mag, so wenig ist sie beim Viehhandel sinnvoll. Die Zeitpunkte, wann der Mangel aufgetreten ist und wann er erkannt werden konnte, lassen sich bei vielen Mängel im Rahmen einer sofortigen Untersuchung eben gerade nicht erkennen. Somit werden die meisten Mängel dem Erwerber zunächst verborgen sein. Wenn sich aber schon dieser Zeitpunkt, ab dem der Mangel im konkreten Fall erkannt werden konnte, nicht sicher bestimmen läßt, so wird man auch nicht beantworten können, ob die Anzeige rechtzeitig erfolgt sei.³

¹ Wichtig bei vielen Krankheiten, die auch in ihrer äußeren Erscheinung einem ständigen, unberechenbaren Wandel unterliegen

² Weitere Argumente gegen die Anzeigepflicht finden sich in den Motiven, S. 145, 256, 261; zu der Frage, wie bestimmt die Anzeige nach § 377 HGB sein müsse vgl. BGH Betrieb 1978, 1975; BGH VIII ZR 91/75 zit. in Blick durch d. Wirtsch. v. 26.7.78; dazu, daß Anzeigepflicht zu vielen Streitigkeiten Anlaß gibt vgl. gutachtl. ÄuB. S. 174; Motive, S. 254

³ Schon geringe Lässigkeit macht die Rüge u.U. verspätet: RG 106, 360 (zu § 377 HGB)

Im übrigen droht vor allem im Schlachtviehhandel, der auf besonders schnelle Geschäftsabwicklung angewiesen ist, die Gefahr, daß der Käufer die Anzeige und die daran anschließende lange Verjährungsfrist dazu mißbraucht, den Verkäufer, z.B. um den Preis zu drücken, mit unberechtigten Mängelrügen zu überziehen. Der Verkäufer wäre dann 6 Monate lang im Ungewissen, ob es der Käufer mit der Rüge nun ernst meint oder nicht.¹

Da sich im Viehhandel mit seinen Massengeschäften eine dem § 377 HGB entsprechende Pflicht zur unverzüglichen Anzeige - was letztlich auf die Pflicht zur genauen Untersuchung des Tieres, eventuell sogar durch einen Tierarzt, hinausläuft - als für viele Händler undurchführbar erweisen würde, hätte die Regelung in vielen Fällen praktisch einen völligen Haftungsausschluß zur Folge.

Auf die Statuierung einer Anzeigepflicht könnte schließlich auch deswegen verzichtet werden, weil die römischrechtliche Beweislastregelung ohnehin dazu führt, daß dem Käufer, wenn er die Anzeige unterläßt oder eine, wenn möglich kurze Verjährungsfrist nicht einhält, sein Recht meist auch so verloren ginge. Jedenfalls wird eine unterlassene Anzeige regelmäßig nur dem Käufer, nicht dem Verkäufer Nachteile bringen, da die Beweislast dafür, daß der Mangel schon zur Zeit des Gefahrüberganges vorhanden war, im Lauf der Zeit für den Käufer immer schwieriger wird. Daß bei unterlassener Anzeige teilweise auch dem Verkäufer die Möglichkeit genommen wird, sich rechtzeitig Beweismaterial zu sichern, fällt deswegen nicht so sehr ins Gewicht, weil ja nicht ihn sondern den Käufer die Beweislast trifft.

Hieraus wird deutlich, daß eine lange Verjährungsfrist im Viehhandel kaum dem Käuferschutz dienen kann.

¹ Vgl. aber Hamelbeck, JR 1930, 130 u. Stölzle, JW 1930, 243 (zu den Folgen e. unbegründeten Mängelanzeige)

Der jetzige Referentenentwurf ist anderer Meinung: .

"Die Aufgabe der bisherigen kurzen Verjährungsfrist, die vor allem zur Vermeidung möglicher Beweisschwierigkeiten dienen sollte, wird dadurch gerechtfertigt, daß nach dem heutigen Stand der Veterinärmedizin typische wirtschaftlich bedeutsame Mängel auch innerhalb des normalen Zeitraums von 6 Monaten eindeutig auf den Zeitpunkt der Übergabe zurückdatiert werden können..."

Diese Behauptung erstaunt, weil sich in der Literatur bisher kaum eine Belegstelle dafür finden läßt. Im Gegenteil haben sämtliche Vorentwürfe² und alle in der juristischen und veterinärmedizinischen Literatur vertretenen Ansichten die Einführung des römischrechtlichen Prinzips stets unter der selbstverständlichen Prämisse einer möglichst kurzen Verjährungsfrist befürwortet.³

Wenn der Referentenentwurf nun auch die Minderung im Viehwährschaftsrecht vorsieht, so tut er dies offensichtlich auf einen alten Wunsch der Veterinärmediziner hin. In der Praxis sind die Meinungen eher geteilt. Die Schöpfer des BGB hatten die Minderung im Viehwährschaftsrecht deswegen nicht zugelassen, weil sie fürchteten, wegen der Gefahr eines Mißbrauchs, aber auch wegen der Schwierigkeiten der Schätzung lebender Tiere könnten große praktische Unzuträglichkeiten entstehen.

¹ Az. 3430/9 - 1 - 11027/78 v. 8. Juni 1978, S.7

² Z.B. Entwurf v. 26.4.1967 (Az. IIC4-2843-185/65)

³ Czwalina, DTW 1960, 282; Dobberstein, DTW 1960, 282; Baum, DTW 1911, 117; Dieckerhoff, Kgl. Landwirtsch. Koll., a.a.O., S.267; Hoffmann, Arch. prakt. Rechtsw. 1857, 177 ff; v. Arnim-Criewen, Kgl. Landw. Koll., a.a.O., S. 143; Danckelmann, ebd., S. 157 m.w.V.; Prot. I, S. 699; Mot. II, S. 261; Neumann-Kleinpaul, BTW 1932, 369; Zusammenstellg. gutachtl. Äuß., S.187 ff; beachtenswert a. die Regelungen im Ausland: in der DDR sind es nach der AO v. 15.12.1973 8 Wochen, in Österreich 6 Wochen; vgl. in neuerer Zeit: Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 23 ff; Dobberstein, Monographie (1953) S. 13; Eikmeier, BMTW 1978, 162f; Beschlußprotokoll d. Kommission "Pferdekauf" (unveröfftl.) v. 9.2.78, wo festgestellt wird, daß die käuferfeindl. Elemente bei dieser Regelung überwiegen, weil nach allen Erfahrungen d. Veterinärmediziner eine lange Frist d. Käufer dazu verleite, den Mangel erst (zu) spät anzuzeigen.; vgl.a. Köhler, WTM 1971, 118 ff

Insofern waren sich Gegner wie Befürworter des deutschrechtlichen Prinzips weitgehend einig.¹ Es herrschte nur Streit darüber, ob man die Minderungsklage vollständig ausschließen solle oder nicht.

Die Argumente der damaligen Gegner der Minderungsklage haben auch heute noch Gewicht: Es sind Fehler denkbar, die zwar den allgemeinen Verkaufswert wesentlich herabsetzen, nicht aber in gleicher Weise den Gebrauchswert. Der Käufer kann also mit der Minderungsklage eine unverhältnismäßige Herabsetzung des Kaufpreises durchsetzen und sich so einen ungerechtfertigten Vermögensvorteil auf Kosten des Verkäufers verschaffen. Der Käufer wird selten ein berechtigtes Interesse daran haben, daß ihm das Tier vom Verkäufer zu einem geringeren, nicht vom Verkäufer sondern vom Richter festgesetzten Preis überlassen wird.

Andererseits mag es auch im Viehhandel Situationen geben, wo eine Minderung den Parteiinteressen mehr entspricht. Dann sollte man aber wenigstens dem Verkäufer vorbehalten, das Wahlrecht des Käufers - Wandlung oder Minderung - dadurch auszuschließen, daß er das Tier gegen Rückzahlung des Kaufpreises und sonstiger Vertragskosten zurücknimmt. Dadurch wäre auch die Gefahr beseitigt, daß der Minderungsanspruch des Verkäufers im Regreßprozeß gegen seinen Vorlieferanten von einem anderen Gericht anders beurteilt werden könnte und ihm so ungerechtfertigte Nachteile entstünden.

Die Minderung ist bei lebenden Nutz- und Zuchttieren dann die geeignetere Methode, wenn das Tier, wie häufig, nicht deswegen, weil es nicht den verlangten Preis wert wäre, sondern weil es sich nicht für den gewollten Zweck

¹ Zu den schlechten Erfahrungen, die man im Geltungsbe-
reich d. preuß. Landrechts mit d. Minderung gemacht
hat: v. Kübel, a.a.O., S.60; vgl. a. Zusammenstellg.
gutachtl. Äußerungen, S. 177; Motive II, S.257; Prot.
I, 470; II, 1485; Löffler, S. 30 m.w.V.

eignet, bemängelt wird.¹ Beim Schlachtvieh treffen die gegen die Minderungsklage vorgebrachten Argumente ohnehin weniger zu, weil die durch den Mangel herbeigeführte Unverkäuflichkeit oder Wertminderung des Fleisches oder anderer Teile des geschlachteten Tieres eher durch Sachverständige festgestellt werden können, die Befürchtung eines Mißbrauchs der Minderungsklage hier also nicht so sehr gegeben ist und andererseits die Wandlung für Schlachtvieh in der Regel unpraktikabel ist.²

Schwierigkeiten dürften sich mit der Einführung der Minderung aber zukünftig bei der Berechnung des Minderwertes ergeben. Gemäß § 477 ist bei der Minderung der Kaufpreis nämlich in dem Verhältnis herabzusetzen, in dem zur Zeit des Verkaufes der Wert der Sache in mangelfreiem Zustand zu dem wirklichen Wert gestanden haben würde. Wenn der geschätzte Betrag des Wertes, den das Tier in mangelfreiem Zustand gehabt hätte, sich annähernd oder ganz mit dem Kaufpreis deckt, ergeben sich keine Probleme. Wenn jedoch die Schätzung ein anderes Ergebnis hat, was deswegen leicht geschehen kann, weil mangelhafte Tiere wegen ihres allgemeinen Verhaltens oft zu einem billigen Preis verkauft werden, ohne daß der Verkäufer von dem konkreten Mangel weiß, so kann es leicht zu Ungereimtheiten kommen.³

Verkauft z.B. jemand ein mit einem zunächst unentdeckten Mangel behaftetes Pferd, das nach unparteiischer Schätzung in mangelfreiem Zustand DM 5'000.--, mit dem Mangel dagegen DM 3'000.-- wert ist, als mangelfrei für DM 3'000.--, so ergibt sich als Rechnung: $3'000.-- \times 3'000.-- : 5'000.-- = 1'800.--$ ⁴

¹ Vgl. a. Baum, DTW 1911, 115 f

² Vgl. Baum, passim

³ Vgl. Dieckerhoff, Monographie (1895) S.20; ders., Lehrbuch, S. 90 ff

⁴ Beispiel nach Dieckerhoff, Lehrbuch, passim

Der Käufer würde also an dem Geschäft DM 1'200.-- verdienen, der Verkäufer dagegen bekäme, was sehr unbillig ist, für das Pferd, das zur Zeit des Verkaufs trotz des Mangels einen dem Kaufpreis gleichkommenden Wert von DM 3'000.-- besessen hatte, nur DM 1'800.--

Besser wäre also eine absolute Berechnungsmethode: Man sollte schätzen, welchen Preis die fehlerhafte Sache zur Zeit des Kaufabschlusses hatte und danach den Kaufpreis um soviel mindern, als er diesen Betrag übersteigt.¹

Der Entwurf beabsichtigt, ebenso wie die Vorentwürfe, die ausschließliche Zuständigkeit der Amtsgerichte für Viehwährschaftsstreitigkeiten aufzuheben. Der Gesetzgeber hatte diese ausschließliche Zuständigkeit wegen der größeren örtlichen und sachlichen Nähe des Amtsrichters beim Streit um Vieh angeordnet. Ob die Regelung die Abwicklung von Viehhandelsprozessen wirklich erleichterte, ist jedoch zweifelhaft. Es dürfte sich nämlich in der Vergangenheit herausgestellt haben, daß die Nachteile, die daraus herrühren, daß es im Viehwährschaftsrecht kaum zu einer höchstrichterlichen Rechtsprechung gekommen ist, die Vorteile überwogen haben. Eine Streichung des § 23 Nr. 2 c GVG wäre also zu befürworten.

Daß darüber hinaus noch die Einrichtung besonderer Viehwährschaftskammern einen Vorteil brächte, ist nicht anzunehmen. Ein dem Gericht angehörender ständiger Sachverständiger hätte gegenüber der Möglichkeit, auf andere Weise durch Maßnahmen des Gerichts oder der Parteien selbst einen Sachverständigen zu beauftragen, den Nachteil, daß man bei der Auswahl des Sachverständigen, je nachdem, welche Tierart oder welche Art von Mangel zur Diskussion steht, nicht flexibel genug wäre. Das Gericht hat nach den jüngsten ZPO-Reformen auch so die Möglichkeit, rechtzeitig benannte Zeugen und Sachverständige

¹ Dieckerhoff, passim; z. Berechnung d. Minderung vgl. a. Fellmer, SG 1973, 48 f u. Laubhardt, Gruchot Bd. 54, 530 ff

gleich im Anfangsstadium des Verfahrens oder zum ersten Termin zu laden (§ 273 ZPO), was vor allem in dem Fall, wo das Tier bereits tot ist, für den Tierarzt, der es zuletzt behandelt, in Betracht kommt.¹

Schiedsgerichte² scheinen sich in der Vergangenheit unter Pferdehändlern bewährt zu haben.³ Heute sind sie bei den Viehzuchtverbänden allgemein verbreitet⁴ und werden neuerdings auch schon einmal unter Schlachtviehhändlern vereinbart. Ihrer vertraglichen Vereinbarung gem. §§ 1025 ff ZPO steht auch in Zukunft nichts im Wege. Sie eignen sich aber weniger für Streitigkeiten zwischen Händlern und nichtgewerblichen Käufern und sollten deswegen - dies gilt vor allem für den Pferdehandel - weiterhin der Parteivereinbarung überlassen bleiben.

¹ Vgl. a. Ostler, BMTW 1957, 89

² Dazu z.B. Dehner, Tierärztl. Umschau 1955, 28; Stölzle, JW 1925, 2192

³ So Neumann-Kleinpaul, BTW 1932, 367

⁴ Vgl. a. Gottwald, Tierärztl. Umschau 1965, 10; in jüngster Zeit hat die Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe eine SchiedsgerichtsO erarbeitet, die das Verfahren, die Kosten u. Gebührensätze regelt (RdL 2, Schiedsgerichtsordnung, a.a.O.)

G. ZUSAMMENFASSUNG

Das Nebeneinander von Viehwährschaftsbestimmungen deutschrechtlichen und römischrechtlichen Ursprungs ist selbst für den Juristen zu verworren.

Die Hauptmängelliste ist völlig veraltet.

Manche Krankheiten sind ausgestorben, bei anderen haben sich die wissenschaftlichen Ansichten völlig geändert und wieder andere Krankheiten fehlen ganz in der Liste, obwohl sie weit verbreitet sind, häufig vorkommen und zu hohen Schäden führen.

Eine Reform des Viehwährschaftsrechts ist deshalb dringend nötig.

Dabei spricht weniger, als es zunächst scheint, dafür, das deutschrechtliche Prinzip aufzugeben. Manches spricht dagegen.

Wenn man jedoch, man muß es wohl tun, die Hauptmängelliste für nicht reformierbar hält, so wird man auch die Abschaffung des deutschrechtlichen Prinzips für notwendig halten müssen.

Man darf andererseits aber auch nicht übersehen, daß eine vollständige Gleichschaltung mit den §§ 459 ff BGB dem Viehwährschaftsrecht nur wieder neue und ebenso viele Probleme brächte:

Die Besonderheiten des Viehkaufrechts legen auch heute noch, trotz oder gerade wegen der Fortschritte der Veterinärmedizin, ein besonderes Viehwährschaftsrecht nahe.

Sucht man die optimale gesetzliche Lösung auch im Hinblick auf die im Viehhandel häufig noch nach einem Konflikt fortbestehenden Beziehungen der Vertragspartner, so fragt es sich, ob man nicht solchen Systemen den Vorzug geben sollte, die in erster Linie das Ziel der Prozeßvermeidung im Auge haben. Dem gerichtlichen Verfahren wird es regelmäßig nicht gelingen, vorhandenes Konfliktpotential abzubauen.

Bejaht man diese Frage, so käme den Bedürfnissen der Sondermaterie "Viehhandel" eine den Schweizer Vorschriften ähnelnde Lösung sicherlich mehr entgegen. Eine Anlehnung an die Schweizer Vorschriften hätte zudem den Vorteil, daß man sich an einem offensichtlich bewährten Rechtssystem orientieren könnte.

Ebenso wie das Schweizer Recht sollte man auch das Schriftformerfordernis einführen.

Eine baldige Anzeige des entdeckten Mangels ist zwar notwendig und wünschenswert. Der überwiegenden Nachteile für den Handel wegen sollte man sie jedoch nicht über eine dem § 377 HGB vergleichbare Regelung zu verwirklichen suchen.

Trotz grundsätzlicher Bedenken kann es in manchen Fällen sachgerechter sein, den Käufer nicht zur Wandlung zu zwingen sondern ihm die Möglichkeit der Minderung zu geben. Dann muß man jedoch gleichzeitig dem Verkäufer erlauben, dieses Wahlrecht dadurch auszuschließen, daß er das Tier zurücknimmt.

Das römischrechtliche Prinzip eignet sich noch am ehesten im Schlachtviehhandel. Dort sollte man dann jedoch parallel eine obligatorische Versicherungspflicht einführen.

Die besonders kurze gesetzliche Verjährungsfrist sollte beibehalten werden.

Die Abschaffung der ausschließlichen amtsgerichtlichen Zuständigkeit ist empfehlenswert, und zusätzlich sollte man prüfen, ob nicht ein obligatorisches Vorverfahren mit kurzen Fristen, ähnlich dem französischen oder vor allem dem Schweizer Recht auch in Deutschland eingeführt werden könnte.

LITERATURVERZEICHNIS

- ALBRECHT, o.V.: Forensische Tiermedizin der Babylonier, BTW 1903, 824
- ALTERAUGE, W.: Hinweise für die Feststellung des Hauptmangels Tuberkulose, Tierärztl. Umschau 1953, 327
- AMMON, K.W.: Über die Unzuverlässigkeit der gesetzlichen Hauptmängel, Nürnberg u. Altdorf 1809
- ANDERSEN, Erika: Recht und Moral im Pferdekauf, RR 1978, 840
- ARBEITSGEMEINSCHAFT DEUTSCHER TIERZÜCHTER: Reform des Tierkaufrechts, DTW 1968, 390
- " : BMTW 1968, 236
- ARNIM-CRIEWEN, von: Korreferat des Herrn von Arnim-Criewen zu dem Referat des Herrn Ober-Landeskulturgerichtsrath Siber betreffend die Gewährleistung beim Viehhandel, Landwirtsch. Jahrbücher, Zeitschrift f. wissenschaftl. Landwirtsch. u. Archiv d. Kgl. Preuß. Landesökonomiekollegiums, hrsg. v. Thiel, XVIII. Bd., Ergänzungs-Bd. II, Verhandlungen d. Königl. Landes-Ökonomiekollegiums über d. Entwurf eines bürgerl. Gesetzbuchs für das Deutsche Reich u. andere Gegenstände v. 11. - 22. Nov. 1889, III. Session d. IV. Sitzungsperiode, Berlin 1890
- AUMARCHAND, Martine, Mme Dronval: Le cheval en droit privé, mémoire, diplôme d'études supérieures en droit privé, Bordeaux I, 1974 (dact.)
- AVERDUNK, Paul: Die Haftung des Verkäufers für Viehmängel nach dem BGB - dogmatisch und auf historischer Grundlage dargestellt, jur. Diss., Rostock 1905
- BÄR, Gudrun: Über kosmetische Maßnahmen am Pferd unter besonderer Berücksichtigung des Zeitraums vom 16.-20. Jh., vet.med. Diss., Hannover 1974
- BAER, Max: Trächtigkeitsegewähr nach dem BGB, BTW 1929, 85 - 90
- BAIER, W. u. K. Walser: Haftpflicht und Gewährschaft im Fortpflanzungsgeschehen der Haustiere, Berlin 1968
- " : Beiträge zur tierärztlichen Forensik der Euterstörungen, I. Gewährschaftsfragen bei Mängeln des Euters, BMTW 1964, 80 - 82
- BANNENBERG, Theo: Erhebungen über den Schweinehandel in den Kreisen Amsberg, Meschede und Brilon 1973 mit Berücksichtigung des Viehkaufrechts in der Bundesrepublik Deutschland, vet. med. Diss., Hannover 1973

- BARTELS, H.: Für Gerechtigkeit beim Tierkauf, Die Fleischwirtschaft 1951, 27 - 29
- BAUM, K.: Genügen die Bestimmungen des BGB für das Deutsche Reich über die Gewährleistungspflicht des Verkäufers mit Haustieren den Anforderungen des Verkehrs ?, DTW 1911, 113 - 117
- BAYR, A.: Bekämpfung der wichtigsten Krankheiten des Kalbes in der BRD, BMTW 1978, 181 ff
- BEDARRIDE, J.: Des achats et ventes, droit commercial, commentaire du Code de Commerce, livre premier, titre septième, Paris 1909
- BERGER, R.: Anpreisung erlaubt ?, RR 1976, 1266
- BILGENDORF, o.V.: Kehlkopfpfeifen als Hauptmangel, Zeitschr. f. Veterinärkunde 1927, 224
- BLANK, Volker: Handel und Händel um's Roß, RR 1977, 554 - 558
- BLOMEYER, A.: Der Ruf nach dem Sachverständigen und die Spezialisierung der Richter, ZZP 1970, 153 ff
- " : Zur zivilrechtlichen Haftung des gerichtlichen Sachverständigen, ZZP 1974, 214 - 221
- BÖCKENHOFF, Ewald: Das Vermarktungssystem bei Schlachtvieh und Möglichkeiten zu seiner Rationalisierung, agrarwirtschaftl. Diss., Bonn 1960
- BORNHÖVD, Jürgen: Auktionskauf, RR 1978, 556
- " u. Heinz, Christian Hafke: Recht und Reiter, Hamburg 1978
- BOTHE, Bodo: Können bei einer Neufassung der "Kaiserlichen Verordnung" die Hauptmängel "Periodische Augenentzündung" und "Koppen" in ihrem bisherigen Wortlaut wieder aufgenommen werden ?, vet.med. Diss., Gießen 1949 (maschinenschriftl.)
- BRANDES, Horst: Können Fleischbeschautierärzte, Schlachthoftierärzte und Amtstierärzte korruptiert werden ?, Dtsch. Tierärzteblatt 1979, 5 - 7
- BRION, A.: Unmöglichkeit der Wandlung beim Kauf von Rindern, bei denen eine anzeigepflichtige Form der Tuberkulose vorliegt, Recueil Méd. Vét. 1965, 607 - 609
- " :Ersatzansprüche des Käufers beim Handel Brucellose-infizierter Rinder, Recueil Méd. Vet., 1966, 839 - 846
- " u. F. Bouvot: Einige merkwürdige Urteile des Kassationsgerichtes beim Wärschaftsrecht hinsichtlich der Tuberkulose des Rindes, Recueil Méd. Vét. 1965, 283 - 294
- BROHM - Alzenau: Aus dem Kapitel "Viehwärschaftsrecht", MTW 1909, 947

- BÜRCHNER, H.: Zum Viehwährschaftsrecht, BTW 1905, 48
- BÜRKI, F.: Ausgewählte virusbedingte Seuchen des Pferdes, WTM 1969, 225 - 229
- BUNDESMINISTERIUM für Ernährung Landwirtschaft und Forsten: Niederschrift über eine Besprechung zu Fragen der Reformierung des Tierkaufrechts v. 25. Juli 1967 im ... (Az. II C 4284388/67)
- BUNTKÖTTER, o.V.: Transportschadensfälle, Prospekt d. Fa. Janssen GmbH, Düsseldorf
- BURCKHARDT, A.: Das Zivilgesetzbuch der DDR (ZGB) - Eine wichtige Rechtsgrundlage für die Tätigkeit der Organe, Einrichtungen und Fachkräfte des Veterinärwesens, Monatshefte f. Veterinärmedizin 1976, 269 - 273
- BURGER, H. u. H. Müller: Tierkrankheiten für Landwirte ein dringendes Problem, Tierärztl. Umschau 1978, 288
- BURGER, J.: Kritische Betrachtungen der Hauptmängel "Dämpfungigkeit" und "Kehlkopfpfeifen" in der Fassung der "Kaiserlichen Verordnung" v. 28.3.1899, vet. med. Diss., Gießen 1951
- BUTE verboten Lahmen erlaubt ?, o. Verf., RR 1978, 917
- CHANDLER, N.: Certification of Horses for Change of Ownership, Equ. Vet. J. 1978, 75 - 77
- CHESSÉ, P. de: Equitation et droit, Paris 1976
- CLARKE, E.G.C. u. M.S. Moss: Veterinary Aspects of Doping, Equ. Vet. J. 1977, 27 - 28
- CLASSEN, I., G. Farchim u. A. Meyer: Veterinärrecht, Berlin-Ost 1960
- CRAMER, Till: Zur Stellung des Tieres im geltenden Recht, Tierärztl. Umschau 1978, 377
- CREMERIUS, P. u. B. Thesing: Rechtsfragen beim Pferdekauf, prakt. Tierarzt 1954, 257 - 258
- CRONAU, Fritz: Erster Schritt gegen Nervenschnitt, RR 1977, 636
- CSOKOR, o.V.: Gewährleistung beim Viehhandel, Österr. Mschr. f. Tierheilkunde 1900, 193 - 241
- CZWALINA, I.: Abänderungsvorschläge im Tiergewährschaftsrecht, Vortrag vor d. Berliner Wiss. Gesellsch. f. Tierärzte am 2.3.1960, DTW 1960, 281 - 282
- DANCKELMANN, o.V.: Korreferat des Oberforstmeisters Dr. Danckelmann betr. Gewährleistung für Viehmängel, Landwirtschaftliche Jahrbücher, XVIII. Jhg., Ergänzungsband II, S. 150 - 157 (vgl. v. Arnim-Criewen)
- DANSMANN, H.: Die Schlachtviehgroßmärkte im Strukturwandel, Schlacht- u. Viehhofzeitung 1967, 258 - 259

- DARENIOUS, Anders, Fredericson et.al.: Das Pferd in der tierärztlichen Ausbildung, Svensk. Veterinär. Tidn. 1977, 329 ff
- DEEGEN, E. u. M. Zirchner: Übersichtsreferat: Zur klinischen Diagnostik chronischer Lungenentzündungen des Pferdes, DTW 1977, 616 - 621
- DEHNER, O.: Gedanken über eine Neuregelung der Währschaftsgesetzgebung für den Handel mit Tieren, Tierärztl. Umschau 1955, 1 - 36, 41 ff, 75 ff, 114 ff
- " : Fällt die Ferkelgrippe unter den Hauptmangel "Schweineseuche" (einschl. Schweinepest) der "Kaiserlichen Verordnung" v. 27.3.1899 ?, DTW 1961, 17 - 21; Stellungnahme zu den Artikeln v. F. Mehrle u. K. Glässer in DTW 1960, 269 u. 499
- " : Einige grundsätzliche Bemerkungen zu einer Neuregelung des Tierkaufrechts (Nach einem einleitenden Vortrag anlässlich d. Symposions "Tierkaufrecht" am 14. u. 15. Januar 1966 in Gießen), BMTW 1966, 210.- 212
- DEJEAN, o.V.: Traitée theorique et pratique de l'action rédhibitoire et en reduction du prix dans le commerce des animaux domestiques, 5e éd., Paris 1887
- DERNBURG, Heinrich: Das Bürgerliche Recht des Dtsch. Reichs u. Preußens, 2. Bd., 2. Abt., Die Schuldverhältnisse nach dem Rechte des Dtsch. Reichs u. Preußens, 3. Aufl., Halle 1906
- DIECKERHOFF, W.: Die Gewährleistung beim Viehhandel und das Währschaftssystem im Entwurfe des BGB, Berlin 1895
- " : Gerichtliche Tierarzneikunde, 2. Aufl. Berlin 1899 (3. Aufl. Berlin 1902)
- " : Die Gewährsvorschriften im Bürgerlichen Gesetzbuch und ihr Einfluß auf den Viehhandelsverkehr, Zeitschrift für Veterinärkunde 1903, 1 - 10
- " : Korreferat des Prof. Dr. Dieckerhoff betreffend die Bestimmungen über die Gewährleistung beim Viehhandel in dem Entwurf des bürgerlichen Gesetzbuchs, Königlich-Landwirtschaftl. Kollegium, Landwirtschaftliche Jahrbücher, XVIII. Jhg., Ergänzungsband II, S. 132 - 141
- " : Vorschlag zu Abschnitt III, Titel 1 §§ 399 - 411, Königl.-Landwirtschaftl. Kollegium (passim), S. 260 - 268
- " , M. Malkmus, v. Värst u. E. Fröhner: Ist es ratsam, das Koppen der Pferde als Hauptmangel im Sinne des § 482 BGB v. 18.8. 1896 beizubehalten ?
- DIETZ, O., J. Mill u. W. Richter: Beurteilung des Therapieerfolges beim Spät des Traberpferdes mit Hilfe von Leistungskriterien, Monatshefte f. Veterinärmedizin 1969/70, 579 - 586

DIETZ, O. u. W. Richter: Vorkommen und Erfolge der Behandlung des Kehlkopfpfeifens der Sportpferde, Monatshefte f. Veterinärmedizin 1969, 586 - 589

DITTMAR, O.: Neue Gewährsmängel ?, Dtsch. Landwirtsch. Tierzucht 1924, 366

DOBBERSTEIN, Johannes: Der Zerlegungsbefund in der gerichtlichen Tierheilkunde, II. Die Hauptmängel, BMTW 1938, 653 - 656; BMTW 1939, 213 - 217, 229 - 231; IV. Die Haftpflicht, BMTW 1939, 213 - 217, 229 - 231; V. Die Erkrankungen d. blutbildenden Organe als Vertragsmängel, BMTW 1940, 265 - 267; VI. Die Erkrankungen d. Nervensystems als Vertragsmängel, BMTW 1940, 537 - 540, 551; VIII. Der Strafprozeß, BMTW 1941, 249 - 253; X. Die Lungenentzündung als Vertragsmangel, BMTW 1942, 277 - 281

" : Die Tuberkulose in der forensischen Veterinärmedizin, Hannover 1956

" : Zur Frage der Gewährleistung bei der Tuberkulose des Rindes, Monatshefte f. Tierheilkunde 1957, Sonderteil Rindertuberkulose u. -Brucellose, S. 211 - 218

" : Die Tuberkulose bei Nutz- und Zuchtrindern vom Standpunkt der gerichtlichen Tierheilkunde, Monatshefte f. Veterinärmedizin 1956, 321

" : Die forensische Bedeutung der Tuberkulose bei Nutz- u. Zuchtrindern, DTW 1955, 457

" : Betrachtungen zur Währschaftsgesetzgebung beim Viehhandel, Jahresberichte d. Stuttgarter Tierärztl. Gesellschaft, Stuttgart 1955

" : Korreferat zum Referat v. Czwalina: Abänderungsvorschläge im Tiergewährschaftsrecht, DTW 1960, 282

" : Die Währschaftsgesetze beim Viehhandel v. Standpunkt d. forensischen Veterinärmedizin, Sitzungsberichte d. Dtsch. Akademie d. Wissenschaften zu Berlin, Klasse für med. Wissenschaften, Jhrg. 1952, Nr. 2, Berlin 1953

DER DOKTOR und das liebe Vieh, o. Verf., Capital Nr.12/1979, 171 173

DOPING-SZENE, aus der : o. Verf., RR 1978, 20

DRUBE, Otto: Das Viehversicherungsrecht in seiner Berührung mit dem Recht der Viehmängelgewährleistung, Jur. Rdsch. f. d. Privatversicherung, 25, S. 22

EBERLE, A.: Das Tier ist (k)eine Sache, Tierärztl. Umschau 1974, 33 - 38

ECKARDT, Peter von: Für Ehrlichkeit und Sauberkeit beim Pferdekauf - Ein Katalog von Forderungen aufgestellt von..., RR 1977, 252

EIKMEIER, H.: Sind die Bestimmungen d. "Kaiserlichen Verordnung" heute noch voll gültig ? Antwort auf einen Leserbrief in Tierärztl. Umschau 1959, 212 - 213

" : Forensische Fragen beim Pferdekauf, Tierärztl. Umschau 1974, 51 - 57

" : Chronische follikuläre Laryngitis u. Hauptmangel "Kehlkopfpfeifen", BMTW 1976, 174 - 176

" : Forensische Probleme der Ankaufsuntersuchung - Allgemeines - , prakt. Tierarzt 1977, 165 - 166

" : Forensische Probleme bei d. Untersuchung d. Atmungsapparates, prakt. Tierarzt 1977, 188 - 193

" : Grundsätzliches zur Haftpflicht des Tierarztes, prakt. Tierarzt 1978, 310 - 313

" : Rechtsfragen beim Pferdekauf / Konsequenzen für die tierärztliche Untersuchung, BMTW 1978, 161 - 163

ENDE, Helmut: Lahmheiten beim Pferdekauf, RR 1971, 316 - 317

" : Soll man Pferde mit Hauptmängeln kaufen ? RR 1975, 1278 - 1279

" : Heilung, Doping und Betrug, RR 1975, 694 - 695

" : Pferdekauf, RR 1971, 462 - 463

ENGELMANN, Arthur: Das Bürgerliche Recht Deutschlands mit Einschluß des Handels-, Wechsels- u. Steuerrechts, 6. Aufl. Berlin 1913

ERWÄGUNGEN DES BUNDESRATES: s. REICHSANZEIGER

FEILING, O.: Die ansteckende Blutarmut der Einhufer in Kassel aus epidemiologischer und veterinärpolizeilicher Sicht, Tierärztl. Umschau 1974, 527 - 534

FELLNER, Eberhard: Pferdekauf ohne Risiko, Hippolog. Rechtsfibel, Bd. 1, München 1975

" : Nutzungsverlust bei Reit- u. Jagdunfällen, St. Georg 1973,

" : Die Wandlung oder der Rücktritt vom Pferdekauf, St. Georg 1975, 40

" : Rechtliche Fragen des Pferdehandels, Agrarrecht 1977, 226

" : Der Pferdekaufvertrag, St. Georg 1972, 42 - 43

FISCHER, E.: Ist es ratsam, das Koppen der Pferde als Hauptmangel im Sinne des § 482 BGB vom 18. August 1896 beizubehalten ?, vet.med. Diss., München 1922

FISCHERLEITNER, F.: Eine ungewöhnliche Lahmheitsursache bei einer Pferdekaufuntersuchung, WTM 1976, 268 - 270

- FLORIO, R.: Aktueller juristischer Stand der Brucellose des Rindes, Rev. Méd. Vet. 1965, 687 - 696
- FRÖHLICH, K.: Das Koppen des Pferdes und seine Beurteilung als Gewährsmangel im Sinne des BGB, vet. med. Diss., Leipzig 1922
- FRÖHNER, E.: Gewährleistungsansprüche beim Verkauf von Reagenten als Schlachtvieh, prakt. Tierarzt 1959, 161 - 163
- " : Der Rotz als Hauptmangel, Monatshefte f. prakt. Tierheilkunde 1916, 234
- " : Ist die "Kaiserliche Verordnung" v. 27.3.1899 betr. die Hauptmängel u. Gewährsfristen beim Viehhandel einer Revision bedürftig ?, Festrede, Berlin 1906
- " , K. Neumann-Kleinpaul u. J. Dobberstein: Lehrbuch der gerichtlichen Tierheilkunde, 11. Aufl., Berlin 1955
- GAERTNER, Wilhelm: Die Voraussetzungen d. Gewährleistung beim Viehhandel nach den §§ 481 ff BGB mit einem Rückblick auf die Entwicklung d. Währschaftsvoraussetzungen im römischen und deutschen Recht, jur. Diss., Erlangen 1906
- GALLOIS, P.: Die wachsende Bedeutung der Verkehrssitte und ihr Einfluß auf nachgiebiges Recht, NJW 1954, 293
- GERLACH, A.G.: Handbuch der gerichtlichen Tierheilkunde, 2. Aufl. Berlin 1872
- GERMANN, Werner: Die Irrtums-Anfechtung beim Viehkauf bei Haupt- und Nebemängeln, jur. Diss., Göttingen 1931
- GESCHÄFTSBEDINGUNGEN für den Verkehr mit Vieh und Fleisch, Bundesanzeiger Nr. 198 v. 15.10.1957
- GESETZ über den Verkehr mit Vieh und Fleisch, BGBI. I 1951, 272
- GIERKE, Otto v.: Deutsches Privatrecht, Syst. Handbuch d. Rechtsw., hrsg. v. Karl Binding, 2. Abt., 3. Teil, III. Bd., Schuldrecht
- GIRNDT, L.: Ein Beitrag über die vertragliche Gewährleistung "Tuberkulosefreiheit" bei Rindern, Monatshefte f. Tierheilkunde, Sonderteil: Die Rindetuberkulose, 1957, 37 - 41
- GLÄSSER, K.: Nochmals: Ist "Ferkelgrippe" ein Hauptmangel ? Entgegnung zu dem Artikel v. F. Mehrle, DTW 1960, 269 - 270
- " : Zur Abänderungsbedürftigkeit der Gewährsmängel des Schweines als Zucht- und Nutztier, DTW 1924, 548
- " : Zu den Hauptmängeln der "Kaiserlichen Verordnung" von 1899, insbesondere denen des Schweines, BMTW 1952, 201

- GLASEMANN, E.: Zusicherung von Eigenschaften im Viehwährschaftsrecht (unter bes. Berücksichtigung d. Trächtigkeitszusage), jur. Diss., Jena 1914
- GLAWISCHNIG, E.: Eine kurz vor dem Kalten gekaufte Kuh gibt auf einem Strich keine Milch - Schadensersatz oder Rücknahme ?, WTM 1969, 171
- GOEBEL, Berthold: Anfechtung wegen Irrtums nach § 119 II BGB beim Viehkauf, jur. Diss., Breslau 1932
- GOERTLER, F. v.: Kann der Hauptmangel "Dämpfigkeit" noch nach dem Tod des Tieres festgestellt werden ?, BMTW 1940, 456 - 458
- GOTTHARDT, o.V.: Die Viehgewährschaft, Seuff.Bl. f. Rechtsanwendung 1900, 41 ff
- GOTTWALD, W.: Die Gewährleistungsbestimmungen beim Inlandshandel m. Zuchtrindern in den Staaten Westeuropas, Tierärztl. Umschau 1965, 8 - 12
- GRAESER, Joachim: Vertragliche Abreden über die Gewährspflicht beim Viehkauf, jur. Diss., Göttingen 1931
- GRIMM, Brigitte: Der Hauptmangel "Schweineseuche (einschl. Schweinepest)" in der Literatur der letzten 60 Jahre unter besonderer Berücksichtigung der klinischen Verhältnisse, vet. med. Diss., Hannover 1962
- GRÜNBERG, Margot: Der Deutsche Viehhandel, wirtsch. u. soz.w. Diss., Köln 1931/32
- GSELL, Jean: Die gesetzliche Gewährleistung beim Handel mit Vieh in der Schweiz, jur. Diss., Frauenfeld 1907
- GÜNTHER, Willi: Das Agenturgeschäft im Berliner Viehhandel, jur. Diss., Greifswald 1933
- GUTEKUNST, Hans Peter: Schadensursachenstatistik von entschädigten Reitpferden in den Jahren 1971 - 1974 innerhalb der BRD einschl. Westberlin, vet. med. Diss., Gießen 1977
- HABERSANG, V.: Die forensische Bedeutung des Koppens ohne Kopperton (Luftschnappen, Windschnappen), Monatshefte f. prakt. Tierheilkunde 1920, 477
- " : Hauptmängel des Arbeitsrindes, BTW 1923, 267
- HACHENBURG, Max: Das Recht der Gewährleistung beim Tierhandel auf der Grundlage des gemeinsamen Gesetzes die Gewährleistung bei einigen Arten von Haustieren betreffend für Baden, Württemberg und Hohenzollern und unter vergleichender Berücksichtigung der Nachbarrechte, Mannheim 1888
- HALL, S.A.: Coughing in Horses/ an historical aspect, Equ. Vet. J. 1977 37 - 39

- HAMEL, Joseph, F. Givord u. A. Tunc: *Traité pratique de droit français*, 2me éd., tome X, contrats civils, première partie, Paris 1956
- HAMELBECK, o.V.: Folgen einer unbegründeten Mängelanzeige, JR 1939, 130
- HANKE, O.: *Das Sonderrecht des Viehkaufs nebst einer tierärztlichen Erläuterung der Haupt- und Vertragsmängel der Haustiere von Reinhard Fröhner*, Berlin 1910
- HARMS, Albert: Entsprechen die Definitionen des Hauptmangels des Pferdes "Koppen" der "Kaiserlichen Verordnung" v. 27.3.1899 noch heute den wissenschaftlichen Erkenntnissen ?, vet. med. Diss., Hannover 1952
- HEISE, o.V. u. Cropp: *Juristische Abhandlungen*, Bd. I, Hamburg 1827
- HEIZMANN, Ernst: *Die Untugenden des Pferdes und ihre Behandlung unter besonderer Berücksichtigung der Anschauungen darüber im Wandel der Zeiten*, Leipzig-Mölkau 1937
- HERBERT, Willi: Dämpfigkeit der Pferde, RR 1978, 318
- HERTER, R.: Zur Auslegung der §§ 490 - 492 BGB, JW 1906, 731 - 734
- HEUSSER, H.: Über Garantie für Trächtigkeit beim Handel mit Vieh, Schweizer Archiv f. Tierheilkunde 1932, 227 - 235
- HIRSCH, o.V.: Über die Anfechtbarkeit eines Viehkaufs wegen Irrtums auf Grund heimlicher Mängel, Jahrbuch f. Württ. Rechtspflege, Bd.1, S.135 ff
- HIRSCH, Robert u. Ludwig Nagel: *Die Gewährleistung beim Viehhandel nach dem BGB*, Stuttgart 1902
- HOFFMANN, J.A.: Zum juristischen Begriff des Dummkollers, prakt. Tierarzt 1961, 84 - 86
- HOFFMANN, E.: Über die Verjährungs- und Währzeit bei dem Verkaufe mangelhafter Sachen, insbesondere bei dem Viehhandel nach dem Römischen und Teutschen Rechte, sowie nach den Bedürfnissen des heutigen Handelsverkehrs, Archiv f. prakt. Rechtswissenschaft 1857, 177 - 179
- HOOG, Werner: *Die Beurteilung der Zuchtauglichkeit beim Bullen, ihre forensische Bedeutung und Stellungnahme zu den z.Z. geltenden gesetzlichen Bestimmungen beim Verkauf von Zuchttieren*, vet.med. Diss., Berlin 1968
- HORN, Edwin: *Die Haftung für Nebenmängel beim Viehkauf nach bürgerlichem Recht*, jur. Diss., Heidelberg 1928
- HUESMANN, Walter: *Kritische Betrachtung über die Hauptmängelliste bei Schlachttieren*, vet.med. Diss., Gießen 1949

IM TRAB über Stock und Stein, o. Verf.: Badische Zeitung
v. 3. / 4. Sept. 1977

JACOB, H.: Die Dämpfigkeit des Pferdes, MTW 1936, 1 - 6

" : Einiges über Hauptmängel, Vertragsmängel bzw. zugesicherte Eigenschaften beim Kauf von Pferden und Rindern, DTW 1936, 499

JÄNZ, Wilhelm: Untersuchung einiger Krankheiten auf ihre Erheblichkeit, Verborgenheit und die Möglichkeiten ihrer Altersbestimmung, vet.med. Diss., Berlin 1961

JEFFCOTT, L.B. u. C.M. Colles: Phetylbutazone and the Horse/ A Review, Equ. Vet. J. 1977, 105 - 110

JERICHOW, J.: Fehler und Schwächen des deutschrechtlichen Währschaftsprinzips unter besonderer Berücksichtigung der Verordnung betreffend die Hauptmängel und Gewährsfristen vom 27. März 1899, vet.med. Diss., Berlin-Ost 1964 (maschinenschriftl.)

JUGLART, R. de o.V.: Droit rural special, tome 2, 1950

JUNCKERMANN, Rudolf: Die Wandlung beim Viehkauf nach bürgerlichem Recht, jur. Diss., Würzburg 1910

JUNG, o.V.: Anfechtung und Schadenersatz beim Vorhandensein von Nebenmängeln eines der im § 481 BGB bezeichneten Tiere, jur. Diss., Erlangen 1910

KARSTEN, o.V. u. Knauer: Die Neuregelung der Gewährsmängelliste bei Schweinen, DTW 1926, 63

KELLER, H.: Der Wert der Röntgendiagnostik im Rahmen der Lahmheitsuntersuchungen des Pferdes, prakt. Tierarzt 1972, 492 - 494

KERTAY, N., L. Vizy u. S. Jéger: Zur Kasuistik der Pferdetuberkulose, Tierärztl. Umschau 1965, 276 - 281

KLETT, R.: Revision der Hauptmängelliste, DTW 1911, 261

KNEZECIC, T.: Aufstellungsbedingte Klauenkrankheiten, WTM 1971, 121

KÖNIG: Die Gewährleistung wegen physischer Fehler der Haustiere, jur. Diss., Leipzig 1905

KÖHLER, H.: Fleischbeschauliche Probleme aus der Sicht des Pathologen, WTM 1971, 372 - 374

" u. P. Reindl: Zur Verordnung des Bundesministers der Justiz über die Vermutungsfristen bei Tiermängeln, WTM 1973, 1 - 12

" : Zur forensischen Beurteilung wichtiger Gewährs- bzw. Vertragsmängel beim Rind, WTM 1971, 118 - 121

KOSSMAG, M.: Die Schweineseuche als Gewährsmangel, Tierärztl. Rundschau 1936, 163

- KOTTER, R.: Vom Recht des Tieres, Bayer. Tierärzteblatt 1966, 55
- KRAFT, H.: Forensische Probleme der Ankaufsuntersuchung, prakt. Tierarzt 1977, 206 - 209
- KRAUSE, Alfred: Viehkauf und Viehmangel, Trier 1907
- KRAUT, Wilhelm, Theodor: Grundriß zu den Vorlesungen über das Deutsche Privatrecht mit Einschluß des Lehn- und Handelsrechts nebst beigefügter Quellen, Berlin 1872
- KRÜCKMANN, P.: Zum Recht des Viehkaufs, Zeitschr. f. Rechtspflege in Bayern 1907, 29
- " : Anfechtung, Wandlung und Schadenersatz beim Viehkauf nebst Anhang v. A. Ströse: Wesen, Erkennung, wirtschaftl. Bedeutung und Entwicklungsdauer einzelner Haupt- und Vertragsmängel, Neudamm 1904
- KÜBEL, F.Ph.F.v.: Die Gewährleistung beim Viehhandel, Württemb. Archiv für Recht und Rechtsverwaltung, XXI.Bd., 1. Heft, 1880, 1 ff
- KÜHL, o.V.: Gefahr der Prozeßverzögerung beim Sachverständigenbeweis, Betriebsberater 1970, 323
- LAMBERT, M.B.T. u. Evans: The Detection of Phenylbutazone in the Urine of Horses, Irish Veterinary J. 1977, 75 - 78
- LANSEMAN, Hans: Die Haftung für Mängel beim Viehkauf nach dem BGB, jur. Diss., Rostock 1907
- LAUBHARDT, A.: Preisminderung und Schadenersatz wegen Nichterfüllung bei Viehmängeln, Gruchot Beitr. 54, 530 - 536
- LAUTERBACH, D. u. I. Willers: Ist die Definition des Hauptmangels "Tuberkulöse Erkrankung beim Rindvieh" noch zeitgemäß ?, DTW 1970, 424 - 426
- LEONHARDT, H.: Zur Zusicherung des Gedecktseins und der Zuchttauglichkeit, BMTW 1950, 49
- LEPPERT, Karin: Die Untersuchung des Bewegungsapparates, prakt. Tierarzt 1977, 194 - 198
- LERCHE, Fritz: Viehgewährschaftsrecht (Viehkauf) auf der Grundlage von Stölzle-Graminger erl. v. Fritz Lerche, Berlin 1955
- LÖFFLER, Helmut: Die rechtliche Behandlung der Viehmängel beim Kauf, jur. Diss. Leipzig 1914
- LÖHR, Jürgen: Der Entwurf eines neuen Tierkaufrechts, Schlacht u. Viehhof-Zeitung 1974, 414 - 416
- " : Übersichtsreferat: Die versicherungsrechtlichen und versicherungstechnischen Auswirkungen der geänderten "Ausführungsbestimmungen A" zum Fleischbeschaugesetz, DTW 1974, 494 - 497

- " : Aktuelles aus der Tierversicherung, Collegium veterinarium 1975, 66 - 70
- " : Tierkaufrecht und Schlachttiersversicherung, Schlachten u. Vermarkten 1976, 413 - 415
- LOTHES, o.V.: Abänderung der Hauptmängelliste, Beilage zu BTW 1924, 43 - 54 (4. Forts.)
- LOUDIG, Isabel: Herz am lahmen Zügel, RR 1978, 1374
- LUBBERINK, Geert: Streitigkeiten über Gewährsmängel sollten durch Arbitrage entschieden werden / Ein Beitrag zur Frage des Währschaftsrechts mit besonderer Berücksichtigung der holländischen Verhältnisse, vet.med. Diss., Bern 1912
- LUKOSCHUS, Paul: Die Bewegung der anzeigepflichtigen Equidenseuchen im Dtsch. Reich seit 1910 bis heute und die Ursachen für diese Bewegung, vet.med. Diss., Giesen 1964
- MALKMUS, M.: Handbuch der gerichtl. Tierheilkunde, 3. Aufl., Hannover 1921
- " : Zur Diagnose der Hauptmängel beim Viehkauf, DTW 1900, 117 ff, 125 ff, 137 ff
- " : Die Gewährleistung beim Viehhandel für alle Fehler, DTW 1903, 3 - 4
- " : Revision der Hauptmängelliste / Bericht über die XII. Plenarversammlung des Dtsch. Veterinärrates zu Hamburg v. 5. - 8. April 1911 (Beilage zur BTW), BTW 1911, 149 - 157
- " : Revision der Hauptmängelliste, DTW 1911, 261 ff
- " : Revision der Hauptmängelliste, Beilage zu BTW 1913, 5 - 52
- " : Zur Revision der Hauptmängelliste (Entgegnung zu Schmitt), DTW 1911, 525
- " : Nochmals: Das Koppen als Gewährsfehler (Entgegnung zu Schmitt), DTW 1911, 525
- " u. Th. Oppermann: Handbuch der gerichtlichen Tierheilkunde, 4. Aufl. Hannover 1937
- MARKS, o.V.: Über die Gewährleistung beim Viehhandel nach Einführung des BGB, BTW 1899, 371
- MAYER, o.V.: Zur Frage der Reform des Viehgewährschaftsrechts, LZ 1930, 499 - 505
- MAYER, A.: Die Bekämpfung der wichtigsten Viruskrankheiten des Kalbes in der BRD, BMTW 1978, 181 ff
- MAYER, H.: Über die Art und Häufigkeit innerer Erkrankungen bei der Ankaufsuntersuchung des Pferdes, prakt. Tierarzt 1977, 168 - 172

MEHRLE, Franz: Binneneber, Währschaftsrecht und Rechtssprechung, Tierärztl. Umschau 1961, 258 - 265

" : Grundsätzliche Fragen auf dem Gebiet der Gerichtlichen Tierheilkunde (Vortrag vor der Stuttgarter Tierärztl. Gesellschaft v. 6.11.1959), Tierärztl. Umschau 1960, 68

" : Ist Ferkelgrippe ein Hauptmangel, DTW 1960, 76 - 77

" : Landwirt, Tierarzt und Tierkaufrecht, Dtsch. Tierärzteblatt, 1963, 299 - 300

" : Einige grundsätzliche Erwägungen über ein neues Tierkaufrecht, DTW 1967, 310 - 312

" : Währschaftsrecht beim Tierhandel, DTW 1958, 10 - 11

" : Ein Vorschlag zur Änderung des Gewährschaftsrechtes beim Tierkauf, Tierärztl. Umschau 1959, 299

" : Ist Ferkelgrippe nicht doch ein Hauptmangel ? (Entgegnung zum Artikel von K. Glässer in DTW 1960, 269), DTW 1960, 499 - 500

MEIER, o.V. u. Pirl: Revision der Hauptmängelliste, Beilage zu BTW 1913, 5 - 22

MEISNER, Christian: Das Viehgewährschaftsrecht, 3. Aufl. München, Berlin u. Leipzig 1927

MENSCHIG, K.: Ergebnisse kommunaler und veterinärhygienischer Untersuchungen in Betrieben mit gehäuftem Fennevorkommen, Zeitschr. f. Veterinärmedizin 1975, 617

MEYER, A.: Tierhandel und Währschaftsrecht in der DDR, Monatshefte f. Veterinärmedizin, Sonderhef Nov. 1960, 44 - 50

" : Mängel und Regreßansprüche beim Verkauf von Schlachtieren, Monatshefte f. Veterinärmedizin 1968, 186 - 189

MIELKE, Heinz Hubert: Der Einfluß des Fehlens zugesicherter Eigenschaften und des arglistigen Verschweigens von Fehlern auf die Haftung beim Viehkauf, jur. Diss., Göttingen 1930

MORTGENS, Abraham: Enthüllte Geheimnisse aller Handelsvorteile und Pferdeverschönerungskünste der Pferdehändler, 4. Aufl. Weimar 1856

MOSS o.V. u. Clarke: A Review of Drug "Clearance Times" in Racehorses, Equ. Vet. J. 1977, 53 - 56

MOTIVE zum Entwurf des BGB für das Deutsche Reich (1. Lesung), Bd. II, Recht der Schuldverhältnisse, S. 234 ff (§§ 391, 400), Berlin u. Leipzig 1888

MÜLLER, H.: Diagnostik und therapie einiger wichtiger Lahmheiten des Reitpferdes, prakt. Tierarzt 1972, 477 - 484

- " : Die klinische und röntgenologische Untersuchung der Schulter, des Karpus, des Kniegelenkes, des Mittelfußes und des Gleichbeintrageapparates und ihre Beurteilung bei der Ankaufsuntersuchung, prakt. Tierarzt 1977, 199 - 205
- MÜLLER, Hans Wolfgang: Der Viehhandel in der Bundesrepublik, wirtsch. u. soz.w. Diss., Göttingen 1959/61 (maschinenschriftl.)
- MÜNZEL, Karl: Der Viehgewährschaftsprozeß, LZ 1929, Sp. 535 - 540
- " : Der Viehgewährschaftsprozeß, LZ 1931, 476 - 484
- MUGDAN, B.: Die gesamten Materialien zum Bürgerlichen Gesetzbuch für das Deutsche Reich, hrsg. u. bearb. v. ..., Berlin 1899
- o. Verf.: Für und wider den Nervenschnitt, RR 1978, 936
- NEUES vom Pferd: Arbeiten der DLG, Bd. 3, Nürtingen 1973 bearb. v. K. Jakob, K. Pieritz, H. Haring, D. Fewson, U. Schnitzer, H. Nadermann, W. Müller
- NEUMANN, H.: Gewährleistung beim Viehhandel, DJZ 1903, 52 - 53
- NEUMANN-KLEINPAUL, K.: Über die deutsche Währschaftsge-
setzgebung beim Tierkauf (Festrede 1932), BTW 1932, 365 - 369
- NEVERMANN, o.V., Esser, Noack, Lothes u. v.Qstertag: Revision der Hauptmängelliste, Beilage zu BTW 1913, 5 - 22
- NIEDERSCHRIFT: s. BUNDESMINISTERIUM
- NIEHAUS, Hans: Die Vermarktungswege für Schlachtvieh in der Bundesrepublik, landwirtsch. Diss., Gießen 1965
- OEPPERT, L.: Gute Ideen und Probleme der Verwirklichung, RR 1978, 559
- OERTMANN, Paul: Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch und seinen Nebengesetzen, 2. Buch, Recht d. Schuldverhältnisse, 3. u. 4. Aufl. 1910
- OSTLER, F.: Kritik am Viehgewährschaftsrecht, JZ 1956, 471 u. BMTW 1957, 86 - 90 (gekürzt)
- PADE, Klaus: Wandel im Handel, RR 1977, 560
- PICK, Maximilian: Die Ankaufsuntersuchung / Problematik und Grenzen in der Beurteilung der Gesundheit des Pferdes, St. Georg 1974, 48 - 50
- PIEPER, Helmut: Richter und Sachverständiger im Zivilprozeß, ZZP 1971, 1 - 40

- PLANCK'S Kommentar z. Bürgerlichen Recht nebst Einführungsgesetzen, hrsg. E. Strohal, II, Bd., 2. Hälfte, Recht d. Schuldverhältnisse (Besonderer Teil), 4. Aufl. Berlin u. Leipzig 1928
- PLANIOL, o.V. u. Ripert: contrats civils, t.10, par J. Hamel, F. Givord, A. Tunc, nrs. 361 ff, 2. Aufl. 1956
- PLONAIT, M.: Einflüsse der Zuchtorganisationen auf den Tierverkehr und die Ausbreitung infektiöser Erkrankungen in der Schweineproduktion, prakt. Tierarzt 1975, 209
- PLOUQUET, W.G.: Über die Hauptmängel der Pferde, Tübingen 1790
- POHLCHRISTOPH, H.: Mängelhaftung beim Verkauf von Schlachttieren unter Berücksichtigung neuer Absatzwege und Vermarktungsformen sowie Möglichkeiten der Versicherung derartiger Risiken, Schlacht- u. ViehhofZ 1973, 205 - 208 u. 251 - 253
- PROTOKOLLE der Kommission für die 2. Lesung des Entwurfs des BGB im Auftrag des Reichsjustizamtes bearb. v. Dr. Achilles, Dr. Gebhard u. Dr. Spahn, Bd. 1, Berlin 1897
- QUEISSER, H.: Ist die vierzehntägige Garantiezeit bei Reaktionstuberkulose in der Lage, den Interessen von Käufer und Verkäufer gerecht zu werden ?, prakt. Tierarzt 1957, 132
- RAUF, Georg: Literaturstudie über Ursache, Diagnostik und Behandlung des Kehlkopfpeifens, vet.med. Diss., Hannover 1964
- REFERENTENENTWURF eines Gesetzes zur Änderung von Vorschriften über den Tierkauf, Stand April 1978, Bundesministerium d. Justiz, Az. 3430/9-1-11027/78
- REICHSANZEIGER, Dtsch. und Preußischer Staatsanzeiger v. 5. Juni 1899, abends, S. 1 - 2: Maßgebliche Erwägungen für die Beschlußfassung des Bundesrates bei der "Kaiserlichen VO." v. 27.3.1899
- REIN, E.: Die Bestimmungen des BGB über die Gewährleistung bei der Viehveräußerung, jur. Diss. Erlangen, München 1899
- REUTER, P. u. M. Sauer: Die Gewährleistung bei Viehveräußerungen nach dem BGB, Berlin 1900
- RICHTERKONGRESS in Florenz, o.Verf.: (Zur Spezialisierung d. Richter), DRiZ 1974, 376 ff
- RIEDI, F.: Die Währschaft für Zuchtfähigkeit im Viehhandel, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde 1966, 624 - 627
- " : Die Tuberkulosefreiheit des schweizerischen Viehbestandes und ihre rechtliche Auswirkung im Viehhandel, Schweizer Archiv f. Tierheilkunde 1960, 566 - 571

- RIPERT, G. u. E. Vergé: Repertoire de droit civil, t. V., Simulation-Warrant-agricole, S. 729 - 738 , Paris 1955 (Dalloz)
- RINGWALD, L.: Die Gewährleistung im Viehhandel, unveröfftl. Manuskript d. eidgenössischen Veterinäramtes Bern zum Gebrauch an Berufsschulen, Bern 1973
- ROSENBERGER, G.: Umstrittenes Ergebnis der Tuberkulinprobe bei einem Handelsrind, DTW 1954, 485
- RÜSSMANN, Gilbert: Kritische Betrachtung der Hauptmängel "Dämpfigkeit" und "Kehlkopfpfeifen" in der Fassung der "Kaiserlichen VO." v. 27.3.1899, vet.med. Diss., Gießen 1951 (maschinenschriftl.)
- RUPPENTHAL, Werner: Die Bedeutung der "Dämpfigkeit" der Pferde als Abgangsursache und der "Infektiöse Katarrh" als Ursache der "Dämpfigkeit" in den Nachkriegsjahren, vet.med. Diss., Gießen 1951
- RUTH, Philipp: Kritische Betrachtungen über den Hauptmangel "tuberkulöse Erkrankung bei Nutz- und Zuchtrindern", vet.med. Diss., Gießen 1951
- SACHSENHAUSEN, F.R.: Die Lehre von der Nachwährschaft für verkaufte Haustiere nach deutschem Recht, München 1857
- SAUER, K.: Die Tuberkulose als Gewährsmängel bei Nutz- und Zuchtrindern, Wochenschrift f. Tierheilkunde 1907, 781 ff, 801 ff, 821 ff
- SAUER, K. u. M. Reuter: Die Gewährleistung bei Viehveräuerungen nach dem BGB, Berlin 1900
- SCHARMANN, Wolfgang: Beitrag zur Neuregelung des Tierkaufrechts bei Nutz- und Zuchtschweinen, vet.med. Diss., Gießen 1966
- SCHEFOLD, o.V.: Die Verjährung bei der Trächtigkeitsgarantie, JW 1906, 2 - 4
- SCHERER, M. u. O.: Das in Deutschland geltende Viehwährschaftsrecht in der durch die Reichsgesetzgebung veränderten Gestalt, Bd. I u. II., 2. Aufl. Leipzig 1891
- SCHERER, M.: Besprechungen des Entwurfes unseres BGB mit Gegenvorschlägen, Mannheim 1891
- SCHIEDSGERICHTSORDNUNG: Verfahren, Kosten und Gebührensätze, hrsg. v.d. Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe, Recht d. Landwirtschaft 2
- SCHILKE, E.: Tierkaufrecht hat sich bewährt, RR 1971, 649
- SCHMALTZ, R.: Der Ausgang des Kampfes um das Viehwährschaftsgesetz im BGB, BTW 1896, 153

- SCHMIDT, J.: Kritische Gedanken über die Auslegung des Hauptmangels "Periodische Augenentzündung" (innere Augenentzündung)
- " : Aus dem Kapitel "Viehwäherschaft", DTW 1909, 947
- " : Revision der Hauptmängelliste, DTW 1911, 261 u. 524
- " u. W. Zwick: Abänderung der Hauptmängelliste, Beilage zu BTW 1924, 43 - 54
- SCHNEIDER, K.: Rechtsregeln des Viehhandels nach deutschem Gesetz, München 1899
- SCHNEIDER, o.V.: Über die Mängelanzeigen beim Viehhandelsrecht, DJZ 1903, 100
- SCHÜRMANN, o.V.: Kritische Stellungnahme u. Abänderungsvorschläge zur "Kaiserlichen Verordnung" betr. die Hauptmängel beim Schlachtvieh, Dtsch. SchlachthofZ 1934, 198 - 212
- SCHUH, Hans: Die zur Schlachtung führenden Erkrankungen bei Pferden, Schweinen und Schafen am Schlachthof zu Saarbrücken unter Berücksichtigung der Gefahrenquelle durch Verwendung von Fleisch not- bzw. krankgeschlachteter Tiere als Nahrungsmittel für den Menschen, vet. med. Diss., München 1950
- SCHUHMACHER, o.V.: Die Verweisung des Fleisches auf die Freibank und die Wandelungsklage, JW 1907, 220 - 222
- SCHULZE, Wilhelm: Forensische Fragen beim Eberkauf, prakt. Tierarzt 1972, 181 - 182
- SPIEGEL-REPORT über den neuen Freizeitsport Reiten: Die Nation klettert in den Sattel, Der Spiegel 1978, Nr. 48, 214 ff
- STAUDINGER: J. v.: Kommentar zum BGB nebst dem Einführungsgesetze, II. Bd., Recht der Schuldverhältnisse, 2. Teil, §§ 433 - 610 erläutert v. Karl Kober, Fritz Ostler u. Fritz Kiefersauer, 10. Aufl. München, Berlin u. Leipzig 1937
- STELMACHOWSKI, Bronislaw: Viehgewäherschaft nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch, jur. Diss., Göttingen 1908
- STETTER, R.: Der Hauptmangel "Koppen", Tierärztl. Umschau 1950, 44
- STIEGELMANN, Phil.: Les dessous du commerce des chevaux, Paris 1905
- STÖLZLE, Hans: Aus der Praxis des Viehwäherschaftsrechts, JW 1901, 736
- " : Aus der Praxis des Viehgewäherschaftsrechts nach dem BGB / Zusicherung der Trächtigkeit des Tieres, Gewährsfristen, JW 1902, 117 - 119

- " : Die Verjährung bei der Trächtigkeitsgarantie, JW 1906, 374 - 376
 - " : Schuldhafte, sogenannte positive Vertragsverletzung beim Viehhandel verpflichtet den Käufer zum Schadenersatz, JW 1908, 633 - 634
 - " : Gerichtliche Entscheidungen des 1. Jahrzehntes des BGB über den Viehkauf, Mainz 1910 (zit. Slg.II)
 - " : Reichsgewohnheitsrecht, Verkehrssitte (Handelsbräuche, Usancen), Marktregeln und ihr Verhältnis zu den gesetzlichen Bestimmungen d. BGB über Mängelgewähr beim Viehkauf, BayZ 1922, 201 = JW 1925, 2189 - 2195
 - " : Entscheidungen zum Viehwährschaftsrecht m. Anmerkungen, JW 1925, 1156 - 1157
 - " : Gerichtliche Entscheidungen über den Viehkauf, 2. Folge: Seit 1910 ergangene Entscheidungen, Stuttgart 1928 (zit. Slg.II)
 - " : Der Viehwährschaftsprozeß als Opfer der Rationalisierung der Rechtspflege ?, LZ 1929, 998 - 1002
 - " : Die einredeweise Geltendmachung v. Gewährleistungsansprüchen beim Viehkauf, JW 1929, 1929 - 1944
 - " : Anmerkung z. Urteil v. 18.12.1928 - 239/28 II - (Berlin), JW 1929, 1972 - 1973
 - " : Anmerkung zum 1. Aufsatz Münzels (s. dort), LZ 1929, 997
 - " : Die Folgen einer begründeten oder unbegründeten Mängelanzeige im Viehwährschaftsrecht, JW 1930, 243
 - " : Richterliche Entscheidungen zur Trächtigkeitsgarantie, Seuff. Bl. 75, 773
- STOLLE, A. u. G. Reuter: Die Nachweisbarkeit von Salmonellen bei klinisch gesunden Schlachttieren im Bestand, nach dem Transport zum Schlachthof und während des Schlachtprozesses, prakt. Tierarzt 1978, 188
- STRAETEN, Gisbert: Die Versicherung von Einzeltieren unter besonderer Berücksichtigung des tierärztlichen Gutachtens, prakt. Tierarzt 1977, 274 - 281
- " : Pferdeversicherung, RR 1978, 550
- STREBEL, K.: Zum gegenwärtigen Stand der Gewährleistungsfrage in der Schweiz, Archiv f. Tierheilkunde 1882, 194
- SUDHOFF, Werner: Untersuchung über Verlauf und Rekonvaleszenz einiger innerer Erkrankungen der Pferde im Hinblick auf Weiterverwendung als Leistungssportler, vet.med. Diss., München 1976
- SUPPERER, R.: Fleischbeschauliche Aspekte vom Standpunkt des Parasitologen, WTM 1971, 374 - 377

- SYMOENS, J.: Vorbeugung und Heilung von Aggressivität und Streß bei Schweinen durch das Neurolepticum "Acaperrone", DTW 1977, 144
- TAPPARI, A.: Sind die diagnostischen Injektionen bei Tieren innerhalb der Gewährsfrist als "Eigentumseingriffe" anzusehen ?, Archivio veterinario italiano 1956, 277
- TEGGE, Gerhard: Augenentzündungen bei Trabrennpferden / Eine statistische Unterlage zur Klärung forensischer und klinischer Fragen, vet.med. Diss., Berlin 1954
- TELLHELM, B.: Art und Häufigkeit chirurgischer Erkrankungen bei Ankaufsuntersuchungen, prakt. Tierarzt 1977, 172 - 174
- THESING, B.: Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen für die vertragliche Gewährleistung beim Viehkauf, prakt. Tierarzt 1955, 196 - 198
- TIELKER, Carl: Die Gewährleistung beim Viehhandel mit bes. Berücksichtigung der Abweichungen der Bestimmungen über Viehgewährschaft von den allg. Vorschriften über Gewährleistung wegen Mängeln der Kaufsache, jur. Diss., Leipzig 1903
- TILLMANN, H.: Die Untersuchung der Stute auf Zuchttauglichkeit mit Hinweisen auf rechtliche und gerichtliche Konsequenzen, prakt. Tierarzt 1977, 174 - 185
- TRÄGER, Franz: Das Schweizer Viehwährschaftsrecht, jur. Diss. Erlangen 1929
- TRAORÉ, Amadou: Ein Beitrag zur Geschichte der Vermarktung von Schlachttieren und Fleisch in Deutschland mit besonderer Berücksichtigung von Rind und Schaf, vet. med. Diss., Berlin 1971
- TRAUTVETTER, o.V.: Pferdekauf in Versen, RR 1973, 37 - 38
- UELTSCHI, Hans: Das Schweizer Viehwährschaftsrecht mit bes. Berücksichtigung des Zuchtviehs, jur. Diss. Bern 1944/45
- ULRICH, Tillmann: Augen auf beim Pferdekauf, RR 1977, 38 - 39
- UNGLERT, M.: Zur Gewährschaftsfrage, DTW 1914, 329
- VERHANDLUNGEN im Verein Bernischer Tierärzte betr. den Rücktritt Berns, Schweiz. Archiv f. Tierheilkunde 1879, 123 ff u. 181 ff
- VÖLKER, o.V.: Inwieweit haben sich die Sonderbestimmungen des BGB über den Viehkauf bewährt ? Tierärztl. Rundschau 1924, 253 - 257
- WACHTARZ, Georg: Kritische Studie über Hauptmängel bei Schweinen, vet. med. Diss., Gießen 1948 (maschinenschriftl.)

- WANDEL im Pferdehandel, o. Verf.: RR 1977, 252 - 253
- WEBER, W.: Die Formen der Gewährleistung im Viehhandel, Schweizer Archiv f. Tierheilkunde, Bd. 98, 499 - 504
- WEINREICH, Gustav: Gefahrübergang und Mängelhaftung beim Kauf von landwirtschaftlichem Groß- und Kleinvieh, jur. Diss., Heidelberg 1913
- WEYERS, H. u. F. Mayer: 50 Jahre "Kaiserliche Verordnung" über Hauptmängel und Gewährsfristen beim Viehkauf, BMTW 1950, 21 - 22
- WILD, R.: Die Tuberkulose des Rindes in der deutschen Gesetzgebung in ihrer Beziehung zur Gewährleistung, vet.med. Diss., Leipzig 1935
- WILLERS, Benno: Die Entwicklung der Schlachtvieh- und Fleischvermarktung in dichtbesiedelten Regionen, dargestellt am Beispiel Nordrhein-Westfalen, landwirtsch. Diss., Bonn 1966 (maschinenschriftl.)
- WILLI, Georg: Die Gewährleistung beim Viehgewährschaftsrecht, jur. Diss. Freiburg 1909
- WILLINGER, H.: Fleischbeschauliche Aspekte vom Standpunkt des Bakteriologen, WTM 1971, 377 - 380
- " : Aktuelle veterinärhygienische Probleme bei der Intensivhaltung, WTM 1969, 137 - 140
- WIPRÄCHTIGER, Ed.: Das Viehwährschaftsrecht in der Schweiz
- WIRTH, H.G. u. G. Hoffmann: Gewährschaftsfragen in den Verkaufsbedingungen der Schweinezuchtverbände der Bundesrepublik Deutschland, BMTW 1975, 351 - 353
- WRANGELL, Jürgen von: Das Pferd - eine Sache ?, RR 1978, 165
- WREDE, Viktor u. Paul Oehmke: Recht und Unrecht im Pferde- und Viehhandel, Berlin 1906
- WÜNSCHE der Fleischer, o. Verf. : bzgl. Gewährleistung beim Schlachtvieh, DTW 1906, 494 - 496
- ZELLER, R.: Kehlkopfpfeifen / Diagnose, Differentialdiagnose, Forensische Beurteilung, Tierärztl. Praxis 1973, 163 - 168
- " : Die Untersuchung von Herz und Kreislauf bei der Ankaufsuntersuchung, prakt. Tierarzt 1977, 185 - 187
- " : Ankaufsuntersuchungen in der Pferdepraxis, Prakt. Tierarzt 53 (Sonderheft), 1972, 488 - 492
- ZIMMERMANN, J.: Die neuen Währschaftsbestimmungen in Österreich und ihr Einfluß auf den Viehhandel, WTM 1918, 257

ZUSAMMENSTELLUNG der gutachtlichen Äußerungen der Bundesregierung zu dem Entwurf eines BGB, gefertigt im Reichsjustizamt, Bd. 1, Neudruck der Ausgabe 1891, Abschnitt: Gewährleistung wegen Viehmängeln, S. 149 - 195, Osnabrück 1967

ZWICK, W.: Vortrag auf der 18. Plenarversammlung des Deutschen Veterinärrates zu Berlin 1924, DTW 1924

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

(Zeitschriften)

Arch. d. Tierhk.	Archiv der Tierheilkunde
Arch. f. prakt. Rechtsanw.	Archiv für praktische Rechtsanwendung
Bay. Tierärztebl.	Bayerisches Tierärzteblatt
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMELF-Info	Informationsdienst des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
BMTW	Berliner und Münchner Tierärztliche Wochenschrift
BTW	Berliner Tierärztliche Wochenschrift
BZ	Badische Zeitung
Colleg. vet.	Collegium veterinarium (Beilag zum prakt. T.)
DJZ	Deutsche Juristen-Zeitung
Dtsch. landw. Tierzucht	Deutsche landwirtschaft- liche Tierzucht
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
Dtsch. SchlachthofZ	Deutsche Schlachthof- Zeitung
Dtsch. Tierärztebl.	Deutsches Tierärzteblatt
DTW	Deutsche Tierärztliche Wochenschrift
Equ. Vet. J.	Equine Veterinary Journal
Fleischw.	Die Fleischwirtschaft
Jur. Rdsch. f.d. Privatvers.	Juristische Rundschau für die Privatversicherung
Jhb. württ. Rpfl.	Jahrbuch für württember- gische Rechtspflege
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
Landw. Jhb.	Landwirtschaftl. Jahr- bücher

LZ	Leipziger Zeitung
MDR	Monatschrift für Deutsches Recht
Mhefte f. Tierhk.	Monatshefte für Tierheilkunde
Mhefte prakt. Tierhk.	Monatshefte für praktische Tierheilkunde
MTW	Münchner Tierärztliche Wochenschrift
Mhefte Vet. Med.	Monatshefte für Veterinärmedizin
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
prakt. T.	Der praktische Tierarzt
Prot.	Protokolle
Rec. med. vet.	Recueil de médecine vétérinaire
RGBl.	Reichsgesetzblatt
RR	Reiter-Revue
Schw. Arch. Tierhk.	Schweizer Archiv für Tierheilkunde
Seuff. Bl.	Seuffert's Blätter für Rechtsanwendung (später: Z. f. Rechtspflege in Bayern)
SG	Sankt Georg
SJZ	Schweizer Juristen-Zeitung
SVZ	Schlacht- und Viehhofzeitung
Tierärztl. Praxis	Die Tierärztliche Praxis
Tierärztl. Rdsch.	Tierärztliche Rundschau
TU	Tierärztliche Umschau
VfZ	Vieh- und Fleischzeitung
WTM	Wiener Tierärztliche Monatsschrift
Wschr. Tierhk.	Wochenschrift für Tierheilkunde
Württ. Arch.	Württembergisches Archiv für Rechtspflege und Verwaltung

Zschr. für Veterinär-
kunde

ZZP

Zeitschrift für Veterinär-
kunde

Zeitschrift für Zivilprozeß

LEBENS LAUF

9.08.1948	geboren in Lörrach
1955 - 59	Volksschule in Lörrach
1959 - 62	humanistisches Hebel-Gymnasium in Lörrach
1962 - 68	Collegium St. Bernardi in Bregenz
1968	Abitur
1968 - 74	1 Semester Betriebswirtschaftslehre in Hamburg, dann Jurastudium in Hamburg, Freiburg, Genf und Hamburg
1974	1. Juristische Staatsprüfung in Hamburg
1975 - 76	Referendarzeit
1976	Beurlaubung im Winterhalbjahr; Studium am Europa-Institut in Nizza
1977 - 78	Referendarzeit
1978	2. Juristische Staatsprüfung Zulassung als Rechtsanwalt Beginn der Dissertation
Seit 1978	Rechtsanwalt in Freiburg

